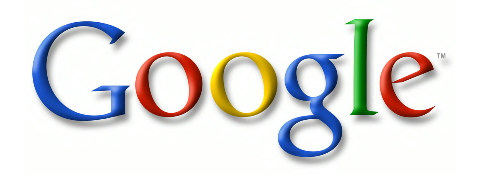
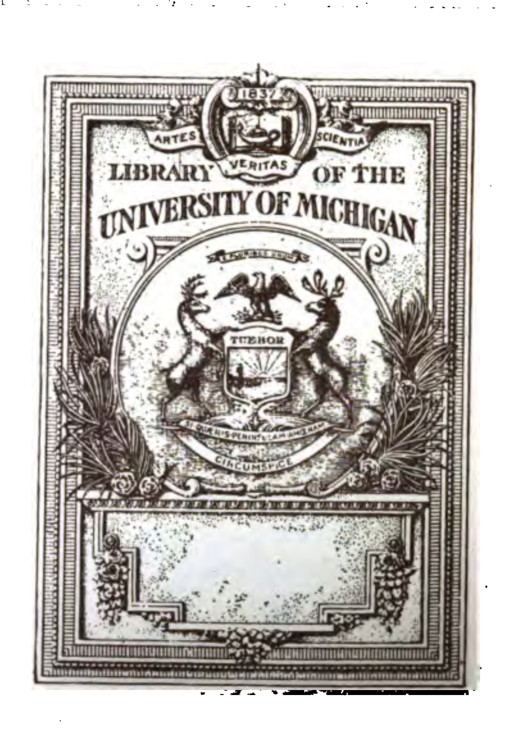
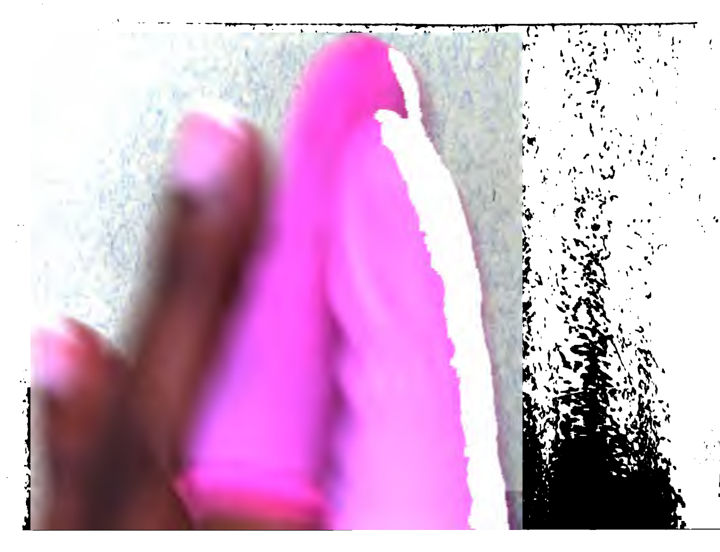



1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE






1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE



Süd-Afrika
wie es ist.

Von

F. Reginald Statham.

Aus dem Englischen übersetzt

von

P. Baltzer.



Berlin.
Verlag von Julius Springer.
1897.

Inhalt.



Einleitung.

Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß sich kein Statthalter von Süd-Afrika, — der höchste Vertreter der britischen Regierung — eine unbefangene Kenntniß des Landes, in dem er eine so wichtige Stellung einnimmt, in weniger als drei Jahren aneignen kann, obgleich ihm weit mehr Gelegenheit geboten ist, sich mit den Verhältnissen des Landes vertraut zu machen, als dem gewöhnlichen Reisenden. Sein Amt als Gouverneur der Kapkolonie, die seit fünfundzwanzig Jahren die Vortheile einer volksthümlichen Verfassung genießt, bringt ihn nothgedrungen in tägliche und enge Berührung sowohl mit dem praktischen Leben als auch mit den politischen Bestrebungen wenigstens des größten südafrikanischen Gemeinwesens. Die durch die parlamentarische Vertretung bedingte Mischung von englischen, holländischen und eingeborenen Elementen drängt sich ihm hier fortwährend auf, während ihn seine, meist schon in anderen Gemeinwesen mit Selbstverwaltung gemachten Erfahrungen weit mehr als die große Mehrzahl befähigen, die wirkliche Bedeutung volksthümlicher Bewegungen zu verstehen. Von allen Statthaltern, die diesen Posten in Süd-Afrika je bekleidet haben, war keiner dafür geeigneter, als Lord Rosmead, der, Dank seiner früheren Erfahrungen sowohl als auch seiner allgemeinen Bildung, während der auf die Wiederabtretung von Transvaal folgenden acht Jahre die britische Regierung in Kapstadt (unter dem bekannteren Namen Sir Herkules Robinson) vertrat. Trotzdem hielt Sir Herkules Robinson im Jahre 1884,

obwohl er bereits drei Jahre lang das Amt eines Statthalters bekleidet hatte, eine bloße Partei-Aufwiegelung für eine große, volksthümliche Bewegung und gewährte, in diesem Irrthum befangen, der Warren'schen Expedition eine Berechtigung und Unterstützung, die er andernfalls wesentlich eingeschränkt haben würde.

Wenn es schon für einen Beamten, dem so außergewöhnliche Mittel und Wege zu Gebote stehen, eine schwere Aufgabe ist, die südafrikanische Bevölkerung und ihre Politik gründlich kennen zu lernen, wie viel schwerer noch muß es dem gewöhnlichen Reisenden werden, der vielleicht nur seine viermonatlichen Parlamentsferien zu einem Ausflug nach dem Kap benutzt. Man behauptet bisweilen, es werde durch die verbesserten Verkehrsmittel, die erhöhte Schnelligkeit der Postdampfer und die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes erleichtert, sich praktische Kenntnisse von Süd-Afrika und von seinen Angelegenheiten zu verschaffen: das trifft aber nur in dem Sinne zu, daß bequeme Reisegelegenheiten das Reisen selbst befördern. Andererseits aber erschweren gerade diese erhöhten Reisebequemlichkeiten das Studium des Landes in ganz bedeutendem Maße. Es ist beinahe so, als wenn Jemand im Wagen über eine Brücke fährt und daraufhin den Anspruch erheben wollte zu wissen, wie es auf dem Grunde des Flusses aussieht. Diese Kenntniß würde er, allerdings auf Kosten seiner persönlichen Bequemlichkeit, eher erlangen, wenn er zu Fuß oder zu Pferde den Fluß durchquerte. Genau so geht es dem Reisenden in Süd-Afrika. So lange die Reisegelegenheiten langsam und unbequem waren, gab es nur wenig Reisende, aber ihre Kenntniß des Landes war genau und gründlich, denn sie kamen mit allen möglichen Menschen sowohl als auch mit den verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen in Berührung. Der Reisende, der heute in drei Tagen Entfernungen zurücklegt, zu denen man vor zehn oder zwanzig Jahren mindestens drei Monate gebraucht hätte, kann nur die alleroberflächlichsten Eindrücke empfangen. Daraus ergiebt sich,

daß auf je einen gut unterrichteten Süd-Afrikareisenden aus der Zeit vor zwanzig Jahren heute deren zwanzig oder dreißig nicht nur schlecht unterrichtete, sondern, was weit schlimmer ist, falsch unterrichtete kommen.

Die Schwierigkeit einer genauen Kenntniß des Landes wird durch den unglückseligen, vor beinahe zwanzig Jahren ganz unnöthigerweise angefachten Rassenhaß noch erhöht. Der Durchschnittsengländer hat keine Ahnung davon, einen wie tiefen Eindruck die „Vorwärts"-Politik der Beaconsfield'schen Verwaltung, die in der Einverleibung von Transvaal gipfelte, in Süd-Afrika hinterlassen hat. Die Stimmung der holländischen Bevölkerung in Süd-Afrika kann man, diesem System gegenüber, nur beurtheilen, wenn man Gelegenheit findet, mit den holländischen Besitzern der über die Kapkolonien, den Freistaat Transvaal und Natal verstreuten Landhäuser in freundschaftlichen Verkehr zu treten. Die englische Auffassung von dieser Feindschaft kann man schon von dem Augenblicke an studiren, wo der Postdampfer Southampton verläßt. Die Mehrzahl der englischen Seeleute ist konservativ, und wenn der Kapitän noch dazu (was öfters vorkommt) Reserveoffizier in der britischen Marine ist, so wird es ihm nicht schwer, kaum daß Madeiro passirt ist, Gesinnungsgenossen seiner Ansichten über die „Buren" zu finden. Doch bleibt er vorsichtig und ruhig dabei und wird sich nie zu Anklagen hinreißen lassen, wie sie allabendlich im Rauchzimmer laut werden. Aber der Reisende, der über diese Dinge seine eigene Meinung hat, thut gut; wenn er sie für sich behält. Die Stimmung, die auf dem Postdampfer maßgebend war, bleibt die nämliche im Hotel, im dem der Reisende nach der Landung absteigt, und während der Eisenbahnfahrt landeinwärts. Der Engländer ist im Wesentlichen der einzige reisende Theil der südafrikanischen Bevölkerung, und wohin er auch kommt, überall findet er Landsleute. Daher erscheint dem gewöhnlichen Durchschnittsreisenden Alles, was er in Süd-Afrika sieht und hört, nur wie eine Bestätigung der während der Reise

gewonnenen Auffassung und hindert ihn, andere Eindrücke in sich aufzunehmen.

Ist der Reisende etwa ein Mann von Stellung und Ansehen, Mitglied des Unterhauses oder gar ein ehemaliger Staatsminister, so bleibt der Verlauf im Großen nud Ganzen derselbe. Ein derartiger Reisender weiß ganz genau, welcher Werth den im Rauchzimmer des Dampfers laut werdenden Prahlereien beizumessen ist, und wird vielleicht sogar, falls er selbst der liberalen Richtung angehört, den Versuch machen, den friedlicher gestimmten Kapitän eines Besseren zu belehren. Er wird beim Betreten des südafrikanischen Bodens auf seiner Hut sein, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß er, Dank seiner Stellung und vermöge seiner Empfehlungsbriefe, Zutritt zu dem Zivil-Dienst-Klub in Kapstadt erhält. Die Mitglieder dieses Klubs sind zum großen Theil frühere und jetzige Verwaltungsbeamte, die sich dem angenehmen Glauben hingeben, daß sie die Geschicke Süd-Afrikas lenken. Natürlich glaubt der Reisende hier den richtigen Ort gefunden zu haben, um sich ein wahrheitsgetreues politisches Urtheil zu bilden. Niemand warnt ihn davor, daß der ganze Dunstkreis, ja selbst die Mauern dieser würdevollen Vereinigung ganz und gar von demselben Geiste eines veralteten Konservatismus erfüllt sind, der noch heute über einzelnen kleinen Bischofsitzen des englischen Binnenlandes schwebt; daß die Fähigkeit einer liberalen Regierungsauffassung durch ihre Abwesenheit glänzt, und daß sogar Diejenigen, die sich in der Stellung politischer Führer zu befinden glauben, in grenzenloser Unwissenheit über den wirklichen Zustand politischer Angelegenheiten befangen sind, sobald sie über die Grenzen der Kapkolonie hinausgehen. Kein Mensch macht ihm klar, daß Kapstadt, trotz seiner Vorgeschichte, von Niemand weiter als von sich selbst als Hauptstadt von Süd-Afrika anerkannt wird. Und wohin er auch kommen, mit welchem Geschäftszweig er sich auch befassen mag, überall erwartet ihn dasselbe Schicksal. Gerade die Vornehmheit seiner Stellung bringt ihn nur mit

solchen Leuten in Berührung, die ihn nicht aufklären können, und deren Bestreben — das ja in vielen Fällen ein unbewußtes sein mag — dahin geht, die Eindrücke, die er bisher empfangen hat, zu bestätigen. Woher soll er wissen, daß der gastfreundliche Klub in Kimberley in Wirklichkeit eine Einrichtung De Beers ist? Wer soll ihn in Bloemfontein daran erinnern, daß das Vorwiegen des englischen Elements hier nur der Zufälligkeit einer kaufmännischen Vereinigung zuzuschreiben ist? Wenn er den Randklub in Johannesburg besucht, so denkt er sicher nicht daran, daß die große Masse der „Uitlanders" ebenso wenig durch die Klubmitglieder verkörpert wird als ganz London durch seine französische Kolonie in Leicester Square. Ebenso in Pretoria, der Hauptstadt von Transvaal, ahnt er nicht, daß die Herren, die ihn zu einem festlichen Mahle einladen, nichts sehnlicher wünschen als ihn von der angeborenen Schlechtigkeit der Holländer zu überzeugen.

Und doch giebt es in dem Lande, daß sich aus unverdienter Nichtbeachtung zu einer vielleicht etwas gefährlichen Volksgunst emporgeschwungen hat, viel zu sehen und zu lernen. Dem Durchreisenden aber, sei er auch noch so begabt, wird es schwer fallen, den Schlüssel zu dem Labyrinth zu finden, das wohl werth ist durchforscht zu werden und das garnicht so unentwirrbar ist als es erscheint. Die nachstehenden Seiten sind durchaus nicht mit irgend welchem Anspruch auf ganz besondere Kenntnisse und Erfahrungen niedergeschrieben. Aber die Erfahrungen einer zwanzigjährigen täglichen Berührung mit dem politischen und sozialen Leben in Süd-Afrika an fast allen Hauptplätzen — eine Berührung, wie sie sich nur aus dem täglichen Kampfe ergiebt, den der Zeitungsberichterstatter zu führen hat — und die persönliche Bekanntschaft mit den meisten Hauptführern auf dem Schauplatze des politischen Lebens dürfen wohl mit Recht den Anspruch erheben, gehört zu werden. Eine weitere Rechtfertigung für den vorliegenden Versuch darf vielleicht darin gefunden werden, daß der Verfasser schon bei einer früheren

Gelegenheit*), und wohl nicht ohne einigen Erfolg, versucht hat, ein Problem so klar als möglich zu beleuchten, das in Wirklichkeit lange nicht so schwierig und unlösbar ist, als allgemein angenommen wird. Die Grundlagen, auf denen sich jener frühere Versuch aufbaute, dürfen auch heute noch als richtig gelten; aber während der letzten zehn Jahre hat sich so viel ereignet, wodurch die südafrikanische Frage in vieler Hinsicht eine andere Gestalt gewonnen hat, daß man sie nur noch mit Berücksichtigung der neu hinzugekommeuen Faktoren beurtheilen kann. In der Geschichte eines jungen Landes sind zwanzig Jahre eine lange Zeit, und man darf kühn behaupten, daß die Veränderungen, die in der letzten Hälfte dieses Zeitabschnittes eingetreten sind, an thatsächlicher Bedeutung die der ersten Hälfte weit übertreffen. Und doch liegt möglicher Weise die Erklärung für den jetzt bestehenden Zustand nicht in den unmittelbar hinter uns liegenden zehn Jahren bergmännischer Ausbeutung, sondern in dem Jahrzehnt politischen und nationalen Wachsthums, das im Jahre 1877 begann.

---

*) „Blacks, Boers & British“, Macmillan & Co. 1881.

I.

Die Annexion von Transvaal.

Am späten Abend des Mittwoch, den 18. April 1877, legte der Dampfer Caldera, der zeitweise als Postschiff von der Castle-Packetfahrtgesellschaft gemiethet war, vor Anker in der Tafelbai. Als das Hafenboot sich dem Schiff näherte, lautete auf die gewöhnliche Frage nach Neuigkeiten die Antwort: „Transvaal ist annektirt."

Die Einverleibung hatte sechs Tage vorher, am 12. April, stattgefunden und die Nachricht, die durch Eilboten von Pretoria nach Kimberley gesandt war, wurde von dort nach Kapstadt telegraphisch übermittelt. Diese Daten sind von Wichtigkeit. Am 31. März landete mit dem Dampfer Balmoral Castle der Castle-Packetfahrtgesellschaft, der vierzehn Tage früher als die Caldera von Dartmouth abgefahren war, der verstorbene Sir Bartle Frere in Kapstadt, um als Gouverneur und Statthalter seine Regierung anzutreten, die so energisch begann und so unglücklich endete. Zwei verschiedene Meinungen über die Thatsache der Einverleibung Transvaals haben sich gebildet: die eine geht dahin, daß es ein unbeabsichtigter Mißgriff war, der unter der Verantwortung von Sir Theophilus Shepstone begangen wurde, und der, einmal geschehen, nicht wieder rückgängig gemacht werden konnte, wie sehr auch Sir Bartle Frere dadurch in Verlegenheit gesetzt wurde. Nach der andern Auffassung war

die Einverleibung der Theil eines wohlüberlegten Planes zur Umgestaltung der Landkarte von Süd-Afrika, der mit der Ernennung Sir Bartle Frere's zu dem Posten höchster Verantwortung bei der britischen Regierung im engsten Zusammenhang stand. Diejenigen, die sich der letztgenannten Auffassung anschließen, haben behauptet, daß man mit der schon einige Zeit vorher geplanten Annexion nur auf die Ankunft Sir Bartle Frere's gewartet habe, um zur Ausführung zu schreiten.

Die zweite Lesart hat die Wahrscheinlichkeit unzweifelhaft stark auf ihrer Seite. Die Ernennung Sir Bartle Frere's zum Statthalter war schon Monate lang vorher bekannt. Sein Name war in einer öffentlichen Versammlung, bei der Staatsminister zugegen waren, im Zusammenhang mit der Eroberungspolitik des britischen Kaiserreichs genannt worden. Als Sir Theophilus Shepstone gegen das Ende des vorhergehenden Jahres in ganz besonderem Auftrage von Natal nach Pretoria aufbrach, wurde eine Anzahl Truppen mit großem Kostenaufwande von Pietermaritzburg nach einem Ort nahe der Grenze von Transvaal verschoben, eine Maßregel, die ohne die ausdrückliche Genehmigung des Kriegsministeriums gar nicht hätte stattfinden können. Es ist daher höchst unwahrscheinlich, daß Sir Theophilus Shepstone, als er am 12. April 1877 die britische Flagge in Pretoria hißte, anders als mit allerhöchster Genehmigung und mit Einverständniß des damaligen obersten Vertreters der britischen Regierung in Süd-Afrika, Sir Bartle Frere's, handelte. Gegen diese Wahrscheinlichkeit erheben diejenigen, die Sir Bartle Frere begreiflicherweise gerne von der Verantwortung für diesen unglückseligen Vorgang befreien möchten, den Einwand, daß er in der Zeit zwischen dem 12. April, wo die Annexion stattfand, und dem 31. März, an dem er erst in Kapstadt landete, unmöglich mit Sir Theophilus Shepstone in Verkehr gestanden haben könne. Leider wird das Gewicht dieses Beweisgrundes durch die Thatsache zerstört, daß die Nachricht der Annexion, die am

12. April stattfand, bereits am Abend des 18., also nur sechs Tage später, in Kapstadt bekannt wurde.

Diese Thatsache sowohl, als auch die vorhergegangenen und darauf folgenden Ereignisse erhöhen die Wahrscheinlichkeit der angezweifelten Behauptung. Man wird nicht bestreiten können, daß bei Beginn der Beaconsfield'schen Regierung großes Gewicht auf den Plan einer Erweiterung und Ausdehnung des britischen Kaiserreichs gelegt wurde. Es würde zu weit führen, hier zu erörtern, was dieser Plan in Indien für Folgen hatte; der Umstand aber, daß die Bewegungen an der nordwestlichen Grenze Indiens von Sir Bartle Frere selbst in einer Denkschrift vom Jahre 1873 öffentlich gut geheißen wurden, ist von sehr wesentlicher Bedeutung für die vorliegende Betrachtung. Die Ausdehnungspolitik fand, soweit koloniale Angelegenheiten davon berührt wurden, bereitwillige Unterstützung bei dem verstorbenen Lord Carnarvon, der beim Beginn der Beaconsfield'schen Aera im Jahre 1874 das Kolonialamt übernommen hatte. Allerdings bot sich dem Staatssekretär für die Kolonien, der auf dem Gebiete der Ausdehnungspolitik sein Scherflein beizutragen wünschte, nur ein sehr beschränktes Feld der Thätigkeit. In Canada, das schon vor zehn Jahren mit scheinbarem Erfolge dem Staatenbund beigetreten war, war nichts zu machen. Die Aussicht auf Erweiterung der britischen Macht in Australien wurde in erster Linie durch die Ansprüche anderer europäischer Mächte auf dieselben Gebiete und zweitens durch die unzugängliche und unhöfliche Haltung der dortigen Minister und Behörden beschränkt. Thatsächlich bot nur ein einziges Land Aussicht auf Erweiterung des kolonialen Besitzes, und das war Süd-Afrika.

Indessen war Lord Carnarvon's einfache Auffassung von dieser Erweiterung durch seine früheren Erfahrungen im Kolonialdienst bedingt. Während seiner Verwaltung hatten sich die nordamerikanischen Kolonien aus freien Stücken zu der Regierungsform eines Staatenbundes bereit gefunden und das Aufsehen, das dieser Vorgang erregt hatte, genügte, um den Plan einer

Bundesstaatenbildung in glänzendem und hoffnungsvollem Lichte erscheinen zu lassen. Was in Canada — obgleich es dort nur das natürliche Ergebniß der bereits bestehenden Vorbedingungen war — so große Erfolge errungen hatte, würde sich auch in Süd-Afrika bewähren. Wir können es lebhaft nachfühlen, daß sich dieser Gedankengang eines Kolonialministers wie eine Art höherer Eingebung bemächtigte. Die einleitenden Schritte, die nicht lange auf sich warten ließen, wurden so hastig als möglich betrieben und waren gleich zu Anfang von einem bemerkenswerthen Mißgriff begleitet. Einige Jahre vorher, während die Liberalen am Ruder waren, hatte die Kapkolonie eine volksthümliche Verfassungsform an Stelle der als „Volksvertretungsgesetz" bekannten, unter Sir George Grey im Jahre 1854 in Kraft getretenen Verfassung angenommen. Der für seinen Plan begeisterte Staatssekretär in London scheint nun darauf gerechnet zu haben, daß die Minister und das Parlament einer Kolonie, die sich erst seit so kurzer Zeit des Besitzes einer verfassungsmäßigen Freiheit erfreut, nicht gerade mit besonderer Schnelligkeit sich ihrer verfassungsmäßigen Rechte bewußt werden oder auf deren Wahrung bestehen würden. Jedenfalls wurde aus irgend welchen Gründen Professor Froude als Kaiserlicher Kommissar im Jahre 1875 nach Süd-Afrika geschickt, um der Regierung und den Behörden der beiden britischen Kolonien den Plan eines südafrikanischen Staatenbundes zu unterbreiten.

Die Absendung dieses Kaiserlichen Bevollmächtigten war nicht der einzige Schritt, der Lord Carnarvon den Weg zu dem heißbegehrten Erfolge ebnen sollte. In demselben Jahre wurde ein Aufruhr der Eingeborenen, der kurz vorher in Natal ausgebrochen war, zum Vorwande genommen, um die Verfassung der Kolonie in einer den beabsichtigten Veränderungen günstigen Weise umzugestalten. Um dieselbe Zeit wurde Lord Wolseley, wie er später hieß, in Begleitung mehrerer anerkannt tüchtiger Offiziere, in einer ganz besonderen Mission nach Natal geschickt; der Zweck dieser Sendung war ein doppelter: man wollte die

Verfassung Natals ändern und sich über die Stimmung in den beiden Republiken — dem Oranje-Freistaat und in Transvaal — vergewissern. Seit dem Jahre 1856 hatte sich Natal einer Verfassung erfreut, die allerdings nicht über das „Volksvertretungsgesetz“ hinausging, die aber immerhin recht liberaler Natur war. Die Gesetzgebung der Kolonie lag in den Händen einer Versammlung von zwanzig Mitgliedern, von denen fünf als Beamte dem Gouverneur der Kolonie unterstellt waren, während die übrigen fünfzehn von der europäischen Bevölkerung frei gewählt wurden. Die Ansiedler hatten auf diese Weise die Macht, die Maßregeln der Regierung zu vereiteln, von der sie in häufigen Fällen Gebrauch machten. Um die Möglichkeit hintan zu halten, daß der Vorschlag des Staatenbundes zurückgewiesen würde, sollte Sir Garnet Wolseley den gesetzgebenden Körper von Natal dazu bewegen, daß er einer Vermehrung des gesetzgebenden Rathes um acht Mitglieder zustimmte, die nicht vom Volke gewählt, sondern von dem jeweiligen Gouverneur ernannt werden sollten. Man begreift leicht, daß in einer Versammlung von achtundzwanzig Mitgliedern, bei der der Gouverneur über die Stimmen von fünf seiner Beamten und acht von ihm selbst Gewählten verfügt, die Wahrscheinlichkeit bedeutend gestiegen ist, den Vorschlägen der Regierung eine Mehrheit zu sichern. Die gesetzgebende Versammlung von Natal wurde nicht ohne große Schwierigkeiten, vielleicht nur durch Ausübung eines bedeutenden persönlichen Einflusses überredet, diese Aenderungen anzunehmen. Inzwischen hatten die Anführer von Sir Garnet Wolseley's militärischem Stabe die Hauptstädte des Freistaats und Transvaals besucht, um sich über die Stimmung in diesen Staaten gegenüber dem Plane eines allgemeinen Staatenbundes zu vergewissern. Aus Transvaal lautete der Bericht wie es scheint günstig, aus dem Freistaat aber ungünstig.

Allein in Kapstadt stieß Lord Carnarvon's Plan auf unerwarteten Widerstand. An der Spitze des Ministeriums in Kapstadt stand damals Molteno (später Sir John Molteno),

der abgesehen von seiner eigenen unabhängigen Stellung in hohem Maße Vertrauen setzte in das Urtheil eines gewissen Saul Salomon, eines Mannes von ungewöhnlicher Begabung und Charakterstärke, dessen Einfluß im Kapparlament dem des Premierministers fast gleich kam. Lord Carnarvon's Sendung, die mit der unerwarteten Ernennung eines Kaiserlichen Bevollmächtigten zusammentraf, wurde von Molteno und seinen Anhängern als eine Geringschätzung der verfassungsmäßigen Rechte der Kolonie angesehen. Man behauptete, daß, so weit die Kapkolonie dabei in Frage käme, die Vorschläge zu einer Verbündung von dem Kapministerium selbst hätten ausgehen müssen. Aus diesem Grunde, der unleugbar viel für sich hatte, lehnte es das Ministerium Molteno ab, näher auf die Frage einzugehen, und kümmerte sich nicht weiter um den Kaiserlichen Kommissar; dieser machte noch eine Reise durch Natal und den Freistaat und verließ dann Süd-Afrika, ohne daß er seine Sache, wegen der er ausgeschickt war, auch nur im Geringsten hätte fördern können. Da es Lord Carnarvon nicht gelungen war, sich die Mitwirkung des Kapministeriums — eines ohne Zweifel wichtigen und mächtigen Faktors in solcher Sache — zu sichern, so versuchte er seine Pläne ohne diese zu verwirklichen. Im Jahre 1876 wurden die verschiedenen Regierungen von Süd-Afrika aufgefordert, ihre Bevollmächtigten zu einer Konferenz nach London zu schicken, in der über eine bundesstaatliche Verfassung berathschlagt werden sollte. Wie nach den Ereignissen des Jahres 1875 vorauszusehen war, lehnte das Kapministerium diese Einladung ab, ebenso die Regierungen der beiden Republiken. Natal war der einzige Staat in Süd-Afrika, welcher der Aufforderung entsprach und Sir Theophilus Shepstone als amtlichen Bevollmächtigten mit noch zwei anderen Delegirten, von denen der eine der jetzige Premierminister der Kolonie ist, absandte. Die Versammlung, die in den Räumen des Kolonialamtes stattfand, nahm einen höchst sonderbaren Verlauf. Die beiden nicht amtlichen Abgesandten aus Natal blieben völlig

unbeachtet, und die eigentlichen Verhandlungen wurden nur zwischen Lord Carnarvon, Wolseley und Shepstone geführt.

Diese Konferenz ist indessen insofern wichtig, als sie das unmittelbare Vorspiel zur Annexion von Transvaal bildete. Es ist sehr wohl möglich daß man sich zu diesem Schritte nicht entschlossen hätte, wenn Lord Carnarvon bei der Kapregierung thätige Hilfe und Sympathien gefunden hätte. So wie die Sachen standen, mußten sich Alle, die amtlich an dieser Angelegenheit betheiligt waren, darüber klar sein, daß die Bundesstaatenpolitik zum Zusammenbruch führen würde, wenn nicht besondere Maßregeln zur Abwendung dieses Unheils ergriffen würden. Um diese Zeit verbreitete sich zuerst das Gerücht von der Ernennung Sir Bartle Frere's zu der zweifachen Würde eines Gouverneurs vom Kap der guten Hoffnung und eines Statthalters von Süd-Afrika, dessen Machtvollkommenheit die aller seiner Vorgänger in diesen Aemtern noch um ein Bedeutendes übertraf; zu gleicher Zeit schiffte sich Sir Theophilus Shepstone mit großer Eile in England ein, um sich in einem besonderen Auftrage nach Transvaal zu begeben; hier fiel seine Ankunft in Pretoria mit der Verlegung eines Infanterie-Regiments von Pietermaritzburg nach der Grenze von Transvaal zusammen.

Wenn man diese verschiedenen Thatsachen berücksichtigt, so kann man schwerlich noch glauben, daß das Aufziehen der britischen Flagge in Pretoria am 12. April 1877 und die Ankunft Sir Bartle Frere's in Kapstadt am 31. des vorhergehenden Monats nicht in engem Zusammenhange stände. Sir Bartle Frere — ein Mann, der das Eisen zu schmieden wußte, so lange es heiß war — befand sich noch nicht vierzehn Tage in Kapstadt, als er auch schon mit den öffentlichen und privaten Angelegenheiten der dortigen Einwohner völlig vertraut war, was einestheils Erstannen erregte, anderentheils aber belächelt wurde. Indessen wurde die Thatsache der Einverleibung von Transvaal, so unerwartet sie auch kam, von dem größten Theil der englischen Bevölkerung in Süd-Afrika zweifellos mit Befriedigung auf-

genommen, um so mehr als sie anscheinend mit der Zustimmung der Mehrzahl der europäischen Bewohner des Landes zu Stande gekommen war. Nicht Wenige hielten es sogar für unmöglich, daß die Sache irgendwie anders verlaufen sein könne. Die holländische Bevölkerung aber von ganz Süd-Afrika, die den wahren Sachverhalt kannte und die Vernichtung der vor einem Vierteljahrhundert feierlich gewährleisteten Unabhängigkeit bitter empfand, war nicht in der Lage, ihre Empfindungen zum Ausdruck zu bringen. Selbst die in diesem Sinne erfolgenden Kundgebungen, die in den holländischen Zeitungen erschienen, wurden von den Engländern schwerlich gelesen. Ohne Frage hat auch die Schwäche und Unbeliebtheit des damaligen Präsidenten von Transvaal, Thomas François Burgers, eines hochgebildeten und einsichtigen Mannes, der aber merkwürdigerweise ganz außer Fühlung mit der Mehrzahl der Grundbesitzer von Transvaal gerathen war, viel dazu beigetragen, daß die Einverleibung des Landes erfolgen konnte. Auch die Finanzlage war zwar nicht gerade sehr befriedigend, aber doch keineswegs so hoffnungslos als allgemein angenommen wurde; ohne den Druck, der durch gewisse finanzielle Einrichtungen in zielbewußter Absicht ausgeübt wurde, wären die Finanzen jedenfalls viel besser beschaffen gewesen.

Derjenige Theil der Bevölkerung, dem Mittel und Wege zu Gebote standen seine Ansichten zum Ausdruck zu bringen, nämlich die Mehrzahl der Engländer in Süd-Afrika, war mit der Einverleibung einverstanden. Ihnen erschien sie wie die Erfüllung eines Wunsches, die um so besser gelungen war, weil sie mit der Zustimmung derer, die am nächsten davon betroffen wurden, zu Stande gekommen war. Die amtliche Rechtfertigung nahm allerdings eine andere Gestalt an, wie aus den in den Blaubüchern enthaltenen amtlichen Depeschen ersichtlich wurde. Aus diesen geht hervor, daß die ganze erste Anregung zu einer Bundesstaatenbildung amtlich — ob wahrheitsgemäß oder nicht bleibt dahingestellt — auf eine schreckhafte Furcht vor den Ein-

geborenen zurückgeführt wurde. Es wurde die Lehre verbreitet, die europäische Bevölkerung Süd-Afrika's müsse durch einen Staatenbund, gleichviel von welcher Form, vereinigt werden, sonst stünde sie in Gefahr durch einen allgemeinen Aufstand sämmtlicher Eingeborenen vernichtet zu werden. Es ist nicht anzunehmen, daß auch nur ein einziger Bewohner von Süd-Afrika dieser Behauptung jemals Glauben geschenkt hätte. Ob maßgebende amtliche Kreise in England wirklich und aufrichtig diese Ueberzeugung hatten, oder ob sie nur zu gewissen Zwecken amtlich vorgeschützt wurde, wird wohl für immer ein unlösbares Räthsel bleiben.

Diejenigen aber, gleichviel ob englischer oder holländischer Abstammung, die das Land wirklich kannten, haben niemals eher irgend welche Besorgniß gehegt, als bis, wie wir später sehen werden, die Beharrlichkeit, mit der die Beamten auf drohende Gefahren hinwiesen, sie thatsächlich mit Furcht erfüllte.

Wenn man die Vorgeschichte und die Lage der eingeborenen Stämme in Süd-Afrika in Betracht zieht, so kommt man zu dem Schlusse, daß die Befürchtungen und Beunruhigungen, die in den hohen Beamtenkreisen laut wurden, grundlos waren, und das beliebte offizielle Schreckgespenst einer großen allgemeinen Erhebung der Eingeborenen gegen die Europäer wird zur Unmöglichkeit. Die europäische Bevölkerung lebte, wie des öfteren angeführt wird, weit verstreut. Das ist zwar ganz richtig, denn Süd-Afrika ist groß und die europäische Bevölkerung nicht sehr zahlreich vertreten. Die Eingeborenen aber leben ebenso weit verstreut wie die Europäer und sind sich außerdem noch durch Rassenunterschiede und alte, tief eingewurzelte Feindschaften, die sich noch weit schwerer als geographische Entfernungen überwinden lassen, entfremdet. Ein Zulu wird niemals gemeinsame Sache mit einem Swazi machen und weder Swazis noch Zulus werden sich jemals mit den Basutos verbünden, ebenso wenig wie Pondos oder Fingos sich den Stämmen, die an der Ostgrenze der Kapkolonie wohnen, anschließen würden. Dasselbe

gilt von den eingeborenen Stämmen in den nördlichen und nordwestlichen Distrikten von Transvaal, die durch ungeheure Entfernungen von den Küstenbewohnern getrennt sind und mit diesen fast gar keine gemeinsamen Berührungspunkte haben. Außerdem waren alle eingeborenen Stämme Süd-Afrikas, die auf irgend welche Bedeutung Anspruch erheben konnten, schon Jahre vorher, ehe sich Lord Carnarvon mit dem Gedanken eines Staatenbundes befreundete, zur Unterwerfung gebracht worden und zwar mit weit untergeordneteren Waffen als man heute anzuwenden pflegt. Der Theil der Zulus, der unter Mosilikatze stand, wurde schon in den Zeiten der allerersten Ansiedelungen in Transvaal bekriegt, unterworfen und nach Norden vertrieben. Der in vieler Hinsicht mächtigste und gefährlichste Stamm der Basutos wurde im Jahre 1869 durch die Bürger des Freistaats vollständig geschlagen. Die Pondos waren seit einem halben Jahrhundert als ein friedliebendes Hirtenvolk bekannt. Alle Kriege, die in den letzten Jahren gegen die eingeborenen Stämme geführt worden sind, entstanden nicht, weil es nöthig war das Land gegen ihre Eroberungseinfälle zu schützen, sondern weil man sie aus den festen Plätzen, von denen aus sie Plünderungszüge gegen einzelne Ansiedelungen unternahmen, vertreiben wollte. Dies war bei fast allen südafrikanischen Kriegen gegen die Eingeborenen, besonders aber in Transvaal der Fall. Zur Rechtfertigung der Einverleibung von Transvaal führte man immer die Niederlage an, die die transvaalische Bürgermacht im Jahre 1876 gegen Sekukuni erlitt. Was ihr nicht gelang, konnten auch die Engländer nicht erreichen, die ein oder zwei Jahre später einen ebenfalls vergeblichen Feldzug unternahmen, um Sekukuni aus seinen festen Plätzen in den Schluchten der nordöstlichen Bergzüge von Transvaal zu vertreiben. Trotzdem aber war Sekukuni der Republik ebenso wenig gefährlich wie Mapoch, der noch 1883 in einigen nur 150 Meilen von Pretoria entfernten befestigten Plätzen im Gebirge hauste. Auch die Kriegszüge gegen die Eingeborenen an der Ostgrenze der Kapkolonie in den Jahren 1877 und

1878 wurden nicht unternommen, um sie aus dem kolonialen Gebiet zu vertreiben, sondern um sie von den unzugänglichen Plätzen, in denen sie eine Zuflucht gefunden hatten, zu verjagen.

Die Zulus, deren drohende Machtstellung häufig als Rechtfertigung für die Einverleibung Transvaals angeführt wird, müssen vielleicht besonders berücksichtigt werden. Die Ansicht, daß ohne die Einverleibung Transvaals durch die Engländer, die Zulus das Land erobert und verwüstet haben würden, ist so oft zum Ausdruck gebracht worden, daß sie von manchen nachgerade für baare Münze genommen wird. Gleichwohl ist aber nicht die geringste Begründung für diese Ansicht vorhanden, und Leute, die persönlich mit den südafrikanischen Verhältnissen vertraut sind, haben sie auch keinen Augenblick ernst genommen. Schon im Jahre 1838 fand die berühmte Schlacht am Bloed River statt, in der die ganze bewaffnete Macht der Zulus von den eingewanderten Ansiedlern auf's Haupt geschlagen wurde. Der damalige Häuptling der Zulus, Dingaan, wurde in der Schlacht gefangen genommen und bald darauf meuchlerisch getödtet; die siegreichen Bürger von Transvaal setzten Panda als Dingaan's Nachfolger ein. Während Panda's Häuptlingschaft, die von 1838 bis 1873, also 35 Jahre dauerte, herrschte das denkbar beste Einvernehmen zwischen den Zulus und den Bürgern der südafrikanischen Republik; hätten aber die Zulus, die ihre militärische Organisation beibehalten hatten, einen Einfall in Transvaal versucht, so wäre ihnen, darüber kann nicht der leiseste Zweifel bestehen, das Schicksal der Dingaan'schen Armee vom Jahre 1838 nochmals zu Theil geworden.

Es ist nothwendig, diesen Punkt vollständig klar zu stellen, weil die wesentlichste amtliche Rechtfertigung für die Einverleibung von Transvaal sowohl, als auch für den darauf folgenden Zulukrieg in der Behauptung gipfelt, daß die Machtstellung der Zulus die europäische Oberherrschaft in Süd-Afrika und besonders in Transvaal gefährdet habe. Es mag ja vielleicht eine

gewisse Gefahr in dem Fortbestehen der militärischen Organisation von Zululand gelegen haben, wo die Ueberlieferungen aus den früheren Eroberungszügen der Zulus — die meistens mit der völligen Ausrottung der Besiegten endeten — hoch in Ehren gehalten wurden. Die Zulus waren sich aber zugleich sehr wohl der Grenzen ihrer Macht bewußt, besonders jenen holländischen Ansiedlern gegenüber, deren Väter einst sowohl Mosilikatze als auch Dingaan besiegt hatten, und außerdem waren sie schlau genug, um zu wissen, daß die scheinbar so schwache Regierung in Natal eine große Macht jenseits des Meeres vertrat. Aus diesen Gründen war auch Cetewayo, trotz des blutdürstigen Charakters, der ihm meist zugeschrieben wird, ebenso eifrig darauf bedacht, den Frieden zu erhalten wie sein Vater Panda, und gerade das Ansuchen, das so oft als Beweis seiner grausamen Natur angeführt wird, zeugt vom Gegentheil. In diesem Ansuchen bat er um die Erlaubniß, „die Speere seiner Krieger im Blute ihrer alten Erbfeinde, der Swazis, waschen zu dürfen“. Der Umstand, daß er ausdrücklich um jene Erlaubniß bat, daß er, als ihm diese versagt wurde, nicht, wie es ihm ein leichtes gewesen wäre, trotzdem sein Vorhaben ausführte und daß er seinen Plan in ganz bestimmter Weise auf einen benachbarten Stamm von Eingeborenen beschränkte, ist sehr bezeichnend. Noch bezeichnender ist der eigentliche Grund seiner Bitte. Bei den Zulus wurde nach alter Ueberlieferung nur der Mann als Gatte geachtet, der sich als Krieger ausgezeichnet hatte, und Cetewayo suchte deßhalb thatsächlich nach einer Gelegenheit zu einem kleinen Kriege, um sein Volk darnach zu friedlicher Niederlassung zu bewegen. Von unserem civilisirten Standpunkte aus war es natürlich unmöglich, seiner Bitte zu willfahren; selbst in der sicheren Voraussetzung, daß nur die Swazis darunter zu leiden gehabt hätten, hätte die Erfüllung des Gesuches den allgemeinen Frieden des Landes auf das ernstlichste gefährdet. Trotzdem bestätigt aber der ganze Vorgang die Behauptung, daß die Europäer einen kriegerischen Angriff von Seiten der

Zulus nicht zu fürchten hatten; als sie freilich selbst in Zululand einbrachen, änderte sich die Sache.

Glaubten diejenigen, die für die Eroberungspolitik von Sir Bartle Frere verantwortlich waren, die sich in der Einverleibung von Transvaal so gewaltsam äußerte, wirklich selbst daran, daß der europäischen Civilisation eine drohende Gefahr von Seiten der eingeborenen Stämme erwachse? Diese Frage läßt sich schwer beantworten; aber man muß zugeben, der Glaube an diese Gefahr war in England so allgemein und volksthümlich geworden, daß die Beamten wohl schließlich selbst an jene Gefahr glaubten, die sie Anfangs erheblich übertrieben hatten. Wer da fest daran glaubt, daß ihn am Ende der Teufel holen wird, meint schließlich überall den Teufel schon zu sehen. Das Endergebniß blieb in jedem Falle dasselbe. Transvaal wurde im Gegensatz zu einer bestimmten Politik, die sich ein Vierteljahrhundert lang als gut und segensreich bewährt hatte, annektirt, um den Plan einer Erweiterung des britischen Kaiserreichs zu fördern, und zweifelsohne auch aus dem Grunde, weil schon andere, harmlosere Pläne ähnlicher Art gescheitert waren; es wurde, wie man auch seitdem eingestanden hat, im Gegensatz zu den Wünschen der großen Mehrheit der Bevölkerung, und mit einer unlauteren Rechtfertigung, die den wirklichen Thatsachen nicht entsprach, einverleibt.

Die Thatsache der Einverleibung von Transvaal, die sich später so bitter rächen sollte, bildet das Titelblatt der Geschichte Süd-Afrikas während der letzten 20 Jahre. Sie ist theils mittelbar, theils unmittelbar die Ursache aller später entstehenden Unruhen und Wirren, weil sie zuerst jene Feindschaft zwischen den beiden herrschenden europäischen Rassen anstachelte, die ihren beredtesten Ausdruck einerseits in den Rauchzimmern der nach dem Kap fahrenden Postdampfer findet, andererseits in den bitteren Worten, die sich den holländischen Ansiedlern selbst in den entferntesten Winkeln des großen südafrikanischen Tafellandes auf die Lippen drängen. Sie fachte bereits halb

erloschene Feindseligkeiten auf's Neue an, und ließ alte, fast vergessene Geschichten aus der Zeit der Unterdrückung wieder in lebendiger Frische auferstehen, aber die Mehrzahl der britischen Bewohner und Ansiedler Süd-Afrikas war sich dessen schwerlich bewußt. Gerade die Ungewöhnlichkeit und Tragweite des Geschehenen blendete sie und hielt sie in den meisten Fällen davon ab, das angebliche Einverständniß der Mehrheit der Bevölkerung von Transvaal auf seine Richtigkeit hin zu prüfen. Außerdem trugen auch noch andere Umstände, wie z. B. die Freude über die bewiesene Thatkraft, der Glaube an einen darauf folgenden Handelsaufschwung und das hohe Ansehen, das der neue Vertreter des britischen Reichs in Süd-Afrika genoß, viel dazu bei, der Mehrzahl das Verständniß für die wirkliche Tragweite des Geschehenen zu benehmen, und veranlaßten sie, es als Vorboten für eine kommende Zeit des Wohlstandes und des Fortschrittes anzusehen. Einige Wenige freilich, die sowohl von der Lage als auch von der Vorgeschichte des Landes eine gründlichere Kenntniß hatten, sahen von Anfang an das geschehene Unrecht ein und ließen sich nicht abhalten, dagegen Einspruch zu erheben; noch andere aber, die wohl auch derselben Meinung waren, erblickten in dem Geschehenen eine günstige Gelegenheit zu Spekulationen in Ländereien, von denen sie großen Gewinn erhofften, und schwiegen aus diesem Grunde.

Eines muß aber noch betont werden: Die Einverleibung hätte sehr wohl ein gewisser Erfolg werden können, wenn sie von Beweisen eines wirklichen Interesses für die Wohlfahrt des Landes begleitet gewesen wäre. Die Vergrößerung des britischen Reiches um ein Gebiet, nicht viel kleiner als das Königreich Preußen, hätte doch, wie man wohl erwarten durfte, eine Art Begeisterung bei den Vertretern des konservativen und eroberungslustigen britischen Ministeriums hervorrufen müssen, und ein Volk, das, wie man annahm, seiner Vorliebe für die britische Weltherrschaft so beredten Ausdruck gegeben hatte, hätte wohl

eine Art Ermuthigung verdient. Unglücklicherweise machte sich hier die überlieferte Sparsamkeit des Reichsschatzamts bemerkbar, die stark abkühlend auf den Eifer des Kolonialamts wirkte. Weder für die Verwaltung der neuen Provinz, noch für die Ausführung irgend welcher öffentlicher Arbeiten, die sonst den Antritt der britischen Oberherrschaft im Allgemeinen zu begleiten pflegen, wurden finanzielle Vorkehrungen getroffen. Es steht thatsächlich fest und ist unwidersprochen geblieben, daß der Beamte, der, als die britische Flagge gehißt wurde, seine Ernennung als Vertreter der Regierung bekannt machte, die ersten Verwaltungskosten aus einer von ihm persönlich aufgenommenen Anleihe gedeckt hat. An Besteuerung war nicht zu denken, sogar die Einziehung der unter der republikanischen Regierung eingeführten Steuern wurde kluger Weise eingestellt. Nach längerem Aufschub und nur auf wiederholtes Drängen verstand sich der Kanzler des Schatzamts dazu, das Unterhaus um Bewilligung einer Anleihe von 100000 £ zu ersuchen, von der das schon verausgabte Geld zurückerstattet und die augenblicklich drängenden Ausgaben gedeckt werden sollten. Inzwischen verhinderte das Mißtrauen gegen das Volk und das Bewußtsein, daß es der Einverleibung feindlich gegenüber stand, wodurch schon eine neue Besteuerung unmöglich geworden war, auch jeden Versuch, eine Regierungsform mit einer Volksvertretung einzusetzen. Diejenigen, die den Ruf und das Wirken Sir Theophilus Shepstone's vertheidigen, behaupten, daß seine umfassende Kenntniß des niederländischen Charakters und der holländischen Sprache es ihm bei richtiger Unterstützung wohl möglich gemacht haben würde, die Mehrheit der holländischen Bevölkerung für sich zu gewinnen und eine auf eine volksthümliche Vertretung gegründete lebensfähige Regierungsform zu schaffen. Diese Behauptung hat entschieden ihre Berechtigung. Der Vertreter der britischen Regierung in der neu hinzu gekommenen Provinz fand einerseits keinerlei Unterstützung, und auf der anderen Seite ist es sehr wahrscheinlich, daß seine besten Bestrebungen durch Neid und Scheelsucht von

einer außerhalb Transvaals liegenden Stelle aus gehemmt wurden. Seine Fähigkeiten für die Verwaltung hatten sich noch nicht bewährt; sein amtliches Wirken hatte sich lediglich auf den Verkehr mit eingeborenen Stämmen in Natal und seiner Umgebung beschränkt, und eine geschickte Amtsführung in dieser Hinsicht befähigt ja noch lange nicht zur Leitung eines europäischen Gemeinwesens. Jedenfalls fand er auch in den Persönlichkeiten seiner Untergebenen nur sehr mangelhafte Unterstützung.

Mittlerweile begann sich die holländische Bevölkerung des Landes zu regen. Die Einverleibung war ihr zwar überraschend gekommen, aber das wirkliche Empfinden des Volks kam doch bald genug zum Ausdruck. Während der wenigen Monate, die der Einverleibung vorhergingen, während Sir Theophilus Shepstone als friedlicher Abgesandter der britischen Regierung in Pretoria weilte, war die Bevölkerung ihren gewöhnlichen landwirthschaftlichen Beschäftigungen nachgegangen und hatte sich nicht viel um die Vorgänge in der Hauptstadt gekümmert. Ihr Interesse für politische Angelegenheiten war jedenfalls durch die Unbeliebtheit des Präsidenten Burgers abgeschwächt, der sowohl wegen seiner freien religiösen Ansichten, als auch wegen seiner finanziellen Unternehmungen mit Mißtrauen angesehen wurde. Als es ihr aber zum Bewußtsein gekommen war, daß die Republik in Folge eines geradezu unbegreiflichen Vorganges unter britische Oberherrschaft gelangt war, blieb man keinen Augenblick über den nun einzuschlagenden Weg in Zweifel. Wenn der Volksraad an dem verfassungsmäßig festgesetzten Tage, nämlich am ersten Montage des Mai, zusammengetreten wäre, so hätte er sicherlich in der deutlichsten Weise seiner Auffassung von der Sachlage und seiner Empörung über das erlittene Unrecht Ausdruck gegeben; in Folge der Einverleibung aber wurde der Volksraad entweder außer Stand gesetzt, zu tagen, oder man hielt es nicht für angezeigt, ihn einzuberufen. Die Bürger von Transvaal folgten dem Rathe Krüger's, der zur Zeit der

Einverleibung von Transvaal Mitglied der Exekutive war, und glaubten schließlich, daß die Einverleibung überhaupt nur in Folge eines Irrthums und eines Mißverständnisses stattgefunden hätte und wieder rückgängig gemacht würde, sobald die britische Regierung sich davon überzeugt habe, daß die Mehrheit der Bürger dieses Vorgehen nicht billigte. In diesem Sinne wurde eine Denkschrift verfaßt, die in verhältnißmäßig kurzer Zeit von über 6000 Bürgern unterzeichnet und Krüger und Dr. Jorissen, dem amtlichen Rechtsbeistande der republikanischen Regierung, übergeben wurde. In dieser Angelegenheit trat Krüger zum ersten Male als Verfechter der Unabhängigkeit von Transvaal auf. Während er inzwischen nach England ging, kümmerten sich die Bürger wenig um die Regierung in Pretoria, von der sie selbst ebenso wenig behelligt wurden; aber sie faßten jetzt den Entschluß, ihre Unabhängigkeit im Nothfalle auch mit den Waffen in der Hand zurück zu fordern und freudig in den Kampf zu ziehen, wenn alle Verhandlungen und Einsprüche sich als nutzlos erweisen sollten und dem Lande ein Krieg nicht länger erspart werden könnte.

Die Abgesandten der Bürger von Transvaal konnten sich über ihren persönlichen Empfang in England nicht beklagen. Sie wurden mit der größten Höflichkeit behandelt, aber in der höflichsten Form schlug man es rundweg ab, eine Aufhebung des Schrittes, durch den Transvaal seine Freiheit verloren hatte, zu erörtern. Das Ministerium Beaconsfield hatte wenig oder nichts gethan, um die materiellen Interessen des Landes und des Volkes, dessen Freiheit man vernichtet hatte, zu fördern; es konnte, ohne sich selbst zu schaden, jetzt unmöglich auf Vorschläge zur Wiederaufhebung der Einverleibung von Transvaal eingehen. Die Sache war einmal geschehen und nicht wieder ungeschehen zu machen. Natürlich erschien denen, die mit den Abgesandten von Transvaal zu verhandeln hatten, eine feste, unbeugsame Haltung das Klügste und Beste, und man gab sich der Hoffnung hin, daß die Bürger von Transvaal sich die

Segnungen der britischen Oberherrschaft gerne gefallen lassen würden, sobald sie erst einmal von der Unwiderruflichkeit der Einverleibung überzeugt wären. Zu gleicher Zeit gelangte auch, wie verlautet, ein amtlicher Bericht an das Kolonialamt, der die Versicherung enthielt, daß der Einspruch eine bloße Form sei und nur zu Stande gekommen wäre, um das Ansehen der einflußreichen Persönlichkeiten, von denen er ausging, aufrecht zu erhalten. Die Abgesandten kehrten unverrichteter Sache in ihre Heimath zu denen zurück, die sie ausgeschickt hatten. So endete dieses erste Kapitel der Geschichte der letzten zwanzig Jahre politischen Lebens in Süd-Afrika.

II.

Der Beginn der Unruhen.

Ehe wir näher auf die Begebenheiten eingehen, die der Einverleibung Transvaals folgten, verlohnt es sich wohl, die finanzielle und industrielle Lage von Süd-Afrika, zur Zeit als Sir Bartle Frere sein Amt als Oberkommissar antrat, etwas näher zu betrachten.

Einige Jahre vorher, ehe noch von der Politik zur Bildung eines Staatenbundes die Rede war, die Sir Bartle Frere durchführen sollte, hatte Süd-Afrika durch die Entdeckung der Diamantfelder von Kimberley einen mächtigen gewerblichen Aufschwung genommen. Wir brauchen hier nicht auf die Geschichte dieser Entdeckung zurück zu kommen, ebenso wenig auf den bekannten Streit mit dem Oranje-Freistaat, der damit endigte, daß die Diamantfelder gegen eine an den Freistaat gezahlte Entschädigungssumme von 90000 £ als britisches Gebiet abgetreten wurden. Bis zu dieser Entdeckung war in Süd-Afrika überhaupt kaum von einer industriellen Entwickelung die Rede. Das Land hatte so wenig Bedeutung für die übrige Mitwelt, daß man es für ausreichend hielt, wenn monatlich ein Postdampfer von 500 Tonnen Gehalt, der sechs Wochen unterwegs war, die Fahrt von England nach Kapstadt unternahm. Eisenbahnen gab es noch so gut wie keine. Kapstadt war mit der Vorstadt Wynberg durch eine etwa acht englische Meilen lange Strecke

und mit dem holländischen Städtchen Wellington durch eine Bahnlinie von etwa 50 Meilen verbunden. Außer diesen beiden Bahnen und einer ganz kurzen, von ungefähr fünf Meilen Länge in Natal, gab es in ganz Süd-Afrika keine Eisenbahnen. Man reiste mit Karren, was sehr lange dauerte, oder mit dem Postwagen, was mitunter recht unsicher war. Auf kurze Entfernungen gab es wohl auch Wagen- oder Omnibus-Verbindungen, die aber ihrer Langsamkeit und Unbequemlichkeit wegen mehr berüchtigt als gesucht waren. Wenn einmal der Gedanke auftauchte, Stammbahnen nach dem Inneren des Landes anzulegen, so wurde er, kaum ausgesprochen, mit dem allgemeinen Vorurtheil zurückgewiesen, daß solche Eisenbahnen unmöglich den Verkehr finden würden, dessen sie bedürften, um die Kosten ihres Betriebes zu decken.

Die Entdeckung der Diamantfelder führte dem Lande neue Kräfte zu. Es wurde zum geflügelten Wort, die Entdeckung der Kimberley-Gruben habe Süd-Afrika vor dem Bankerott gerettet. Gleichviel, ob dies auf Wahrheit beruht oder nicht, jedenfalls erfüllte diese Entdeckung die Bevölkerung, die bis dahin so zu sagen geschlafen hatte, mit neuer Lebenskraft, und es ist nicht unmöglich, daß es nur der mit dieser Entdeckung in Aussicht gestellte Wohlstand war, der den Politikern am Kap den Muth gab, die volle Verantwortung für die Regierung in der Kapkolonie zu übernehmen. Kimberley und seine Diamanten erfüllten die Einbildungskraft der Bewohner der Kapkolonie und von Natal mit einer glänzenden Vision, deren Verwirklichung durch das Zuströmen kühner, unternehmungslustiger Männer, die hier ihr Glück versuchen wollten, und durch das ungemein rasche Steigen der Werthe der kolonialen Einfuhr gesichert schien. Ebenso bemerkenswerth als der Mangel an Eisenbahnen war das Fehlen jeder telegraphischen Verbindung. Noch bis zum Jahre 1877 gab es keine telegraphische Verbindung zwischen der Kapkolonie und Natal: Die erste Drahtlinie wurde zwischen Kapstadt und Kimberley gelegt, während in Natal die einzige

Telegraphenverbindung in einer Länge von 50 Meilen zwischen Durban und Pietermaritzburg bestand, eine Linie, die fortwährend gestört und deren Benutzung unverhältnißmäßig kostspielig war. Die Verbindungen waren so mangelhaft, daß noch bis zum Jahre 1877 die neuesten Nachrichten aus Europa meist über Kimberley nach Natal gelangten; sie wurden von Kapstadt nach Kimberley telegraphirt und von da mit der Postkutsche auf dem Landwege durch den Freistaat nach Natal gebracht. Sehr bezeichnend übrigens dafür, wie viel die damaligen Zustände noch zu wünschen ließen, war es, daß sowohl in der Kapkolonie als auch in Natal Telegramme nur in englischer Sprache zur Beförderung angenommen wurden.

Die Entdeckung der Diamantfelder von Kimberley vermehrte die Zahl der Afrikareisenden um ein Bedeutendes, gab dem Handel einen neuen Aufschwung und veranlaßte so die britischen Kolonien von Süd-Afrika zur Aufnahme von Anleihen, zum Bau von Eisenbahnen und zur Vorbereitung aller der Schritte, die erforderlich waren, um bessere Verbindungen mit Europa zu schaffen. Was den überseeischen Postdienst betraf, so war der Dampfer Balmoral Castle, der auf seiner ersten Fahrt den neuen Statthalter nach der Kapstadt befördert hatte, eines der ersten Schiffe, die gebaut wurden, um zusammen mit den Dampfern der Gesellschaft, die früher den Postdienst besorgt hatte, eine wöchentliche Verbindung mit England zu unterhalten. Die Regierung in Kapstadt, die sich nicht mehr von Downingstreet aus überwacht fühlte, hatte kühn eine Anleihe von vier Millionen zum Bau von Eisenbahnen aufgenommen. Alle diese Eisenbahnstrecken sollten dem neuen Handelszweig dienen, der in Kimberley so plötzlich emporgeschossen war; einige waren schon im Jahre 1877 in Angriff genommen, während andere gerade begonnen werden sollten. Auch in Natal, das ebenfalls seinen Antheil an dem neuen Handelsaufschwung von Kimberley erhaschen wollte, hatte man, wenn auch nur in kleinerem Maßstabe, angefangen Eisenbahnen zu bauen, und sich

als erstes Ziel die Verbindung des Hafens mit der Hauptstadt gesteckt. Daraus ergiebt sich, daß die Ankunft des Vertreters der neuen Eroberungspolitik in Süd-Afrika mit einer sehr bedeutenden Ausdehnung der südafrikanischen Industrie und einem Erstarken des allgemeinen Unternehmungsgeistes zusammentraf, und natürlicherweise sah die gesammte südafrikanische Bevölkerung und namentlich der britische Theil davon Alles, was mit dem steigenden Wohlstande zusammen zu hängen schien, mit Vertrauen und besonderem Wohlwollen an. Nur Wenige nahmen sich die Mühe, den verborgenen Plänen, die einer hohen amtlichen Politik zu Grunde lagen, nachzuspüren. Man sah im Allgemeinen nur den vermehrten Wohlstand mit seinem Gefolge von Geld und erleichtertem Kredit, und das genügte den Meisten vollkommen.

Aber schon nach wenigen Monaten wurden von verschiedenen Seiten beunruhigende Nachrichten laut. Es wurde zum Beispiel bekannt, daß Sir Bartle Frere's Vorgehen durchaus nicht im Einverständniß mit den für die Verwaltung der Kapkolonie verantwortlichen Ministern erfolgt war. Der Eindruck, den dieses Gerücht hervorrief, war überwiegend der, daß Minister, die mit einem so ausgezeichneten Beamten wie Sir Bartle Frere nicht übereinzustimmen vermochten, sich doch wohl entschieden im Unrecht befinden mußten. In Wirklichkeit aber lag die Sache folgendermaaßen: Das Ministerium Molteno, das noch immer den Rathschlägen Saul Solomon's folgte, lehnte es ab, die Staatenbunds-Politik, die der Statthalter verfolgte, zu fördern und irgend welche Schritte, durch welche diese Politik etwa unterstützt werden könnte, zu unternehmen. Diese Meinungsverschiedenheit kam noch deutlicher zum Ausdruck, als in den letzten Monaten des Jahres 1877 Unruhen bei den Eingeborenen längs der Ostgrenze der Kapkolonie ausbrachen. Wie diese Störungen entstehen konnten, ist nie völlig aufgeklärt worden; aber es ist sehr begreiflich, daß da, wo einmal der Glaube an eine feindselige Verbindung der Eingeborenen gegen

die Europäer Wurzel gefaßt hatte, jede kleine Unruhe unter der eingeborenen Bevölkerung leicht weit über ihre eigentliche Bedeutung hinaus überschätzt und übertrieben wurde. Die ersten Unruhen brachen unter den Gcalekas aus, die unter ihrem alten Häuptling Kreli einen Theil des Landes östlich vom Keifluß, der noch außerhalb der damaligen Grenzen der Kolonie lag, bewohnten. Anfangs schien es, als ob die Polizei mit den Aufrührern allein fertig werden könnte, und schon nach wenigen Wochen trat nach scheinbarer Unterdrückung Frieden ein. Kaum aber hatte man sich dazu beglückwünscht, als auch schon erneute Unruhen ausbrachen, an denen diesmal auch die Gaikas, die innerhalb der Kapkolonie selbst wohnten, Theil nahmen. Die Lage der Grenzgebiete in der Kolonie wurde dadurch eine immerhin bedrohliche, wenn auch ausdrücklich betont werden muß, daß der offensive Charakter der Eingeborenen, der sich in früheren Kriegen so sehr bemerkt gemacht hatte, diesmal vollständig fehlte. Das Ziel, das sich nun die Militär- und Civilbehörden steckten, war nicht etwa das, die Heimstätten der Ansiedler vor den Eingeborenen zu schützen, sondern diese aus den festen Plätzen, in denen sie Zuflucht fanden, zu vertreiben. Dies gelang auch schließlich der vereinigten britischen und kolonialen Truppenmacht, wenigstens soweit die eigentliche Kolonie in Frage kam. Oestlich vom Keifluß, der damals die Grenze zwischen der Kapkolonie und Natal bildete, mußte sich die Regierung mit einem nur theilweisen Erfolge zufrieden geben, und es gelang ihr nicht, sich des Häuptlings Kreli, der als der eigentliche Urheber der Unruhen angesehen wurde, zu bemächtigen.

Gleichzeitig traten inzwischen noch andere Ereignisse ein, die das öffentliche Interesse weit mehr in Anspruch nahmen als die wechselnden Erfolge der Feldzüge gegen die aufrührerischen, eingeborenen Stämme. Das Gefühl der Eifersucht zwischen Sir Bartle Frere und den Ministern, das sich schon bei seinem ersten Auftreten in Kapstadt gezeigt hatte, wurde immer fühl-

barer, je länger sich der Krieg an der Grenze hinzog. Eine ernste Verfassungsfrage in Bezug auf die Oberbefehlshaberschaft über die Truppen im Felde trat in den Vordergrund. Das Recht dieser höchsten Gewalt wurde, vielleicht nicht mit Unrecht, von den Kaiserlichen Militärbehörden in Anspruch genommen, diesen aber von dem Kolonial-Ministerium nicht zuerkannt, und zwar mit der Begründung, daß das Ministerium für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich sei und ihm somit auch die Leitung der militärischen Unternehmungen zustehe. Wären die Kaiserlichen Behörden und das Kolonial-Ministerium in anderen Angelegenheiten Hand in Hand gegangen, so hätte sich ohne Zweifel wohl auch diese Schwierigkeit auf freundschaftlichem Wege beilegen lassen. Aber die vollständige Meinungsverschiedenheit zwischen den Kaiserlichen Behörden, an deren Spitze der Statthalter stand, und dem Kolonial-Ministerium in Bezug auf die damals wichtigste Frage — den Staatenbund — gab auch diesem Streitpunkte, der die militärische Seite berührte, eine Schärfe, durch welche die Dinge auf die Spitze getrieben wurden. Die militärischen Behörden verbargen keineswegs die Verachtung, mit der sie auf das Kolonial-Ministerium blickten, und die Mitglieder dieser letzteren Behörde machten kein Hehl daraus, daß sie die Ansprüche der Militärbehörden für durchaus unberechtigt hielten. In dieser ganzen Angelegenheit handelten Molteno und seine Kollegen getreu ihrer von Anfang an ausgesprochenen Ueberzeugung in Bezug auf den Staatenbund, obgleich sie sehr wohl wußten, daß Sir Bartle Frere auf's Eifrigste bemüht war, den Staatenbund auch ohne ihre Zustimmung, ja gerade ihnen zum Trotz, zu Stande zu bringen. Obwohl nun das Kolonial-Ministerium gewiß vollkommen berechtigt war, in seinem Verhalten lediglich der eigenen Ueberzeugung zu folgen, so brachte es doch seine Ueberzeugung weder mit Klugheit noch mit Höflichkeit, wie es eigentlich sonst bei einer gerechten Sache zu geschehen pflegt, zum Ausdruck. Der Premierminister Molteno liebte es nicht, sich zu überarbeiten, und die meisten

seiner Amtsgenossen folgten seinem Beispiel in dieser Hinsicht. In Folge dessen ruhte die hauptsächlichste Verantwortlichkeit und zum größten Theile auch die Aufgabe, die Ansichten und Wünsche des Ministeriums öffentlich und privatim zum Ausdruck zu bringen, auf den Schultern von John Xavier Merriman, einem noch jungen Manne, der das Amt eines Ministers der Kronländer und der öffentlichen Arbeiten bekleidete. Merriman's Ehrlichkeit und Thatkraft ließen nichts zu wünschen übrig, aber er zeichnete sich weder durch Bescheidenheit noch durch Klugheit aus. Daß die Feindschaft und Eifersucht zwischen Sir Bartle Frere und den Ministern, die ihm in seiner Eigenschaft als Gouverneur des Kap der guten Hoffnung als Rathgeber beigeordnet waren, einen so heftigen Charakter annahm, ist sicherlich zum größten Theil auf die ebengenannten persönlichen Eigenschaften Merriman's zurückzuführen. Sir Bartle Frere war indessen nicht der Mann sich von einem einmal gefaßten Entschluß abbringen zu lassen; um den Streitigkeiten, welche die von ihm vertretene Politik bedrohten, ein Ende zu machen, entschloß er sich Anfang des Jahres 1878 zu dem gewaltsamen, und wie vielfach sogar angenommen wird, verfassungswidrigen Schritte, seine Minister zu entlassen.

Bei Weitem die große Mehrheit der britischen Gemeinwesen in Süd-Afrika billigte diesen Schritt im Großen und Ganzen und zwar aus verschiedenen Gründen. Einestheils stand Sir Bartle Frere in so hohem Ansehen, daß man Alles, was er that, von vorne herein gut hieß; anderentheils hatte sich die britische Regierung durch das erhöhte Interesse, das sie den südafrikanischen Angelegenheiten gegenüber gezeigt hatte, bei dem sehr bedeutenden handeltreibenden Theil der britischen Bevölkerung Süd-Afrikas beliebt gemacht. Ganz abgesehen von irgend welchen patriotischen Regungen, die etwa dabei in Frage kommen konnten, bedeutete dieses Interesse aller Wahrscheinlichkeit nach die Unterstützung kriegerischer Rüstungen durch das Kaiserliche Schatzamt, und eine derartige Unterstützung war sehr dazu

geeignet, die Kolonie zu fördern. Außerdem aber war das Ministerium Molteno nicht nur in der Kapkolonie, sondern im ganzen britischen Süd-Afrika ziemlich unbeliebt geworden. Die verfassungsmäßigen Grundsätze, die es vertrat, wollten der großen Mehrheit nicht einleuchten, und selbst viele, die sie begriffen hatten, hielten sie mehr für akademisch als für praktisch ausführbar. Dies war die Ansicht des britischen Süd-Afrika außerhalb der Kapkolonie. In der Kapkolonie selbst hatte das Ministerium Molteno eine sehr mächtige Gegenpartei. Die ganze östliche Provinz, in der Port Elisabeth und andere Handelsstädte lagen, war ihm feindlich gesinnt und betrachtete es als Ministerium im Wesentlichen nur für Kapstadt; obgleich es sich einige Jahre vorher beim Bau der Eisenbahn von Ost-London nach Queenstown die Sympathien der Grenzbewohner erworben hatte, so war doch das Vertrauen von Letzteren durch die Unruhen an der Grenze ernstlich erschüttert worden; diese Unruhen hatten den Wunsch nach einem thatkräftigen Vorgehen, selbst auf die Gefahr einer Verletzung der Verfassung, hervorgerufen. Sir Bartle Frere wußte also wohl mit ziemlicher Bestimmtheit, ehe er noch seine Minister entlassen hatte, welche Aufnahme dieses Vorgehen finden würde, und hätte er auch noch irgend welche Zweifel darüber gehegt, so sorgten die entlassenen Minister selbst auf's beste dafür, sein Verhalten zu rechtfertigen. Anstatt zu versuchen, die Bevölkerung für ihre im Großen und Ganzen gerechte Sache zu gewinnen, hüllten sie sich schmollend in trotziges Schweigen und ließen der öffentlichen Meinung, die sich zu ihren Ungunsten entwickelte, freien Lauf. Das Resultat dieses Verhaltens zeigte sich darin, daß bei der Wiedereröffnung des Kap-Parlaments von einer überwiegenden Mehrheit Sir Bartle Frere's Handlungsweise gebilligt wurde.

Die Bildung des neuen Ministeriums bot keine besonderen Schwierigkeiten, obgleich die Wahl des neuen Premierministers, die geradezu nothgedrungen in Sir Bartle Frere's Händen ruhte, zuerst einige Ueberraschung hervorrief. Die Wahl fiel nämlich auf Sir

Gordon Sprigg, damals noch John Gordon Sprigg, einen der Vertreter von Ost-London im Kap-Parlament. Was man bisher von Sir Gordon Sprigg gehört hatte, schien nicht dazu angethan, ihn als besonders geeignet für die Ausführung des Planes erscheinen zu lassen, den Sir Bartle Frere mit der Bildung eines südafrikanischen Staatenbundes verwirklichen wollte. Man wußte nur von ihm, daß er ein guter Redner und ein politischer Schüler und eifriger Bewunderer Saul Solomon's war, der thatsächlich die Seele der Gegenpartei gegen die Staatenbundspolitik bildete. Weder als Schüler Saul Solomon's noch als Vertreter einer Gegend, die aus der Eisenbahnpolitik des Ministeriums Molteno entschiedene Vortheile gezogen hatte, schien Sir Gordon Sprigg der rechte Mann, um die Entlassung des Ministeriums gut zu heißen und der Förderung des Staatenbundes seine Unterstützung angedeihen zu lassen. Indessen bald stellte sich heraus, daß Sir Gordon Sprigg nicht nur gerne bereit war, das ihm übertragene Amt anzunehmen, sondern daß er sich auch bereitwilligst zu der Politik der Bildung eines Staatenbundes bekehrte. Drei Wochen nach seiner Berufung zum Premierminister erklärte er öffentlich seine Meinungsänderung und gewährte dadurch dem Statthalter die Genugthuung, daß er außer der Einverleibung von Transvaal noch einen weiteren wichtigen Schritt zur Erreichung des Endziels seiner Pläne vollendet hatte.

Während sich diese Begebenheiten in der Kapkolonie abspielten, hatte auch anderwärts die Geschichte keineswegs still gestanden. Obgleich nicht gerade ein Einbruch der Zulus in das Gebiet von Transvaal zu befürchten stand, waren doch einige Streitfragen in Bezug auf die Grenze zwischen Zululand und Transvaal hervorgetreten, deren Beilegung wünschenswerth erschien. Auf einigen Strecken waren die Grenzen klar und deutlich bestimmt, so z. B. längs des südöstlichen Saumes des Landes, wo der Buffalo- und der Tugelafluß die leicht erkennbare Grenze von den Drakensburg Bergen bis zum Meer bildete. Die nordwestliche Grenze von Zululand dagegen, die transvaalisches

Gebiet berührte, war weniger deutlich bezeichnet und in Folge dessen wurden einzelne Ansiedelungen von Bürgern von Transvaal beansprucht, ihre Abtretung aber von den Zulus verweigert. Die Beilegung der Streitigkeiten zwischen den Zulus und Transvaal war früher die Sache von Sir Theophilus Shepstone gewesen, der die Angelegenheiten der Eingeborenen in Natal vertrat, und es wurde allgemein angenommen und auch von den Zulus des öfteren zu ihren Gunsten angeführt, daß er in dieser Frage auf ihrer Seite gestanden habe. Diese Hereinziehung der Regierung von Natal in Fragen, die Zululand betrafen, war in gewissem Sinne die Folge jenes Schrittes der Regierung vom Jahre 1873, als sie, anläßlich des Todes des alten Häuptlings Panda, Sir Theophilus Shepstone nach Zululand schickte, um Cetewayo zu seinem Nachfolger zu krönen. Es ist zweifelhaft, in wie weit Cetewayo diese Krönung wirklich anerkannte; aber es ist leicht begreiflich, daß er die Bereitwilligkeit, mit der man ihn in Natal gegen Transvaal unterstützte, so viel als möglich zu seinen Gunsten ausnützte. Gegen Ende des Jahres 1877 verbreitete sich in Natal die etwas beunruhigende Nachricht, daß die Zulus Schritte thaten, um das ihnen verbürgte Recht auf das in Frage stehende Land geltend zu machen, indem sie eine große kriegerische Niederlassung auf dem streitigen Gebiete anlegten. Jedenfalls waren diese Gerüchte übertrieben, denn die Sache verlief im Sande. Viel mehr Grund zu ernstlichen Befüchtungen bot der Umstand, von dem aber die Ansiedler an der Zulugrenze damals nichts wußten, daß Sir Theophilus Shepstone von seiner früheren Ansicht in Betreff der Grenzfrage angeblich auf Grund einiger in Pretoria vorgefundener Urkunden zurückgekommen war, und in Folge dessen Transvaal und nicht mehr den Zulus seine Unterstützung zuwandte.

Man würde dem Andenken eines treuen, langjährigen Dieners der Krone Unrecht thun, wollte man annehmen, daß Sir Theophilus Shepstone seine Ueberzeugung nicht aus den

lautersten Gründen geändert hätte. Aber dieser Meinungswechsel verschärfte die Zulufrage um ein Bedeutendes und untergrub das Vertrauen, das die Zulus bisher zu den Vertretern der britischen Regierung gehabt hatten. Bei einer Zusammenkunft Sir Shepstone's mit den obersten Zuluhäuptlingen nahe an der Grenze zwischen Transvaal und Zululand bedienten sich die Abgesandten Cetewayo's sehr bitterer Ausdrücke, und man erzählt sogar, daß einer der in ihrem Gefolge befindlichen Zulus zufälliger Weise einen Schuß abgefeuert habe, so daß die Begegnung in Folge dessen nur zu leicht ein tragisches Ende hätte nehmen können. Der damalige stellvertretende Gouverneur von Natal, Sir Henry Bulwer, machte, um die sich immer mehr verwickelnde Streitfrage zu lösen, den Vorschlag, eine Kommission zusammen zu berufen, welche die Ansprüche der gegnerischen Parteien untersuchen und darüber Bericht erstatten sollte. Der Vorschlag wurde von den britischen Beamten, die damals für die Verwaltung Transvaals verantwortlich waren, nicht besonders günstig aufgenommen, fand aber den Beifall des Statthalters, und selbst in den Augen derer, welche die Ansprüche der Zulus für unberechtigt hielten, bot er den Vortheil, daß man Zeit gewann. Die Kommission wurde also zusammen berufen und bestand aus dem Oberst Anthony Durnford, dem Kommandeur der Royal Engineers in Natal, dem Kronanwalt (jetzt Oberrichter) von Natal, Sir Michael Gallwey und John Shepstone, einem Stiefbruder Sir Theophilus Shepstone's, der in Natal damals den Posten eines Staatssekretärs für die inneren Angelegenheiten bekleidete. Diese Zusammensetzung war eine sehr gerechte, da den beiden Sachverständigen ein bedeutender Jurist zugesellt war. Aber ohne Zweifel war die ausschlaggebende Persönlichkeit des Ausschusses der Oberst Durnford. Er war ein Mann von hohem persönlichen Muth und völliger Unantastbarkeit des Charakters, Soldat vom Scheitel bis zur Sohle, aber wegen seiner Unduldsamkeit allen bürgerlichen Verordnungen gegenüber und seiner allgemein bekannten Uebereinstimmung mit dem

Bischof Colenso in allen Fragen, die die Eingeborenen betrafen, in Natal nicht besonders beliebt. Einmal zu einer solchen Untersuchung berufen, ging er mit der strengsten Gerechtigkeit an die Prüfung des vorliegenden Falles, und sowohl die von beiden Seiten eingezogenen Erkundigungen, als auch ohne Zweifel der maßgebende Einfluß des Obersten Durnford bei der Beurtheilung der abgegebenen Aussagen führten zu dem für Viele überraschenden Ergebniß, daß der Bericht des Ausschusses die Ansprüche der Zulus für berechtigt erklärte, die Ansprüche Transvaals dagegen zurückwies.

Der Einfluß dieses Berichtes auf die allgemeine Sachlage machte sich nicht sogleich bemerkbar. Die Kommission und das Ergebniß ihrer Nachforschungen stehen zwar in deutlichem Zusammenhang mit dem Ausbruche des Zulukrieges, aber auch andere Ereignisse, die diesem Kriege vorhergingen, müssen zuvor noch berücksichtigt werden. Die Politik, die Sir Bartle Frere verwirklichen sollte, bezweckte nicht nur den Zusammenschluß der verschiedenen civilisirten Staaten Süd-Afrikas, sondern verlangte auch die Unterwerfung und vollständige Aufsaugung der Eingeborenen-Gebiete, die trennend zwischen diesen Staaten lagen. Besonders geboten erschien dies bei dem großen, den unabhängigen Eingeborenen gehörigen Strich Landes, der zwischen der Ostgrenze der Kapkolonie und der Südgrenze von Natal lag, einem Gebiet das sich landeinwärts bis zur Gebirgsgrenze des Basutolandes erstreckte, und dessen Küstengebiet eine Länge von beinahe 200 Meilen hatte. Der westliche Theil dieses Gebietes gehörte den Gcalekas und anderen, ihnen verwandten Stämmen, die sich stark an dem kurz vorhergegangenen Grenzkriege der Kapkolonie betheiligt hatten, während der äußerste Osten von den Griquas, einem Volke, das von den Hottentotten abstammte und aus seiner ursprünglichen Heimath am Orange-Fluß hierher gewandert war, bewohnt wurde. Zwischen diesen beiden Gebieten — dem Transkei- und Ost-Griqualand — lag ein ausgedehnter Landstrich, den die Pondos inne hatten, ein

ganz unabhängiger Stamm, der, Dank einem mit der britischen Regierung etwa 30 Jahre vor Sir Bartle Frere's Ankunft in Süd-Afrika abgeschlossenen Vertrage, ein friedliches Dasein geführt hatte und mit allen angrenzenden Gemeinwesen vermöge seines friedliebenden Charakters in bestem Einvernehmen stand. Die Küstenlinie dieses Gebietes war fast in ihrer ganzen Ausdehnung unzugänglich, aber gerade an der unzugänglichsten Stelle wurde sie durch die Mündung eines großen, schiffbaren Flusses unterbrochen, die einen ausgedehnten Hafen von hohem Werth bildete. Jahre lang war dieser Hafen überhaupt nicht beachtet worden. Aber die neuen Pläne, die man in Bezug auf Süd-Afrika hegte, erweckten plötzlich die Furcht, eine andere europäische Macht könne festen Fuß an diesem Küstenplatz fassen und so die bisher unbestrittene Vorherrschaft Großbritanniens gefährden. Der Hafen des St. Johnflusses, wie er genannt wurde, schien hierzu sehr wohl geeignet. Angesichts dieser Befürchtungen wurde dem obersten Häuptling der Pondos, Umqikela, zu verschiedenen Malen vorgeschlagen, die britische Oberherrschaft über sein Gebiet anzuerkennen, zum Beweise dessen einen Vertreter der britischen Regierung anzunehmen und den Hafen der britischen Verwaltung zu übergeben. Umqikela aber hatte etwas von Naboth's*) Charakter: er wollte seine Unabhängigkeit behalten und glaubte überdies, daß er durch die lange Zeit, während der er seine vertragsmäßigen Verpflichtungen erfüllt hatte, Anspruch auf das Vertrauen Großbritanniens erworben hätte. In dieser Ueberzeugung lehnte er die Vorschläge ab, die man ihm gemacht hatte, und das wurde Umqikela's Verderben, wie es einst Naboth's Verderben geworden war; er mußte nur zu bald einsehen, daß es eine Thorheit war, Vorschläge abzulehnen, die thatsächlich Forderungen gleichkamen. Aus unaufgeklärten Gründen traten gegen Ostern des Jahres 1878 in dem zwischen Pondoland und Natal gelegenen Ost-Griqualand Unruhen ein.

*) Anm. d. Uebers.: Altes Testament, 1. Buch der Könige, Kap. 21.

Man darf nicht außer Acht lassen, daß dieses Gebiet im Wesentlichen den Griquas gehörte, die sich zu einer Zeit hier niedergelassen hatten, als es noch Romansland (Niemandsland) hieß. Der erste Häuptling der Griquas, Adam Kok, hatte eine Stadt, die nach ihm Kokstadt genannt wurde, gegründet, und diese war der Mittelpunkt einer nicht unbedeutenden europäischen Bevölkerung geworden, die sich in der eigenthümlichen Lage befand, als Ausländer in dem Gebiete der Eingeborenen zu leben. Als die Unruhen ausbrachen, glaubten die Europäer, sie würden von den Griquas angegriffen werden und zogen sich in die Stadt zurück; die Griquas, die einen Angriff der Europäer fürchteten, flüchteten in ihre Berge. Bei den Europäern richtete die zufällige Explosion ihres Pulver-Magazins großen Schaden an, während die Griquas durch einen Angriff, den die Europäer im Verein mit mehreren anderen eingeborenen Stämmen machten, die weit civilisirter waren als die Griquas, bedeutende Verluste erlitten. Sie wurden geschlagen und ihrer Niederlassungen und sonstigen Besitzthümer beraubt. Eine große Anzahl von ihnen wurde gefangen und als Rebellen nach Kapstadt gebracht, wo sie erst nach mehreren Monaten von den Gerichten wieder in Freiheit gesetzt wurden mit der Begründung, daß sie keine britischen Unterthanen wären und in Folge dessen auch nicht unter englischer Gerichtsbarkeit ständen.

Diese Streitigkeiten in Ost-Griqualand, die von Allen, die sie näher beurtheilen konnten, als sehr überflüssig angesehen und bedauert wurden, boten eine willkommene Gelegenheit, um den Naboth von Pondoland zu bekämpfen. Er wurde beschuldigt, flüchtige Verbrecher aus Griqualand bei sich aufgenommen und sich auf Seite der Griquas gestellt zu haben. Die letztere Anklage war völlig aus der Luft gegriffen und bot auch nicht den leisesten Anhalt zu einer Begründung; die erstere hatte vielleicht nur in sofern einen Schimmer von Berechtigung, als sich kurz vor Ausbruch der Unruhen ein in Ost-Griqualand des Mordes angeklagter Eingeborener nach Pondoland geflüchtet hatte und von dem Häupt-

ling der Pondos nicht ausgeliefert worden war. Drei Umstände aber müssen hierbei berücksichtigt werden, die das Vergehen des Pondohäuptlings kaum noch überhaupt als ein solches erscheinen lassen. Erstens war Ost-Griqualand unabhängiges Eingeborenen-gebiet, und der Verbrecher hatte sich daher nicht vor der britischen Gerichtsbarkeit geflüchtet; zweitens hatte, da Ost-Griqualand ein unabhängiges Gebiet war, Niemand das Recht, die Auslieferung des Flüchtlings im Namen der britischen Regierung zu verlangen und drittens bestand, selbst wenn Ost-Griqualand britisches Gebiet gewesen wäre, kein Auslieferungsvertrag zwischen der britischen Regierung und dem Pondohäuptling. Außerdem hatte Umqikela, als die Unruhen noch im Entstehen waren, ein freundschaftliches Schreiben von der Regierung in Natal erhalten, das ihn an seine vertragsmäßigen Verpflichtungen erinnerte, und das er in zustimmendem Sinne beantwortet hatte, so daß auch die Beschuldigung, er habe sich auf Seite der Griquas gestellt, dadurch hinfällig wurde. Aber alle diese Umstände konnten ihn nicht retten. Wenn man Naboth's Weinberg braucht, so wird eben Naboth einfach aus dem Wege geräumt. Lediglich aus den eben erwähnten Gründen und ohne jede weitere Veranlassung wurde Umqikela als oberster Häuptling von Pondoland abgesetzt, der Hafen von St. John für britisches Gebiet erklärt und ein britischer Statthalter zur Ueberwachung der Angelegenheiten des Landes eingesetzt. Um die Einverleibung zu verwirklichen, erschien gegen Ende August des Jahres 1878 der kommandirende General der Kaiserlichen Truppen in Süd-Afrika mit einigen Offizieren seines Stabes und einer Kompagnie Infanterie auf einem kleinen Dampfer und vollzog die Besitzergreifung. Vielleicht hatte man einigen Widerstand befürchtet. Die Sache verlief aber ohne jeden Zwischenfall: die britische Flagge wurde aufgezogen und man erbaute ein Fort, das nach einem der Stabsoffiziere in der Begleitung des Generals benannt wurde. Das Vertrauen in den friedliebenden Charakter der Pondos war anscheinend sehr groß, denn die Anlage des Forts war

eine derartige, daß es von unternehmungslustigen, mit Feuerwaffen ausgerüsteten Eingeborenen in etwa einer halben Stunde zu erobern gewesen wäre. —

Bis dahin und namentlich seit der Entlassung des Ministeriums Molteno, das durch ein gefügigeres Ministerium ersetzt worden war, hatten die Bestrebungen, die südafrikanischen Staaten vermittelst eines durch militärische Macht unterstützten Annektirungssystems zu einem Staatenbunde zu vereinigen, einen ziemlich guten Fortgang genommen und sich im Großen und Ganzen auch des Beifalls der britischen Gemeinwesen in Süd-Afrika zu erfreuen. Die Zweifler und Tadler bildeten die Minderheit und wurden von der Mehrheit, der die Entfaltung der Kaiserlichen Macht sehr willkommen war, angeklagt, daß sie nur dem Parteigeiste huldigten. Der Augenblick war nahe, wo der Statthalter seinen letzten Trumpf auszuspielen hoffte, — das war die Unterwerfung der Zulus, zu der er von dem ersten Tage seit seiner Ankunft in Süd-Afrika fest entschlossen gewesen war. Ehe aber hier an ein Vorgehen unmittelbar zu denken war, mußten zunächst noch einige andere Vorbereitungen getroffen werden, von denen die eine in einer möglichst umfassenden Verstärkung der Kaiserlichen Truppen in Süd-Afrika bestand. In diesem Punkte war der Gegensatz zwischen dem Statthalter und dem Ministerium Molteno am stärksten hervorgetreten. Molteno und seine Kollegen wollten sich durchaus nicht dazu verstehen, noch neue Infanterie-Regimenter von England kommen zu lassen, und höchst wahrscheinlich war es die Meinungsverschiedenheit in diesem Punkte, die Sir Bartle Frere schließlich zur Entlassung seiner Räthe bewog. Es wäre geradezu eine Thorheit gewesen, an die Lösung der Zulufrage in dem Sinne, wie Sir Bartle Frere sie beabsichtigte, ohne die Unterstützung der erbetenen Regimenter heran zu gehen, um so mehr, als es sich herausstellte, daß die Lage keineswegs so friedlich und geordnet war, wie nach der unthätigen Haltung der Bürger von Transvaal anzunehmen gewesen wäre. Die Umstände, unter denen die

militärische Verstärkung von dem Ministerium Beaconsfield bewilligt wurde und die strenge Mahnung zur Vorsicht, mit der diese Bewilligung begleitet war, sind zur Genüge allgemein bekannt.

In den letzten Monaten des Jahres 1878 waren die militärischen Vorbereitungen so weit gediehen, daß es dem Statthalter angezeigt schien, sein Hauptquartier vorübergehend von Kapstadt nach Pietermaritzburg, der Hauptstadt von Natal, zu verlegen. Vor Allem aber mußten jetzt Kapstadt und Pietermaritzburg telegraphisch mit einander verbunden werden; dies war auf zweierlei Weise möglich zu machen. Die telegraphische Verbindung konnte entweder von Kimberley aus durch den Freistaat bis zur Hauptstadt von Natal angelegt werden, oder sie konnte von der Grenze der Kapkolonie aus, durch die Gebiete der Eingeborenen, die zwischen Natal und der Kapkolonie lagen, hindurch geführt werden. Da die Zeit drängte, so nahm man von dem erstgenannten Wege Abstand; denn um eine Telegraphenlinie durch den Freistaat anzulegen, hätte es eines Vertrages mit der Regierung des Freistaates bedurft; diese stand noch unter dem ungünstigen Eindruck, den die Einverleibung Transvaals hervorgerufen hatte, und hätte daher diesem Vorhaben keineswegs die Wege geebnet; außerdem durfte ohne die Zustimmung des Volksraads kein rechtsgültiges Abkommen getroffen werden, und diese hätte einen längeren Aufschub bedeutet. Deßhalb schien es am gerathensten, den erheblichen Umweg der Linie auf der anderen Seite in Kauf zu nehmen, obwohl die Erlaubniß zu dieser von dem Pondohäuptling bisher stets verweigert worden war. Um dem Unternehmen den nöthigen Nachdruck zu verleihen, wurde eine fliegende Kolonne, bestehend aus dem 90. Infanterie-Regiment, einer Batterie Geschütze und etwas Reiterei, unter dem Kommando von Sir Evelyn Wood (damals Oberstlieutenant im 90. Infanterie-Regiment) von der Grenze der Kapkolonie auf dem Landwege nach Natal geschickt. Dieser Marsch bot nicht geringe Gefahren. Das zu durchquerende Land

war fast gänzlich unerforscht und es war keineswegs ausgeschlossen, daß die Pondos, durch die vorhergegangenen Ereignisse erbittert, die Kolonne angriffen oder belästigten. Der Marsch vollzog sich jedoch ohne irgend welche Zwischenfälle, und so konnte die letzte Lücke in der telegraphischen Verbindung zwischen Kapstadt und Natal schleunigst ausgefüllt werden. Sicherlich ist die Vollendung dieser Telegraphen-Linie durch den Aberglauben, mit dem die Eingeborenen den Telegraphendraht und seine Nutzanwendung betrachteten, wesentlich erleichtert worden. Selbst zu Zeiten, als an den Grenzen der Kapkolonie gekämpft wurde, ist es erwiesenermaßen niemals vorgekommen, daß ein Telegraphendraht zerschnitten oder die Telegraphenbau-Abtheilungen in ihren Arbeiten belästigt wurden. Aus so eigenthümlichen Widersprüchen sind die Eingeborenen von Süd-Afrika zusammengesetzt.

III.

Der Krieg gegen die Zulus.

Da die wesentlichste Rechtfertigung für Lord Carnarvon's Staatenbunds-Politik in dem Bestehen einer allgemeinen Gefahr erblickt wurde, die dem Lande angeblich von Seiten der Eingeborenen drohte, so stand die Zulufrage nothwendiger Weise obenan in der Reihe der Dinge, die man aus der Welt schaffen mußte, ehe der Staatenbund mit Erfolg gebildet werden konnte. Außerdem hatte die Einverleibung von Transvaal der Lösung der Zulufrage vom diplomatischen Standpunkte aus eine erhöhte, man möchte fast sagen ausschlaggebende Bedeutung verliehen. Um die Einverleibung in den Augen Großbritanniens und der übrigen Welt zu rechtfertigen, mußten daher zweierlei Dinge feststehen: erstens, die angebliche Gefahr, die Transvaal von Seiten der Zulus drohte, mußte thatsächlich geschaffen werden, und zweitens mußte diese Gefahr durch Unterwerfung der Zulus endgültig beseitigt werden.

In der Diplomatie kommt es häufig vor, daß man sich selbst einredet, die Sachen lägen wirklich so, wie man es wünscht. Daher darf man wohl annehmen, daß sowohl Lord Carnarvon, als auch Sir Bartle Frere, der ja hauptsächlich Lord Carnarvon's Ansichten in Süd-Afrika zu verbreiten hatte, Transvaal in der That von den Zulus bedroht glaubten und fest darauf rechneten, die Unterwerfung der Zulus durch Groß-

britannien werde die Bürger von Transvaal nicht nur von der unwiderstehlichen Macht Großbritanniens überzeugen, sondern ihnen auch den Glauben an die wohlwollenden Absichten der britischen Regierung, ihnen selbst gegenüber, beibringen. Wenn man hiervon ausgeht, so ist der Beschluß, daß Cetewayo's Macht auf irgend einen Vorwand hin im offenen Kampf mit den britischen Soldaten gebrochen werden müsse, allenfalls in gewisser Weise zu entschuldigen. Denn daß der Beschluß, in Zululand einzufallen, schon monatelang gefaßt war, ehe der Statthalter irgend welche entscheidenden Schritte gethan hatte, steht außer jedem Zweifel. Personen von höchster Glaubwürdigkeit bezeugen, daß die Absicht, zu einem bestimmten Zeitpunkte in Zululand zu sein, bei den Militärbehörden schon bestanden habe, lange ehe irgend welche militärischen oder sonstigen Schritte gegen die Zulus unternommen wurden. Auch steht ferner fest, daß in der gesetzgebenden Versammlung von Natal einige Monate vor dem Ausbruch des Zulukrieges, auf Grund der umlaufenden Gerüchte wegen dieser militärischen Pläne, eine Anfrage gestellt wurde, die indessen unbeantwortet geblieben ist. Der Fragesteller wurde durch amtlichen Einfluß dazu veranlaßt, seine Frage fallen zu lassen.

Wir müssen also, wenn wir näher auf den Zulukrieg eingehen, die Thatsache im Auge behalten, daß der Zulukrieg bei den höchsten Vertretern der Kaiserlich britischen Macht in Süd-Afrika eine im voraus beschlossene Sache war, und zwar aus dem Grunde, weil die Vernichtung des Zulureichs den Schlußstein zu dem Gebäude des südafrikanischen Staatenbundes bilden sollte. Ein Vorwand für eine Kriegserklärung oder eine Rechtfertigung hierzu mußte nun unter allen Umständen gefunden werden, und das hielt allerdings einigermaaßen schwer. Vielleicht hätte eine andere, für die Zulus ungünstige Entscheidung über die Grenzstreitigkeiten mit Transvaal den erforderlichen Vorwand zu einem Kriege geboten, denn Grenzstreitigkeiten pflegen selbst in civilisirten Ländern einen äußerst bequemen

Anlaß zu Kriegserklärungen zu bilden. Leider hatte aber der zur Untersuchung der Grenzfrage zwischen Zululand und Transvaal zusammenberufene Ausschuß vollständig zu Gunsten der Zulus entschieden; die Folge dieser Entscheidung war die Veröffentlichung einer von dem obersten Gerichtshofe der Kapkolonie auf Befehl des Statthalters ausgearbeiteten Denkschrift, welche die Streitfrage, mit anderen Worten die Rechtsansprüche behandelte, welche die Landbesitzer in den streitigen Gebieten gegen die Oberherrschaft des Zuluhäuptlings erhoben hatten. Außer diesen, nicht ohne Nebenabsicht aufgeworfenen Fragen aber wurde noch etwas früher der wohl überlegte Versuch gemacht, den Zuluhäuptling und den Volkscharakter der Zulus in den denkbar schwärzesten Farben darzustellen. Alle Nachrichten aus Zululand wurden durch das Amt für die inneren Angelegenheiten von Natal weiter verbreitet, und man kann die Leiter dieses Amts mindestens nicht von dem Hange freisprechen, jedem Ausspruch und jeder Handlung des Zuluhäuptlings und seiner Rathgeber die ungünstigste und beunruhigendste Auslegung zu geben. Nur zwei in hoher Stellung befindliche Männer, von denen der eine ein Beamter war, traten diesem Bestreben entgegen. Der Beamte war Sir Henry Bulwer, der damalige stellvertretende Gouverneur von Natal, dessen vorsichtiges und gerechtes Urtheil in ausgesprochenem Gegensatze zu den übereilten und besorgnißerregenden Ansichten der Anhänger des Staatenbundes stand. Der andere war der Bischof Colenso, dessen Gerechtigkeitsliebe ebenso wie seine umfassende Kenntniß der Sprache und des Charakters der Zulus ihn veranlaßten, den Verleumdungen nach besten Kräften entgegen zu treten, wenn es ihm auch leider nicht gelang, sie ganz und gar zu entkräften. In diesen durchaus menschenfreundlichen und ritterlichen Bestrebungen wurde der Bischof Colenso von dem berühmten südafrikanischen Pflanzer und Staatsmann, Saul Solomon aus Kapstadt, unterstützt. Einzelne Persönlichkeiten sind ja nur in den seltensten Fällen im Stande, selbst viel zu vollbringen; dem

Bischof Colenso aber in Natal und Saul Solomon in Kapstadt gelang es während des ganzen Zeitraumes, in dem das Staatenbundfieber herrschte, den Standpunkt der Gerechtigkeit und die Grundsätze der Moral in einer Weise zu vertreten, die für alle, die nicht mit dem Strome der Kaiserlichen Politik schwimmen wollten, von größtem Nutzen war.

Die Grenzfrage bot also keinen Vorwand zu einem Kriege gegen die Zulus, und auch aus den feinen Unterscheidungen zwischen den Privatansprüchen der Landbesitzer und den Hoheits-Rechten der Zulus konnte man keinen Kriegsfall herleiten. Zwei Vorfälle aber, die sich im Laufe des Jahres 1878 ereigneten, schienen eher den gewünschten Anlaß zu bieten. Eines der Weiber des mächtigen Zuluhäuptlings Sirayo, dessen Gebiet an Natal grenzte, war in Ungnade gefallen, schwamm über den Grenzfluß und flüchtete sich auf das Gebiet von Natal. Zwei Söhne des Häuptlings verfolgten sie dorthin und zwangen sie nach Zululand zurück zu kehren. Ganz abgesehen von dem Vergehen der Frau und der Strafe, die ihrer bei der Rückkehr nach Zululand wartete, war dieses Vorgehen seitens der Söhne Sirayo's natürlich durchaus unzulässig. Es bildete offenbar eine ganz ausgesprochene schwere Verletzung britischen Gebiets, und obgleich die beiden jungen Zulus keinen Bewohner der Kolonie bedroht oder angegriffen hatten, so war es doch ganz unmöglich, einen solchen Vorfall ungeahndet zu lassen. Die Regierung von Natal beschwerte sich sofort bei Cetewayo und erhielt eine zwar entschuldigende und versöhnliche Antwort, die aber von keinem bestimmten Ausdruck des Bedauerns über das Geschehene begleitet war, so daß diese Sache bei der Ankunft des Statthalters in Natal sich noch in der Schwebe befand. Nebenbei hatte sich noch ein anderer, weit unbedeutenderer Vorgang an der Grenze abgespielt. Auf der zu Natal gehörigen Seite des Tugelaflusses — der in seinem unteren Lauf die Grenze zwischen Natal und Zululand bildet — waren mehrere Feldmesser damit beschäftigt, eine neue Straße nach der Furth,

die quer durch den Fluß führt, abzustecken. Es ist niemals aufgeklärt worden, was sie eigentlich für Anweisungen erhalten hatten; jedenfalls wurden sie von den Zulus, die sich auf der anderen Seite befanden, beobachtet; als sie den Fluß, der als Grenzlinie galt, überschritten, wurden sie von ihnen umzingelt und, wie behauptet wird, zurückgestoßen und bedroht. Die Vermessungs-Arbeiter waren zweifellos unvorsichtig gewesen, und die Zulus dadurch höchst wahrscheinlich ärgerlich und mißtrauisch geworden. Da aber das Schlimmste, was den Feldmessern begegnet war, sich auf einen tüchtigen Schrecken und den Verlust eines Taschenmessers beschränkte, so muß der Vorfall wohl als ein geringfügiger angesehen werden; obgleich amtlich darüber berichtet wurde, gelangte doch damals nichts davon in die weitere Oeffentlichkeit.

Diese beiden Vorfälle mußten nun zusammen mit der allgemeinen Befürchtung, die man vor einer so starken militärischen Macht von Eingeborenen nahe an der Grenze des britischen Gebietes hegte, den Stoff zu einer förmlichen Anklage gegen den Zuluhäuptling und gegen seine ganze Politik liefern. Man darf dabei keinen Augenblick vergessen, daß in Natal zu dieser Zeit keinerlei Befürchtungen laut wurden und daß dort kein Mensch an den nahe bevorstehenden Ausbruch eines Krieges gegen die Zulus dachte. Niemandem fiel es auch nur im Entferntesten ein, die Ankunft des Statthalters in Natal mit der Möglichkeit eines Zulukrieges in Verbindung zu bringen; die allgemeine Ansicht ging vielmehr, gestützt auf Sir Bartle Frere's Ruf, dahin, daß er in durchaus friedlicher Absicht gekommen sei, und daß etwaige Streitigkeiten zwischen den Zulus und der britischen Regierung ohne jede Schwierigkeit oder Aufregung beigelegt werden würden. Dieser Eindruck wurde durch das Urtheil, das in Bezug auf die Grenzfrage zwischen Zululand und Transvaal gefällt worden war, nur noch verstärkt und befestigt. Da diese Frage glücklich erledigt war, was in aller Welt sollte denn eigentlich der streitige Punkt zwischen der britischen Regierung

und den Zulus sein? Wären überhaupt irgend welche Befürchtungen vor einem Einbruche der Zulus in Natal vorhanden gewesen, so hätten sie sich doch wohl zuerst in den Grenzgebieten geltend machen müssen; thatsächlich herrschte aber längs der Grenze nicht die geringste Besorgniß zur Zeit, als der Statthalter in Natal eintraf, und als sich einige Zeit darauf diese Besorgniß wirklich einstellte, da trat sie merkwürdigerweise nicht in dem Grenzgebiet, sondern in der Hauptstadt auf, obwohl diese etwa 60 bis 70 Meilen von Zululand entfernt lag. In jener Zeit entstand thatsächlich die Redensart, die Furcht vor den Zulus wachse mit dem Quadrate der Entfernung von der Zulugrenze!

Gegen Ende des Jahres 1878 wurde es immer deutlicher, daß ein Gewaltstreich gegen die Zulus geplant war. Die Militärbehörde ließ in den Tageszeitungen allerhand Mittheilungen über die verschiedenen Regimenter der Zulus veröffentlichen und ihre Angriffsweise durch Skizzen näher erläutern. Zu gleicher Zeit that man Schritte, um sich der Dienste der Kolonial-Freiwilligen zu versichern, die aus etwa 300 bis 400 berittenen Schützen bestanden; sie sollten hierbei außerhalb der Grenzen der Kolonie Verwendung finden, während sie gesetzlich nicht zum Ueberschreiten dieser Grenzen gezwungen werden konnten. Es hielt nicht schwer, die Zustimmung dieser Truppe zu erlangen, die unter dem Eindrucke stand, daß ein Einfall in das Zulugebiet nicht viel mehr als einen militärischen Spaziergang zu bedeuten haben würde. Anfangs Dezember wurde bekannt, daß eine Zusammenkunft zwischen den Vertretern der britischen Regierung und der Zulus stattfinden sollte, um das wegen der Grenzstreitigkeiten gefällte Urtheil öffentlich zu verkünden. Diese Zusammenkunft fand auf der zu Natal gehörigen Seite des Tugelaflusses, nicht weit von seiner Mündung, am 11. Dezember 1878 statt. Das Urtheil wurde selbstverständlich von den anwesenden Zuluhäuptlingen mit großer Befriedigung vernommen, aber dieser Urtheilsspruch war nicht

das einzige Schriftstück, das die britischen Abgesandten bei sich führten. Dem Urtheil folgte ein Ultimatum auf dem Fuße, das unter Anderem die Auslieferung von Vieh als Strafe für die Verletzung des Gebietes von Natal durch die Söhne Sirayo's und für die den Landmessern zugefügte Unbill verlangte. Der Hauptanspruch des Ultimatums aber ging noch viel weiter und bestand in dem Verlangen, daß die militärische Organisation der Zulus abgeschafft und die Regimenter der Zulus aufgelöst werden sollten; die Antwort auf das Ultimatum war innerhalb einer Frist von 30 Tagen gefordert. Bemerkenswerth ist dabei, daß das Ultimatum von Sir Henry Bulwer in seiner Eigenschaft als stellvertretender Gouverneur von Natal unterzeichnet war. Bei allen denen, die seine Ansichten genauer kannten, erregte dieser Umstand nicht geringes Erstaunen, und man konnte nur annehmen, daß er auf fortgesetztes Drängen von Seiten des Statthalters und derer, die dessen Wünsche theilten, dazu bewogen worden war, schließlich seine Unterschrift zu geben.

Für jeden, der die Zulus kennt, bestand kein Zweifel, daß ein derartiges Verlangen nach einer sofortigen vollständigen Umwälzung in Zululand in so kurzer Zeit unausführbar war, und daß eine Erfüllung dieses Verlangens auch eigentlich gar nicht gewünscht wurde, daß es vielmehr thatsächlich eine Kriegserklärung bedeutete. Den Abgesandten Cetewayo's wurde eine Abschrift des Urtheils und des Ultimatums ausgehändigt, aber es bleibt sehr zweifelhaft, ob Cetewayo selbst diese Abschrift jemals erhalten hat, und ob ihm zutreffenden Falles der Inhalt in verständlicher Weise verdolmetscht worden ist; denn der einzige in Zululand lebende Europäer war ein Kaufmann, Namens John Dunn, der erst die Zulus mit Feuerwaffen versorgt hatte und nun bemüht war, sein Theil zur Vernichtung des Volkes beizutragen, auf dessen Kosten er sich bereichert hatte. Die Häuptlinge, die bei der Verlesung des Urtheils und des Ultimatums zugegen gewesen waren, konnten Cetewayo natürlich

den Inhalt dieser beiden Schriftstücke im Großen und Ganzen mittheilen, aber der genaue Wortlaut der britischen Forderungen ist wahrscheinlich nie zu seiner Kenntniß gelangt. Unterdessen wurden die militärischen Vorbereitungen zum Einfall in Zululand vollendet. Man kann nicht behaupten, daß die Verfasser des Feldzugsplanes mit besonderem Geschick zu Werke gegangen wären. Das Heer sollte in drei verschiedenen, auf weite Entfernungen von einander getrennten Abtheilungen, die keinerlei Verbindung mit einander hatten, in Zululand einfallen, um den weitaus stärkeren Feind, der sehr schneller Bewegungen fähig war und eine gedeckte Vertheidigungsstellung einnahm, anzugreifen. Die Abtheilung, bei der sich das Hauptquartier befand, sollte unter dem Befehl des Generallieutenants Lord Chelmsford von dem oberen Bezirk von Natal aus über die unter dem Namen Rorke's Drift bekannte Furth über den Buffalofluß in Zululand einbrechen; die zweite Kolonne, die Sir Evelyn Wood befehligte, sollte von Transvaal aus nach Zululand marschiren, und die dritte unter Oberst Pearson, der damals das zweite Bataillon der „Buffs" befehligte, von der Küste aus in Zululand vordringen. Zwischen Lord Chelmsford's und des Obersten Pearson Abtheilung wurde noch eine vierte Kolonne eingeschoben, fast ausschließlich aus eingeborenen Rekruten bestehend, die man ohne Rücksicht auf ihre Tüchtigkeit angeworben hatte, und die von europäischen Offizieren befehligt wurden. Niemand wußte, was diese vierte Kolonne eigentlich unternehmen sollte. Sie hat Zululand überhaupt nicht erreicht und auch nie den geringsten Versuch dazu gemacht; ebenso wenig hat sie sich jemals irgendwie an der Vertheidigung von Natal gegen die Einfälle der Zulus betheiligt.

Wie setzte sich nun die militärische Macht der Truppe zusammen, die in drei schwache Abtheilungen zersplittert, dem Ultimatum Nachdruck verschaffen sollte? Sie bestand zunächst aus sechs Bataillonen Infanterie, von denen zwei — das erste und zweite Bataillon der Grenztruppen von Süd-Wales — bei

dem Hauptquartier standen, zwei — das zweite Bataillon der „Buffs“ und des 99. Regiments — der Küstenabtheilung zugewiesen, und zwei Bataillone — vom 80. und 90. Regiment — Sir Evelyn Wood unterstellt waren. Bei jeder dieser drei Kolonnen befand sich etwas Artillerie, während die Küstenabtheilung noch durch eine Matrosenbrigade von dem Kriegsschiff verstärkt war, das sich damals auf der Küsten-Station befand. Jede Kolonne verfügte außerdem über eine berittene Truppe, die aus Freiwilligen von Natal oder aus berittenen Polizeisoldaten bestand, ferner aus einigen einzelnen Reitern und einer kleinen Anzahl berittener Eingeborener, die unter dem Namen der Eingeborenen-Reiterei aus Natal auf einer Missionar-Station bei Pietermaritzburg angeworben worden waren. Dem Hauptquartier und der Küstenabtheilung war auch noch eine in Natal aufgebrachte Truppe von Eingeborenen, das sogenannte Eingeborenen-Kontingent, beigegeben. Wenn diese ganze Kriegsmacht vereinigt gefochten hätte, so wäre sie vielleicht siegreich gewesen, obwohl regelmäßige Infanterie-Regimenter sich in Süd-Afrika im Allgemeinen für den Krieg gegen die Eingeborenen thatsächlich als äußerst ungeeignet erwiesen haben; aber die Schwäche der so zersplitterten Abtheilungen wurde dadurch noch erhöht, daß die Möglichkeit eines gleichmäßigen einheitlichen Vorgehens gänzlich ausgeschlossen war: weder von dem Hauptquartier nach der Operationsbasis in Pietermaritzburg, noch zwischen den einzelnen Abtheilungen bestand eine telegraphische Verbindung; aber dies war noch nicht einmal der einzige Uebelstand, unter dem die Truppen zu leiden hatten. Am meisten wurden sie durch den Mangel an brauchbaren Truppenführern benachtheiligt. Lord Chelmsford, eine der liebenswürdigsten Persönlichkeiten, die es überhaupt giebt, hatte kein Selbstvertrauen und es gelang ihm auch nicht, sich das Vertrauen Anderer zu erwerben; außerdem ließ er sich in hohem Maaße von seinem Stabe beeinflussen, der aus Leuten von ebenso großer Selbstüberschätzung wie beschränkten Fähigkeiten

bestand. Unter den Offizieren der verschiedenen Infanterie-Bataillone waren nur sehr wenige, die weitere Erfahrungen aufzuweisen hatten, als sie bei den Uebungen in der Garnison zu erwerben sind. Mit noch einer Ausnahme befanden sich nur zwei wirklich tüchtige Soldaten unten den zur Oberleitung berufenen älteren Offizieren, nämlich Sir Evelyn Wood und Sir Redvers Buller. Der hohe Rang, den diese beiden Offiziere seitdem erreicht haben, bürgt genügend für die ausgezeichneten Eigenschaften, durch die sie sich damals im Zulukriege hervorthaten.

Die Frist von 30 Tagen, die für die Annahme der Forderungen des Ultimatums gestellt war, lief rasch ab und so begann am 11. Januar 1879 der Einmarsch in Zululand. An Rorke's Drift und dem unteren Laufe des Tugelaflusses fand die Ueberführung von Truppen, Pferden und Gepäck auf das Gebiet der Zulus statt, ohne daß man auf irgend welchen Widerstand gestoßen wäre. Es hatte den Anschein, als ob die Prophezeiungen einiger mit den Verhältnissen der Zulus Vertrauten in Erfüllung gehen und die Zulus eine friedliche Besetzung ihres Landes gestatten würden. Andererseits fehlte es aber auch nicht an warnenden Stimmen, welche die Militärbehörden auf die Möglichkeit einer Falle aufmerksam machten; jedenfalls erregte die Abwesenheit jeglicher Anzeichen eines Widerstandes ein bedenkliches Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens. Eine Woche war bereits seit dem Einmarsch in Zululand vergangen und noch hatte sich nichts von Bedeutung ereignet. Die Küstenabtheilung, unter dem Befehle des Obersten Pearson, rückte in bequemen Märschen gegen die Missionar-Station in Etshowe vor, während die Kolonne mit dem Hauptquartier nur wenige Meilen von Rorke's Drift entfernt ein Lager auf der Ostseite des unter dem Namen Isandhlwana berühmt gewordenen, nicht unbeträchtlichen Hügels bezog. Es bleibt unbegreiflich, wie Jemand, der auch nur die elementarsten militärischen Kenntnisse besitzt, diesen Punkt als Lagerplatz auswählen konnte, der einem, der britischen Armee an Zahl überlegenen Heer, zumal



wenn es rascher Bewegungen fähig war, einen geradezu überwältigenden Vortheil bot. Die felsige Höhe von Isandhlwana trennte die Kolonne fast vollständig von ihrem Stützpunkt an Rorke's Drift; mit diesem konnte die Abtheilung nur durch das enge „Nek“, das Isandhlwana von einer zweiten nachmals unter dem Namen „Koppie“ bekannt gewordenen Felsenhöhe trennt, Verbindung aufrecht erhalten. Es stellte sich später heraus, daß eine große feindliche Macht den Hügel umgehen und der britischen Kolonne den Rückzug nach der Grenze von Natal abschneiden konnte, ohne daß irgend Jemand im Lager etwas davon gemerkt hätte. Was aber allen militärischen Vorsichtsmaßregeln Hohn spricht, war, daß das Lager unbefestigt blieb: es erstreckte sich völlig offen über ein ziemlich ausgedehntes Gelände, ohne daß der geringste Versuch gemacht worden wäre, es nach irgend einer Seite hin zu sichern. Diese Unterlassung stand nicht nur mit allen theuer genug erkauften Erfahrungen aus früheren Kriegen gegen die Eingeborenen, sondern auch mit den einige Monate vor Beginn des Krieges vom Stabe des Hauptquartiers erlassenen Sicherheitsvorschriften im Widerspruch.

Der 22. Januar 1879 war ein verhängnißvoller Tag für Süd-Afrika. Durch ein eigenthümliches Zusammentreffen fand an diesem Tage eine vollständige Sonnenfinsterniß statt, die den mit Regenwolken umzogenen Himmel noch mehr verdunkelte. Man hat wohl mit Recht behauptet, daß die Zulus an diesem Tage eigentlich gar nicht die Absicht hatten, die Kolonne mit dem Hauptquartier anzugreifen, und daß der Ueberfall von Lord Chelmsford's Lager nur die Folge zufälliger, unvorhergesehener Umstände war. Jedenfalls aber bestand die Absicht, den Vormarsch der Küstenkolonne aufzuhalten, indem diese am frühen Morgen von einer starken Abtheilung von Zulus angegriffen wurde. Obwohl sich die Kolonne auf dem Marsche befand und keinerlei Verschanzungen hatte, schlug sie den Angriff ohne besondere Schwierigkeit mit nur geringen Verlusten zurück und setzte ihren Marsch in's Innere des Landes

fort. Bei der Kolonne mit dem Hauptquartier aber verlief die Sache ganz anders. Noch heute ist es schwer, den eigentlichen Zusammenhang der Vorgänge völlig zu verstehen. Soviel steht fest, daß Lord Chelmsford am Tage vorher, also am 21. Januar, mit einem Theil seines Heeres nur auf eine kurze Strecke von seinem Lager entfernt, einen Rekognoszirungszug unternommen hatte, und dabei, wie sich später herausstellte, der Hauptarmee der Zulus beinahe geradezu in die Arme gelaufen wäre. Am Morgen des 22. Januar fand eine zweite Rekognoszirung statt, die der General mit dem zweiten Bataillon der Grenztruppen von Süd-Wales, einer halben oder ganzen Batterie Geschütze und einem Theil der berittenen Truppen unternahm. Die unter dem Befehl des Oberst Pulleine im Lager zurückgebliebenen Truppen bestanden aus dem ersten Bataillon des genannten Regiments, dem Rest der berittenen Truppen und der Artillerie und einem Theil des Eingeborenen-Kontingents. Was zunächst das Heer unter Lord Chelmsford's Befehl anbelangt, so war sein Schicksal an jenem Tage ziemlich einfach. Zweck der Rekognoszirung war, sich zu vergewissern, ob und in welcher Stärke die Zulus in der Nähe des Lagers standen, und es ist ein schlechtes Zeugniß für die Aufmerksamkeit der betreffenden Führer, daß sich der weitaus größte Theil des Zuluheeres thatsächlich in Schußentfernung von dem Lager bei Isandhlwana befand, ohne daß auch nur ein einziger Offizier vom Stabe etwas davon merkte. Später am Tage hörte der Offizier, der die Artillerie von Lord Chelmsford befehligte, deutlich den Donner des Artilleriefeuers im Lager. Mit anerkennenswerther Entschlossenheit trat er mit der Infanterie-Abtheilung, die seinen Geschützen beigegeben war, auf eigene Verantwortung den Rückmarsch nach dem Lager an. Aber er war noch nicht weit gekommen, als er den ausdrücklichen Befehl erhielt, umzukehren und in seiner ursprünglichen Richtung weiter zu marschiren. Als die Abtheilung im Laufe des Nachmittags den Rückweg zum Lager einschlug, hatte man

wohl schon das Gefühl, daß etwas nicht ganz richtig sei, aber erst als man das Lager selbst erreichte, kam die Thatsache zum vollen Bewußtsein, daß sich an diesem Tage eins der größten Trauerspiele der Neuzeit abgespielt hatte.

Was war inzwischen im Lager vorgegangen? Unter dem Einflusse des Schreckens und der Verwirrung der ersten Stunden sind so viel übertriebene und widersprechende Gerüchte veröffentlicht, so viel unwahrscheinliche Erzählungen verbreitet worden, daß es fast unmöglich scheint, über den wahren Verlauf der Katastrophe von Isandhlwana in's Klare zu kommen. Alle, die dabei waren und über den genauen Sachverhalt etwa hätten berichten können, büßten an jenem Tage ihr Leben ein, und es ist begreiflich, daß die überlebenden höheren Offiziere, deren zweifelhafte Taktik bereits erwähnt worden ist, keinerlei Schritte thaten, um die Wahrheit an die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen. Auch die späteren Berichte von Seiten der Zulus widersprechen sich mehr oder weniger. Es scheint, wie schon gesagt, festzustehen, daß die Zulus nicht den Befehl und ursprünglich auch nicht die Absicht hatten, an jenem Tage das Lager anzugreifen. Eine unbegreifliche, aber auf keine Weise abzuleugnende Thatsache bleibt der Umstand, daß man beim Stabe im Hauptquartier, der für die Sicherheit der militärischen Unternehmung in Feindesland verantwortlich war, keine Ahnung davon hatte, daß die gesammte Armee der Zulus in einem benachbarten Thale im Hinterhalt lag. Die eine Hälfte des Heeres war unterwegs, um den Feind aufzuspüren, der in nächster Nachbarschaft versteckt war. Die andere Hälfte blieb in dem unbefestigten, völlig offenen Lager zurück, und man glaubte so wenig an eine drohende Gefahr, als befände man sich zum Manöver in Aldershot; das gewöhnliche Lagerleben nahm seinen Fortgang und die Mannschaften waren mit der Erledigung ihrer alltäglichen Dienstobliegenheiten beschäftigt. Nicht eine einzige Vertheidigungsmaßregel gegen einen etwaigen Ueberfall war getroffen: sämmtliche

Munitionskisten waren noch uneröffnet, und auf dem Hügel, hinter dem später die Hauptmacht der Zulus hervorbrach, stand nicht einmal ein Wachtposten. Wie soll man diese außergewöhnliche Vernachlässigung jeder Vorsichtsmaßregel erklären? Wenn der Stab den ersten besten, mit den südafrikanischen Kriegsverhältnissen von Jugend auf vertrauten Holländer in sein Vertrauen gezogen hätte und seinem Rathe gefolgt wäre, so hätte die Katastrophe unmöglich eintreten können. Die Erfahrung hat zu wiederholten Malen gezeigt, daß ein mit Wagen umstelltes Lager, vertheidigt von Soldaten mit Feuerwaffen, den Angriff eines an Streitkräften unendlich überlegenen Zuluheeres mit voller Sicherheit zurückzuschlagen vermag. Im vorliegenden Falle aber standen die Wagen genau nach der Instruktion vom Kasernenhofe vorschriftsmäßig in Reihen, die Zelte waren auf freiem Felde aufgeschlagen, die Artillerie lagerte an dem einen, die Infanterie am anderen Ende des Lagers: die Geschichte der ganzen britischen Armee hat kaum einen zweiten Fall von so verhängnißvoller und verblendeter Vertrauensseligkeit zu verzeichnen.

Man muß sich die Geschichte des Unglückstages stückweise, so gut es geht, zusammentragen. Am frühen Morgen des 22. Januar erhielt der Oberst Anthony Durnford, unter dem die eingeborenen Rekruten in Rorke's Drift standen, den Befehl, mit seiner Truppe nach Isandhlwana zu marschiren. Schon die bloße Thatsache, daß ein solcher Befehl gegeben werden konnte, ist ein genügender Beweis für das blinde Vertrauen, das im Hauptquartier herrschte. Durch ein einziges feindliches Regiment hätten die eingeborenen Rekruten mit Leichtigkeit vernichtet werden können, während sie in aufgelöster Linie von der Furth über den Buffalofluß nach dem Lager vormarschirten. Der Umstand, daß sie nicht angegriffen wurden, bestätigt die Annahme, daß die Zulus garnicht die Absicht hatten, das Lager an dem Tage anzugreifen. Etwa gegen Mittag kam Oberst Durnford im Lager an. Es heißt — doch wer bürgt für die Wahrheit eines solchen Gerüchtes? — er

habe dem Lagerkommandanten heftige Vorwürfe darüber gemacht, daß das Lager in keiner Weise vertheidigungsfähig war. Eine kleine Abtheilung des Regiments der berittenen Eingeborenen von Natal gerieth zufällig in nur geringer Entfernung vom Lager in ein Scharmützel mit einem Trupp Zulus, die sich, vielleicht völlig absichtslos, dem Lager zu sehr genähert hatten. Wenn man den mangelhaften Berichten Glauben schenken darf, so war es nichts weiter als ein Vorpostengefecht, aber doch ernsthaft genug, um im Lager bemerkt zu werden, wo man die Nothwendigkeit erkannte, Hülfstruppen zur Verstärkung abzusenden. Man hat viel darüber gestritten, wer den Abmarsch der Hülfstruppen befohlen hat, und es ist besonders dem Obersten Durnford in der ungerechtesten Weise vorgeworfen worden, daß er durch diesen Befehl der eigentliche Urheber der Katastrophe geworden sei. Gleichviel ob die Zulus wirklich die Absicht hatten, das Lager anzugreifen, oder nicht, das Resultat wäre wahrscheinlich dasselbe geblieben, denn selbst, wenn sie keinen Angriff beabsichtigt hätten, so hätte sich doch aus dem Vorpostengefecht, wie es ja die Geschichte so vieler Schlachten lehrt, als natürliche Folge ein allgemeiner Kampf entwickelt. Die Ungeduld der Zulus war nicht länger zu zügeln und ihr gesammtes Kriegsheer rückte zum Angriff vor. Nach ihrer beliebten Kampfesweise griff ein Theil des Heeres das Lager von vorne an, während der andere Theil eine Umgehung um den Hügel herum machte, um den „Nek“ zwischen dem Südabhang des Isandhlwana und dem Koppie zu besetzen.

Dieser „Nek“ war der wichtigste Punkt in der ganzen Stellung. Wenn der „Nek“ gehalten und dadurch die Vorhut der Zulus am Vordringen verhindert werden konnte, wäre das Lager möglicherweise zu retten gewesen. Es war bei den Zulus eine wohlbekannte Taktik, nicht eher zum eigentlichen Angriff zu schreiten, als bis sie ihn in wirksamer Weise von zwei Seiten zugleich unternehmen konnten. Wenn der „Nek“ zu halten

gewesen und zugleich dem feindlichen Frontangriff auf der anderen Seite ein hartnäckiger Widerstand entgegengesetzt worden wäre, so hätte die Stellung, aller Nachtheile ungeachtet, doch noch günstige Aussichten geboten. Die Angreifenden wären durch die Verzögerung ihres Hauptangriffs und ihre schweren Verluste vielleicht entmuthigt worden, das Geschützfeuer des Lagers wäre von der auf dem Rekognoszirungszuge befindlichen anderen Abtheilung gehört worden; diese wäre dann, einem altbewährten militärischen Grundsatz folgend, so schnell als möglich nach dem Lager zurückgekehrt. Oberst Durnford als tüchtiger und bewährter Soldat, gestützt auf die Erfahrungen, die er früher mit der Kriegsweise der Zulus gemacht hatte, übersah sofort, in welcher Richtung die Möglichkeit eines Erfolges lag. Es ist nicht mehr festzustellen, ob der Lagerkommandant sich in dieser Beziehung seiner Ansicht anschloß; es ist aber eine nicht unwichtige Thatsache — die sich erst mehrere Monate später bei einer nachträglichen Besichtigung des Lagers ergab —, daß er bei seinen Bemühungen, den wichtigsten Punkt der ganzen Stellung zu behaupten, kaum von einer Handvoll regelmäßiger Truppen des Lagers unterstützt wurde. Die Kräfte, die er zu Hülfe rief, bestanden aus dem Rest der Freiwilligen von Natal, soweit sie nicht an demselben Morgen Lord Chelmsford begleitet hatten, und einer kleinen Anzahl berittener Polizeisoldaten von Natal. Wenn sie nur irgend eine Verschanzung gehabt oder wenigstens so viel Zeit gefunden hätten, um einige Wagen zusammen zu fahren, so wäre ihr Versuch, den Angriff der Zulus aufzuhalten, wahrscheinlich erfolgreich gewesen. Wie aber die Dinge standen, war ihre Anstrengung zwar so tapfer wie einst die Heldenthat des Horatius, aber weit erfolgloser. Viele Freiwillige von Natal, die dem Knabenalter kaum entwachsen waren, hatten sich dem Kriegszuge mit einer Sorglosigkeit angeschlossen, als wenn sie eine Ferienreise in die Berge von Natal unternehmen wollten; heldenmüthig kämpften sie zum Viereck geschlossen, und durch die

Gegenwart und das Beispiel eines der edelsten Offiziere ermuthigt feuerten sie Schuß auf Schuß ab, Mann für Mann auf ihrem Posten bis zum Tode; so, inmitten der leeren rings umher verstreuten Patronenkästen, fand man sie vier Monate später und erkannte sie wieder. Es ist keine Uebertreibung, daß von britischen Soldaten die Vertheidigung einer verlorenen Stellung gegen erdrückende Uebermacht niemals hoffnungsloser und heldenmüthiger durchgeführt worden ist als hier. Der Andrang der heranstürmenden Zulus war zu mächtig. Die von allen Seiten geschleuderten Assegais lichteten stetig ihre Reihen, bis schließlich, wie man annehmen muß, die noch Ueberlebenden durch den letzten Ansturm des Feindes völlig vernichtet wurden. Und nun, da der Pfad über den „Nek" kein Hinderniß mehr bot, stürzte sich die wilde Horde auf das Lager und griff den Feind, der sich gegen den Angriff auf der anderen Seite in der Front wehrte, im Rücken an. Die Vertheidiger des Lagers wurden nicht erschossen, denn der Zulu ist auch unter den günstigsten Umständen ein recht schlechter Schütze; sie fielen unter den Streichen der scharfgeschliffenen Assegais, einer Waffe, die in der Hand eines Zulu ebenso todtbringend und schrecklich ist, wie das breite doppelschneidige Schwert in der Hand des altrömischen Soldaten. Der nachfolgende Massenansturm vollendete die Vernichtung, und nach kurzer Zeit war von der zurückgebliebenen Hälfte der Truppe des Hauptquartiers nichts übrig als einige Flüchtlinge, die mit genauer Noth entkamen und sich durch die Fluthen des angeschwollenen Flusses schwimmend an das Ufer von Natal retteten.

Eine Vergeltung aber gab es doch für diesen furchtbaren Tag. Auf der zu Natal gehörigen Seite der Furth über den Buffalofluß war eine kleine Abtheilung Soldaten zur Bewachung von Vorräthen, die bei der Truppe im Hauptquartier augenblicklich nicht gebraucht wurden, zurückgelassen worden. Die Abtheilung bestand aus einer Kompagnie des zweiten Bataillons der Grenztruppen von Süd-Wales unter dem

Kommando des Hauptmanns Bromhead. Auch vereinzelte Mannschaften einiger anderer Truppengattungen befanden sich darunter, unter Anderen ein Ingenieur-Offizier, ein Offizier von der Statthalterschaft und ein Feldprediger. Uebereinstimmend mit der verhängnißvollen Taktik, die zu dem Verlust des Lagers von Isandhlwana geführt hatte, war auch diese Stellung gänzlich unbefestigt und konnte mit Leichtigkeit von dem benachbarten Hügel aus eingesehen werden. Sie bestand aus zwei Gebäuden, von denen eines die Vorräthe der Statthalterschaft enthielt, während das andere ein Lazareth war, in dem einige Fieberkranke lagen. Die Unglücksbotschaft aus dem Lager erreichte die Station bei Rorke's Drift am Nachmittag. Die Sachlage war zweifellos eine sehr kritische, denn es schien nur natürlich, daß die Zulus, durch den erfolgreichen Angriff auf das Lager ermuthigt, versuchen würden, ihren dadurch gewonnenen Vortheil durch einen Einfall in Natal auszunutzen. Diese wichtige, durch kaum 100 Mann vertheidigte Stellung konnte jeden Augenblick von tausenden von Zulus, die noch von dem soeben errungenen Siege berauscht waren, angegriffen werden. Wurde die Stellung geräumt, so konnte wenigstens die Besatzung — wenn man sie so nennen darf — mit dem Leben davonkommen; gleichzeitig aber wäre damit dem Reste des Hauptquartiers der einzig mögliche Rückzug abgeschnitten und den Feinden Thür und Thor zu einem verderbenbringenden Einfall in britisches Gebiet geöffnet worden. Die Zeit, die zum Entschlusse übrig blieb, war ziemlich kurz, denn der gefürchtete Angriff konnte ebenso gut schon nach Minuten, wie vielleicht erst nach Stunden erfolgen. Zu einem Rückzuge war wenig Neigung vorhanden, aber die Gefahr, wenn man versuchte die Stellung zu behaupten, war groß. Das Verdienst derjenigen, deren Namen damals in Aller Munde waren und denen die wohlverdiente Anerkennung für ihre Thaten zu Theil wurde, wird sicherlich dadurch nicht geschmälert, wenn man heute darauf hinweist, daß der Plan, die Vorräthe der Statthalterschaft zu Vertheidigungszwecken

zu benutzen, ursprünglich von dem Hülfskommissar Dalton, einem Offizier der Statthalterschaft, ausging, der dabei selbst schwer verwundet und dessen Name damals überhaupt nicht genannt wurde. Dalton machte zuerst darauf aufmerksam, daß man durch das Aufthürmen zahlreicher Mehlsäcke eine leidliche Brustwehr errichten und aus Biscuitbüchsen eine Querschanze, die noch mehr Schutz verleihen sollte, bauen könne. Man ging frisch und flink an's Werk und in kürzester Zeit, wenn auch nicht einen Augenblick zu früh, war die Stellung in einem so guten Vertheidigungszustande wie es die Umstände gestatteten. Der Angriff der Zulus erfolgte gegen den Befehl Cetewayo's, der feindliche Angriffe auf britisches Gebiet untersagt hatte: nachdem die Zulus das Hauptlager geplündert hatten, überschritten sie, mehrere Tausende stark, den Fluß und griffen die Stellung bei Rorke's Drift energisch an. Trotz der getroffenen Vorbereitungen war die Lage der Vertheidiger äußerst gefährdet, denn die Zulus besetzten den benachbarten Hügel, eröffneten ein scharfes Feuer auf die Mannschaften und steckten das Lazareth in Brand, indem sie Assegais, an denen brennende Scheite befestigt waren, hineinschleuderten. Der Angriff dauerte fast die ganze Nacht hindurch, wurde aber, Dank dem Muthe und der Standhaftigkeit der Vertheidiger, überall zurückgeschlagen. Gegen Morgen zogen die Zulus ab: ihre Todten blieben zu hunderten unter den improvisirten Festungswerken liegen, und es trat klar zu Tage, wie erfolgreich sich selbst die einfachste Art der Verschanzung gegen ihren Ansturm zu erweisen vermochte. Man kann den Muth und die Tapferkeit, die jeder Einzelne bei dieser Vertheidigung an den Tag legte, nicht genug rühmen; ein heldenmüthiges Beispiel lieferte ein Freiwilliger der Grenzsoldaten von Süd-Wales, dem es unter dem Feuer des auf dem Hügel stehenden Feindes gelang, einen Kranken nach dem anderen aus dem brennenden Lazarethgebäude in Sicherheit zu bringen.

Nachdem Lord Chelmsford mit dem Rest seines Heeres

eine Nacht voll Schreck und Grauen in dem ausgeplünderten und verödeten Lager zugebracht hatte, trat er am Morgen des 23. Januar, kurz nach Tagesanbruch, den Rückmarsch nach Rorke's Drift an. Es gehört zu den besonderen Eigenthümlichkeiten dieses Krieges, daß, als sich die ermüdete und entmuthigte Abtheilung des britischen Heeres dem Fluß näherte und sich den Zulus gegenüber befand, die nach dem abgeschlagenen Angriffe zurückwichen, von keiner Seite auch nur der Versuch eines Vorstoßes unternommen wurde. Für die beiden britischen Heerestheile war es ein schreckensvoller Augenblick: die zurückkehrende Kolonne war darauf gefaßt, den Posten zerstört und die Vertheidiger getödtet zu finden, während die Vertheidiger in dem dämmernden Frühlicht die britischen Truppen zuerst für eine zu neuem Angriff heranrückende Zulutruppe hielten.

Trotz des furchtbaren Blutbades von Isandhlwana war die Stellung bei Rorke's Drift gerettet. Die Kolonie war keinerlei Verwüstung ausgesetzt gewesen und die Zulus hatten trotz ihres Erfolges Verluste erlitten, die sie in Zukunft zu größerer Vorsicht mahnen würden. Davon abgesehen aber waren die Folgen der Katastrophe sehr weitgehende. Außer den Befürchtungen und dem Entsetzen ob der furchtbaren Niederlage, wie sie europäische Truppen nur je in Süd-Afrika erlitten hatten, machten sich die politischen Folgen des Unglücks nicht nur in Süd-Afrika, sondern auch in England außerordentlich fühlbar. In Süd-Afrika bedeutete das Geschehene das Todesurtheil für das Ansehen des Statthalters und seiner Staatenbunds-Politik, die er zu vertreten hatte; in England bewirkte es den Zusammenbruch jener Politik des Kaiserthums, die das Land in den Afghanischen Krieg mit allen seinen Schrecknissen und Geldopfern verwickelt hatte und das Ausscheiden mehrerer der geachtetsten Mitglieder des Kabinets aus dem Staatsministerium, unter andern auch Lord Carnavon's, veranlaßte. In Bezug auf die Stimmung für die militärischen Unternehmungen in Süd-Afrika

schlug das Uebermaß von unberechtigtem und anmaßendem Selbstvertrauen in ebenso ungerechtfertigte Furcht und Niedergeschlagenheit um. In der Hauptstadt von Natal, wo natürlich die Ansichten der obersten Beamten maßgebend waren, nahm die Todesangst — man kann es nicht anders bezeichnen — einen fast krankhaften Charakter an. Man träumte allnächtlich von einer wilden Zuluhorde, die racheerfüllt und zerstörungslustig über die gänzlich unvertheidigte Grenze drang; jedoch die Mehrzahl derer, die für die Sicherheit der britischen Kolonie verantwortlich waren, that auch nicht das Geringste, um die allgemeine Angst zu beschwichtigen. Es wird erzählt, daß die Gattin eines britischen Offiziers, der gerade zu der Zeit in Zululand stand, eines Nachts durch eine Anzahl Leute aufgeweckt wurde, die mit einer Tragbahre angerückt kamen, um sie und ihr neugeborenes Kind an eine sichere Zufluchtsstätte, nämlich in eine Gefängnißzelle zu bringen. Es wird aber weiter berichtet, die Dame habe den ihr angebotenen Schutz mit Entrüstung zurückgewiesen.

Die militärische Lage war, wie sich wenige Tage nach den Schrecknissen von Isandhlwana herausstellte, nichts weniger als ermuthigend. Die Küstenkolonne war in Etshowe abgeschnitten und suchte sich dort nach besten Kräften in Vertheidigungszustand zu setzen. Der Rest des Hauptquartiers war wenige Meilen von Rorke's Drift, an einem Platze Namens Helpmakaar im Gebiet von Natal verschanzt. Die Abtheilung unter Sir Evelyn Wood lag in einem befestigten Lager in Kambula, nördlich von Zululand, und erwartete stündlich von der gesammten feindlichen Armee der Zulus angegriffen zu werden. Abgesehen von den angeworbenen Eingeborenen, welche die vierte Heeresabtheilung bildeten, war die Grenze zwischen Natal und Zululand von aller Vertheidigung entblößt und jedem Angriffe schutzlos preisgegeben; kein Wunder daher, wenn die Ansiedler Natals, die mit dem Ausbruch des Krieges gar nichts zu thun gehabt hatten, schließlich ängstlich

wurden. Niemand zweifelte daran, daß zahlreiche Ersatztruppen so schnell als möglich von England abgeschickt und keinerlei Ausgaben gescheut werden würden, um den Eindruck zu verwischen, den die Niederlage von Isandhlwana hervorgerufen hatte. Aber es gab damals noch keine Kabelverbindung mit Europa: Die Nachricht der Niederlage konnte England frühestens nach vierzehn Tagen erreichen und dann konnte nichts weiter geschehen, als daß man einen auf der Rückreise befindlichen Postdampfer veranlaßte, in St. Vincent anzulegen. Auf diese Weise mußten mehrere Wochen vergehen, ehe sich die Kolonie in einem angemessenen Vertheidigungszustand befand, um den Zulus entgegenzutreten, falls diese die Absicht hatten, ihren Sieg weiter auszunutzen. Wenn damals ein bedeutendes Zuluheer den Tugelafluß überschritten hätte, so wäre ein großer Theil von Natal der Verwüstung preisgegeben gewesen. Die Europäer hätten nichts weiter thun können, als sich in einzelne verschanzte Plätze zurückzuziehen und das Land der Plünderung zu überlassen. Ein Theil der Hauptstadt selbst war zwar befestigt, aber in so mangelhafter Weise, daß der beabsichtigte Schutz im Falle einer Belagerung mehr geschadet als genützt hätte. Allnächtlich patrouillirte durch die Straßen eine freiwillige Bürgergarde, von der man erzählt, daß sie, kraft ihres Amtes, einen harmlosen holländischen Bauern verhaften wollte, der in die Stadt gefahren war, um sich nach ein paar Stück verloren gegangenen Viehes umzusehen. Die Zulus machten aber keinen Angriff auf die Kolonie, weil sie, allem Anscheine nach, durch ausdrücklichen Befehl ihres Häuptlings daran verhindert wurden. Als sich die Befürchtungen mit der Zeit als unbegründet erwiesen, fing man an die humoristische Seite gewahr zu werden, die in der übertriebenen Panik lag, um so mehr, als sich die Aussichten für eine erfolgreiche Verstärkung des kaiserlichen Heeres bedeutend vermehrten.

Bevor aber noch die ersten Ersatztruppen eintrafen, wurde die allgemeine Aufmerksamkeit durch mehrere unglückliche Er-

eignisse nochmals auf die militärische Seite der Sachlage gelenkt. Am 12. März wurde eine Abtheilung Infanterie beim Intombifluß an der Grenze zwischen Zululand und Transvaal überfallen und trotz der Vorsicht, mit der sich die Mannschaften hinter ihre Wagen gelagert hatten, bis zum letzten Mann gefangen genommen. Die Angreifer gehörten aber thatsächlich nicht zum Heere der Zulukaffern, sondern zu einem räuberischen Stamme, der schon während der letzten Jahre den Bezirk mehrfach beunruhigt hatte. Etwa vierzehn Tage später fand im nördlichen Zululand das unglückliche Treffen am Hlobaneberge statt; ein großer Theil der berittenen Truppen von Sir Evelyn Wood's Abtheilung wurde von den Zulus, die auf dem Vormarsch waren, um das britische Lager in Kambula anzugreifen, umzingelt und erlitt sehr schwere Verluste. Diese Niederlagen wurden aber reichlich ausgeglichen durch den entscheidenden Sieg, den Sir Evelyn Wood zwei Tage darauf bei Kambula erfocht, wo nicht nur der Angriff der Zulus auf die britische Stellung vollständig abgeschlagen wurde, sondern auch die Zulus starke Verluste davontrugen. Der moralische Eindruck dieses Sieges war um so größer, als er durch eine der von vornherein zum Einfall in Zululand bestimmten Truppenabtheilungen noch vor der Ankunft der Hülfstruppen erfochten worden war. Als Anfangs April die Ersatztruppen eintrafen, war das Erste, was geschehen mußte, die Befreiung der bei Etshowe eingeschlossenen Heeresabtheilung, die seit mehr als zwei Monaten von jeder Verbindung abgeschnitten war und sich nur noch durch Signale verständlich machen konnte. Als Lord Chelmsford zum zweiten Mal den Vormarsch in Zululand antrat, traf er die Vorsichtsmaßregeln, die ihn auch das erste Mal vor seiner schweren Niederlage bewahrt haben würden. Die Wagen, die das Heer begleiteten, wurden zur Befestigung des Lagers aufgestellt und in der Schlacht von Ginginhlovu versuchten die Zulus vergeblich, dieses zu stürmen.

Etshowe wurde entsetzt und Zululand geräumt, was allerdings eine durchaus unnöthige Maßregel war.

Es folgte nun eine Periode des Hinhaltens, durch die die Geduld der südafrikanischen und englischen Bevölkerung auf eine starke Probe gestellt wurde und die auch eigentlich keinen rechten Zweck hatte. Noch weitere Ersatztruppen waren angekommen, sodaß die dem kommandirenden General zur Verfügung stehende Armee jede bisher in Afrika versammelte Kaiserliche Macht an Zahl weit übertraf. Vorräthe wurden angeschafft und viel Geld hierbei vergeudet, was besonders denen sehr angenehm war, die etwas zu verkaufen hatten, was militärischen Zwecken dienen konnte. Das Einzige jedoch, was fehlte, war ein thatkräftiges militärisches Vorgehen. Der Plan, Zululand von verschiedenen Punkten aus gleichzeitig anzugreifen, wurde auf's Neue zur Ausführung gebracht und die Truppen wiederum zersplittert. Eine Abtheilung unter dem Befehle des Generalmajors Hope Crealock sollte den alten Weg längs der Küste nehmen, während sich die Abtheilung, in der sich das Hauptquartier befand, mit der unter Sir Evelyn Wood stehenden Armee vereinigen und von Norden aus in Zululand vordringen sollte. Die Operationsbasis dieser beiden Heere lag daher etwa 200 Meilen weit auseinander, während die Grenze von Natal in ihrer ganzen Ausdehnung für jeden erdenklichen Angriff der Zulus offen stand. Nach dem Urtheil maßgebender Persönlichkeiten wäre der beste Weg von der Grenze von Natal nach der Hauptstadt Cetewayo's mitten durch Zululand, über Rorke's Drift und das zerstörte Lager bei Isandhlwana gewesen. Aber gegen diese Marschroute hatte sich anscheinend eine ausgesprochene Abneigung eingewurzelt, denn erst nach Ablauf von vier Monaten wurde der Schauplatz des Unglücks vom 22. Januar von Europäern besucht, obgleich Bischof Colenso schon einige Zeit vorher sich erboten hatte, den Ort aufzusuchen und daselbst einen Gottesdienst für die Gefallenen abzuhalten. Als der ehemalige Lagerplatz endlich wieder betreten wurde, verrieth die Stellung der Leichen der tapferen

Kämpfer, die noch wieder zu erkennen waren, obwohl sie vier Monate hindurch den Unbilden der Witterung preisgegeben waren, den heldenmüthigen Versuch des Obersten Durnford und der Freiwilligen von Natal, die Stellung am „Nek“ zu vertheidigen. Freilich ist es wohl leicht zu begreifen, daß Lord Chelmsford nicht zum zweiten Male über Isandhlwana nach Zululand marschiren wollte.

Die verschiedenen Heere zögerten immer noch, die Zulugrenze zu überschreiten, während man bei der Statthalterschaft fortfuhr, das Geld haufenweise zum Fenster hinauszuwerfen. Namentlich machte man sich über die Unthätigkeit der Küsten-Abtheilung öffentlich lustig: es hieß, daß sie in Bezug auf Geldausgeben den Feldzug nach besten Kräften fördere. An der Nordgrenze von Zululand standen einige Hundert zur Beförderung von Lebensmitteln bestimmte Wagen, und wenn die Zulus genug von der Kriegskunst verstanden hätten, um den Vormarsch der Proviantkolonne zu stören, so hätte der Feldzug überhaupt kein Ende mehr genommen. Als sich der Haupttrupp endlich zum Vorrücken entschlossen hatte, ging man mit einer merkwürdigen Mischung von Zaghaftigkeit und Uebereilung vor. Die fortwährende, übertriebene Furcht vor einem plötzlichen Ueberfall der Zulus verursachte mehrmals nächtlichen Alarm, der fast einen panikartigen Charakter annahm; auf der anderen Seite führte die vollständige Unterlassung aller Rekognoszirungen den Tod des Kaiserlichen Prinzen herbei, der einen fast ebenso tiefen Eindruck hinterließ wie die vorhergegangene Niederlage im Januar. Die Zulus waren so offenherzige und gefällige Feinde, wie man sich nur wünschen konnte, denn Cetewayo war entschlossen, dem britischen Heere die erwünschte Gelegenheit zu einem großen entscheidenden Zusammentreffen zu bieten. Mittlerweile aber begann die unbeschränkte Geldverschwendung, die ohne irgend ein Resultat andauerte, das Ministerium in England zu beunruhigen. Es wurde beschlossen, Lord Wolseley an Lord

Chelmsford's Stelle zu setzen, und Anfang Juli landete der neue Befehlshaber auch wirklich bereits auf südafrikanischem Boden. Wahrscheinlich übte die Ankunft Lord Wolseley's eine beschleunigende Wirkung auf die Thätigkeit des englischen Heeres aus, dessen eine Abtheilung — nämlich die Küstentruppe — ihre ursprüngliche Stellung bis dahin überhaupt noch kaum verlassen hatte. Das Kriegsglück war Lord Chelmsford in gewissem Sinne hold: Lord Wolseley's Verzögerung beim Landen an der Küste von Zululand ließ Lord Chelmsford genügende Zeit, um mit seinem Heere in die unmittelbare Nähe von Cetewayo's Hauptkraal in Ulundi vorzurücken. Hier fand die Schlacht von Ulundi statt, in der die britischen Truppen in einem hohlen Viereck gegen den an Zahl bedeutend überlegenen Feind fochten. Die Zulus wurden vollständig geschlagen, Cetewayo mußte fliehen, der Königliche Kraal wurde niedergebrannt und der Zulukrieg war damit eigentlich zu Ende.

Es galt nun vor Allem, sich der Person Cetewayo's zu bemächtigen und dann einen Plan zum Friedensschlusse mit Zululand zu entwerfen. Diese Angelegenheiten ruhten lediglich in der Hand Lord Wolseley's, der nicht nur als oberster Befehlshaber an Lord Chelmsford's Stelle trat, sondern auch Sir Bartle Frere's Posten als Statthalter einnehmen sollte, wenigstens soweit dabei Süd-Ostafrika in Frage kam. Es dauerte mehrere Wochen, bis Cetewayo, der in die dichten Waldungen in der Richtung nach der Bai von St. Lucia geflohen war, aufgefunden und gefangen genommen wurde; bald darauf wurde er als Staatsgefangener nach Kapstadt übergeführt. Der Friedensschluß mit Zululand aber war keine leichte Sache. Die öffentliche Meinung in England, empört über den vom Zaun gebrochenen Zulukrieg, in den man sich ohne Noth hineingestürzt hatte, erklärte sich entschieden gegen jeden Vorschlag einer Annexion. Gleichzeitig war aber durch die Gefangennahme Cetewayo's, der bisher die Zentralgehalt des Landes vertreten hatte, eine schwer auszufüllende Lücke entstanden.

Die maßgebenden Persönlichkeiten wollten nichts davon wissen, Cetewayo etwa unter gewissen Bedingungen und als Lehnspflichtigen der britischen Regierung wieder einzusetzen, obgleich sich eine derartige Maßregel wahrscheinlich als ganz richtig erwiesen haben würde. Schließlich machte Lord Wolseley, mit Zustimmung Sir Henry Bulwers, des stellvertretenden Statthalters von Natal, einen Vorschlag, mit dem man hoffen durfte, die eine Hälfte der Zulus durch die andere im Zaume zu halten. Das Land sollte dem zu Folge in 13 verschiedene Bezirke eingetheilt werden, von denen elf unter die Oberherrschaft von Zuluhäuptlingen kamen. Die übrigen beiden Bezirke, die an Natal grenzten und zu den besten Theilen von Zululand gehörten, wurden einem Basutohäuptling — Hlubi mit Namen —, der den Engländern während des Zulukrieges Dienste geleistet hatte, sowie dem Händler John Dunn übergeben, der zuerst mit ungeheurem Vortheil die Zulus mit Gewehren versehen, dann aber bei Ausbruch des Krieges seine Dienste der britischen Seite zugewendet hatte. Diese Belohnung John Dunn's auf Kosten der Zulus war zweifellos ein starkes Stück, aber in England war man des ganzen Streites herzlich müde und geneigt, Alles, was einem Ausgleich ähnlich sah, gutzuheißen. Für den Augenblick wenigstens war damit die Zulufrage erledigt und abgethan. Die Truppen wurden so schnell als möglich entlassen, die ungeheueren Waarenvorräthe weit unter ihrem Werthe losgeschlagen und diejenigen Ansiedler, denen es gelang, mit der Kaiserlichen Statthalterschaft Verträge abzuschließen, konnten sich dazu Glück wünschen, daß sie wenigstens keinen Grund zu einer Klage hatten, so schwer auch viele Andere an Hab und Gut oder in ihrem Namen geschädigt waren.

IV.

Der Staatenbund im Niedergang.

Wenn die Entlassung des Ministeriums Molteno durch Sir Bartle Frere gewissermaßen die Hochfluth der Staatenbunds-Politik bezeichnete, so kann man sagen, daß die Katastrophe von Isandhlwana den Anfang ihres Niederganges bedeutete. Die Folgen dieser Niederlage, die zugleich die Entlassung Sir Bartle Frere's als Statthalter nach sich zog, wurden dadurch noch weit mehr fühlbar, daß Lord Carnarvon, von dem die Politik eines südafrikanischen Staatenbundes ursprünglich ausgegangen war, aus dem Staatsministerium austrat und die Vollendung seines Werkes der Hand des vielleicht praktischeren, aber weniger enthusiastischen Sir Michael Hicks-Beach überließ. Schon vor der Katastrophe bei Isandhlwana war der Plan eines Staatenbundes auf beträchtlichen Widerstand im Unterhause gestoßen, das auf Anregung Parnell's und seiner Partei der Nationalisten im Jahre 1877 die Wirkung des für Süd-Afrika erlassenen Gesetzes auf eine Zeitdauer von fünf Jahren beschränkt hatte. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß gerade diese Beschränkung das Verlangen wesentlich verstärkte, den Staatenbund so schnell als möglich ins Leben zu rufen. Daß aber der neue Staatssekretär des Kolonial-Amts, ein vorsichtiger und praktischer Mann, dasselbe Interesse an dem Plane nehmen würde, wie sein Amtsvorgänger, war keinenfalls zu erwarten.

Außer dem entmuthigenden Eindruck, den die Katastrophe von Isandhlwana hinterlassen hatte, und der Abnahme des öffentlichen Interesses in England für den Plan einer Staatenbundsbildung, stellte sich diesem Plane noch ein weiteres Hinderniß von Seiten Transvaals entgegen. Es kam allmählich klar zum allgemeinen Bewußtsein, daß die Abneigung der Bürger von Transvaal gegen die Einverleibung keine Erfindung war, sondern auf Wahrheit beruhte. Im Jahre 1878 reiste eine zweite Abordnung, wieder unter der Führung Krügers, nach England, erhielt aber auf ihren erneuten und heftigeren Einspruch genau dieselbe Antwort von Sir Michael Hicks-Beach, die Lord Carnarvon der ersten Deputation gegeben hatte — nämlich, daß es unmöglich sei, die Einverleibung rückgängig zu machen. Es war ein eigenthümliches Zusammentreffen, daß diese zweite Abordnung, die über Natal nach Transvaal zurückkehrte, gerade in der Zeit zwischen dem Anfang des Zulukrieges und der Niederlage von Isandhlwana in Natal eintraf. Sie verhandelte mit Sir Bartle Frere, der sich in seiner Eigenschaft als Statthalter in nachgiebiger und vermittelnder Weise aussprach, und fand starke Sympathien bei dem Bischof Colenso, dessen hohes Gerechtigkeitsgefühl die Einverleibung von Transvaal ebenso sehr mißbilligte wie den Zulukrieg. Sogar einem nicht unbeträchtlichen Theil der britischen Ansiedler in Süd-Afrika kam jetzt nicht nur die offenkundige Ungerechtigkeit, mit der die Zulus behandelt worden waren, sondern auch die Ungerechtigkeit der Einverleibung von Transvaal klar zum Bewußtsein. Diejenigen, die wie Saul Solomon von Anfang an gegen den Plan eines Staatenbundes geeifert hatten, fanden jetzt eifriges Gehör und die Macht des moralischen Widerstandes gegen eine Regierung, die sich so viele Gewaltmaßregeln und Ungerechtigkeiten hatte zu Schulden kommen lassen, machte sich mehr und mehr geltend. Außerdem wollte es auch in Transvaal selbst mit der Regierung nicht so recht gehen. Wenn auch Sir Theophilus Shepstone als Verwaltungsbeamter seine Fehler gehabt haben mochte, so

war er doch wenigstens ein Rechtsgelehrter noch und dazu einer, der es verstand zu den Bürgern von Transvaal in ihrer eigenen Sprache zu sprechen. Aus unbekannten Gründen wurde er aber seines Amtes enthoben und durch den Obersten (später Sir William) Lanyon ersetzt. Eine unglücklichere Wahl hätte gar nicht getroffen werden können. Als Offizier war Oberst Lanyon sicherlich ganz tüchtig, aber für die bürgerliche Verwaltung fehlten ihm alle Fähigkeiten, und namentlich war er einer so heiklen und schwierigen Aufgabe, wie er sie damals in Pretoria vorfand, in keiner Weise gewachsen. Wenn schon die Einverleibung durch Großbritannien den Bürgern von Transvaal verhaßt war, so steigerte sich dieser Haß noch auf das Zehnfache, als sie sich plötzlich unter die unumschränkte Oberherrschaft eines britischen Offiziers gestellt sahen. Ihre Sprache und ihren Charakter kannte er nicht, und seine äußere Erscheinung — ob mit Recht oder Unrecht, bleibt dahingestellt — ließ sogar vermuthen, daß Mischlingsblut in seinen Adern floß, ein Umstand, der ganz besonders ins Gewicht fiel.

Als Lord Wolseley in Natal ankam, war der Staatenbund stark im Niedergange begriffen. Obgleich der Sieg von Ulundi Lord Chelmsfords militärischen Ruf einigermaßen wieder hergestellt hatte, wurde doch überall offenbar, daß es mit der „thatkräftigen Politik“ vorüber war. Der Geist der neuen Politik sprach sich in der Ablehnung des Vorschlages, Zululand zu annectiren, aus, was allerdings die Unzufriedenheit eines großen Theils der Ansiedler von Natal erregte, und außerdem in der gleichzeitigen Ablehnung, irgend welche weiteren Schritte zur Unterwerfung von Pondoland zu thun. Es kann dahingestellt bleiben, in wie weit diese Politik von Rücksichten auf die Gerechtigkeit oder von Sparsamkeitsrücksichten eingegeben war. Die Geldfrage trat an die Ansiedler von Natal in der betrübenden Gestalt heran, daß man von ihnen zum mindesten eine Million Pfund Sterling als Beitrag zu den Kriegskosten erwartete. Der Beitrag wurde später auf den vierten

Theil dieser Summe herabgesetzt, aber der Eindruck der ursprünglichen Forderung war ein schwerwiegender, mit dem man rechnen mußte. Sir Bartle Frere war noch vor Lord Wolseleys Ankunft von Natal nach Transvaal abgereist, wo die Führer der Einspruch erhebenden Bürger von Transvaal aus Unterredungen mit ihm den Eindruck gewannen, als werde er bei der kaiserlichen Regierung für ihre Sache eintreten. Aber bald darauf kehrte Sir Bartle Frere über Kimberley — wo er neue Freunde für die Sache des Staatenbundes zu gewinnen suchte — nach Kapstadt zurück, anscheinend immer noch entschlossen, die Staatenbunds-Politik bis zum Aeußersten zu vertreten. Wohl aus diesem Grunde und auch, um sich die Gelegenheit zu sichern, womöglich sein früheres hohes Ansehen wieder zu gewinnen, behielt er, wenigstens für den Bereich der Kapkolonie, die Aemter, die er vor zwei Jahren angetreten hatte.

Im Vordergrunde des allgemeinen Interesses stand augenblicklich Lord Wolseley, der in Folge seiner Ernennung zum Statthalter von Südost-Afrika eine unbeschränkte Herrschaft über Natal und Transvaal ausübte. Man war nachgerade fest davon überzeugt, daß man sich auf Unzufriedenheit oder selbst offene Unruhen von Seiten Transvaals gefaßt zu machen habe; so wurde an einen hochstehenden Offizier von Lord Wolseley's Stabe in der Hauptstadt von Natal einst die Frage gestellt, ob man bei ausbrechenden Unruhen die Bürger von Transvaal als Feinde oder als Rebellen behandeln würde. Die Antwort lautete: „Als keines von Beiden," und es schien daraus hervorzugehen, daß sich Lord Wolseley zwar über die Gefahren der Sachlage klar, aber noch unentschieden war, welchen Weg er bei dieser äußerst schwierigen Frage einzuschlagen habe. Für den Augenblick kam allerdings diese Frage noch nicht in Betracht, und die ersten Pflichten, deren sich Lord Wolseley zu entledigen hatte, waren rein militärischer Natur. Nachdem Zululand mit großer Hast in dreizehn kleine Königreiche eingetheilt worden war, mußte man in Transvaal zu

einer förmlichen Unterwerfung der Eingebornen schreiten. Es war vielleicht von keiner besonderen Bedeutung gewesen, daß der Häuptling Sekukuni im Jahre 1876 einer Truppenabtheilung transvaalischer Bürger widerstanden hatte; sein Ansehen war aber gestiegen, als er 1878 auch ein britisches Heer zum Rückzuge gezwungen hatte. Sekukuni mußte also unterworfen werden, und zu diesem Zweck zog Lord Wolseley gegen das Ende des Jahres 1879 in Transvaal ein mächtiges Heer nach dem Bezirk von Lydenburg zusammen. Ehe man aber in dieser Richtung vorging, mußte noch mit dem aufrührerischen Häuptling Umbeline abgerechnet werden, der von seinem felsigen Hinterhalte aus auf der Grenze zwischen Zululand und Transvaal einer britischen Abtheilung, die sich am Intombiflusse gelagert hatte, im März des letzten Jahres so übel mitgespielt hatte. Umbeline und seine Krieger wurden in ihre Verschanzungen zurückgetrieben und diese dann mit Dynamit in die Luft gesprengt, gleichviel ob dabei Krieger oder Unbetheilige ums Leben kamen. Mit der Unterstützung eines großen Aufgebots von Swazis gelang es auch demnächst Sekukuni zu unterwerfen. Es ist wohl überflüssig, nach so langer Zeit wieder auf den heftigen Streit zurückzukommen, der über die Behandlung der gefangenen Krieger und Nichtkrieger von Seiten der Swazis entbrannte. Es war dieselbe Streitfrage, die nach der Schlacht bei Ulundi in Bezug auf die Behandlung der gefangenen und verwundeten Zulus aufgeworfen wurde und über die erst kürzlich wieder, anläßlich des Einfalls der Chartered Company in Matabeleland, verhandelt worden ist. Wenn auch die Ableugnung der einen Partei wohl zu verstehen ist, so sprechen doch die Thatsachen für die andere.

Nachdem diese militärischen Angelegenheiten geregelt waren, wandte man sich aufs Neue der Lösung der Schwierigkeiten zu, in welche die Angelegenheiten von Transvaal verwickelt waren. Man muß Lord Wolseley die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er sich in diesen Dingen niemals irgend welcher Selbst-

täuschung hingab. In später veröffentlichten Depeschen machte er die kaiserlichen Behörden in der nachdrücklichsten Weise darauf aufmerksam, daß es nur mit Hülfe einer in Transvaal stehenden bedeutenden Militärmacht möglich sein würde, Transvaal unter britischer Oberherrschaft zu halten. Die Bürger von Transvaal waren ja vorläufig noch geduldig, weil sie bei einem nahe bevorstehenden Parteiwechsel in England wahrscheinlich Gelegenheit zu finden hofften, ihre Beschwerden auf friedlichem Wege zu Gehör zu bringen. Um ihnen diesen Weg zu ebnen, erließen die leitenden Persönlichkeiten ein Manifest, in dem sie unter der Bedingung, daß Transvaal seine Unabhängigkeit wieder erhalte, der britischen Politik wichtige Zugeständnisse machten; sie erklärten unter anderem ihre Bereitwilligkeit, der Frage eines südafrikanischen Staatenbundes näher zu treten und versprachen bei der Regelung der Angelegenheiten der Eingeborenen Rücksicht auf die britischen Wünsche nehmen zu wollen. Zugleich aber verabsäumten sie keine Gelegenheit, um die niederländische Bevölkerung der Kapkolonie, die gleicher Abstammung mit ihnen war und wie sie die bittere Erinnerung an frühere britische Gewaltthaten geerbt hatte, — zu ihrer Ansicht zu bekehren. Ihre Sache fand so viel Sympathie unter den Einwohnern der Kapkolonie, daß das Ministerium Sprigg, so eifrig bemüht es auch war, Sir Bartle Frere's Ansichten zu vertreten, sich in den Parlamentssitzungen des Jahres 1880 in Bezug auf die Staatenbundfrage für geschlagen erklären und sich entschließen mußte, zu der Politik seiner Amtsvorgänger zurückzukehren. Der Staatenbund von Süd-Afrika, für dessen Verwirklichung Sir Bartle Frere so viel gewagt hatte, war todt. Und wenn er erst in Süd-Afrika todt war, hatte in England kein Mensch mehr ein besonderes Interesse daran, ihn wieder aufzuerwecken.

Ehe aber noch das Schicksal des Staatenbundes in Süd-Afrika durch die Niederlage des Ministeriums Sprigg, dem es nicht gelungen war eine Parlaments-Mehrheit zu seinen

Gunsten zu erlangen, endgültig besiegelt war, hatten sich in England Dinge ereignet, die die abwartende Haltung der Bürger von Transvaal zu rechtfertigen schienen. Das Ministerium Beaconsfield hatte dem nahe bevorstehenden Ablauf der Sitzungsperiode des Parlamentes vorgegriffen und sich zu Anfang des Jahres an die öffentliche Meinung des Landes gewendet; der Erfolg war selbst für die eingefleischtesten Liberalen ein ganz überraschender. Die abenteuerlichen Unternehmungen des Ministeriums Beaconsfield, die die Finanzen des Landes schwer geschädigt, dem nationalen Selbstgefühle aber noch weit empfindlichere Wunden geschlagen hatten, ebneten durch die Mißbilligung und Unzufriedenheit, die sie erregten, einer vollständigen Parteiumwälzung, wie sie einzig in der britischen Geschichte dasteht, die Wege. Die Niederlage der Konservativen gestaltete sich zu einer wahrhaft erschreckenden. Ein Flecken nach dem anderen und eine Grafschaft nach der anderen traten auf die Seite der Liberalen über, und lange vor Beendigung der Wahlen stellte es sich heraus, daß das Schicksal der Beaconsfield'schen Aera besiegelt war. Im britischen Süd-Afrika erregte diese Veränderung der politischen Lage nicht geringe Ueberraschung; die Bürger von Transvaal und ihre über das südafrikanische Festland verstreuten holländischen Freunde begrüßten sie mit Entzücken. Die Führer der Einspruch erhebenden Bürger von Transvaal hatten bisher vielfach Theilnahme und Unterstützung von Seiten der liberalen Partei erfahren, und obgleich die Parteihäupter vorsichtig genug gewesen waren, keine Versprechungen zu geben, so schien es doch naheliegend, daß unter einer liberalen Regierung das durch die Einverleibung begangene Unrecht gesühnt werden würde. Schon nach kurzer Zeit aber stellte es sich heraus, daß diese Hoffnung eine vergebliche war. Als das liberale Ministerium unter Lord Kimberley in seiner früheren Stellung beim Kolonialamte zum ersten Male zusammentrat, wurde diese Frage allerdings erörtert, aber andere,

wichtigere und näherliegende Fragen, denen die Transvaalfrage vorläufig weichen mußte, drängten sich in den Vordergrund. Außerdem hatte Sir Bartle Frere, der immer noch sein Amt in Kapstadt inne hatte, mehr als einmal nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die britische Bevölkerung in Transvaal seit der Einverleibung bedeutend gestiegen sei, und daß daher eine Zurücknahme dieser Maßregel unvermeidlich zu einem Bürgerkriege führen müsse, bei dem die Interessen des ganzen Landes und in erster Linie die britischen schwer geschädigt werden würden. Durch Gründe dieser Art bestärkt, und in dem jeder öffentlichen Verwaltungsbehörde innewohnenden Geiste eines gewissen Konservatismus beschloß das Kolonialamt, die Sache auf sich beruhen zu lassen, und die Bürger von Transvaal mußten erfahren, daß sowohl ihre Einsprüche als auch ihre Geduld vergebens gewesen waren. Allerdings enthob das neue Ministerium, das sich gedrungen fühlte, etwas in der Sache zu thun, um die öffentliche Meinung zufrieden zu stellen, Sir Bartle Frere seines Amtes, mit der Begründung, daß jetzt, wo keine Hoffnung mehr vorhanden sei, daß sich die Kapkolonie dem Staatenbunde anschließen werde, seine besondere Mission in Süd-Afrika beendet wäre. In Pretoria blieb die Militärherrschaft mit dem Obersten Lanyon an der Spitze in Kraft, und bald war es nur noch eine Frage der Zeit, wann sich die enttäuschten Bürger von Transvaal zu offener Empörung erheben würden.

Inzwischen war, wie um zu zeigen, daß die üblen Folgen der Staatenbunds-Politik, mit der Afrika von Lord Carnavon beglückt werden sollte, noch lange nicht zu Ende waren, ein Krieg zwischen der Kapregierung und den Basutos ausgebrochen. Der Grund dieses Krieges liegt klar zu Tage. Seit mehr als zehn Jahren — seit dem Siege der Bürgertruppen des Oranje-Freistaats — waren die eingeborenen Basutos die Lieblingskinder der britischen Regierung gewesen. Ihre Treue war über jeden Zweifel erhaben, ihre Tapferkeit im Felde oftmals

erprobt worden. Eine große Anzahl von ihnen hatte Beschäftigung in den Bergwerken von Kimberley gefunden, und fast Alle waren seit dieser Zeit im Besitz von Feuerwaffen. Die Gründe für die Behauptung, daß die Eingeborenen in Süd-Afrika keine Feuerwaffen besitzen dürften, sind hinfällig. Es wäre ja möglich, daß ein mit Feuergewehren ausgerüsteter Stamm leichter zum Aufruhr neigte; aber sicherlich ist im Kriege ein mit einer Flinte bewaffneter Eingeborener viel weniger gefährlich als ein mit Assegais bewaffneter. Er ist von Haus aus ein schlechter Schütze, und da er nicht zu zielen versteht, so schießt er um so schlechter, je besser das Gewehr ist. Der Sieg der Eingeborenen bei Isandhlwana wurde mit Assegais und nicht mit Flinten erfochten. Allein das Kap-Parlament ließ sich durch Sir Gordon Sprigg und Sir Bartle Frere bestimmen, ein Waffenverbot zu erlassen, wonach sämmtliche in den Händen von Eingeborenen befindliche Feuerwaffen an einem bestimmten Tage ausgeliefert werden sollten. Dieses Waffenverbot wurde auch auf die Basutos ungeachtet ihrer anerkannten Treue ausgedehnt. Diese aber verweigerten den Gehorsam. In einer Versammlung des Kap-Parlaments wurde mit einer nur ganz geringen Stimmenmehrheit beschlossen, die Ausführung des Verbots mit Gewalt zu erzwingen. In England, wo man der ewigen Kriege mit den Eingeborenen in Süd-Afrika herzlich müde war, erregte dieses Vorgehen große Unzufriedenheit, und der Regierung der Kapkolonie wurde zu verstehen gegeben, daß, wenn sie darauf bestünde, einen Krieg mit den Basutos heraufzubeschwören, sie von Großbritannien zu diesem Zwecke weder einen Heller Geld noch einen einzigen britischen Soldaten zur Unterstützung erhalten würde. Aber auch diese Warnung wurde in den Wind geschlagen. Es wurden Freiwillige angeworben, die Bürgertruppen einberufen und das Kolonial-Schatzamt gab ungeheuere Summen für Vorräthe, Pferde und Kriegsmunition aus. Der Krieg, anstatt zu einem schleunigen Ende geführt zu werden, zog sich Monate lang hin. Fast bei jedem Treffen

wurden die Kolonialtruppen geschlagen, und nachdem endlich die Gesammtsumme der Ausgaben eine Höhe von vier Millionen Pfund erreicht hatte, ohne daß die Kolonialregierung auch nur den geringsten Erfolg zu verzeichnen hatte, mußte man mit demselben Stamme, der vor etwa zehn Jahren von den Bürgern des Freistaates, wenn auch nach hartem Kampfe, vollständig aufs Haupt geschlagen worden war, einen Vergleich abschließen!

Gewiß eine höchst beachtenswerthe Lehre für alle, die es anging.

V.

Der Krieg in Transvaal.

Bei der Betrachtung des wichtigsten Ereignisses, das sich innerhalb der letzten 20 Jahre in Süd-Afrika zugetragen hat, ist es vor allen Dingen geboten, sich über die dabei mitwirkenden Umstände klar zu werden. Es ist bereits angedeutet worden, daß die Einverleibung von Transvaal die unmittelbare Folge einer neuen Politik war, welche die Ausdehnung des britischen Kaiserreiches anstrebte, und die mit einem Schlage gewisse Abmachungen, die ein Vierteljahrhundert segenbringend gewirkt hatten, außer Kraft setzte. Diese Abmachungen stammten aus der Unterzeichnung des Sandstrom-Vertrages vom Jahre 1852, der die Unabhängigkeit der damals neubegründeten südafrikanischen Republik anerkannte und ihren Begründern die Leitung ihrer eigenen Angelegenheiten in aller Rechtsform vollkommen überließ.

Allerdings äußerte Sir Bartle Frere während seiner Unterhandlung mit den Bürgern bei ihrem Einspruche im Jahre 1879, daß man ebenso gut auf die Erschaffung der Welt wie auf den Sandstrom-Vertrag zurückgreifen könnte. Dieser Ausspruch war von einem Vertreter der britischen Macht insofern nicht gerade glücklich gewählt, als er sich schlecht mit anderen kurz vorher von der britischen Verwaltung beliebten Maßregeln vertrug, die aus Rücksicht auf einen mit Frankreich am Anfang

des vorigen Jahrhunderts abgeschlossenen Vertrag getroffen worden waren und die britischen Ansiedler in Neufundland schwer geschädigt hatten. Es kommt doch zweifellos nicht nur die bloße Unterzeichnung eines Vertrages in Frage, sondern auch die Länge des Zeitraumes, während dessen ein Vertrag bestanden und die Art und Weise, in der er gewirkt hat und wie er gehalten worden ist. Wenn man die Sachlage von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet und dabei bedenkt, daß die Bedingungen des Sandstrom-Vertrages seit 25 Jahren von beiden Seiten beachtet worden waren, so durften sich die Bürger von Transvaal wohl für berechtigt halten, in dem Vertrage die Sicherstellung ihrer Unabhängigkeit zu erblicken, und daher mit Recht gegen die Einverleibung Einspruch erheben. Die Regierung des Präsidenten Burgers war ja für die damals herrschenden Zustände etwas zu unternehmend und abenteuerlich; aber schließlich ging es doch nur das Land selber an, ob es in jeder Beziehung gut regiert wurde oder nicht. Wenn fremde Mächte das Recht beanspruchen, sich in die Angelegenheiten irgend eines Staates zu mischen, der, ihrer Meinung nach, nicht gut regiert wird, so würde binnen kurzem der internationale Friede Schiffbruch leiden.

Um aber die Sachlage ganz und gar zu verstehen, muß man noch auf die Zeit vor dem Sandstrom-Vertrage zurückgreifen. Die südafrikanische Frage ist durchaus nicht leicht zu lösen, aber sie bietet keineswegs so große Schwierigkeiten, wie manche gern annehmen mögen. Man braucht nicht gerade bis auf die Erschaffung der Welt zurückzugehen, um sie gründlich zu verstehen, aber es ist durchaus nothwendig, nochmals den Zeitabschnitt zu betrachten, wo die britische Flagge zum ersten Male auf den Wällen von Kapstadt gehißt wurde. Man muß auf die ersten Jahre unseres Jahrhunderts zurückblicken, wo Großbritannien unter Zustimmung der europäischen Mächte in dem Besitz der ursprünglich holländischen Kolonie am Kap der

guten Hoffnung ausdrücklich bestätigt wurde. Diese holländische Kolonie, die zuerst im Interesse der holländisch-ostindischen Gesellschaft gegründet worden war, enthielt doch stets noch andere ausländische und nicht handeltreibende Elemente, die in der politischen Geschichte Süd-Afrikas eine höchst wichtige Rolle gespielt haben. Vor mehr als zwei Jahrhunderten fand eine große Anzahl flüchtiger Hugenotten, denen England mehrere seiner höchsten geistigen Erfolge zu verdanken hat, eine Zufluchtsstätte am Kap der guten Hoffnung, und noch heute trifft man ihre, allerdings oftmals in eigenthümlicher Weise veränderten Namen in den höchsten Ehrenstellen über den ganzen südafrikanischen Erdtheil verstreut. Zu der Zeit, als der Besitz des Kap der guten Hoffnung Großbritannien zugesprochen wurde, schätzte die britische Regierung ihre Kolonien nur vom rein militärischen Standpunkte aus. Erst vor etwa vierzig Jahren, als sich die großen australischen Kolonien zu ihrem jetzigen Glanze entfalteten, wurden die kolonialen Angelegenheiten, die bis dahin nur eine Abtheilung des Kriegministeriums gebildet hatten, für wichtig genug befunden, um einer besonderen Verwaltung im Staate unterstellt zu werden.

Gemäß dieser früheren Ueberlieferung war die britische Kolonie am Kap der guten Hoffnung Anfangs nichts weiter als eine militärische Station unter dem Befehl militärischer Behörden, die von den ursprünglichen Ansiedlern so gut wie nichts wußten und nicht das geringste Interesse für sie hatten. Die Berichte über die vielfachen Mißhelligkeiten zwischen den Militärbehörden und den ursprünglichen Ansiedlern, sowie zwischen den Militärbehörden und den Ansiedlern englischer Abkunft, die nach dem Kap ausgewandert waren, füllen einen aufregenden und interessanten Abschnitt in der Geschichte von Süd-Afrika, der eine eigenartige Mischung von tiefster Tragik und unwiderstehlicher Komik enthält. Die Thatsache aber muß man festhalten: in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts lebte eine thatkräftige und unabhängige Gemeinschaft von Ansiedlern in Süd-

Afrika, die einerseits von der nur widerstrebend von ihnen anerkannten britischen Oberherrschaft, andererseits von der bewaffneten Uebermacht wilder Kriegshorden eingeengt wurden; letztere drohten jeden Augenblick, ihre Bemühungen um die Civilisation des Landes wieder zu vernichten.

Man darf bei dem Studium der Geschichte von Süd-Afrika niemals vergessen, daß sich diese Ansiedlergemeinde unter den eben erwähnten Schwierigkeiten zu behaupten wußte, denn in dieser Thatsache ist der Schlüssel zu so manchen späteren Ereignissen zu finden. Dieser Umstand kommt aber besonders bei dem wichtigsten Ereignisse der südafrikanischen Geschichte vor etwa sechzig Jahren in Betracht, nämlich bei dem berühmten „Trek“ der ackerbauenden Bevölkerung des Kaplandes. Es ist den Thaten und Leiden dieser „Bauernemigranten“, wie sie gewöhnlich genannt werden, zu danken, daß es heute überhaupt einen wenigstens theilweise civilisirten Kontinent unter dem Namen Süd-Afrika giebt. Zwei Umstände waren es, die in erster Linie die große, im Jahre 1835 beginnende Auswanderung unmittelbar herbeiführten. Einestheils geriethen Hunderte von Familien in Noth und Elend, weil die Landwirthe der Kapkolonie in Folge mangelhafter Anordnungen keine angemessene Entschädigung für die Freilassung ihrer Sklaven erhielten. Heutzutage wird wohl Jeder die starke nationale Bewegung gutheißen, die in allen Theilen des britischen Kaiserreiches die Sklavenfesseln zerbrach; aber der geschäftliche Theil dieser Maßregel brauchte doch nicht so mangelhaft durchgeführt zu werden, daß die Sklavenbesitzer der Kapkolonie, wo die Sklaverei noch dazu eine Art patriarchalischer Einrichtung war, nur den zehnten oder zwölften Theil der Entschädigungssumme erhielten, die ihnen ursprünglich versprochen war. Der Ruin, den dieses überaus unbillige Verfahren nach sich zog, zwang Hunderte von Ackerbauern, ihre Ansiedlungen zu verlassen und in die Wildniß zu ziehen. Gleichzeitig aber erregte die Politik, die in Süd-Afrika unter dem Namen der „Glenelg-

Politik" bekannt ist, große Unzufriedenheit und beschwor ernste Gefahren herauf. Dieser Politik war es zu verdanken, daß nach einem Kampfe auf Leben und Tod zwischen den Ackerbauern und ihrer aus kriegerischen Eingeborenen bestehenden Umgebung, also zwischen der Civilisation und den Wilden, das durch den Einfluß der Civilisation mühsam geschaffene Werk zerstört wurde und die Eingeborenen die Herrschaft über das Land wieder gewannen, aus dem sie in ehrlichem Kriege vertrieben worden waren.

Die Geschichte jener großen Auswanderung der Bauernemigranten ist allgemein bekannt. Sie ist unzählige Male erzählt worden, aber man kann sie nicht oft genug wiederholen. In den Annalen der Menschheit giebt es kaum eine Episode so rührend und herzergreifend, wie die Geschichte jener Männer, die mit ihren Frauen und Kindern Alles, was sie nur ihr Eigen nannten, im Stiche ließen und in eine völlig unbekannte Wildniß hinauszogen, thatsächlich nicht wissend, wohin sie ihre Schritte richteten. Wer heutzutage, wo der Postzug seine Passagiere mit aller erdenklichen Bequemlichkeit durch die dürren Ebenen und steinigen Anhöhen des Landes hindurchführt, Süd-Afrika bereist, kann sich vielleicht am besten ein Bild davon machen, wie es in Süd-Afrika nördlich vom Oranjefluß zu jener Zeit aussah, als Paul Krüger, damals ein Knabe von etwa zehn oder elf Jahren, mit den Seinen an der Bewegung Theil nahm, die durch das Eingreifen der Vorsehung dazu berufen war, den Grundstein zur Civilisation des gesammten südafrikanischen Festlandes zu legen. Die neuere Geschichte enthält keine Begebenheit, die geeigneter und würdiger wäre, der Gegenstand eines großen Epos zu werden. Vielleicht liegt die Zeit nicht fern, wo dieses Epos geschrieben werden wird. Vielleicht ist auch der Tag nicht allzu ferne, wo sich die Fäden der Politik entwirrt und geordnet haben: dann wird sich ganz Süd-Afrika in Dankbarkeit und Bewunderung vereinigen, um den Begründern des heutigen

Süd-Afrika ein National-Denkmal zu setzen. Der passendste Platz für dieses Denkmal würde der Gipfel des Kolesbergs sein: er liegt in der Nähe der Geburtsstätte des Mannes, der, wenn ihm auch Manches fehlgeschlagen ist, doch immerhin als einer der größten Männer Süd-Afrikas angesehen werden muß, Paul Krüger's, und er blickt über den Oranjefluß hinweg in das weite Land hinaus, das die unermüdliche Thatkraft und der feste Glaube der Bauernemigranten „aus Nichts geschaffen und dem er eine lebendige Seele gegeben hat".

Der politische Erfolg ihres Muthes und ihrer Ausdauer zeigt sich am deutlichsten in der Gründung der drei südafrikanischen Staaten und in der Unterwerfung und Vertreibung der wilden, kriegerischen Stämme, denen ursprünglich das Land gehörte. Der Oranjefluß-Freistaat wurde zuerst von den Auswanderern gegründet, darauf erfolgte die Gründung der südafrikanischen Republik, bei der zugleich nach verzweifeltem Kampfe die Macht des großen Häuptlings Mosilikatze gänzlich vernichtet wurde. Ein anderer Theil der Auswanderer, der die östlichen Abhänge des Drakensberg herabgezogen war, gründete die Republik Natal, die sich in Folge der von der Küste zuströmenden britischen Elemente mittlerweile in die Kolonie Natal verwandelt hat. Der Kampf, der hier mit den Zulus ausgefochten werden mußte, war noch erbitterter als der Kampf in Transvaal. Viele der tapfersten Auswanderer kamen theils durch Verrätherei, theils durch furchtbare Massenmorde mit sammt ihren Familien um's Leben. Erst vor wenigen Jahren starb in Natal eine ältere Dame, die als Kind, von mehr als einem Dutzend Assegaistichen durchbohrt, von den Besiegern der Zulus aufgefunden und anfänglich für todt gehalten worden war. Bei der Gründung Natals wurde im Jahre 1838 ein wunderbarer Sieg erfochten: im nördlichen Zululand an den Ufern des Bloed River schlugen 400 mit alten Flinten bewaffnete Bauern, unter denen sich auch Greise und Knaben befanden, 15000 Zulus in die Flucht und sicherten durch diese

Heldenthat der weißen Rasse ein für alle Mal die Oberherrschaft in ganz Süd-Afrika bis an die nahen Grenzen der Kapkolonie. Kein Wunder, daß der Jahrestag dieser berühmten Schlacht, der 16. Dezember, unter dem Namen „Dingaan's Tag" von den Nachkommen der Bauernemigranten als Nationalfest gefeiert wird.

Einige 20 Jahre nach dem Beginn der Auswanderung der Bauern bot die geographische Lage Afrikas, durch die vorhergegangenen Ereignisse verändert, fast genau denselben Anblick dar wie heute. Es macht dem Einfluß liberaler Grundsätze in Großbritannien alle Ehre, daß die Verwirklichung eines kolonialen Kaiserreiches unter einer gesonderten Verwaltung mit der vollen Anerkennung der verfassungsmäßigen Rechte der britischen Kolonien und der nationalen Rechte der südafrikanischen Republiken zusammenfiel. Im Jahre 1854 wurden die kolonialen Angelegenheiten der Oberaufsicht des Kriegsministeriums entzogen und einem besonderen Staatssekretär für die Kolonien unterstellt. Gleichzeitig mit dieser Veränderung wurde dem großen Gemeinwesen in Australien eine freie Regierungsform gewährt, während der Kapkolonie im Jahre 1854 und der Kolonie Natal im Jahre 1856 die Wohlthat einer konstitutionellen Verfassuug zu Theil wurde. Gleichzeitig und jedenfalls in Folge derselben politischen Richtung wurden die beiden südafrikanischen Republiken — die Republik von Süd-Afrika oder Transvaal und der Oranje-Freistaat — endgültig bestätigt. Im Jahre 1852 wurde die vollständige Unabhängigkeit der südafrikanischen Republik durch die unter dem Namen des Sandstrom-Vertrages bekannte Urkunde anerkannt. Im Jahre 1854 endlich gab Großbritannien alle seine Ansprüche auf die Oberherrschaft über den Oranje-Freistaat auf und überließ es den Bewohnern dieses Staates, ihre Geschicke nach eigenem Gutdünken zu lenken. Dies Alles sind altbekannte Thatsachen, die man sich aber in's Gedächtniß zurückrufen muß, um den gewaltigen Eindruck richtig verstehen zu können, den die Einverleibung von Transvaal im Jahre

1877 hervorrief. Den Bürgern von Transvaal, sowie der gesammten holländischen Bevölkerung Süd-Afrikas mußte die Einverleibung als eine vollständig unberechtigte und unnöthige Abweichung von einer Politik erscheinen, die sich während eines Vierteljahrhunderts gut bewährt hatte, als eine Maßregel, die die Wiederkehr aller jener Mißstände zur Folge haben mußte, denen die Begründer der Republik zu entgehen gesucht hatten, in erster Linie die vollständige Unterordnung unter britische Militärherrschaft. Die Einverleibung machte auf die bibelfesten Gemüther der Bürger von Transvaal etwa denselben Eindruck, den das Volk Israel empfunden haben würde, wenn es nach dem Zuge durch's rothe Meer plötzlich wieder unter die ägyptische Tyrannenherrschaft gekommen wäre, während es sich doch schon weit außerhalb des Machtbereiches Pharaoh's und seiner Schergen glaubte. Unter dem Eindruck des ersten überwältigenden Schmerzes hatten sie Einspruch erhoben, sich aber im Vertrauen auf ihre gerechte Sache in Geduld gefaßt. Ihr Einspruch sowohl als auch ihre Geduld hatten keinen Erfolg gehabt: ihre Freunde in England schienen ihnen untreu geworden zu sein, und der einzige Ausweg, der ihnen zur Vertheidigung ihrer gerechten Sache übrig blieb, war die Zuflucht zu dem zweifelhaften Mittel einer bewaffneten Empörung.

Die Empörung brach wie in so vielen ähnlichen Fällen aus, als die Regierung den Versuch machte, Steuern zu erheben. Da die Bürger bis dahin ihre Steuern unter Protest bezahlt hatten, hatte man diesen Umstand höheren Ortes als ihre Zustimmung zur Einverleibung ausgelegt. Daher sahen sie sich gezwungen, ihrer wirklichen Meinung durch die Verweigerung der Steuern Ausdruck zu geben. Das Sparsystem, das den verschwenderischen Ausgaben des Zulukrieges folgte, machte sich höchst unangenehm fühlbar, und eine liberale Verwaltung mußte selbstverständlich Transvaal als ein Gemeinwesen behandeln, das seine Verwaltungskosten selbst aufzubringen hatte. Was auch immer

die englische Behörde in Pretoria im innersten Herzen denken mochte, äußerlich hatte man, seit dem Ministerwechsel in England, immer nur versichert, daß die Bürger von Transvaal mit der englischen Oberherrschaft zufrieden wären, und in dieser Annahme befangen, ging die Meinung des Ministeriums in London dahin, daß die zur Verwaltung des Landes nöthigen Gelder mit Leichtigkeit durch Besteuerung aufgebracht werden könnten und müßten. Selbstverständlich sah sich nun die Behörde in Pretoria gezwungen, Maßregeln zu ergreifen, die ihrer Darstellung der Sachlage entsprachen: wenn die Bezahlung der Steuern verweigert wurde, mußten sie mit Gewalt eingezogen werden; aber schon der erste Versuch nach dieser Richtung war der Funke in das Pulverfaß der Revolution. Die Bürger von Transvaal erhoben sich wie ein Mann, als der Karren eines gewissen Bezuidenhout mit Beschlag belegt wurde, weil er seine Steuern nicht bezahlt hatte. Der Karren wurde mit Gewalt, aber ohne Aufsehen aus dem Gewahrsam des Gerichtsvollziehers befreit und in einer Zeitungsdruckerei von Potchefstroom, der früheren Hauptstadt der Republik, ein Aufruf veröffentlicht, der die Unabhängigkeit des Landes verkündigte und eine provisorische Regierung einsetzte. Bei dieser Gelegenheit fand eine feierliche Handlung statt, die in ihrer eindrucksvollen Bildlichkeit einen geradezu biblischen Charakter annahm. Es war an einem 16. Dezember, dem Jahrestage des berühmten Sieges über die Zulus, der der Republik bis dahin Ruhe und Sicherheit verbürgt hatte. Auf die erste Kunde von dem Rufe zu den Waffen leisteten die tausende von Bürgern, die sich auf den Kriegsruf ihrer Führer versammelt hatten, Mann für Mann, im Andenken an den ihnen vor mehr als 40 Jahren verliehenen Sieg, den Eidschwur, nicht eher die Waffen niederzulegen, als bis sie die Unabhängigkeit ihres Landes auf's Neue erkämpft haben würden; jeder, der den Eidschwur ausgesprochen hatte, warf zur Bekräftigung einen Stein auf einen Haufen. Mit dieser Versammlung, die auf dem Gute Paardekraal stattfand, begann der

Aufstand, und die britischen Behörden mußten nun zusehen, wie sie ihm am wirksamsten entgegentreten konnten.

Obgleich die Bürger von Transvaal lange Zeit geduldig gewesen waren und aufrichtig gewünscht hatten, nach Möglichkeit jede Gelegenheit zum Blutvergießen zu vermeiden, so war doch zweifellos ihr Operationsplan schon seit längerer Zeit festgestellt, und jeder Einzelne unter ihnen war so gut wie möglich zu dem Kampfe gerüstet, der jeden Augenblick ausbrechen konnte. Die Leiter der Regierung in Pretoria, die nichts von alledem hörten, was sich im Lande zutrug, und sich nicht darum kümmerten, was die Landbevölkerung redete, hatten freilich keine Ahnung davon, daß schon seit mehreren Monaten jeder Bürger von Transvaal Munition aufgekauft hatte und unter dem Vordersitze seines Karrens verborgen hielt. Die Bürger waren allerdings nicht so reichlich mit Kriegsmunition versehen wie die britischen Regimenter, aber sie hatten theilweise bessere Waffen. Ihr Feldzugsplan war einfach, aber erfolgversprechend. Alle britischen Garnisonen sollten gleichzeitig belagert und die landeinwärts führenden Straßen derartig gesperrt werden, daß der Zuzug von Hülfstruppen verhindert wurde. Der Anfang wurde sogleich mit den britischen Truppen in Potchefstroom gemacht. Sie wurden nebst einigen britischen Einwohnern vollständig in ihrer befestigten Stellung eingeschlossen und von aller Verbindung mit der übrigen Welt abgeschnitten, bis drei Monate später ein Waffenstillstand unterzeichnet wurde. Das Hauptquartier der Republikaner lag in Heidelberg, etwa sechzig Meilen südlich von Pretoria, an der Hauptstraße, die nach der Grenze von Natal führte, während ein mächtiges Heer in einer Entfernung von etwa sechs Meilen von Pretoria rings im Kreise um die Stadt herum aufgestellt war. Zu gleicher Zeit wurde eine bewaffnete Macht nach Süden vorgeschoben, um die Pässe von Natal, die einzige Richtung, von der aus britische Truppen überhaupt kommen konnten, zu besetzen; denn durch den Freistaat hindurch, dessen Bürger ihren transvaalischen Brüdern stets

Unterstützung gewährten, konnte kein Entsatz kommen. Von der Kapkolonie her war noch weniger auf britische Hülfstruppen zu rechnen, denn ganz abgesehen von den ungeheueren Entfernungen und den Strapazen, die dieser Weg bot, gingen die Sympathien der holländischen Bevölkerung der Kapkolonie mit den Unabhängigkeitsbestrebungen von Transvaal Hand in Hand. Es wurde allgemein angenommen, daß, wenn der Versuch gemacht worden wäre, die allerdings sehr mangelhaften Eisenbahnlinien der Kapkolonie zur Beförderung britischer Hülfstruppen nach Transvaal zu verwenden, die Freunde des Aufstandes von Transvaal die Eisenbahnbrücken zerstört haben würden. Natal, das unmittelbar unter der Kronherrschaft stand, und dessen europäische Bevölkerung weitaus zum größten Theile britischer Abkunft war, wurde auf diese Weise, ganz abgesehen von seiner geographischen Lage, der Schauplatz aller militärischen Bewegungen, die zur Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft in Transvaal unternommen wurden.

Die Aussicht auf diesen Kampf erfüllte Alle, die an dem Frieden und dem Gedeihen von Süd-Afrika aufrichtigen Antheil nahmen, mit den ernstesten Besorgnissen, und wer die vorherrschende öffentliche Meinung im ganzen Lande kannte, war davon überzeugt, daß der Krieg, den die Bürger von Transvaal zur Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit einmal gegen die britische Armee unternahmen, aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem allgemeinen Bürgerkriege zwischen der holländischen und englischen Rasse in Süd-Afrika führen würde. Die Kolonisten von Kapstadt, die sowohl britische als auch holländische Interessen vertraten, thaten ihr Möglichstes, um den Weg friedlicher Verhandlungen anzubahnen, ehe es noch zu thatsächlichen Feindseligkeiten zwischen den beiden Parteien gekommen war. Sir Bartle Frere war schon seit einiger Zeit nach England zurückgekehrt, und das Amt eines Gouverneurs und Statthalters befand sich vorübergehend in den Händen Sir George Strahan's, der eben erst aus dem Amte des Gouverneurs von

Westindien ausgeschieden und natürlich noch im Wesentlichen von den Ansichten seiner Minister — unter ihnen Sir Gordon Sprigg an der Spitze — abhängig war. Eine aus den hervorragendsten Persönlichkeiten bestehende Abordnung versuchte eine Unterredung mit dem Premierminister herbeizuführen, aber sei es, daß dieser den Ernst der Sachlage nicht gebührend zu würdigen wußte, oder sei es, daß er noch zu sehr von den Ansichten Sir Bartle Frere's beherrscht wurde, er gab sich nicht die geringste Mühe, der Deputation einen Schritt entgegen zu kommen. Schließlich kam es allerdings doch noch zu einer Verhandlung, bei der die verschiedenartigsten Vorschläge gemacht wurden; einer der besten davon war vielleicht der Plan, den Gerichtspräsidenten der Kapkolonie, Sir John de Villiers, der sowohl das Vertrauen der holländischen als auch der britischen Bevölkerung in hohem Grade besaß und verdiente, im Namen der britischen Regierung nach Transvaal zu schicken, um den Versuch eines friedlichen Ausgleichs zu machen. Die Deputation wurde trotz des großen Einflusses, den sie besaß, in höchst kühler Weise von Sir Gordon Sprigg empfangen, der ihre Vorschläge an Sir George Strahan übermittelte. Seine Auffassung von der ihm auf diese Weise dargestellten Sachlage geht aus der Thatsache hervor, daß er die Eingabe der Abordnung in einen Briefumschlag steckte und sie dem gewöhnlichen, wöchentlichen Postdampfer zur Weiterbeförderung übergab, während er sich mit Benutzung der Kabelverbindung binnen weniger Stunden mit dem Kolonialamt hätte verständigen können.

So kam es, Dank der geradezu cynischen Gleichgültigkeit des Premierministers der Kolonie und Dank dem völligen Mangel an Verständniß von Seiten des Gouverneurs, zwischen den britischen Truppen und den Bürgern von Transvaal zu einem feindlichen Zusammentreffen, das alle verantwortlichen Persönlichkeiten bis dahin auf's Aengstlichste zu vermeiden bemüht gewesen waren. Die Vorgänge in Kapstadt stehen im engen Zusammenhange mit dem ersten Gefecht, das zwischen den

feindlichen Heeren in Transvaal stattfand. Kurz ehe noch die Bürger von Transvaal ihre Unabhängigkeit erklärt hatten, erhielt ein Theil des 94. Regiments, das in Lydenburg, im Nordosten von Transvaal lag, den Befehl nach Pretoria zurückzukehren. Es waren bereits allerhand Gerüchte von feindlichen Absichten der Bürger in Umlauf, aber sie wurden von militärischer Seite nur verlacht. Der Befehlshaber des 94. Regiments soll geäußert haben: „Die Buren nehmen ja beim ersten Trommelschlag Hals über Kopf Reißaus!“ Vom militärischen Standpunkte aus war diese Zusammenziehung der britischen Truppen in Transvaal sehr wünschenswerth; ebenso wünschenswerth erschien es aber den Bürgern von Transvaal, diese Zusammenziehung nach Möglichkeit zu verhindern. Eine Abtheilung Bürgersoldaten, deren Anführer über die Bewegungen des Feindes genau unterrichtet waren, wurde von Heidelberg abgesandt, um den Weitermarsch des Regiments von Lydenburg aufzuhalten. Sie stellten sich in nächster Nähe der Furth über einen kleinen Fluß, den Bronkhorst-Spruit, auf. Es ist öfter behauptet worden, daß sie sich in gedeckter Stellung zwischen den Felsen, von denen aus die Straße zu übersehen war, verschanzt und sogar die Entfernung bis zu der Stelle, wo die britischen Truppen vorüberziehen mußten, genau ausgemessen hätten. Diese Behauptung beruht vollständig auf Erfindung. Das Gelände an dieser Stelle ist völlig offen und nur etwas wellig, und eine Dornenhecke, die man in einer Entfernung von etwa einer Meile von der Eisenbahn nach der Delagoabai aus noch heute sehen kann, ist das einzige Abzeichen, das die Stelle aufzuweisen hat. Was nun das Ausmessen der Entfernung anbelangt, so haben die Schützen von Transvaal diese Vorsichtsmaßregel nicht nöthig, und selbst wenn sie eine solche beobachtet hätten, so wäre sie, da die erwartete feindliche Macht die Straße doch immerhin in einer beträchtlichen Länge eingenommen haben würde, vollständig überflüssig gewesen. Der Brief, der vor Beginn des Gefechts unter dem Schutze der Parlamentärflagge

dem britischen Befehlshaber eingehändigt wurde, stellte die Lage der Dinge klar und deutlich fest. In dem Briefe wurde versichert, daß die Bürger noch immer die Hoffnung hegten, sich auf friedlichem Wege mit der britischen Regierung auseinanderzusetzen, und von der provisorischen Regierung der „Bürger in Waffen" die Erwartung ausgesprochen, man möge den Weitermarsch des Heeres einstellen, da noch immer keine Antwort auf die dem Statthalter gemachten Vorstellungen erfolgt sei. Der Brief enthielt in der That den aufrichtigen Wunsch, jegliches Blutvergießen zu vermeiden und zu einem friedlichen Ausgleich zu gelangen, und wenn man in Kapstadt an maßgebender Stelle eine etwas richtigere Auffassung von dem Ernst der Lage gehabt hätte, so wäre noch in letzter Stunde viel Blutvergießen und auf beiden Seiten viel Erbitterung abgewendet worden.

Da der Befehlshaber der britischen Truppen keine andere Anweisung erhalten hatte als die, welche ihn veranlaßt hatte, von Lydenburg abzurücken, so gab er die Antwort, die wahrscheinlich jeder Andere in seiner Lage auch gegeben haben würde, nämlich daß er Befehl habe, nach Pretoria zu marschiren und diesen Befehl auch auszuführen gedenke. Dadurch gestaltete sich die Frage sofort zu einer rein militärischen. Das britische Heer bot Alles auf, seinen Weg nach Pretoria fortzusetzen, das Bürgerheer that ein Gleiches, um es daran zu verhindern. Der Ausgang des Kampfes blieb nicht lange zweifelhaft. Die ausgezeichneten Schützen des Bürgerheeres eröffneten ein scharfes, wohlgezieltes Feuer auf die britische Abtheilung und brachten ihr binnen einer halben Stunde so starke Verluste an Mannschaften und besonders an Offizieren bei, daß ihr nichts weiter übrig blieb, als sich zu ergeben. Auch nach der Uebergabe wurden die verwundeten Feinde von den Bürgern von Transvaal mit der größten Milde behandelt. Die in der Nähe wohnenden Bauern, obwohl eingefleischte Republikaner, thaten Alles, was in ihren Kräften stand und schickten einen Boten nach Pretoria, um ärztlichen Beistand zu holen. Diese Thatsachen müssen betont werden, namentlich

denen gegenüber, die da glauben, man könne die wohl begreifliche Demüthigung einer Niederlage dadurch abschwächen, daß man sie als ein Blutbad darstellt. Es genügt wohl anzuführen, daß das Urtheil Sir Evelyn Wood's, eines der ausgezeichnetsten britischen Offiziere, in Gegenwart einer aus Offizieren und Zivilisten zusammengesetzten Zuhörerschaft, etwa ein Jahr nach dem Treffen dahin lautete: „Es war ein ehrlicher Kampf!“

Die Nachricht von der Niederlage bei Bronkhorst-Spruit versetzte ganz England in Erstaunen und Bestürzung, und zwar viel mehr in politischer, als in militärischer Hinsicht; denn mit Hülfe eines genügend starken Heeres, das empfand man allgemein, war es Großbritannien ja unzweifelhaft ein Leichtes, die Oberherrschaft über Transvaal wieder zu gewinnen. Der Hauptgrund der allgemeinen Bestürzung lag aber vielmehr in der Erkenntniß der Wirren, die sich gewissermaßen als ein Vermächtniß der früheren Verwaltung noch überall geltend machten; das unvorsichtige Vorgehen der liberalen Regierung hatte sie nunmehr in die unangenehme Lage gebracht, zwischen zwei gleich großen Uebeln wählen zu müssen. Entweder mußte Transvaal mit ungeheueren Kosten zurückerobert oder die in der Uebereilung erfolgte Annexion rückgängig gemacht werden. Im letzteren Falle konnte den Ministern von ihren politischen Gegnern mit Recht der Vorwurf der Feigheit und des Mangels an thatkräftigem Interesse für das Wohl des Kaiserreichs gemacht werden; im ersteren Falle würden die Liberalen zu einem verhaßten Kriege gezwungen, der möglicherweise die schwersten Folgen, insbesondere vielleicht den Verlust von Süd-Afrika nach sich ziehen konnte. Nur selten hat sich ein Ministerium in einem so unangenehmen Dilemma befunden, und der Staatssekretär des Kolonialamts konnte mit Fug und Recht seine südafrikanischen Beamten verwünschen, die ihm seiner Zeit unter vollständig falscher Darstellung der Sachlage versichert hatten, die Bürger von Transvaal würden sich willig der englischen Oberherrschaft fügen. Die mißliche Lage wurde noch

durch eine Eigenthümlichkeit Gladstone's verschlimmert, der, wie allgemein bekannt, sich immer nur mit einer einzigen politischen Frage auf einmal eingehend zu beschäftigen pflegte; gerade in jener Zeit war er bemüht, seinen eigenen Wunsch, Irland ein befriedigendes Landgesetz zu geben, mit dem entgegengesetzten Verlangen mehrerer seiner Amtsgenossen in Einklang zu bringen; diese hätten am liebsten alle Irländer unter Schloß und Riegel gesetzt, die ein Landgesetz überhaupt für nöthig hielten. Auf diese Weise fiel die Bearbeitung der südafrikanischen Angelegenheiten Lord Kimberley zu; trotz der auf ihn einstürmenden, mächtigen radikalen Einflüsse war dieser in hohem Maße von jenem sanften Optimismus beherrscht, der, höchst bezeichnend für das Kolonialamt, dem Glauben huldigte, es würde sich schon Alles zum Besten wenden, wenn man nur vermeide, überhaupt etwas Besonderes zu unternehmen. Während dieses Zustandes völliger Lähmung bei der Regierung gelangten die mit der Post nach England beförderten Berichte von Sir George Strahan aus Kapstadt in Lord Kimberley's Hände. Sie kamen allerdings zu sehr ungelegener Zeit an. Hätte es aber Sir George Strahan für der Mühe werth gehalten, das Kabel zu benutzen, so wären sie zu recht gelegener Zeit angekommen.

Die Hauptverantwortlichkeit für die britischen Interessen in Süd-Afrika ruhte währenddem auf den Schultern Sir George Colley's, der nach Lord Wolseley's Rückkehr nach England zum Gouverneur und Statthalter von Natal und Transvaal ernannt worden war; ihm war der Oberst Lanyon als Verwalter in Pretoria unterstellt. Man muß Sir George Colley, der als Gouverneur von Natal sehr beliebt gewesen war und in der erfolgreichsten Weise gewirkt hatte, das Zeugniß ausstellen, daß er von Anfang an die Sachlage klar erkannte und keine Mühe scheute, die mit dem soeben ausgebrochenen Kriege unzertrennlich verbundenen Mißstände zu beschränken und zu mildern. Ob er als Soldat große Erfolge zu verzeichnen hatte, ist eine andere Frage; aber durch sein großes Wohlwollen und

sein aufrichtiges Bemühen um den künftigen Frieden und das Gedeihen von Süd-Afrika, das er in seinem Verhalten während jener Zeit bethätigte, erwarb er sich die aufrichtige Dankbarkeit bei Allen, denen der innere und äußere Frieden als Kennzeichen einer erfolgreichen Verwaltung gilt. Für einen Gouverneur, der die Verhältnisse nur vom militärischen Standpunkte aus betrachtet hätte, wäre es ein Leichtes gewesen, das britische Nationalgefühl in Natal wachzurufen und diese Kolonie mit in den Kampf zu verwickeln. Aber Sir George Colley war sich darüber klar, daß die Kolonisten von Natal und die Bürger von Transvaal, wie auch immer die Entscheidung ausfallen mochte, Nachbarn bleiben mußten; daher bot er seinen ganzen Einfluß auf, um darzuthun, daß der Konflikt lediglich zwischen den Bürgern von Transvaal und der Kaiserlichen Regierung bestände, und daß sich demnach eine gewisse Neutralität bei den Kolonisten mit ihrer Eigenschaft als britische Unterthanen sehr wohl vertrüge. Es ist sogar möglich, wenn auch kein Beweis dafür vorliegt, daß Sir George Colley, gewissenhaft wie er war, sich wegen der entstandenen Wirren Selbst-Vorwürfe machte. Während Lord Wolseley's Aufenthalt in Natal im Jahre 1875 war Sir George Colley vertraulich nach Pretoria, ebenso wie ein anderes Mitglied des Stabes nach Bloemfontein gesandt worden, um soweit möglich auszukundschaften, ob die Bürger von Transvaal wohl geneigt wären, sich der britischen Oberherrschaft auf friedlichem Wege unterzuordnen. Alle, die sich nur vorübergehend in den verschiedenen Städten von Transvaal aufhielten, haben sich nur eine irrige Meinung von den in den Landbezirken herrschenden Ansichten bilden können; jedenfalls hatte sich auch Sir George Colley in dieser Hinsicht irreführen lassen und demzufolge in günstigem Sinne berichtet, die britische Oberherrschaft würde von der südafrikanischen Republik willig angenommen werden. Da sich nun die Einverleibungspolitik im Wesentlichen auf seinen Bericht stützte, so ist leicht begreiflich, daß es ihm bei seinem feinfühligen Charakter schwer wurde, die Folgen

eines Irrthums zu tragen, zu dem er selbst Anlaß gegeben hatte.

Welches aber auch immer die geheimsten Empfindungen Sir George Colley's gewesen sein mögen, so zögerte er doch keinen Augenblick die Schritte zu thun, welche die militärische Lage erheischte, soweit die ihm zur Verfügung stehenden Streitkräfte ausreichten. Alle in Pietermaritzburg in Garnison liegenden Truppen wurden so schnell als möglich nach Newcastle, der zunächst der Grenze innerhalb Natal's gelegenen Stadt, befördert, und von hier aus nach dem Lager am Mount Prospect, noch etwa 15 Meilen näher an die Grenze von Transvaal, vorgeschoben. Die Kolonie Natal bildet an dieser Stelle ein mäßig großes Dreieck, an dessen nordwestlicher Grenze der Freistaat liegt, während der obere Lauf des Buffaloflusses, der gerade an dieser Stelle sehr tief eingeschnitten ist, den Nordosten begrenzt. Eine das Dreieck genau von Norden nach Süden in der Mitte durchschneidende Linie würde ungefähr die Richtung der Hauptstraße bezeichnen, die von Newcastle zu dem Punkte führt, wo die äußerste Spitze des Dreiecks in das Gebiet von Transvaal ausläuft. Die landschaftlichen Reize dieses Dreiecks sind wahrhaft malerisch. Wenn man der früheren Fahrstraße von Newcastle aus folgt, die etwa zwölf Meilen weit durch ein kleines Thal führt, und dann einen hohen steilen Abhang hinaufklettert, so erreicht man den Schuins Hoogte benannten Gipfel, auf dem Sir George Colley ein Gefecht zu bestehen hatte; seine ganze Fläche ist mit eigenthümlich hervorstehenden, flachen Felsstücken besät, die von Weitem beinahe wie aufrechtstehende Grabsteine aussehen. Nach Norden zu hat man von hier eine prachtvolle Aussicht. Ganz im Vordergrunde senkt sich ein sanfter Abhang zu einer etwa eine Meile breiten Grasebene nieder, hinter der man das tiefe Bett des Ingogoflusses unterscheiden kann; dieser entspringt in den Drakensburg-Bergen auf der Grenze zwischen Natal und dem Freistaat. Jenseits des Flusses steigt das reichbewaldete

Gelände bedeutend an und wird von den massigen Umrissen des unter dem Namen Inkwelo bekannten Berges hoch überragt; jenseits dieses Gipfels wiederum erhebt sich zu derselben Bergkette gehörig, aber etwas niedriger und schärfer gezeichnet, der Amajuba. Oestlich von den Abhängen des Amajuba erstreckt sich ein niedrigerer Bergzug mit einem unter dem Namen Laing's Nek bekannten Einschnitt, durch den heutzutage ein Eisenbahntunnel führt; noch weiter östlich fällt dieser Bergzug steil zu dem Bette des Buffaloflusses ab. Der Platz, an dem einst Sir George Colley sein Lager bezogen hatte, und der nach einem kleinen Wirthshaus an der Landstraße Mount Prospect hieß, ist noch heutigen Tages auf einem Abhange ungefähr in halber Höhe zwischen Schuins Hoogte und Laing's Nek deutlich an den Cypressen zu erkennen, die Sir George Colley's Grabstätte umgeben.

Die Truppen, die den Zugang zu Laing's Nek besetzt hatten, befanden sich infolge der eben angedeuteten Bodenbeschaffenheit in einer sicheren und fast uneinnehmbaren Stellung dem von Natal anrückenden Feinde gegenüber, denn es gab nur diesen einen Weg über Laing's Nek. Die Gebirgsgrenze des Freistaates machte jedes Ausweichen nach Westen, das tiefe Bett des Buffalo jedes Ausweichen nach Osten unmöglich. Das Heer von Transvaal, das etwa fünf oder sechs Meilen weit in Natal eingedrungen war, hatte ein Lager unterhalb des vom Nek durchschnittenen Bergrückens und ein zweites westlich von der Straße bezogen, an der heute die Eisenbahn zwischen dem Tunnel von Laing's Nek und der Grenze von Transvaal entlang führt. Von diesem Lager aus beherrschte es den Paß vollständig, und von dem erhöhten Vorgelände aus konnte man jede Bewegung der britischen Truppen beinahe wie aus der Vogelschau beobachten. Ungeachtet dieser starken gedeckten Stellung war es Sir George Colley's Pflicht, den Feind anzugreifen und wenn irgend möglich zu vertreiben, um den belagerten Garnisonen in Transvaal zu Hülfe zu kommen. Gegen

Ende Januar des Jahres 1881 glaubte Sir George Colley genügende Streitkräfte in Mount Prospect vereinigt, um den Angriff auf den Paß zu wagen. Er beabsichtigte die Bürger von Transvaal aus der Stellung, die sie nahe dem Gipfel des Bergrückens inne hatten, heraus zu bombardiren und sie nach Osten auf die durch den Nek führende Landstraße zu vertreiben, wo er sie dann von vorne mit der Infanterie angreifen wollte. Die Truppen von Transvaal standen aber gut gedeckt, und das Artilleriefeuer hatte daher, trotz ausgezeichneten Zielens, wenig Erfolg, während die berittene Abtheilung von Sir George Colley's Heer, die den Feind auf dem äußersten linken Flügel angriff, sich mit schweren Verlusten zurückziehen mußte. Auch der Angriff der Infanterie von der Vorderseite blieb erfolglos. Das Gelände war so steil und gegenüber dem wohlgezielten Feuer der Vertheidiger so völlig ungedeckt, daß die Angreifer beim Erklimmen des Berges die schwersten Verluste erlitten — unter Anderen fiel auch der Oberbefehlshaber Oberst Deane —, und als sie den Gipfel endlich erreicht hatten, zu erschöpft waren, um noch einen erfolgreichen Angriff wagen zu können. Die britischen Truppen mußten sich schließlich mit gänzlich gelichteten Reihen in ihr Lager am Mount Prospect zurückziehen, während die Bürgertruppen sich in ihrer ursprünglichen Stellung behaupteten. Die Opfer dieses Tages waren so zahlreich, daß das 58. Infanterie-Regiment schließlich von einem Lieutenant als dem ältesten unverwundeten Offizier geführt wurde.

Ueber die größte Gefahr aber, die Sir George Colley in militärischer Hinsicht drohte, war er sich noch gar nicht klar geworden. Es war ja demüthigend, daß es ihm nicht gelungen war, den Uebergang über Laing's Nek zu erzwingen; es war aber noch viel schlimmer, daß die Bürger von Transvaal sich ihre außerordentlich leichte Beweglichkeit zu Nutze machten, die britische Stellung umgingen und Sir George Colley so den Rückzug nach Newcastle abschnitten. Dies geschah in der ersten Februar-Woche des Jahres 1881; daß es dem Bürgerheere

gelingen konnte, die Truppen des britischen Generals zu umgehen, war nicht nur ein glänzender Beweis ihrer kriegerischen und strategischen Befähigung, sondern ließ auch die Vermuthung aufkommen, daß sie, auf direktem oder indirektem Wege, von jenseits der Grenze des Freistaats her unterstützt würden. Sir George Colley konnte unmöglich ruhig abwarten, bis die Feinde ihn ganz und gar eingeschlossen und ihm jede Lebensmittelzufuhr abgeschnitten haben würden. Er unternahm deßhalb in der zweiten Woche des Februar mit einem Theil seines Heeres einen Ausfall, um, wenn irgend möglich, die Verbindung mit Newcastle und dadurch mit dem übrigen Natal wiederherzustellen. Bis zum Ingogoflusse, der von den im dortigen Sommer regelmäßig auftretenden heftigen Regengüssen angeschwollen und nur mit großer Anstrengung zu passiren war, begegnete er nicht dem geringsten Widerstande. Als sich aber das britische Heer weiter südwärts wandte, stellten sich ihm die Truppen von Transvaal von ihrem Rückhalt auf dem felsenbesäten Gipfel des Schuins Hoogte aus kühn entgegen. Ein wüthender Kampf entspann sich, und athemlos lauschten die Einwohner von Newcastle in banger Erwartung stundenlang dem Kanonendonner. Alles mußte daran gesetzt werden, um die Schützen von Transvaal aus ihren sicheren Verstecken zwischen den hervorstehenden Felsen zu vertreiben. Zu diesem Zwecke unterhielt die britische Artillerie vom Morgen bis zur Dämmerung ein scharfes, wohlgezieltes Feuer, obgleich sie sich selbst in einer äußerst gefährdeten Stellung befand. Nach den Berichten eines Augenzeugen waren sowohl die Kanonen als auch die Lafetten buchstäblich mit dem Blei der feindlichen Geschosse übersät. Eine Kanone richten bedeutete den gewissen Tod. Die Bauern von Transvaal gaben von ihren geschützten Felsverstecken aus kaltblütig ihre gutgezielten, sichertreffenden Schüsse ab, wie es ihnen durch ihre Jagdgewohnheit zur zweiten Natur geworden war. Ein heftiger Regen stürzte hernieder und der Schlachtenlärm wurde noch durch die Gewalt des losbrechenden Sturmes übertönt. Die Gewässer des immer

mehr anschwellenden Flusses, der die britischen Truppen von ihren Kameraden und ihrem Lager trennte, stürzten mit der ganzen Gewalt eines reißenden Bergstromes zu Thale. Mit eintretender Dunkelheit wurde das Feuer eingestellt, da der Bürgergeneral fest davon überzeugt war, daß dem britischen Heer, eingeengt durch den Feind von der einen und den tosenden Fluß von der anderen Seite, nichts weiter übrig bleiben würde, als sich am nächsten Morgen zu ergeben. Diese Hoffnung sollte sich aber nicht erfüllen. Noch in der Nacht wurden die Kanonen und der Rest der britischen Truppen-Abtheilung mit ungeheueren Anstrengungen wieder über den Ingogofluß zurückgeführt, so daß sie sich mit Tagesanbruch im sicheren Schutze ihres Lagers am Mount Prospect befanden.

Die verschiedenen Niederlagen, die das britische Heer nach und nach erlitten hatte, schwächten übrigens bei den Engländern keineswegs den Wunsch ab, den Krieg bis zur vollständigen Unterwerfung von Transvaal fortzuführen. Ebensowenig machten sich die Bürger von Transvaal eine übertriebene Vorstellung von der Größe und Bedeutung ihrer Siege. Trotz der häufigen Versicherungen des Gegentheils, die jedenfalls auf vereinzelten Aeußerungen irgend eines irregeführten Bürgers beruhten und nur weiter verbreitet wurden, um die kriegerische Stimmung im Lande aufrecht zu erhalten, waren sich die Vertheidiger der Unabhängigkeit von Transvaal über den Werth ihrer militärischen Erfolge stets völlig im Klaren. Man wußte ganz genau, daß die britische Armee, so lange sie nicht gerade in Transvaal eingeschlossen oder am Mount Prospect in ihren Bewegungen gehemmt war, eine ungeheuere Macht bedeutete. Man war davon überzeugt, daß, wenn Großbritannien einmal den festen Entschluß gefaßt hatte, das Land zu erobern, Streitkräfte in solcher Menge nach Süd-Afrika entsandt werden würden, daß es ihnen ein Leichtes würde, ihr Ziel zu erreichen, selbst auf die Gefahr, daß die Sieger in dem eroberten Gebiet bei der Besitznahme nur noch die rauchenden Trümmer der Städte und Landhäuser finden

würden, zum Zeichen des Hasses, mit dem man der britischen Herrschaft entgegensah. Allein man vertraute doch auch wieder auf den Gerechtigkeitssinn und die Milde des britischen Volkes. War es doch nur die Folge einer falschen Darstellung von amtlicher Seite her, wenn die unrechtmäßige Einverleibung nicht rückgängig gemacht wurde; die Bürger glaubten fest daran, wenn es erst einmal allgemein bekannt würde, daß die Einverleibung nur in Folge einer falschen Darstellung der Sachlage geschehen und aufrechterhalten war, Großbritannien werde seine Macht nicht dazu hergeben, diesen Mißgriff noch weiter bestehen zu lassen. Von alledem waren sie überzeugt, gleichzeitig aber hielten sie es für nöthig, den Ernst ihrer Auffassung zu betonen und zu zeigen, daß sie bereit wären, für die Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit jedes Opfer zu bringen. Die übrige Bevölkerung des Landes dagegen, obgleich durch die ersten Mißerfolge der kleineren Truppenabtheilungen keineswegs entmuthigt, hatte sich doch allmählich davon überzeugen müssen, daß die Einverleibung von Transvaal ein grober Fehler gewesen und im Gegensatz zu den Wünschen des Volkes erfolgt war, und daß sich dieses Volk durch seine Unabhängigkeitsbestrebungen, seine oftmals und geduldig wiederholten Versuche zu friedlicher Verständigung, durch seinen Muth, seine Tapferkeit und Menschlichkeit, die es in dem nicht länger zu vermeidenden Kriege bewies, wohl der Achtung und Anerkennung jeder anderen freiheitsliebenden Nation würdig erwiesen hatte.

Infolge dieser allgemein herrschenden Stimmung war man trotz der Schlappen, die das britische Heer bis Mitte Februar erlitten hatte, zu friedlichen Unterhandlungen durchaus geneigt. Allerdings waren Hülfstruppen in großer Hast von England abgeschickt worden, aber dieser Schritt war unvermeidlich bei einer Regierung, die sich trotz der beabsichtigten Friedenspolitik das Vertrauen des Landes erhalten wollte. Auf der andern Seite war aber auch vielerlei geschehen, um nicht nur das volle Verständniß der Sachlage zu schaffen, sondern auch

einen praktischen Ausweg zu finden. Die wahre Auffassung über die Lage in Süd-Afrika trat jetzt endlich klar zu Tage, und es wurde offenbar, daß nicht nur die unabhängigen süd-afrikanischen Republiken, sondern auch die gesammte holländische Bevölkerung der britischen Kolonien an den Unabhängigkeits-bestrebungen von Transvaal den wärmsten Antheil nahm. Gegen das aufrührerische Transvaal einzuschreiten, war denn doch etwas Anderes als die gesammte holländische Bevölkerung von Süd-Afrika in hellem Aufruhr gegen sich zu haben. Von diesen und ähnlichen Erwägungen waren die Bestrebungen geleitet, die von mehreren Seiten aus auf die Herbeiführung einer freund-schaftlichen Auseinandersetzung gerichtet waren. An der Spitze dieser Bestrebungen stand der Präsident des Oranje-Freistaats, Brand, ein Mann, der sich wegen seiner Rechtschaffenheit, seiner Bildung und echten Vaterlandsliebe allgemeinster Achtung er-freute. In Folge der Umsicht und Geschicklichkeit, die er vor einigen Jahren bei einem Streite zwischen dem Freistaat und Großbritannien wegen der Abgrenzung des Freistaats gegen West-Griqualand bewiesen hatte, genoß er bei der englischen Regierung das größte Vertrauen, während sein Patriotismus, den er als „Afrikander" — ein Ausdruck, der erst später all-gemein gebräuchlich wurde — an den Tag legte, ihm die Herzen der Bürger von Transvaal gewann. Durch seine Ver-mittelung und in der Hoffnung, doch noch einen friedlichen Ausweg aus der kriegerischen Lage zu finden, wurde der Kampf von beiden Seiten stillschweigend eingestellt, und volle vierzehn Tage hindurch enthielten sich sowohl die britischen Truppen am Prospectberge als auch die Bürger von Transvaal in ihrem Lager hinter Laing's Nek aller Feindseligkeiten.

Der Charakter Sir George Colley's weist so viele groß-artige Eigenschaften auf, und die Art und Weise seines Todes ist so tief erschütternd, daß man seine Verantwortlichkeit für eines der unglückseligsten Ereignisse der neueren britischen Ge-schichte nur mit Widerstreben erwähnen kann. Zweifellos war

es der brennende Wunsch, seine militärische Aufgabe mit Ehren zu lösen, der ihn zu einem erneuten Angriff trieb, trotz der stillschweigend geschlossenen Abmachung, sich vorläufig aller weiteren Feindseligkeiten zu enthalten. Was von Augenzeugen, die genau über die wirklichen Vorgänge unterrichtet waren, darüber erzählt wird, klingt durchaus glaubwürdig. Gegen Ende Februar erhielt Sir George Colley von maßgebender Seite eine Mittheilung aus der Hauptstadt von Natal, dahin lautend, daß Sir Evelyn Wood bereits von England abgereist sei, um das Kommando zu übernehmen, und daß, wenn nicht ein unvorhergesehenes Kriegsglück seine militärische Lage bis dahin um ein Bedeutendes verbessert habe, er — Sir George Colley — unvermeidlich für einen Offizier gelten müsse, der sich seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt habe. Er befand sich in der That ungefähr in derselben Lage wie Lord Chelmsford als er der erwarteten Ankunft Lord Wolseley's entgegensah. Lord Chelmsford war aber vom Glück begünstigt und hatte noch vor der Ankunft Lord Wolseley's den Sieg bei Ulundi erfochten und dadurch seinen militärischen Ruf wiederhergestellt. Es stand Sir George Colley noch frei, seinen Namen in derselben Weise zu retten. Der wesentliche Unterschied der beiden sonst so ähnlichen Fälle lag darin, daß Lord Chelmsford noch vor der Schlacht von Ulundi bereits alle erbetenen Hülfstruppen erhalten hatte, während Sir George Colley nur über sein Heer, mit dem er den Feldzug begonnen hatte, verfügte. Wäre ihm dieser Unterschied klar zum Bewußtsein gekommen, so hätte er vielleicht der Versuchung widerstanden, wie groß und verlockend sie auch war. Eine Niederlage durch eine glänzend ausgeführte strategische That in einen Sieg zu verwandeln — ein derartiger Erfolg würde ihm zusammen mit dem Namen des Eroberers von Quebec und der Helden des indischen Aufstandes die Unsterblichkeit in den Annalen der Geschichte gesichert haben. Alles stand dabei freilich auf dem Spiele, allein eine muthige und zugleich feinfühlende Natur wird der Gefahr gegenüber

doppelt thatkräftig. Ganz erfüllt von der Begeisterung, welche die Hoffnung auf einen großartigen militärischen Erfolg hervorzurufen pflegt, und blind gegen die Möglichkeit eines Mißlingens, entschloß sich Sir George Colley, den Gipfel des Amajuba zu besetzen. Wer die Bodenbeschaffenheit des Landes kennt, wird leicht begreifen, daß die Besetzung des Gipfels von Amajuba, durch welche die Stellung des Heeres von Transvaal mit einem Schlage eine völlig andere werden mußte, dem britischen Befehlshaber schon mehr als einmal vorgeschwebt hatte. Der Berg mit seinen steilen und an vielen Stellen unzugänglichen Abhängen schaute Tag für Tag in das feindliche Lager und auf alle Vorgänge herab, die sich hier abspielten. Wenn der Berg doch Augen, oder noch besser, Kanonen gehabt hätte! Hätte Sir George Colley über den Plan, diese Anhöhe zu erklimmen, mit seinem Stabe berathschlagt, so hätte er ihn höchstwahrscheinlich aus guten Gründen aufgegeben. Einer dieser Gründe war zweifellos die Schwäche des Heeres, das zu seiner Verfügung stand, und die Gefahr, daß möglicherweise das Lager bei Mount Prospect gerade angegriffen werden konnte, während die Hälfte der britischen Truppen den Berg erstieg. Ein zweiter Grund lag in der Schwierigkeit, die Geschütze die steilen Abhänge hinaufzubefördern, und endlich blieb es noch immer dahingestellt, ob die Besetzung des Berges wirklich einen erheblichen Vortheil bieten konnte. Daraus, daß man sich auf einem viel höher gelegenen Gelände befindet als der Feind, folgt noch lange nicht, daß man ihn in seiner Gewalt hat. Gewiß kann man ihn durch ein heftiges Artilleriefeuer in hohem Grade schwächen, aber wenn man dann nicht in der Lage ist, an ihn heranzukommen, sobald er erst erschüttert ist, so hat man seine Munition umsonst verschwendet. Andererseits sprach aber folgende Wahrscheinlichkeit stark zu Gunsten des fraglichen Schrittes: wenn die Bürger von Transvaal ihre Stellung bei Laing's Nek ungestört behaupten wollten, so mußten sie nothgedrungen die britischen Truppen vom Gipfel des Amajuba vertreiben und zu

diesem Zweck ihrerseits zum Angriff schreiten. Allein die Bürger von Transvaal, deren Befähigung zur Vertheidigung fast unübertroffen dasteht, kennen viel weniger die Kunst des Angriffs auf eine regelrecht befestigte Stellung. Deßhalb konnte man hoffen, daß, wenn die Besetzung des Gipfels des Amajuba wirklich gelänge, die Truppen von Transvaal genöthigt sein würden, alsdann unter weit ungünstigeren Bedingungen zu kämpfen.

In der Nacht vom Sonnabend den 26. Februar 1881 zum Sonntag brach die Heeresabtheilung, von der man eine glückliche Kriegswendung erhoffte, von Mount Prospect auf. Aus noch heute unaufgeklärten Gründen bestand sie hauptsächlich aus Truppenabtheilungen der verschiedenen Regimenter, die unmittelbar unter Sir George Colley's Befehl standen. Offenbar sollte der Ruhm einer glänzenden Kriegsthat diesen Regimentern allein zufallen. Indessen ehe noch der Fuß des Berges erreicht war, boten sich schon ungeahnte Schwierigkeiten dar. In Süd-Afrika kommt es häufig vor, daß Unebenheiten des Geländes, die noch auf kurze Entfernungen einen ganz unbedeutenden Eindruck machen, in nächster Nähe ungeheuere Abmessungen annehmen. So auch hier: als der steile Abhang des Berges endlich erreicht war, erschien die gestellte Aufgabe beinahe unausführbar. Die Kanonen mußten mit Aufbietung aller Kräfte von einem Felsenvorsprung zum anderen geschleppt werden, und es war eine wahre Riesenarbeit, sie bis auf den Gipfel selbst hinaufzubefördern. Endlich, nach Stunden angestrengtester Arbeit, war die höchste Spitze erreicht: ein flaches Plateau, ungefähr vier Morgen groß, das sich nach der Mitte zu etwas einsenkte und von einem natürlichen Walle übereinanderliegender Felstrümmer umgeben war. In der klaren Morgenluft konnte man das Lager der Bürger von Transvaal mit seinen regelmäßig in Reihen aufgefahrenen Wagen deutlich erkennen; die runden Bergkuppen in der Nähe von Laing's Nek, hinter deren Schutze das Lager aufgeschlagen war, erschienen in gleicher Höhe mit dem

umgebenden Gelände. Das Ziel war erreicht und somit die Lage des Feindes plötzlich eine andere geworden. In der Eile abgeschickte Drahtnachrichten gaben den Berichterstattern der Landoner Zeitungen willkommene Gelegenheit, ihre Gewandtheit zu beweisen, indem sie einfach gemeldete Thatsachen in Jubelhymnen voll patriotischer Begeisterung verwandelten.

Das schlimme Ende kam aber nach. Das britische Heer hatte die Bergspitze kaum besetzt, als die Bürger von Transvaal in ihrem Lager auch schon darauf aufmerksam wurden. Zunächst machte sich eine große Bestürzung geltend, denn es war den republikanischen Führern gar nicht in den Sinn gekommen, daß der britische Befehlshaber an eine so schwierige Aufgabe, wie die Besetzung des Amajuba, herantreten würde. Ueberdies steht außer allem Zweifel — wie es auch ihrerseits wiederholt versichert worden und unwidersprochen geblieben ist —, daß sie sich auf den stillschweigend abgeschlossenen Waffenstillstand verließen, der den Zweck haben sollte, eine friedliche Beilegung der Streitfrage zwischen den Bürgern der Republik und der britischen Regierung anzubahnen. Sie waren daher ebenso entrüstet als überrascht, aber die Nothwendigkeit eines sofortigen thatkräftigen Eingreifens überwog beide Empfindungen. Freiwillige wurden zum Sturm auf den Berg aufgerufen, der ja allerdings große Schwierigkeiten zu bieten schien; aber man wußte, daß die Besatzung keine sehr starke sein konnte. Freiwillige meldeten sich sofort von allen Seiten, denn die Nothwendigkeit eines Angriffs leuchtete allen, sonst nur an ihre Vertheidigung gewöhnten Bürgern ein. In wieweit diese Freiwilligen, die ihr Leben auf's Spiel setzten, an einen Sieg glaubten, ist schwer festzustellen. Vom rein militärischen Standpunkte aus erscheint es als ein erstaunliches Wagniß, daß in der Kunst des Angriffs völlig unerfahrene Mannschaften in aufgelöster Ordnung zum Angriff vorrückten, um eine in anscheinend so fester Stellung und im Besitze von Artillerie befindliche regelmäßige Truppenmacht anzugreifen. Die Stellung der letzteren war aber lange

nicht so günstig, wie es den Anschein hatte, und gerade die Abschüssigkeit des Bodens gereichte ihr zum Nachtheil. Sie ermöglichte es den Angreifern einzeln Mann für Mann in gedeckter Stellung, Schritt für Schritt emporzuklettern, so daß sie erst zu sehen waren, als sie bereits den Rand des auf dem Gipfel gelegenen Plateaus erreicht hatten und aus dem Versteck der umgebenden Felsen ein vernichtendes Feuer auf die in der mittleren Vertiefung versammelten Truppen eröffnen konnten. Das Feuer von der einen Seite des Umfanges der Hochebene wurde bald auf allen Seiten von den nach und nach den Gipfel erreichenden Angreifern aufgenommen; in dem Kugelregen fiel Sir George Colley, der wahrscheinlich gerne den Heldentod auf dem Schlachtfelde starb, da er sah, daß sein Unternehmen ein so klägliches Ende genommen hatte. Die englischen Truppen, von denen der größte Theil bereits dem Feuer der ausgezeichneten Schützen von Transvaal zum Opfer gefallen war, wandten sich zur Flucht und versuchten sich zu retten, indem sie die steilen Bergabhänge in wilder Hast herabstürzten. Die Berichterstatter der Londoner Zeitungen mußten ihre Leitartikel noch einmal schreiben, und als die britische Nation Morgens am Montag den 28. Februar erwachte, hatte sie nicht nur den Verlust eines tapferen und edlen Generals und eines großen Theiles seiner Truppen zu beklagen, sondern sie befand sich auch in einer Lage, wie sie in der Geschichte des britischen Reiches wohl kaum jemals verwickelter vorgekommen ist.

VI.

Der Friede mit Transvaal.

Die unglückselige Niederlage von Amajuba, die so völlig unerwartet und ebenso unerwünscht gekommen war, verwischte wenigstens für den Augenblick alle sonstigen politischen Gegensätze. Selbst der erbitterte Streit zwischen Gladstone und den Irländern, der einige Wochen vorher mit der Ausweisung sämmtlicher irischen Abgeordneten aus dem Unterhause seinen Höhepunkt erreicht hatte, gerieth für den Augenblick in Vergessenheit. Die Tragödie, die sich abgespielt hatte, war in ihrem Gegensatze zu den verheißenen und erwarteten Siegen eine so furchtbare, daß die ganze Nation vollständig davon erfüllt war und in höchster Spannung darauf wartete, was die Regierung wohl nun unternehmen würde. Gladstone gab seine Bemühungen zur Lösung der irischen Frage einstweilen auf und widmete seine ganze Aufmerksamkeit den südafrikanischen Verhältnissen. Sein scharfer Verstand wurde sofort über die in Frage kommenden Hauptfaktoren klar, deren es hauptsächlich drei waren. Vor Allem stand fest, daß die Bürger von Transvaal mit aller Kraft die Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit anstrebten; ferner hatte das englische Volk auch nicht den leisesten Wunsch, sie mit den Waffen in der Hand dieser Unabhängigkeit zu berauben, und endlich bestand vor der Niederlage von Amajuba zweifellos der Wunsch einer friedlichen Bei-

legung des Streites. Allein diese Niederlage hatte die Schwierigkeiten der Lage um ein ganz Bedeutendes erhöht. Dem Nationalstolze war eine tiefe Wunde geschlagen worden, und wenn auch vom Standpunkte der Vernunft nichts gegen einen freundschaftlichen Ausgleich einzuwenden war, so verbot doch der Groll über die erlittene Schmach die Wege zu gehen, welche die Vernunft als die einzig richtigen bezeichnete.

Die Entscheidung der Frage war jedenfalls außerordentlich schwierig. Sollte sich die britische Regierung in eine offenbar ungerechte Sache einlassen und mit ungeheueren Kosten einen Eroberungskrieg beginnen, bei dem man Gefahr lief, ganz Süd-Afrika durch einen Bürgerkrieg in's Verderben zu stürzen? Oder sollte sie auf dem bereits gefaßten Entschlusse, den Streit mit Transvaal auf friedlichem Wege beizulegen, beharren und sich um den Vorwurf der Schwäche und Feigheit, der dem Ministerium in diesem Falle von der militärischen Partei des Landes sicherlich gemacht werden würde, nicht weiter kümmern? Kein verständiger und unparteiischer Mensch konnte wohl über den einzuschlagenden Weg im Zweifel sein. Die Vortheile des letztgenannten lagen auf der Hand. Die Vortheile, die der erstere bot, waren durchaus zweifelhafter Natur. Um die militärische Partei zufrieden zu stellen, mußte man zeigen, daß man gerüstet sei, nöthigenfalls Gewalt anzuwenden; um die herrschenden nationalen Empfindungen und die Ansprüche, die sowohl im Namen der Vernunft als auch im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit gestellt wurden, zu befriedigen, mußte Alles aufgeboten werden, um einen Vergleich auf friedlichem Wege zu sichern. Der erste Schritt, der gethan wurde, war darauf berechnet, den Beifall der militärischen Partei zu gewinnen. Sir Frederick Roberts, der damals gerade von seinem kühnen Marsche von Kabul nach Kandahar mit Ruhm bedeckt nach England zurückgekehrt war, wurde so schnell als möglich nach Süd-Afrika entsendet, um den Oberbefehl zu übernehmen. Allein es mußten

drei Wochen verstreichen, ehe er den südafrikanischen Boden betreten konnte, und diese drei Wochen sollten ausgenützt werden, um, soweit irgend möglich, einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen.

Die keineswegs leichte Aufgabe wurde noch dadurch erschwert, daß die Vertreter der britischen Macht in Natal nicht Verwaltungsbeamte sondern Offiziere waren. Der Posten des Statthalters in Kapstadt war thatsächlich unbesetzt, denn obgleich Sir Herkules Robinson zum Nachfolger Sir Bartle Frere's ernannt war, so befand er sich doch noch in England, und es schien nicht gerathen, Angelegenheiten von so hervorragender Wichtigkeit einem bloßen Stellvertreter anzuvertrauen. Sir George Colley, der Statthalter in Süd-Ostafrika, war todt. Der Gouverneur von Transvaal war von den Bürgertruppen in Pretoria eingeschlossen. Daher fiel Sir Evelyn Wood, der in seiner Eigenschaft als ältester Offizier der Kolonie zum Vertreter der Regierung in Natal ernannt wurde, die Aufgabe zu, mit den Führeru der Republik zu unterhandeln. Es war eine sehr unangenehme Aufgabe für ihn in seiner Eigenschaft als Soldat, und ebenso unangenehm war sie für Sir Redvers Buller als Chef des Stabes. Beide bemühten sich in der pflichttreuesten Weise um die Lösung ihrer Aufgabe, obgleich wahrscheinlich keiner von Beiden an die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung glaubte. Die Art und Weise der ersten Unterredungen zwischen den Vertretern der beiden feindlichen Parteien gab, soweit aus den verschiedenen Berichten zu entnehmen ist, wenig Hoffnung auf Erfolg. Die beiden britischen Offiziere merkten, daß sie gegenüber dem scharfen Verstande und der großen Klugheit Krüger's, von der sie sehr bald deutliche Beweise erhielten, und gegenüber dem scharfsinnigen und sarkastischen Urtheil des Dr. Jorissen, der den Verhandlungen als Rechtsbeistand des republikanischen Triumvirates beiwohnte, einen schweren Stand hatten, und wenn Beide ihren persönlichen Empfindungen hätten folgen dürfen, hätten sie die Verhandlungen

abgebrochen und dem Bürgerheere vierundzwanzig Stunden Zeit gegeben, um das Lager zu verlassen. Dagegen waren die Vertreter der Bürger höchst erstaunt, als sie hörten, daß ihre Unabhängigkeit — falls sie diese auf friedlichem Wege wieder erhielten — gewissen Bedingungen und Beschränkungen unterworfen sein sollte, die ihnen völlig unannehmbar erschienen. Ohne ein neues, vermittelndes Element, das plötzlich auftrat, wären die Verhandlungen wahrscheinlich erfolglos verlaufen, und die Entscheidung der ganzen Angelegenheit den Händen Sir Frederick Roberts überlassen gewesen. Dieser vermittelnde Einfluß ging von dem Präsidenten des Oranje-Freistaats Brand aus, der mit beiden Parteien gut stand, und der, durch schlechtes Wetter in seiner Reise von Bloemfontein aufgehalten, noch gerade zur rechten Zeit in Laing's Nek eintraf, um die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu verhindern, die ein furchtbares Unglück gewesen wäre. Dank seinen Beweisgründen und Versicherungen überzeugten sich die Vertreter der Bürger von der Nothwendigkeit, die Vorschläge anzunehmen, die ihnen die Gladstone'sche Regierung, die ja mit persönlichen und Parteischwierigkeiten selbst genug zu kämpfen hatte, damals machen konnte; freilich enthielten diese Vorschläge lange nicht die Erfüllung aller ihrer Forderungen, von deren Gerechtigkeit sie fest überzeugt waren.

In Folge von Brand's erfolgreicher Vermittelung wurde am 24. März ein Vertrag zwischen den Vertretern der britischen Regierung und dem republikanischen Triumvirate abgeschlossen, der späterhin noch von dem Volksraad von Transvaal bestätigt werden sollte. Gleichviel, ob die Vertreter von Transvaal damals Kenntniß davon hatten oder nicht, — jedenfalls waren die Spaltungen, die innerhalb des Gladstone'schen Ministeriums herrschten, und vor allen Dingen der Einfluß des verstorbenen W. E. Forster, der damals das Amt des Staatssekretärs für Irland bekleidete, die Ursache der ungünstigen Bedingungen des Vertrages, den sie später anerkennen mußten. Forster war

ein Mann von ausgezeichneten Eigenschaften, aber dabei ein eigenthümlich ungleicher Charakter. Der ernste Wunsch, stets das Beste zu thun, war in ganz merkwürdiger Weise mit dem Hange, das Schlechteste vorauszusetzen, gemischt, so daß er sich häufig das Beste zu thun einbildete, während er auf dem denkbar verkehrtesten Wege war. Seine erfolgreichen Verdienste um die Schulfrage hatten ihm das unbedingte Vertrauen der großen Partei der englischen Nonconformisten gesichert und daher gelang es ihm, sein tiefes Mißtrauen gegenüber den irischen Nationalisten soweit auszunützen, um dem Ministerium eine irische Einschränkungspolitik aufzudrängen, obwohl die Mehrheit der Minister von der Nutzlosigkeit und Ungerechtigkeit einer solchen vollkommen überzeugt war. Er bildete sich eigenthümlicher Weise ein, daß man einem Volke auf Schritt und Tritt mit dem größten Mißtrauen begegnen und trotzdem dieses Volk gleichzeitig dazu bewegen könne, Vertrauen und Dankbarkeit zu empfinden. Er mißtraute den irischen Patrioten, wahrscheinlich weil sie zum größten Theile Katholiken waren; ebenso mißtraute er der holländischen Rasse in Süd-Afrika, obgleich sie Protestanten waren. Durch seine Stellung als Vertrauensmann der englischen Nonconformisten war er im Stande, den Einfluß gesunder liberaler Grundsätze sowohl in Bezug auf Irland als auch auf Süd-Afrika vollständig zu lähmen. Er gewährte Irland ein Landgesetz zur Regelung der Grund- und Bodenverhältnisse, um offenkundigen Ungerechtigkeiten ein Ende zu machen, aber er sorgte zugleich in vollster Absichtlichkeit dafür, daß dieses Gesetz seiner Hauptwirkungen verlustig ging, indem er ein System fortgesetzter Verdächtigungen einführte. In ähnlicher Weise erhob er zwar keinen Einspruch gegen den Akt der Gerechtigkeit, der den Bürgern von Transvaal ihre Unabhängigkeit wiedergeben sollte, aber er bot absichtlich alles auf, um diesem Akt der Gerechtigkeit jede Wirksamkeit und alle Vortheile zu benehmen, indem er fortfuhr, die holländische Rasse in Süd-Afrika mit dem größten Mißtrauen zu behandeln. Der

Erfolg in der Verwirklichung seiner Ansichten, den er bei der Ausstoßung der irischen Patrioten aus dem Unterhause davongetragen hatte, erhöhte noch seinen Einfluß, als einige Wochen darauf die Frage nach den Bedingungen aufgeworfen wurde, die den Bürgern von Transvaal gestellt werden sollten. Sein Gewicht bei der philanthropischen Partei auf beiden Seiten des Unterhauses erhöhte das Ansehen, das er schon in seiner Stellung als Oberstaatssekretär für Irland genoß, noch um ein Bedeutendes. Daß der Krieg mit Transvaal nicht fortgesetzt werden sollte, war eine beschlossene Sache; in dieser Hinsicht herrschte Einverständniß zwischen Forster, Gladstone und den der liberalen Partei angehörenden radikalen Elementen. Die einzelnen Bedingungen des Friedensvertrages aber wurden in jeder nur möglichen Weise beschnitten, und hierin zeigte sich auf das Deutlichste das große Mißtrauen, das sowohl Forster als auch die ganze philanthropische Partei des Unterhauses gegen die holländische Politik den Eingeborenen gegenüber gefaßt hatte. Forster's Einfluß offenbarte sich auf die verschiedenste Weise, besonders in dem Umstand, daß die Daily News — das Organ der liberalen Partei —, die bis zum Frieden bei Laing's Nek die Transvaalfrage mit der größten Gerechtigkeit und Unparteilichkeit behandelt hatten, von dem Augenblicke an, wo der Friede wirklich geschlossen war, sich ganz und gar den Ansichten der „Gesellschaft zum Schutze der eingeborenen Völkerschaften" anschlossen, bei der Forster eine leitende Stellung einnahm. Auch daß der Versuch, die Unzulänglichkeiten des ursprünglichen Vertrages mit Transvaal zu verbessern, erst gemacht wurde, nachdem sich Forster durch das gänzliche Fehlschlagen seiner irischen Politik gezwungen sah, aus dem Ministerium auszutreten, bestätigte diese Annahme. Es zeigte sich ferner noch deutlicher, als zwei Jahre später über die Bedingungen eines neuen Vertrages verhandelt wurde, durch das Vorgehen Forsters, der sich hierbei die größte Mühe gab, die öffentliche Meinung in England gegen Transvaal einzunehmen.

Ueber die vorläufigen Bestimmungen des Vergleichs einigte man sich in Laing's Nek am 24. März 1881. Die Bedingungen sollten zu einem Vertrage zusammengefaßt werden, und dieser Vertrag dann noch die Zustimmung des auf's Neue versammelten Volksraads erhalten; aber für den Augenblick ließ die Spannung der Lage bedeutend nach. Als Sir Frederick Roberts in Kapstadt ankam, erhielt er die ohne Zweifel bereits von ihm erwartete Nachricht, daß vorläufig ein freundschaftliches Einvernehmen wieder hergestellt sei, und daß man seiner Dienste gegen die Bürger von Transvaal im Augenblick nicht bedürfte. Mittlerweile stand Sir Herkules Robinson im Begriff, sein Amt als Gouverneur des Kap der guten Hoffnung und als Statthalter von Süd-Afrika anzutreten. Es wird von recht glaubwürdiger Seite erzählt, daß der Staatssekretär für die Kolonien, Lord Kimberley, Sir Herkules Robinson seine Ernennung in folgenden Worten mitgetheilt habe: „Wir besitzen einige fünfzig Kolonien, aber Süd-Afrika allein macht uns mehr zu schaffen als alle übrigen zusammengenommen. Ich ersuche Sie, sich dorthin zu begeben". Dieses Eingeständniß, daß Süd-Afrika Schwierigkeiten machte, veranlaßt natürlich die Frage: „Warum?" — eine Frage, die vielleicht theilweise durch die folgenden Seiten dieses Buches beantwortet wird. Zweifellos war die Wahl von Sir Herkules Robinson zu diesem anerkannt mühevollen Posten eine durchaus richtige und zweifellos stellte sie sich nach den Diensten, die er hierbei leistete, als vollkommen gerechtfertigt heraus. Namentlich in einer bestimmten Richtung hat Sir Herkules Robinson seine besondere Begabung für diesen schwierigen Posten bewiesen, nämlich in seiner Befähigung, die einmal festgestellten Thatsachen zu verwerthen.

Diese Befähigung kam ihm bei der ersten Aufgabe, die ihm anvertraut wurde, am meisten zu statten. Zusammen mit Sir Evelyn Wood und Sir J. H. de Villiers, dem Oberrichter der Kapkolonie, begab er sich sogleich nach seiner Ankunft in

Süd-Afrika nach Pretoria, um die Bedingungen des Vertrages zwischen der britischen Regierung und den Bürgern von Transvaal festzusetzen. Diese Aufgabe, die unter allen Umständen keine leichte gewesen wäre, wurde durch den starken Einfluß, den die philanthropische Partei in parlamentarischen und Beamtenkreisen ausübte, noch bedeutend erschwert. Die Entschädigungsforderungen der britischen Unterthanen, die Bedingungen der Eingeborenen-Regierung und die Feststellung der auswärtigen Beziehungen des Landes erforderten die gründlichste Erwägung. Die Entschädigungsforderungen waren geradezu lächerlich: höchst bezeichnender Weise wurde eine Forderung in der Höhe von 50 000 £ erhoben, mit der Begründung, daß sich der Fordernde durch die Wiederherstellung der Unabhängigkeit von Transvaal in seinen patriotischen Gefühlen verletzt fühle! Eine weit ernstere Angelegenheit, die dem Ausschuß oder vielmehr der Mehrheit des letzteren viel zu schaffen machte, war ein Vorschlag Sir Evelyn Wood's, der ebenfalls Mitglied des Ausschusses war: die Ostgrenze der Republik sollte längs des 30. Grades östlicher Länge gezogen werden, so daß Transvaal von der portugiesischen Grenze vollständig abgeschnitten worden wäre und einen Streifen Landes von mindestens hundert Meilen Breite verloren hätte. Dieser Vorschlag gründete sich auf den damals allgemein verbreiteten Glauben, daß die abzutretenden Gebiete außerordentlich reich an Goldfeldern seien, und es wird sogar zuweilen behauptet, daß, wenn man schon im Jahre 1881 geahnt hätte, daß Gold in Transvaal selbst zu finden sei, Großbritannien seine Oberherrschaft niemals aufgegeben haben würde. Wenn dieser Vorschlag wirklich angenommen und auch von dem Volksraad bestätigt worden wäre, so würde er eine Quelle endloser Unruhen und Wirren geworden sein und dabei doch auf die politische Lage der Goldfelder nicht den geringsten Einfluß gehabt haben. Allerdings hätten sich ja dann die Goldfelder von De Kaap und Lydenburg außerhalb der Republik befunden, aber die Goldlager im

Randbezirk, die eines Tages doch entdeckt worden wären, hätten ihr deßhalb immer noch angehört. Glücklicher Weise verließ sich Sir Herkules Robinson viel mehr auf die Kenntnisse und Erfahrungen von Sir J. H. de Villiers als auf die mehr von militärischen Beweggründen eingegebenen Rathschläge Sir Evelyn Wood's. Der Vorschlag wurde abgelehnt und es kam schließlich ein Vertrag zu Stande; er enthielt das Alleräußerste, was die Regierung Gladstone's zu gewähren entschlossen war, und in den Augen der Bürger von Transvaal das Allermindeste, was ihnen geboten werden mußte und was sie schließlich durch den Volksraad anzunehmen beschlossen.

Obgleich die Unterhandlungen soweit gediehen waren, bot doch die Lage der Dinge noch erhebliche Gefahren. Die Umstände, unter denen der Frieden geschlossen war, hatten große Erbitterung in militärischen Kreisen hervorgerufen, namentlich bei den britischen Hülfstruppen, die noch nicht in's Gefecht gekommen, aber von dem glühenden und vom rein militärischen Standpunkte aus gewiß natürlichen Wunsche erfüllt waren, ihrerseits an der kriegerischen Vergeltung Theil zu nehmen. Es muß billiger Weise betont werden, daß diese Empfindungen von denen, die den Bürgern von Transvaal im Kampfe gegenüber gestanden und sowohl ihren Werth als Soldaten als auch ihre Gesittung als Bürger kennen und schätzen gelernt hatten, durchaus nicht getheilt wurden. Besondere Erwähnung verdient der Zwischenfall, daß Major Stewart, der Chef von Sir George Colley's Stabe, dem General Piet Joubert das Schwert überreichte, das Major Stewart's Großvater getragen hatte, als er in dem ostindischen Kriege unter Wellington focht. Gaben dieser Art werden nur von Männern, die ihrer gegenseitigen Achtung würdig sind, geboten und angenommen. Einige Jahre später gab dieses Geschenk zu einem weiteren Vorfall Anlaß, der den Charakter des Oberbefehlshabers der Transvaalbürger noch deutlicher zeigte. Als Major Stewart, der inzwischen Sir Herbert Stewart geworden war, bei dem kühnen

Angriffe zum Entsatze des belagerten Khartum fiel, sandte General Joubert das Schwert der Familie des gefallenen Offiziers mit einem Dank- und Anerkennungsschreiben zurück. Derartige Vorfälle bezeichnen die Stimmung der beiden Parteien in einem Streit, der so leicht zu vermeiden gewesen wäre, und sind wohl werth, der Vergessenheit entrissen zu werden. Bei der großen Mehrzahl aber überwogen die Gefühle des Grolles die Fähigkeit der Anerkennung, und Alles, was eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten herbeigeführt hätte, wäre nicht nur in militärischen Kreisen, sondern auch von einer bedeutenden Anzahl unbedachter britischer Ansiedler in Süd-Afrika mit Freuden begrüßt worden. Möglicher Weise wurden diese Empfindungen bis zu gewissem Grade durch das Gerücht hervorgerufen, das von den obersten Militärbehörden ausging und an der Bereitwilligkeit des Volksraads von Transvaal zweifelte, den in Pretoria abgeschlossenen Vertrag anzuerkennen. Dieser Zweifel — der jedenfalls aus einem Wunsche entstanden war — verstärkte sich noch in den letzten Monaten des Jahres, als Sir Herkules Robinson nach Kapstadt zurückkehrte, ohne daß der Volksraad zu einer Entscheidung gelangt war. Gerüchte von der „Dickköpfigkeit der Buren“ und von beabsichtigten militärischen Unternehmungenlagen schwirrten überall in der Luft herum. Es hieß sogar eine Zeit lang, daß angesichts der Gewißheit, daß der Volksraad den Vertrag nicht anerkennen werde, verschiedene Truppenabtheilungen aus den unteren Bezirken von Natal nach wichtigen Punkten in der Nähe der Grenze von Transvaal geschickt werden sollten. Wäre dies wirklich geschehen und hätten sich die Mitglieder des Volksraads davon überzeugt, daß man sie durch militärische Gewalt zur Anerkennung eines Vertrages zwingen wollte, den sie durchaus nicht in seinem ganzen Umfange gutheißen konnten, so hätten sie die verlangte Zustimmung wahrscheinlich vorenthalten. Glücklicher Weise wurde man sich in London noch zur rechten Zeit über die drohende Gefahr klar, und es wurde der Befehl nach

Süd-Afrika gegeben, daß ohne ausdrückliche Genehmigung von Sir Herkules Robinson in Kapstadt keinerlei Truppenveränderungen vorgenommen werden sollten.

Als der Volksraad im Oktober 1881 in Pretoria zusammentrat, um über den Vertrag zu berathen, wurden mehrere seiner Bedingungen auf's Entschiedenste zurückgewiesen. Das aus Krüger, Pretorius und Piet Joubert bestehende Triumvirat erklärte sich in der That durchaus unzufrieden mit dem Vertrage. Der Beschluß des Volksraads vom 25. Oktober, der die verlangte Genehmigung des Vertrages zum Ausdruck brachte, enthielt klar und deutlich sowohl die erhobenen Einwände als auch den Wortlaut der Denkschrift, mit der der Vertrag dem Raad vorgelegt worden war. „Wir dürfen uns nicht der Hoffnung hingeben," sagte Krüger in seiner Eigenschaft als Vizepräsident, „daß Sie der Vertrag in allen seinen Einzelheiten zufriedenstellen wird. Er hat auch uns keineswegs zufriedengestellt, aber wir dürfen Ihnen die Versicherung geben, wir haben ihn in der festen Ueberzeugung unterzeichnet, daß unter den gegebenen Verhältnissen unsere aufrichtige Liebe zum Vaterlande und die Sorge für das Gedeihen Süd-Afrika's uns die Verpflichtung auferlegten, unsere Namen unter diesen Vertrag zu setzen." Krüger versicherte dem Volksraad, daß Alles aufgeboten worden sei, um eine Aenderung der unannehmbar scheinenden Bedingungen herbeizuführen, und sprach die Ueberzeugung aus, daß die britische Regierung über kurz oder lang selbst Abänderungsvorschläge machen würde. Der Volksraad wiederholte in dem Beschlusse, durch den er den Vertrag annahm und guthieß, die Einwände des Triumvirats und betonte namentlich auch, daß die Mitglieder des Raads beim Unterzeichnen des Vertrages von denselben Beweggründen geleitet worden wären, wie das Triumvirat. „Der Raad" — so lautete die Stelle des Beschlusses — „ist bereit, diese Beweggründe ohne Rückhalt in ihrem vollen Umfange der ganzen Welt mitzutheilen. Sie bestehen eigentlich nur aus zwei Worten: Die Furcht vor erneutem Blutvergießen zwischen zwei Rassen, die darauf an-

gewiesen sind, sich zu vertragen und zu achten, und die Besorgniß vor einer erneuten Spaltung zwischen den beiden Hauptvertretern der weißen Rasse in Süd-Afrika, einer Spaltung, welche die allgemeine Wohlfahrt aller Staaten und Kolonien von Süd-Afrika untergräbt.“ Diese Gründe der Mißbilligung des Vertrages waren mit dem größten Freimuth ausgesprochen. Im Allgemeinen hatte man sich darüber zu beklagen, daß die Bedingungen des Vertrages nicht mit den Friedensverhandlungen übereinstimmten, die im vorhergehenden März in Laing's Nek unterzeichnet worden waren. „Bei den Verhandlungen über die Friedensbedingungen“ — so hieß es in dem Beschlusse — „wurde dem Volke das Recht einer vollständig unabhängigen Selbstregierung zugesprochen, während dem Souverän einzig und allein das Recht zustehen sollte, die auswärtigen Angelegenheiten zu überwachen.“ Die Punkte, bei denen der Raad Abänderungen wünschte, waren im Einzelnen folgendermaßen aufgeführt: 1. Anstatt der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten eine bloße Ueberwachung der letzteren; 2. keine Einmischung in die Gesetzgebung des Landes; 3. der Ministerresident dürfe lediglich als Vertreter seines Souveräns und als nichts weiter angesehen werden; 4. für die im Osten und Westen annektirten Gebiete solle England eine entsprechende Entschädigung leisten; 5. die Staatsschulden sollten von den Bürgern nur bezahlt werden, wenn ihre Existenz vollständig und gesetzmäßig bewiesen werden könnte; 6. Kriegsentschädigungen für Verluste, die während des Krieges stattgefunden hatten, sollten nur dann gezahlt werden, wenn diese Verluste nicht durch die Zwangslage des Krieges selbst bedingt wären.

Diese Ausstellungen sind beachtenswerth, da ihre Berechtigung zwei oder drei Jahre später, als über die Abänderung des Vertrags verhandelt wurde, fast in allen Stücken anerkannt wurde. Daß sie vom Volksraad gemacht wurden, beweist nur, bis zu welchem Grade die ursprünglichen Absichten der Gladstone'schen Regierung durch den Einfluß beschnitten worden

waren, den die philanthropische Partei im Unterhause in der Zeit zwischen dem Abschlusse der Verhandlungen in Laing's Nek im März und der Unterzeichnung des Vertrages von Pretoria im August ausübte. Der Einfluß dieser philanthropischen Partei war ebenso unheilvoll wie gänzlich ungerechtfertigt. Er war deßhalb völlig unberechtigt, weil auf der einen Seite auch nicht ein einziger Beweis dafür vorhanden war, daß die republikanische Regierung die Interessen der Eingeborenen jemals in irgend welcher Beziehung vernachlässigt hätte, während andererseits dagegen gerade der Hauptgrund für die Einverleibung von amtlicher Seite in der angeblichen Gefahr gefunden wurde, die den europäischen Ansiedlungen von einer Vereinigung der Eingeborenen drohte. Es ist schlechterdings unmöglich, ein und dieselbe Thatsache mit einander widersprechenden Entschuldigungen zu rechtfertigen. Es ist ja sehr wohl denkbar, daß die Bürger von Transvaal des Schutzes gegen die Eingeborenen ihrer Umgebung bedurften; es ist andererseits ebenso gut denkbar, daß die Eingeborenen des Schutzes gegen die Bürger von Transvaal bedurften, aber man kann unmöglich zu verschiedenen Zeiten so vorgehen, als ob beide Annahmen der Wahrheit entsprächen. Der Einfluß der philanthropischen Partei war hauptsächlich aus dem Grunde so unheilbringend, weil er die Verleumdungen gegen die holländische Rasse in Süd-Afrika, die schon in den allerersten Zeiten britischer Ansiedlung so viele Wirren herbeigeführt hatten, auf's Neue veranlaßte und weiterverbreitete. Die Holländer in Süd-Afrika können sich mit vollem Rechte darüber beschweren, daß sie von Ort zu Ort und von Geschlecht zu Geschlecht von Verleumdungen verfolgt worden sind, deren Entstehung nie ergründet worden ist und zu deren Widerlegung man ihnen nie Gelegenheit gegeben hat. Daß man diese Verleumdungen nunmehr wiederum mit einem Akt der Gerechtigkeit in Verbindung brachte, als das Eingeständniß eines ungeheuren Irrthums nothwendig wurde, hatte zur Folge, daß jene gerechte That ihres Hauptwerths

verlustig ging und daß der Same für künftiges schweres Unheil ausgestreut wurde. Es steht fest, daß der Einfluß der philanthropischen Partei mit Forster an der Spitze zu diesem Ergebniß führte. Der Volksraad nahm allerdings die ihm in dieser Weise zugedachte Stellung nicht ohne ernstlichen Einspruch an und bemühte sich in jeder Weise, sie noch seinen Wünschen entsprechend abzuändern. Er erkannte wohl, daß Gladstone die Verkörperung jenes englischen Gerechtigkeitssinnes war, der zur Wiederaufhebung der Einverleibung geführt hatte, und wendete sich deßhalb an ihn, in der Absicht noch weitere Zugeständnisse zu erlangen. Für den Augenblick war aber nichts weiter zu erreichen als ein unbestimmtes Versprechen, daß der Vertrag nochmals geprüft werden könne, falls sich herausstellen sollte, daß er nicht befriedigend wirke. Mit diesem Versprechen mußte sich der Volksraad schließlich auf das Zureden ihm freundschaftlich Gesinnter begnügen, welche die Schwierigkeiten der Gladstone'schen Regierung begriffen, und so trat der Vertrag von Pretoria in Kraft, zur gewaltigen Erleichterung der großen Masse der südafrikanischen Ansiedler, wenn auch vielleicht zur Enttäuschung derer, die auf militärische Auszeichnung gehofft hatten. Die kaiserlichen Truppen wurden aus Natal zurückgezogen, und die verschiedenen betheiligten Parteien hatten nun genügende Muße, ihren Gewinn und Verlust gegeneinander abzuwägen, den ihnen der Anfang, die Durchführung und schließlich der Zusammenbruch der kaiserlichen Politik mit Lord Carnarvon's Plan, der Bildung eines südafrikanischen Staatenbundes, gebracht hatte.

VII.

Das Erwachen der Holländer.

Obgleich der von Lord Carnarvon in's Leben gerufene Plan eines Staatenbundes vollständig gescheitert war, so hatte er doch ein höchst wichtiges und dauerndes Resultat zur Folge: er schuf und befestigte nämlich die holländische Partei in Süd-Afrika. Als im Jahre 1877 die Einverleibung von Transvaal stattfand, führte die holländische Bevölkerung in den britischen Kolonien überhaupt kein politisches Dasein. Als aber im Jahre 1881 der Vertrag von Pretoria unterzeichnet wurde, war sie offenkundig die herrschende Macht sowohl im Kap-Parlament als auch in ganz Süd-Afrika. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieses Erwachen der holländischen Bevölkerung zum Bewußtsein ihrer einflußreichen politischen Stellung Süd-Afrika zum größten Vortheile gereichte. Allerdings liefen auch einige Nachtheile mit unter, und späterhin ist die politische Macht der holländischen Partei in der Kapkolonie zweifellos zu Zwecken benutzt worden, die man zehn Jahre früher kaum voraussehen konnte. Aber im Großen und Ganzen hat das Erwachen der Holländer Süd-Afrika großen Nutzen gebracht. Es hat Kräfte entfesselt, die für den gewerblichen und landwirthschaftlichen Fortschritt und Wohlstand des Landes von größter Bedeutung waren, und die trotz vorübergehender Mißgriffe eine viel sichrere Grundlage schufen, als Kräfte, die nur aus der

Ferne wirken und nur hier und da plötzlich einmal und in willkürlicher Weise mit dem praktischen Leben Süd-Afrikas in Berührung kommen, so daß häufig als eine Folge einseitiger Eindrücke völlig falsche Auffassungen entstehen.

Man muß sich die nackte Thatsache vergegenwärtigen — die das Endergebniß der Ereignisse in den zehn Jahren von 1877 bis 1887 war —, daß der von außen her unternommene Versuch, Süd-Afrika in die Ketten kaiserlicher Oberhoheit zu schmieden, nicht nur äußerlich vollständig gescheitert war, sondern daß er auch die Macht des antikaiserlichen Empfindens, das weder vorher noch nachher in irgendwelcher Beziehung England-feindlich zu sein brauchte, bedeutend verstärkt hatte.

Wie vollständig der Plan des Staatenbundes gescheitert und wie gänzlich ungeeignet er für die in Süd-Afrika bestehenden Verhältnisse war, ergiebt sich aus einem unwesentlichen Vorfalle, der sich kurz nach der Unterzeichnung des Vertrages von Pretoria ereignete. Im Kolonialamt schwebte damals nämlich noch immer die Idee, daß es doch vielleicht möglich wäre, an Stelle des ganz Afrika umfassenden Staatenbundes wenigstens eine Verbündung der beiden britischen Kolonien zu Stande zu bringen. Angesichts der Thatsache, daß Natal auf Grund eines ausdrücklichen und besonderen Freibriefes eine Kolonie ganz und gar für sich allein bildete, war schon mehrmals der Vorschlag gemacht worden, daß der Gouverneur von Natal mit dem Kolonialamt nur durch den Statthalter in Kapstadt verkehren solle; allein dieser Vorschlag erregte bei den Ansiedlern von Natal ungeheueres Mißfallen, da ihre Handelsinteressen mit den Interessen der Kapkolonie keineswegs Hand in Hand gingen und sie den Einfluß des Statthalters fürchteten, der wenigstens in Bezug auf örtliche Angelegenheiten jedenfalls die Ansichten der Minister in Kapstadt in weitgehendster Weise zu berücksichtigen geneigt sein würde. Der Gedanke war in den Hintergrund getreten, während Sir George Colley noch sein Amt

als Gouverneur von Natal und Statthalter von Südost-Afrika inne hatte. Mit der Ernennung Sir Herkules Robinson's zum Gouverneur und Statthalter von Kapstadt, und mit der verhältnißmäßig friedlichen Beilegung der Streitigkeiten in Transvaal tauchte auf's Neue die Absicht auf, Natal mehr oder weniger von den Ansichten des Statthalters und demgemäß zugleich von denen seiner Minister in Kapstadt abhängig zu machen. Es wurde bekannt, daß eine dem Kolonialdienst völlig fernstehende Persönlichkeit — Namens W. J. Sendall, der damals eine leitende Stellung bei der Londoner Bezirksregierung einnahm — zum stellvertretenden Gouverneur von Natal ernannt worden war. Daß Natal, das unter der Regierung Sir George Colley's große Fortschritte gemacht hatte, nun im Range wiederum soweit herabgedrückt werden sollte, um einem stellvertretenden Gouverneur unterstellt zu werden, erregte schon an und für sich lebhaften Widerspruch, der sich bis zur Entrüstung steigerte, als weiterhin bekannt wurde, daß Sendall von Sir Herkules Robinson ernannt worden war. Gegen die Persönlichkeit Sendalls, der in späteren Jahren wichtige koloniale Aemter mit großem Erfolge bekleidete, hatte man an sich nichts einzuwenden; seine Ernennung wurde streng getadelt und stieß auf heftigen Widerspruch, weil hiermit deutlich ausgesprochen war, daß die Interessen Natals den Interessen der Kapkolonie untergeordnet werden sollten, und zwar zu dem Zweck, irgend einen beschränkten und unzulänglichen Plan eines Staatenbundes zur Ausführung zu bringen. Wahrscheinlich hätten die in der Kolonie erhobenen Einsprüche keine Berücksichtigung gefunden, wenn nicht der gesetzgebende Körper der Kolonie das Anerbieten gestellt hätte, das Jahresgehalt des Vertreters der Krone von 2500 auf 4000 £ zu erhöhen, mit dem Beschlusse, diese Erhöhung für die ersten vier Monate des folgenden Rechnungsjahres eintreten zu lassen. Dieses Anerbieten verfehlte seinen Zweck nicht — es veranlaßte nämlich die Ernennung eines Gouverneurs unter Bedingungen, durch

die die künftige Anerkennung der verfassungsmäßigen Unabhängigkeit von Natal verbürgt wurde. Die Anerkennung dieser verfassungsmäßigen Rechte ist, wie man gegenwärtig vielleicht einsieht, von besonderer Wichtigkeit wegen ihres künftigen Einflusses auf die späteren politischen und Handelsbeziehungen zwischen den südafrikanischen Staaten und den Kolonien. Für den Augenblick beseitigte der Widerstand von Natal gegen den Vorschlag, dessen Annahme die Bildung eines beschränkten Staatenbundes durch eine Hinterthür bedeutet hätte, die letzten Ueberreste der Bestrebungen Lord Carnarvon's, und so trat das für Süd-Afrika erlassene Gesetz vom Jahre 1877, das fünf Jahre Gültigkeit haben sollte, im Jahre 1882 außer Kraft, ohne daß ihm Jemand eine Thräne nachweinte*).

Der Plan des Staatenbundes mit seiner traurigen Gefolgschaft von Unglücksfällen war begraben, und Süd-Afrika stand nicht mehr unter dem Einfluß einer kaiserlichen Politik, sondern unter der Herrschaft jener holländischen Ansiedler, die sich so lange Zeit hindurch stillschweigend verhalten hatten, bis endlich ihr Nationalgefühl durch die ihren Landsleuten jenseits des Vaalflusses zugefügten, vielfachen und offenkundigen Ungerechtigkeiten aufgestachelt worden war. Um spätere Vorkommnisse richtig zu begreifen, ist es wichtig, die wahren Gründe einer Bewegung zu verstehen, welche der holländischen Bevölkerung von Süd-Afrika ermöglichte, gemeinsam für ihre

*) Es ist vielleicht erwähnenswerth, daß das Mittel, die unerwünschte Besetzung eines Amtes dadurch hintanzuhalten, daß man die Einkünfte der betreffenden Stelle erhöht, von dem verstorbenen Parlamentsmitgliede Sir Robert Fowler stammt, der gerade, als diese Sache schwebte, Natal besuchte. Sir Robert Fowler wendete sich bei einem Festessen, das im Regierungsgebäude stattfand, an seinen Tischnachbarn, einen Journalisten, mit den Worten: „Sie können unmöglich erwarten, daß eine hervorragende Persönlichkeit ein so schlecht bezahltes Amt annimmt.“ Diese Anspielung wurde verstanden und in der nächsten Sitzung des gesetzgebenden Körpers, die zufälliger Weise gerade am folgenden Tage stattfand, wurde der Beschluß einer Gehaltserhöhung in Aussicht genommen.

vaterländischen Ziele zu arbeiten. Die Bewegung entsprang in der Thal einer zweifachen Ursache. Der Name Hofmeyr steht schon seit mehreren Jahren mit der unter dem Namen des „Afrikanderbundes“ bekannten Vereinigung in engstem Zusammenhang. Hofmeyr war aber gar nicht der Gründer des Afrikanderbundes, und die Absicht, in der er ursprünglich gegründet worden war, ist niemals, und namentlich nicht während der letzten fünf oder sechs Jahre irgendwie von ihm unterstützt worden. Der Bund hatte eigentlich seinen Ursprung in Bloemfontein, der Hauptstadt des Freistaates, und entsprang aus der Ueberzeugung, daß es dringend geboten sei, die Entwickelung des südafrikanischen Nationalgefühles in jeder Weise zu fördern. Das Freundschaftsband, das zwischen dem Freistaat und Transvaal bestand, beschränkte sich selbstverständlich nicht nur auf müßiges Zusehen, als Transvaal für die Wiedererlangung seiner Freiheit kämpfte. Hätte Transvaal seine Unabhängigkeit eingebüßt, so hätte auch die Unabhängigkeit des Freistaates ernstlich auf dem Spiele gestanden. Es handelte sich um die Aufrechterhaltung des republikanischen Prinzips, um das Recht der Republiken, sich die Freiheit vollständiger Selbstregierung, deren sie sich bis dahin erfreut hatten, zu erhalten. Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, daß die Bürger des Freistaates ihre Brüder in Transvaal mit Mannschaften, Pferden und Waffen nach Kräften unterstützten. Es ist kein Geheimniß, daß auch die in Natal lebenden holländischen Landwirthe, wenn auch in etwas weniger auffälliger Weise, helfend eingriffen. In der Kapkolonie, namentlich in ihren östlichen Bezirken, war gleichfalls die Sympathie der holländischen Bevölkerung lebendig und bereit, gegebenen Falles thatkräftige Hilfe zu leisten. Unter den holländischen Ansiedlern in der Westprovinz der Kolonie, die hauptsächlich den Weinhandel betreiben, herrschten ebenfalls starke Sympathien, die sich aber mehr in Worten als in Thaten äußerten; dies hatte aber unter anderem vielleicht seinen Grund darin, daß die Ansiedler der Westprovinz zu weit von dem

eigentlichen Schauplatze des Streites entfernt wohnten. Die verschiedenen Verhältnisse, die in den einzelnen Gemeinwesen herrschten, trugen natürlich viel dazu bei, die Bewegungen, die zum großen Theile der gleichen Ursache entsprangen, in ganz verschiedenem Lichte erscheinen zu lassen. In der Kapkolonie bestand schon vor dem Unabhängigkeitskriege von Transvaal eine Vereinigung, die unter dem Namen des landwirthschaftlichen Schutzverbandes von Hofmeyr gegründet war und deren Interessen von ihm im Parlament vertreten wurden. Sie beschäftigte sich zum größten Theile lediglich mit örtlichen, politischen Fragen und hatte den Zweck, dem landwirthschaftlichen Gewerbe Schutz und Unterstützung zu gewähren. Bis zu der Zeit, wo diese Vereinigung gegründet wurde, war der Gedanke einer Schutzpolitik in der Kapkolonie überhaupt noch niemals aufgetaucht. Obgleich die Zölle in mancher Beziehung sehr hoch waren — wenigstens bedeutend höher als in Natal —, so wurden sie doch nur erhoben, um Einkünfte dadurch zu erzielen, und der Schutz, den sie etwa gewährten, beruhte nur auf Zufälligkeiten. Dies stimmte genau mit der Politik überein, die in der Kapkolonie seit der Entdeckung der Diamantfelder von Kimberley geherrscht hatte. Die verschiedenen auf einander folgenden Kolonialminister waren eifrig bemüht, aus dem neuen, durch die Diamantindustrie geschaffenen Handelszweige so viel Vortheil als möglich für die Kolonie zu ziehen und dabei zu gleicher Zeit die Gefahr zu vermeiden, daß durch einen zu hohen Zolltarif dieser Handel seinen Weg über Natal nähme. Bei der Befolgung einer derartigen Politik waren selbstverständlich alle landwirthschaftlichen Interessen in den Hintergrund getreten, und deßhalb kam Hofmeyr der Gedanke, eine neue politische Partei auf der Grundlage einer landwirthschaftlichen Interessenvertretung zu gründen, die so viel als möglich der fast ausschließlichen Begünstigung entgegentreten sollte, welche die Minister und das Parlament den Handelsinteressen zu Theil werden ließen.

Diese landwirthschaftliche Partei war eben erst gegründet worden, als der Krieg in Transvaal ausbrach. Ihre Mitglieder, fast sämmtlich holländischer Abstammung, standen natürlich völlig auf Seite der Protest erhebenden Bürger von Transvaal, gaben aber ihren Sympathien nicht so thatkräftigen Ausdruck als die Bürger des Freistaats. Im Freistaat hatte man die nationale Seite der Lage weit deutlicher erfaßt, und den leitenden Persönlichkeiten dieses Staates schien der Augenblick gekommen, ein nationales Bollwerk — national im südafrikanischen Sinne — gegen ähnliche, willkürliche kaiserliche Einmischungen zu errichten, wie sie bei der Einverleibung von Transvaal und den unseligen Ereignissen, die diese begleiteten, zu Tage getreten waren. In der Hauptstadt des Freistaats wurde deßhalb der Afrikanderbund gegründet, mit der Absicht, diese ebengenannten Ziele zu verfolgen. Die hervorragendsten Gründer waren Friedrich Wilhelm Reitz, damals Oberrichter, nachmals Präsident des Freistaats, ferner Ewald Esselen, damals ein junger aufstrebender Rechtsanwalt mit den besten Aussichten, und Borckenhagen, der Besitzer und Herausgeber des „Freistaat Expreß". Reitz hatte sich schon in England der Rechtspflege gewidmet und war späterhin als Rechtsanwalt in Kapstadt thätig gewesen; im Verein mit seinem Vorgänger, dem Präsidenten Brand, und Sir J. H. de Villiers, dem Oberrichter der Kapkolonie, darf er als die vornehmste Verkörperung der Intelligenz, Bildung und des Patriotismus in Süd-Afrika gelten; es ist sehr zu bedauern, daß seine Amtsdauer in der Präsidentschaft durch Krankheit verkürzt wurde. Esselen, dessen Bruder einige Jahre lang die Regierung von Transvaal in Swazieland vertrat, ist ein Mann von großer Begabung; er stand in den engsten Beziehungen zu der Regierung von Transvaal in der Zeit unmittelbar nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit, indem er im Jahre 1884 das Amt des Schriftführers bei der Abordnung bekleidete, die zur Revision des Vertrages von Pretoria nach England geschickt wurde. Borckenhagen, von

Geburt ein Deutscher, ist ein Mann von ungewöhnlicher Einsicht und Bildung, der als einflußreicher politischer Schriftsteller in Süd-Afrika schwerlich seines Gleichen findet. Es ist vielleicht nützlich, eine Bewegung, die eine so große Rolle in der südafrikanischen Politik spielt, bis auf ihre ersten Anfangsgründe zurück zu verfolgen; es muß dabei noch ausdrücklich betont werden, daß dieser Afrikanderbund, wenn er auch in sofern antikaiserlich war, als er allen Versuchen entgegentrat, Süd-Afrika von außen her und im Gegensatz zu den Wünschen seiner europäischen Bevölkerung zu regieren, doch niemals antibritische Tendenzen verfolgte, obgleich einer seiner ursprünglichen Begründer ein Deutscher von Geburt war und die beiden anderen von deutscher Abstammung. Die Bezeichnung „Afrikander“ war insofern eine etwas kühne, als der Ausdruck bis dahin gewöhnlich nur auf die farbige Bevölkerung Süd-Afrikas angewendet worden war. Nachdem diese Bezeichnung aber als Namen einer neuen Vereinigung einmal angenommen war, erhielt sie plötzlich eine andere, höhere Bedeutung. Sie bezeichnete seitdem, und thut es noch heutzutage, alle jene Europäer, gleichviel welcher Nationalität und Geburt, die Süd-Afrika als ihr Vaterland betrachten und daher natürlicherweise fest entschlossen sind, alle südafrikanischen Interessen selbst zu vertreten und keinerlei Bevormundung oder Einmischung von außen her zu dulden. Es lag klar zu Tage, daß die Mißstände, unter denen das Land bisher gelitten hatte, aus der im Interesse der auswärtigen Politik beliebten Vernachlässigung der Wünsche der südafrikanischen Bevölkerung entsprungen waren, und es stand zu hoffen, daß durch die Gründung des Afrikanderbundes eine Wiederholung ähnlicher Wirren künftig verhütet werden könnte.

Die Schöpfung des Afrikanderbundes, die gewissermaßen die Geburt des südafrikanischen Nationalgefühls bedeutet, kam den leitenden Persönlichkeiten des landwirthschaftlichen Schutz-Verbandes in der Kapkolonie sehr gelegen. Hofmeyr sah sofort ein, daß die politische Partei, an deren Befestigung er arbeitete,

einen viel größeren Einfluß gewinnen würde, wenn er sie mit den Bestrebungen des Nationalgefühls verschmelzen könnte, das unter dem Namen des Afrikanderismus seine Flagge in Bloemfontein entfaltet hatte. So verwandelte sich der landwirthschaftliche Schutzverband der Kapkolonie ohne besondere Schwierigkeiten in den Afrikanderbund. Thatsächlich war und blieb er immer noch eine Vereinigung zum Schutze der Landwirthe, aber da er sich die Würde und Wichtigkeit, die jeder nationalen Bewegung anhaften, aneignete und vorgab, viel mehr zu bedeuten als thatsächlich der Fall war, so wuchs seine Macht und sein Ansehen ganz erheblich. Wie alle derartigen Einrichtungen wurde auch diese im Anfang falsch aufgefaßt. Sie wurde für antibritisch verschrieen, und Hofmeyr, dessen Name damals hauptsächlich in Verbindung damit genannt wurde, in erregten britischen Zeitungsberichten geradezu für einen Verräther erklärt. Dies hinderte den Bund aber nicht, auch abgesehen von allen politischen Fragen, Gutes zu wirken. Bevor er in's Leben trat, war die holländische Sprache von der Kapregierung völlig außer Acht gelassen worden, obgleich sie die Umgangssprache des weitaus größten Theiles der europäischen Bevölkerung in der Kapkolonie war. Nur im Parlament und bei amtlichen Bekanntmachungen bediente man sich der englischen Sprache und die Telegraphenämter nahmen nur englische Telegramme an.

Es dauerte nicht lange, bis der Bund die gleiche Behandlung der englischen und der holländischen Sprache forderte und seine Ansprüche in dieser Beziehung, zum großen Verdrusse einiger Beamten aus der alten Schule, auch wirklich durchsetzte. Diese an und für sich durchaus vernünftigen und berechtigten Neuerungen wurden längere Zeit hindurch von dem britischen Theile des Gemeinwesens mit ernsten Befürchtungen angesehen, indem man vermuthete, daß diese Schritte nur auf das Verlangen vorbereiten sollten, die britische Flagge ganz und gar aus Süd-Afrika zu entfernen. Hofmeyr, den man als die

Verkörperung der Selbstständigkeitsidee ansah, hatte aber in keiner Weise auch nur einen Augenblick etwas derartiges angestrebt. Das Eintreten für den Gedanken einer südafrikanischen Nationalität gab der Afrikanderpartei, wie sie genannt wurde, eine festere Stellung im Kap-Parlament, und diese verbesserte Stellung verlieh ihr wiederum die Macht, unter Hofmeyr's Führung materielle Vortheile von dem Kolonial-Parlament zu erringen. Als Hofmeyr bei Gelegenheit des Jubiläums der Königin Victoria im Jahre 1887 England besuchte, setzte er nicht Wenige durch sein Verhalten in Erstaunen, das die Förderung des Planes eines kaiserlichen Staatenbündnisses zu begünstigen schien. Er schien sich wie einst Saulus, der Verfolger, zu Paulus, dem Apostel, bekehrt zu haben. In Wahrheit war aber bei ihm gar keine Rede von irgend welcher Bekehrung. Hofmeyr vertheidigte das kaiserliche Bündniß, weil er dadurch greifbare Vortheile für seine Freunde und Anhänger im Kap-Parlament zu erreichen hoffte. Wenn wirklich ein kaiserliches Bündniß zu Stande gekommen wäre, so würden seine Freunde, die Weinbauer der westlichen Provinz in der Kapkolonie, den großen Vortheil erlangt haben, daß sie ihre Weine mit geringerem Zoll, als sonst auf dem Weine aus dem Auslande stand, nach England senden konnten, und das war ein sehr greifbarer Vortheil, den die parlamentarischen Freunde Hofmeyr's ebenso gut zu schätzen wußten, wie den Gewinn, der ihnen beim Kap-Parlament in der Gestalt von Zollfreiheit beim Branntwein, von Schutzzöllen auf Fleisch und Korn und strengeren Vorschriften für die Gewalt über eingeborene Dienstleute zu Theil wurde. So lange das scheinbare Festhalten an dem Gedanken eines südafrikanischen Nationalbewußtseins, wie er den eigentlichen Gründern des Bundes vorgeschwebt hatte, den Zwecken der Afrikanderpartei im Kap-Parlament förderlich sein konnte, so lange wollte auch diese Partei an dem nationalen Gedanken festhalten. Spätere Ereignisse zeigten aber, daß man diesen nationalen Gedanken ohne Zögern und Be-

denken fallen ließ, sobald er der Partei keinen Nutzen mehr gewährte.

Inzwischen machte das Erwachen der Holländer in Süd-Afrika greifbare gewaltige Fortschritte, trotz der wesentlichen Verschiedenheit in den Bestrebungen, die sich nach und nach im Laufe der Zeit entwickelte. Es erschien der Bevölkerung, die bis dahin das Thun und Treiben der Beamten und gesetzgebenden Körperschaften in Kapstadt nur mit Gleichgültigkeit oder Verachtung angesehen hatte, fast wie eine Offenbarung, daß sie durch eine politische Organisation und ein streng verfassungsmäßiges Vorgehen ihrerseits im Stande war, die Politik und Gesetzgebung des Landes zu beeinflussen und zu überwachen. Sobald man sich erst einmal dieser Macht bewußt geworden war, erwachte auch der Wunsch, diese Macht zu brauchen, und zwar ohne die Verantwortlichkeit zu übernehmen, die sonst gewöhnlich mit dem Besitze politischen Einflusses verknüpft ist. Eine Folge des siegreichen Kampfes um die Unabhängigkeit von Transvaal zeigte sich darin, daß das Ministerium Sprigg, dessen guter Ruf wegen seiner Unfähigkeit das Unternehmen des Staatenbundes zu fördern, und durch seine unglückliche Behandlung der Frage wegen Entwaffnung der Eingeborenen stark gelitten hatte, im Anfange des Jahres 1881 abtrat und durch ein Ministerium ersetzt wurde, das zuerst dem Grundsatze huldigte, der Afrikanderbund sei die Macht, der gehorcht werden müsse, obwohl keiner seiner Führer selbst ein Amt annehmen wollte. Niemand wird behaupten wollen, daß diese Auslegung der Grundsätze einer verfassungsmäßigen Regierung vernünftig ist und irgend welche Sicherheiten verbürgt, und zweifellos hat die Annahme des Grundsatzes einer Machtstellung ohne Verantwortlichkeit zu ernsten Mißhelligkeiten geführt.

Die Bemerkung kann hier nicht unterdrückt werden, daß eine verfassungsmäßige Regierung, wie sie in den britischen Kolonien von Süd-Afrika und wahrscheinlich auch in allen übrigen britischen Kolonien besteht, überhaupt ein ungeschickter

und unpraktischer Nothbehelf ist, der zu vielfachen Mißbräuchen Anlaß giebt und eine gesunde Verwaltung unmöglich macht. Die britische Verfassung hat wenigstens die Würde und das Ansehen des Althergebrachten für sich, trotz der leicht zu durchschauenden Einbildungen, auf denen sie beruht, und trotz der vielfachen Zufälligkeiten, die sie zu dem gemacht haben, was sie ist. Aber für ein junges Gemeinwesen, wie es jede Kolonie ist, aus Einbildungen und Zufälligkeiten eine neue Verfassung nach dem Muster der britischen aufbauen zu wollen, wäre etwa ebenso thöricht, als wenn man ein Eisenbahnstationsgebäude in Australien nach dem Muster der Westminster-Abtei bauen wollte. Alle gesellschaftlichen und sonstigen Faktoren, die der britischen Verfassung trotz ihrer vielfachen Unregelmäßigkeiten den Stempel der Würde aufdrücken, fehlen in einer Kolonie gänzlich. Der vornehme und uneigennützige Ton des öffentlichen Lebens ist nicht vorhanden. Die Einkünfte, welche die hohen politischen Aemter bieten, die freilich mit den Einkünften ähnlicher Aemter in England verglichen ziemlich klein sind, üben auf unvermögende Leute eine Anziehungskraft aus, die gelinde ausgedrückt demoralisirend wirkt. Die Versuchung, noch allerhand Nebengeschäfte zu betreiben, wird weit stärker und die Gelegenheit dazu bietet sich viel häufiger. Der Hang, an das Bestehen einer ehrlichen und unabhängigen Gesinnung nicht mehr zu glauben, tritt unfehlbar mehr und mehr in den Vordergrund, während die Erfahrung der Verwaltung sich wesentlich verringert. Die Thatsachen bezeugen — und diese Ueberzeugung ist das Ergebniß einer langjährigen Erfahrung —, daß die in den beiden Republiken von Süd-Afrika herrschende Regierungsform, abgesehen von den Aenderungen, die durch die Einsetzung eines zweiten Volksraads in Pretoria bedingt waren, den Verhältnissen junger emporwachsender Staaten weit besser entspricht, als die schwachen Nachahmungen des kaiserlichen Parlaments, wie sie in den meisten britischen Kolonien zu finden sind. Zum Beispiel darf nach der Verfassung des Oranje-

Freistaats kein bezahlter Oberbeamter einer Provinz im Volksraad sitzen und mitstimmen. Das Oberhaupt jeder Provinz hat das Recht im Volksraad zu sprechen, Vorgänge, die in seiner Provinz stattgefunden haben, zu erläutern und für irgend eine Maaßregel, welche die Exekutive einzuführen wünscht, einzutreten, aber das Stimmrecht befindet sich lediglich in den Händen der kein Amt bekleidenden Volksvertreter. Auf diese Weise eignen sich die an der Spitze der verschiedenen Zweige stehenden Beamten große Erfahrung in der Verwaltung an; sie sind dem Volksraad gegenüber verantwortlich, bringen seine Beschlüsse zur Ausführung und können aus ihrer Stellung beseitigt werden, wenn ihr Verhalten nicht befriedigt, aber sie gerathen niemals in die Versuchung, ihr politisches Segel nach dem Winde zu richten und sich dadurch die Fortdauer ihrer Einkünfte zu sichern. Eine derartige Verfassung ist viel einfacher als jene, die man so vielen britischen Kolonien aufgezwungen hat; sie bietet verderblichen Einflüssen viel weniger Raum und schützt vor den Aergernissen, die so häufig die Folge von Anschuldigungen wegen eigennütziger Beweggründe sind. Der Oranje-Freistaat hat sich in einfacher aber erfolgreicher Weise gegen plötzliche Verfassungsänderungen geschützt: der Antrag auf eine Verfassungsänderung darf erst gestellt werden, nachdem er in zwei auf einander folgenden gewöhnlichen Sitzungen des Volksraades von einer zwei Drittel betragenden Stimmenmehrheit angenommen worden ist. Es scheint fast, als ob wir von den Pionieren in Süd-Afrika selbst in Bezug auf Verfassungsangelegenheiten noch Manches lernen könnten.

VIII.

Wirrsale und Entmuthigung.

Es war kaum anzunehmen, daß sich die Bewegung, die sowohl der Zulu= als auch der Transvaalkrieg hervorgerufen hatte, sofort legen würde und die südafrikanischen Angelegenheiten darnach vollständig glatt verlaufen würden. In Transvaal und in Zululand waren durch verschiedene Versuche, die durch unmittelbares kaiserliches Eingreifen entstandenen Störungen zu beseitigen, Verhältnisse geschaffen worden, die möglicher Weise zu ernster Verwirrung Anlaß geben konnten, während die Niederlage der Kapregierung bei ihrer Entwaffnungspolitik den Basutos gegenüber eine dauernde Gefahr geschaffen hatte, die man nicht außer Acht lassen durfte. Es ist eine erstaunliche Thatsache, die aber erwähnt werden muß, daß troß des Opfers von mindestens fünf Millionen Pfund Sterling von Seiten der Reichsregierung und von vier Millionen seitens der Regierung des Kap der guten Hoffnung, die Ziele, welche die Politik des „kräftigen Vorgehens“ anstrebte, ferner denn je erschienen, während die Gefahren, die diese Politik gerade abwenden sollte, handgreiflich näher gerückt lagen denn je. Der Traum eines Staatenbundes und eines durch kaiserlichen Einfluß vereinten und der Reichsgewalt unterworfenen Süd=Afrika war vollständig verschwunden und an seine Stelle eine antikaiserliche Bewegung getreten, nach der man sich fünf Jahre vorher

vergebens umgesehen hätte. Was die Gefahr einer Vereinigung der Eingeborenen gegen die Europäer anbelangt, die von amtlicher Seite als Grund für die Einverleibung von Transvaal und den Ausbruch des Zulukrieges angeführt worden ist, so hat diese Gefahr vor der Einverleibung von Transvaal überhaupt nicht bestanden. Sie tauchte aber in Folge von Ereignissen während der drei oder vier Jahre unmittelbar nach der Einverleibung auf — Ereignissen, die das Ergebniß einer Politik waren, welche unter Anderem die Annexion von Transvaal veranlaßt hatte. Die Niederlage, welche die Truppen von Kapland in dem Feldzuge gegen die Basutos erlitten hatten, hatte in der That eine wirkliche Gefahr geschaffen, von der vorher keine Rede gewesen war. Die Basutos — und durch die Basutos wiederum andere eingeborene Stämme Süd-Afrikas — hatten zweierlei gelernt: einmal, daß europäische Regierungen auch Ungerechtigkeiten zu begehen im Stande sind, und sodann, daß man ihnen mit Erfolg entgegentreten konnte. Zweifellos hatte diese Erkenntniß für verschiedene Länder, an deren Frieden die Kapregierung ein bedeutendes, wenn auch nicht unmittelbares Interesse hatte, eine praktische Bedeutung. Die Ermordung einer Magistratsperson durch einen Häuptling der Transkeigebiete — Eingeborenengebiete östlich von der Grenze der eigentlichen Kapkolonie — wurde nicht gesühnt und ist noch bis auf den heutigen Tag ungesühnt geblieben. Allerdings waren ja die Eingeborenen dieser Bezirke sowohl, als auch die Basutos damit zufrieden, daß sie der europäischen Gewalt erfolgreich widerstanden hatten, und machten keinen Versuch die Grenzen ihres eigenen Gebietes zu überschreiten. Nichtsdestoweniger steht fest, daß, während vor der Politik des „kräftigen Vorgehens" keine Rede von einer ernsten Gefahr der Vereinigung der Eingeborenen gewesen war, diese Gefahr bis zu einem gewissen Grade erst durch die übel angebrachten Maßregeln geschaffen worden ist, durch die sie beseitigt werden sollte.

Das neue Kapministerium, auf dem die von seinen Amts-

vorgängern gemachten Kriegsschulden schwer lasteten, war zu vollständiger Unthätigkeit den Basutos und anderen eingeborenen Stämmen gegenüber verurtheilt und mußte noch froh sein, daß die Basutos so gütig waren, es in Ruhe zu lassen. Währenddem herrschten in Zululand nichts weniger als geordnete Verhältnisse. Durch die Gefangennahme Cetewayo's, dessen hohes Ansehen wenigstens sein eigenes Volk in Ordnung gehalten hatte, war eine Lücke entstanden, zu deren Ausfüllung noch kein Versuch gemacht war. Die öffentliche Meinung in England, erschreckt und verdrossen durch die gänzlich unerwarteten Störungen in Süd-Afrika, war nicht darauf vorbereitet, eine Einverleibung des Zulugebietes gut zu heißen oder zu dulden. Wenn diejenigen, die trotzdem diese Absicht hatten, etwas vertrauter mit der Sachlage gewesen wären, so würden sie sicherlich eingesehen haben, daß es in vieler Beziehung ein Akt der Gerechtigkeit und Menschlichkeit gewesen wäre, Zululand, das seit Cetewayo's Absetzung herrenlos war, unter eine zivilisirte Herrschaft zu bringen. Zululand bedurfte zu einer erfolgreichen Ansiedlung unbedingt der Oberherrschaft einer einheitlichen Autorität, wie sie in Cetewayo verkörpert gewesen war. Die Häuptlinge, welche die verschiedenen Bezirke zu regieren hatten, in die das Land eingetheilt worden war, standen sich in vielen Fällen feindlich gegenüber und es war nicht darauf zu bauen, daß sie unter einander Frieden halten würden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre das Beste gewesen, Cetewayo nach seiner Unterwerfung wieder als Herrscher unter der Oberaufsicht der britischen Behörden einzusetzen, allein sein Charakter war von amtlicher Seite in so schwarzen Farben dargestellt worden, daß man diesen Schritt keinenfalls wagen zu dürfen glaubte. Den Zuluhäuptlingen, von der gewohnten Oberherrschaft und Aufsicht plötzlich befreit, bot sich willkommene Gelegenheit, ihre Feindseligkeiten unter einander auszutragen. Von allen Seiten erhob sich Zank und Streit, das Blutvergießen nahm kein Ende mehr und es schien, als ob sich, wie von Lord Wolseley prophezeit,

das Schicksal der Katzen von Kilkenny an einem der schönsten und gefügigsten der eingeborenen Stämme des südafrikanischen Festlandes erfüllen sollte.

Auch in Transvaal verliefen während dieser Zeit die Dinge nicht glatt. Sei es mit oder ohne Absicht, sei es unter dem Druck mächtiger Kabinetseinflüsse, auf die wir bereits hingewiesen haben, oder in der Absicht, den Vertrag von Pretoria als undurchführbar hinzustellen, die Haltung des Kolonialamtes der wiederhergestellten republikanischen Regierung gegenüber war offenkundig eine harte und feindselige. Um der geringfügigsten Dinge willen wurde die Regierung von Pretoria zur Rechenschaft gezogen. Die Vorbehalte, welche die Beibehaltung der Suzeränität in sich schloß, wurden fortgesetzt so wenig wohlwollend ausgelegt als möglich. In Downing Street huldigte man ganz offen dem Grundsatze, daß der Besitz der Suzeränität lediglich bis zum äußersten gehende Rechte, aber keinerlei Verpflichtungen in sich schließe. Die Bedingungen, die Transvaal in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten auferlegt waren, wurden so streng ausgelegt, daß man unter Anderem verlangte, der Verkehr mit den portugiesischen Behörden in der Delagoabai dürfe nur über die durchgehende Linie von London nach Lissabon erfolgen. Der Regierung von Pretoria wurde aufs Strengste verboten, den früheren Namen einer südafrikanischen Republik zu führen, weil er im Widerspruch mit dem Vertrage von Pretoria stände, der angeblich eine Bestimmung enthalten sollte, die lediglich die Anwendung des neuen Namens Transvaalstaat gestattete. Es stellte sich später heraus, daß diese Bedingung gar nicht existirte. Außerdem hatte die Regierung von Pretoria auch noch den fortwährenden Versuchen entgegenzutreten, welche die im Lande lebenden Europäer machten, um die Eingeborenen zu Feindseligkeiten aufzureizen, Versuche, die von britischen Einwohnern der Kapkolonie und von Natal kurzsichtiger Weise in vielen Fällen begünstigt wurden.

Abgesehen aber von allen diesen Ursachen der allgemeinen Angst und Verwirrung litt das ganze Land unter dem Rückschlage, der jedem Zeitabschnitt eines großen Handelsaufschwungs unvermeidlich zu folgen pflegt. Der Zulu- und Transvaalkrieg hatten durch den damit verbundenen großen Geldzufluß, der in das Land hineinströmte, eine Geschäftigkeit im Handel hervorgerufen, die zum großen Theile auf unsicherer Grundlage ruhte. Die sich immer mehr ausbreitende Diamantindustrie in Kimberley hatte einen ähnlichen Erfolg gehabt, und der Handelsumfang war noch weiter durch die Summen gestiegen, die sowohl in der Kapkolonie als auch in Natal für den Bau neuer Eisenbahnen ausgegeben wurden. Der durch die militärischen Unternehmungen in's Leben gerufene Handel hatte aufgehört; der Bau neuer Eisenbahnen ruhte augenblicklich, und die Diamantindustrie in Kimberley war im Niedergange begriffen, weil man im Betriebe der tiefer gelegenen Sohlen der Bergwerke auf unerwartete Schwierigkeiten gestoßen war. Allerdings waren in letzter Zeit mehrere recht unsichere Diamantgruben-Gesellschaften „gegründet" worden, man hatte einen sogenannten „Boom" in Szene gesetzt, durch den sich eine beschränkte Anzahl von Spekulanten in kurzer Zeit glänzend bereichert hatte, aber die Hochfluth der industriellen Thätigkeit hatte sich verlaufen. Es strömte nicht mehr wie ehedem eine Schaar von Männern in die Bergwerke, die im Schweiße ihres Angesichts arbeiteten, um reich zu werden, und die, auch wenn es ihnen nicht gelang, doch um nichts schlechter daran waren als vorher. Kimberley war noch immer der Mittelpunkt eines großen Absatzgebiets, und es erschien dem Kapministerium immer noch als seine Pflicht, den guten Ruf der Kolonie bis auf's Aeußerste zu vertheidigen, um den Bau einer dreifachen Eisenbahnlinie bis zu diesem Punkt durchzusetzen. Aber das frische Leben und die Elastizität waren vorüber. Desto tiefer geriethen die beiden Kolonien in Schulden; sie mußten alljährlich immer größere Summen aufbringen, um den Besitzern der Antheilscheine ihre Zinsen auszahlen zu

können, während die Einnahmen aus dem Eisenbahnverkehr, von denen natürlich die Zinsen der Anleihen bezahlt werden sollten, die man seinerzeit aufgenommen hatte, um die Bahnen zu bauen, immer geringer wurden. Auch schien die nächste Zukunft nichts bringen zu wollen, was ein neuer Ansporn für den Handel hätte werden können. Die Goldfelder von Transvaal, von denen man sich zur Zeit der Einverleibung so viel in die Ohren geraunt hatte, entsprachen den gehegten Erwartungen nicht. Aller Augenblicke tauchte das Gerücht auf, längs der östlichen Grenze der Republik seien neue Goldadern entdeckt worden, aber diese Goldadern pflegten für Alle eine große Enttäuschung zu sein, ausgenommen für den Verkäufer des Stück Landes, in dem sie zu finden sein sollten. Es wurden nicht nur keine neuen Bergwerke angelegt, sondern sogar die alten Goldfelder in Pilgersruh, in der äußersten nordöstlichen Ecke von Transvaal, standen thatsächlich öde und verlassen.

Indessen diese Periode der Entmuthigung, so niederdrückend sie auch damals den davon Betroffenen erschien, hatte doch im Verborgenen ihren Nutzen. Sie zwang die Bewohner von Süd-Afrika zur Sparsamkeit, regte sie an, den natürlichen Erwerbsquellen des Landes nachzuspüren, und machte sie vor allen Dingen mit dem Gedanken einer südafrikanischen Nationalität vertraut, den die ursprünglichen Gründer des Afrikanderbundes zu betonen bemüht gewesen waren. Die offenkundig bestehende Partei des Afrikanderbundes im Kap-Parlament hörte auf, der britischen Parteigruppe als Zielscheibe des Spottes zu dienen. Man begann die Verdienste der Afrikanderpartei zu schätzen, deren Vertreter die öffentlichen Ausgaben streng sachlich beurtheilten, und man sah schließlich ein, daß das Land von Diamanten allein nicht leben konnte, sondern daß man die Erzeugung anderer Ausfuhrgegenstände in's Auge fassen müßte. Die Frage wurde aufgeworfen, ob man nicht ein engeres Band zwischen den verschiedenen südafrikanischen Gemeinwesen schaffen könne, ein Band, das versuchsweise zunächst die Form einer

gemeinsamen Verwaltung für fiskalische und Eisenbahn-Angelegenheiten annehmen könnte; dieser Vorschlag bildete den Gegenstand einer Berathung zwischen den Abgesandten des Freistaats und von Natal. Allerdings hatte diese Zusammenkunft keine weiteren Folgen, als daß gewisse allgemeine Vorschläge über die Beziehungen gemacht wurden, die in Betreff der fiskalischen Angelegenheiten zwischen einem Seestaat und einem Binnenstaat bestehen sollten. Mit diesen Vorschlägen hatte man zweifellos den richtigen Weg betreten, und dem gesetzgebenden Körper von Natal, von dem sie ausgingen, gebührt das Verdienst, hierbei die Bedürfnisse der Zeit richtig erkannt zu haben. Es ist außerordentlich zu bedauern, daß die Kapkolonie, die sich schon damals einer unabhängigen Verfassung erfreute und sie auch heute noch besitzt, die außerdem die Stellung des ältesten der verschiedenen südafrikanischen Gemeinwesen einnimmt, nur in den seltensten Fällen einen weiten politischen Blick über die Entwickelung der Dinge in Süd-Afrika gehabt, sich vielmehr meistens damit begnügt hat, ein Spiel auf eigene Hand und um eigener Vortheile willen zu spielen. Und in dieser Hinsicht machen sich die Beschränkungen der Afrikanderpartei im Kap-Parlament geltend; — seitdem diese Partei in's Leben getreten ist, hat sie die Politik der auf einander folgenden Kapministerien beherrscht, und ihr Einfluß ist, wie wir später sehen werden, in der ernstlichsten Weise fühlbar geworden.

Es stand wohl naturgemäß zu erwarten, daß die unbefriedigende Lage der Dinge in Transvaal und Zululand Bestrebungen zu ihrer Verbesserung hervorrufen würde. Das Kolonialamt konnte unmöglich der Regierung in Pretoria fortwährend Verweise wegen angeblicher Richtachtung eines Vertrages ertheilen, den diese Regierung von Anfang an als unannehmbar bezeichnet hatte, ohne selbst irgend einen Schritt zur Abhülfe des gerügten Uebelstandes zu thun; ebenso wenig war es zu dulden, daß die Zuluhäuptlinge fortwährend untereinander auf Kriegsfuß standen und dadurch den allgemeinen

Frieden jenes Theiles von Süd-Afrika gefährdeten. Was die Beziehungen zwischen Transvaal und der britischen Regierung anbelangte, so war Forster das störende Element gewesen, und als er nach dem Scheitern seiner Bestrebungen in Bezug auf die irische Politik aus dem Staatsministerium austrat, schien der günstige Augenblick zu einer Abänderung des Vertrages von Pretoria gekommen, die schon zu der Zeit, als er unterzeichnet wurde, bedingungsweise zugesichert worden war. Ehe aber noch die vorgeschlagene Abänderung vorgenommen werden konnte, hatte der Druck der öffentlichen Meinung in England eine amtliche Kundgebung veranlaßt, die einer Abänderung der mit Zululand getroffenen Vereinbarungen günstig gestimmt war. Die Berichte von der dort herrschenden Unordnung lauteten so ernsthaft, daß unbedingt etwas geschehen mußte. Möglicher Weise waren ja diese Berichte in mancher Beziehung übertrieben: abgesehen von den amtlichen Depeschen gelangten Nachrichten aus Zululand hauptsächlich auf zwei Wegen nach England; der eine bestand in den Briefen, die der Bischof Colenso an Mitglieder der philanthropischen Partei im Unterhause richtete; der andere bestand in Telegrammen, die der Berichterstatter der „Times“ in Durban, ein sehr bekanntes Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft von Natal, an seine Zeitung sandte. Beide Theile waren eifrigst bestrebt, der herrschenden Unordnung ein Ende zu machen, aber aus sehr verschiedenen Beweggründen. Ein großer Theil der Ansiedler erstrebte die vollständige Einverleibung von Zululand, während die Anhänger des Bischofs von Natal die Wiedereinsetzung Cetewayo's wünschten, allerdings nicht ohne entsprechende Bürgschaft für sein ferneres Wohlverhalten. Die beiden Parteien waren deßhalb darauf bedacht, wenn auch nicht gerade die Uebelstände der Lage in Zululand zu übertreiben, so doch jedenfalls keinen Vorfall zu verschweigen, der die bestehenden Verhältnisse in möglichst ungünstigem Lichte erscheinen ließ. Da bei der Regierung entschieden die Neigung vorhanden war, Alles beim

Alten zu lassen, so gingen die amtlichen Bestrebungen dahin, die Gefahren der bestehenden Lage als möglichst geringfügig darzustellen. Allein den beiden Parteien der Schwarzseher, unterstützt von dem parlamentarischen Drucke, den die philanthropische Partei ausübte, gelang es, die amtliche Meinung zu überstimmen, und es wurde der Beschluß gefaßt, Cetewayo unter den Bedingungen und Einschränkungen, wie sie den verantwortlichen Beamten in Natal vortheilhaft erschienen, wieder einzusetzen.

Es ist überflüssig, nachdem mehr als zwölf Jahre darüber hingegangen sind, nochmals auf die Einzelheiten eines Streites zurückzukommen, der zu jener Zeit mit ungewöhnlicher Heftigkeit geführt wurde. Es muß indessen betont werden, daß der Vorschlag, Cetewayo in Zululand wieder einzusetzen, durchaus keiner unpraktischen Schwärmerei entsprang, ebenso wenig wie der Vorschlag, ihn in der Stellung als lehnspflichtigen Häuptling zu belassen, der nach der endgültigen Unterwerfung der Zulus durch die Schlacht bei Ulundi gemacht wurde. Im Gegentheil: diejenigen waren unpraktisch, die bloß in nervöser Schreckhaftigkeit die vollständige Unterwerfung des Zululands unter britische Oberherrschaft als die einzige Bürgschaft für den Frieden und die Ordnung des Landes ansahen. Es ist überflüssig, bei der Verfolgung dieses Streites näher auf die Berechtigung der Zulufrage einzugehen, wie sie ursprünglich in Sir Bartle Frere's Kopfe auftauchte. Angenommen das Ultimatum, dessen unmittelbare Folge der Ausbruch des Zulukrieges war, wäre berechtigt gewesen, und die Macht der Zulus hätte wirklich unbedingt gebrochen werden müssen — was hätten wohl die Holländer, die von jeher am besten mit den Eingeborenen umzugehen verstanden, unter ähnlichen Verhältnissen gethan? Sie hätten sich zweifellos die Macht und das Ansehen des Häuptlings zu Nutze gemacht und ihm die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der Ordnung übertragen. Dies war der Weg, den sie nach der vollständigen Niederlage der Zulus

unter Dingaan einschlugen, als sie Panda an seine Stelle als Häuptling wieder einsetzten und dadurch Südost-Afrika fünfunddreißig Jahre hindurch den Frieden zwischen den Europäern und den Zulus sicherten. Man darf nicht vergessen, daß die holländischen Ansiedler keinerlei Unterstützung von anderer Seite her zu erwarten hatten; sie waren lediglich auf ihre eigene Kraft angewiesen, und diese hatte ihnen bisher auch in der größten Noth stets genügt und ihnen dabei zugleich die Freiheit verschafft, eine verständige und beharrliche Politik zu verfolgen. Das war ein ungeheuerer Vortheil, und man muß wohl zugeben, daß die auf Erfahrung beruhende Furcht vor den Folgen des launenhaften Vorgehens der Reichsbehörden in London bis zu einem gewissen Grade eine Rechtfertigung für diejenigen war, welche die endgültige und vollständige Herstellung geordneter Verhältnisse in Zululand nur durch seine Einverleibung erreichen zu können glaubten.

Das Ergebniß dieses Streites zwischen den verschiedenen Meinungen und Interessen war, wie wohl ganz natürlich, das denkbar ungünstigste. Der Versuch, mehrere widerstreitende Parteien zugleich zufrieden zu stellen, endete damit, daß keine befriedigt war. Die philanthropische Partei in England sollte durch die Wiedereinsetzung Cetewayo's befriedigt werden. Die Befürchtungen der Ansiedler von Natal sollten durch die Zurückbehaltung eines Streifens neutralen Gebietes zwischen der Grenze von Natal und dem übrigen Zululand zerstreut werden. Die Beamten von Natal, die der Wiedereinsetzung Cetewayo's, gleichviel unter welchen Bedingungen, aufs Heftigste widersprachen, sollten dadurch zufriedengestellt werden, daß es ihnen überlassen blieb, die Einzelheiten der vom Kolonialamt vorgeschriebenen Politik zu bestimmen. Es ist bis auf den heutigen Tag unverständlich geblieben, warum Sir Henry Bulwer, der nach der Entlassung Sendall's auf's Neue zum Gouverneur von Natal ernannt wurde, es nicht ablehnte, sich auch nur im Geringsten der politischen Richtung anzuschließen, deren eifrigster

Gegner er bis dahin gewesen war. Er hatte bis dahin — ob mit Recht oder Unrecht bleibt dahingestellt — die von Lord Wolseley entworfene Theilung des Landes gutgeheißen, und war ein entschiedener Gegner der Einverleibung sowohl, als auch der Wiedereinsetzung des ursprünglichen Häuptlings. Man muß annehmen, daß es in seiner Macht gestanden hätte, seiner Mißbilligung dadurch Ausdruck zu geben, daß er die Verantwortlichkeit für die geplante Wiedereinsetzung ablehnte. Hätte er das gethan, so wäre die Mehrzahl der Ansiedler von Natal auf seiner Seite gewesen, und die Behörden des Kolonialamtes wären gezwungen worden, auf seine Einwendungen zu hören. Wie die Dinge lagen, konnte man kaum annehmen, daß er irgend welches tieferes Interesse an der Verfolgung einer Politik nehmen würde, die er ganz und gar mißbilligte. Infolgedessen blieb die Regelung der Einzelheiten Beamten überlassen, die aus hier nicht näher zu erörternden Gründen wünschen und hoffen mußten, daß die Wiedereinsetzung Cetewayo's sich als ein Mißgriff erweisen würde. Unter diesen Umständen mußte dies natürlich eintreten und konnte Niemanden überraschen. Die Wiedereinsetzung war, in Anbetracht aller vorhergegangenen und begleitenden Umstände und namentlich auch wegen der Befürchtungen, welche die europäische Bevölkerung von Natal hegte, lediglich ein Versuch, und zwar ein Versuch, der mit der größten und peinlichsten Vorsicht hätte gemacht werden müssen, um den gewünschten Erfolg zu haben. Diese Vorsicht wurde nicht angewendet — vielleicht war es überhaupt nicht möglich sie anzuwenden —, und der Versuch mißlang daher so vollständig, wie es seine erbittertsten Gegner nicht besser wünschen konnten. Die Häuptlinge, die ihre während Cetewayo's Abwesenheit errungene Machtstellung nicht aufgeben wollten, erfuhren bald, daß Cetewayo für alle, gleichviel aus welchem Grunde entstehenden Unruhen verantwortlich gemacht werden sollte. Das genügte. Kaum sechs Monate nach seiner Wiedereinsetzung mußte er wieder flüchten; kurze Zeit darauf ergab er

sich auf's Neue den britischen Behörden, und es dauerte nicht lange, bis er in der Gefangenschaft an gebrochenem Herzen starb, zweifellos das Opfer seines ehrlichen Bestrebens, die Versprechungen zu erfüllen, die er der Reichsregierung unter unerfüllbaren Bedingungen gegeben hatte.

Eine unvermeidliche und vorausgesehene Folge dieser unglücklichen Ereignisse war fraglos die allmähliche Verminderung des Ansehens der britischen Regierung in den Augen der Eingeborenen von Süd-Afrika und die entsprechende Erhöhung des Ansehens der Holländer. Dies zeigte sich sehr deutlich kurz nach dem Tode Cetewayo's, als die Zulus die Bauern von Transvaal um Unterstützung anriefen, um dem Blutvergießen und den ungeordneten Zuständen ein Ende zu machen, durch die Zululand entvölkert und zu Grunde gerichtet wurde. Die erbetene Unterstützung wurde ihnen, vielleicht aus nicht ganz uneigennützigen Beweggründen gewährt, und hatte wenigstens für den Augenblick den gewünschten Erfolg. Schließlich aber brachte die von Transvaal erbetene Hülfe den Zulus doch keinen sehr großen Nutzen. Sie mußten es mit ansehen, daß die Bauern die ihnen als Gegenleistung zur Ausnützung bewilligten Ländereien in eine selbstständige Republik umwandelten, daß die britische Regierung diese Republik zuerst anerkannte und später ihre Einverleibung in das Gebiet von Transvaal guthieß. Es wirft ein eigenthümliches Licht auf die Launenhaftigkeit der Politik in Süd-Afrika, daß zu derselben Zeit, wo die Zulus unter der kaiserlichen Ungnade litten, die Basutos, die dem Versuche der Kapregierung, sie zu entwaffnen, erfolgreichen Widerstand geleistet hatten, sich der Sonne der kaiserlichen Huld erfreuten. Das Kapministerium, dem jede Möglichkeit abgeschnitten schien, seine Macht über die Basutos wiederzugewinnen, knüpfte mit der Reichsregierung Verhandlungen an, in der Absicht, sie zu der Uebernahme der Oberhoheit über Basutoland zu bewegen. Die Verhandlungen hatten den gewünschten Erfolg, und zwar wie es scheint, hauptsächlich in

Folge des Einflusses mehrerer Beamter in Natal, die damals guten Grund hatten eine Kritik ihrer Politik in Zululand zu verhüten. Mitglieder des Kapministeriums sollen zu den Beamten von Natal gesagt haben: „Helft uns, daß wir die Basutos loswerden, dann wollen wir Euch helfen, daß Ihr in Zululand ungestört bleibt.“ So wurden die Interessen wichtiger Eingeborenenstämme zum Spielball eigennütziger Beamten, die kein anderes Ziel kannten, als die Sicherstellung ihrer eigenen persönlichen Bequemlichkeit. Den eigentlichen materiellen Nutzen trugen die Bürger von Transvaal davon, die ein großes Gebiet, das früher zu Zululand gehörte, der südafrikanischen Republik hinzufügten.

Ein in diesen Zeitabschnitt fallendes freudiges Ereigniß war die Aufhebung des Vertrages von Pretoria und der Abschluß eines neuen Vertrages, der in London unterzeichnet wurde, wobei alle die Punkte, die sich der Volksraad von Transvaal im Jahre 1881 vorbehalten hatte, bewilligt wurden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Abänderung des Vertrages von Pretoria durch den Rücktritt von W. E. Forster aus dem Ministerium Gladstone ermöglicht wurde. Sie stand auch im Zusammenhange mit Lord Kimberley's Uebertritt aus dem Kolonialamt zur indischen Verwaltung und mit der Uebernahme des Kolonialamts durch Lord Derby, der sich allmählich ganz und gar den Reihen der liberalen Partei angeschlossen hatte. Besonders große Sympathie mit den eingeborenen Stämmen von Süd-Afrika konnte Lord Derby niemals zum Vorwurfe gemacht werden, und es geht das Gerücht, seine Kenntniß der neueren Geographie sei etwas mangelhaft gewesen. Er besaß aber einen klaren und gesunden Menschenverstand, mit dem er die Mängel des Vertrages von Pretoria sehr wohl erkannte, und genügende diplomatische Erfahrung, um einzusehen, wie thöricht es war Verträge zu schließen, die, anstatt eine Versöhnung herbeizuführen, nur immer größere Erbitterung hervorriefen. Als Krüger zum dritten Male nach England kam, hatten

ihm die Ereignisse seit seinem letzten Besuche im Jahre 1878 eine erhöhte Bedeutung in den Augen von Europa verliehen. Die Rechte, die der Volksraad im Jahre 1881 beansprucht hatte, waren sämmtlich anerkannt und ein neuer Vertrag abgeschlossen worden, in dem die Antheilnahme der britischen Regierung an den Angelegenheiten von Transvaal auf das alleinige Recht beschränkt war, innerhalb einer festgesetzten Frist und unter bestimmten Voraussetzungen ihre Zustimmung zu Verträgen vorzuenthalten, welche die Republik mit fremden Mächten etwa einzugehen wünschte. Es muß ganz besonders daran erinnert werden, daß dieser neue Vertrag abgeschlossen wurde, ungeachtet der Bemühungen seitens der Führer der philanthropischen Partei im Unterhause, mit W. E. Forster an ihrer Spitze, die öffentliche Meinung gegen Krüger und seine Regierung einzunehmen. Der wahre Grund dieser Bemühungen, die sich einige Zeit darauf im Zusammenhange mit den Angelegenheiten von Bechuanaland wiederholten, ist bisher denen entgangen, die zwar für alle Vorkommnisse einen Grund anzugeben wissen, die aber nicht daran glauben wollen, daß ein Staatsmann, der schon mehrmals Großes geleistet hat, im Stande sein könne, seine Amtsgenossen in Verlegenheit zu bringen, weil sie, nachdem ihre Geduld von ihm auf eine harte Probe gestellt worden war, seiner irischen Politik entgegengetreten waren.

IX.

Ein kritischer Zeitpunkt.

Es war nicht darauf zu rechnen, daß der Aufschwung, den die Partei der Holländer in der Kapkolonie genommen hatte, und die sich mehr und mehr ausbreitende Erkenntniß von der Bedeutung des holländischen Elements für Süd-Afrika ohne eine entsprechende Gegenbewegung bleiben würde. Verschiedene neue, im Fortschritt begriffene Entwicklungen schienen darauf hinzuweisen, daß der unmittelbare Einfluß der Reichsregierung in Süd-Afrika im Schwinden begriffen sei; es wurde sogar mehrfach befürchtet, daß die britische Flagge ganz abgeschafft werden sollte. Es steht heute fest, daß diese letztere Befürchtung unbegründet war, denn selbst die eingefleischtesten Anhänger der Afrikanderpartei in der Kapkolonie dachten nicht im Entferntesten daran, eine republikanische Form der Verfassung einzuführen. Sie fingen vielmehr unter Hofmeyr's Leitung an, die Möglichkeit in's Auge zu fassen, wie man Handelsvortheile aller Art aus dem Zustandekommen eines kaiserlichen Staatenbundes erzielen könnte. Trotzdem verbreitete sich unter dem zaghafteren Theile der britischen Bevölkerung der Kapkolonie eine Art Panik; diese wuchs nach und nach zu einer Bewegung heran, die, obgleich sie thatsächlich keinerlei besondere Bedeutung hatte, doch Aufsehen genug erregte, um selbst einen so vorsichtigen

und klaren Kopf wie Sir Herkules Robinson eine Zeit lang irre zu führen.

Die Hauptrolle bei dieser Bewegung spielte J. W. Leonard, ein Mitglied des Gerichtshofes der Kapkolonie, der für kurze Zeit das Amt eines Kronanwaltes unter zwei auf einander folgenden Verwaltungen bekleidet hatte. Leonard, dessen Name in Verbindung mit neueren Ereignissen häufig in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, besaß hervorragende Geistesgaben, verbunden mit einer gewissen Unstetigkeit des Charakters. Obgleich er ein glänzender Redner war und eine besonders genaue Kenntniß aller in das Gebiet der allgemeinen Litteratur einschlagenden Fächer besaß, gelang es ihm doch nicht, sich in Süd-Afrika das Ansehen zu erwerben, das eine im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeit von thatkräftigem und zuverlässigem Charakter im Allgemeinen zu genießen pflegt; gleichwohl glückte es Leonard für eine kurze Zeit eine wichtige, mit der Politik der Kapkolonie in Verbindung stehende Rolle zu spielen. Unter seinem Vorsitz bildete sich eine Vereinigung, die den hochtönenden Namen „Reichsliga" trug, und deren Streben ausgesprochener Maßen dahin ging, die sich immer mehr geltend machende Uebermacht des holländischen Elements zurückzudämmen und abermals einen direkten Eingriff der Reichsregierung in die Geschicke von Süd-Afrika herbeizuführen. Die Reichsliga veranstaltete Versammlungen in verschiedenen kleinen Städten der Kapkolonie und faßte Beschlüsse, die mit den eifrigst verfolgten eigenen Zielen in Einklang standen. Infolge der eigenthümlichen Bedingungen, unter denen sich das politische Leben Süd-Afrikas abspielte, erregten diese Versammlungen und Beschlüsse allgemeine Aufmerksamkeit. Dem kleinen Theil der Bevölkerung, der ihnen beistimmte, standen bedeutende Geldmittel zur Verfügung, die dazu verwendet wurden, seine Ansichten durch die Presse zu verbreiten. Der weitaus größere Theil der Bevölkerung, der das Vorgehen der Reichsliga verurtheilte, verhielt sich schweigend, oder wenn

er überhaupt seine Ansichten äußerte, so geschah es in kleinen holländischen Lokalzeitungen, die nur selten außerhalb der Bezirke, in denen sie erschienen, gelesen wurden. So kam es, daß auch in diesem Falle, genau wie bei der Einverleibung von Transvaal, die Sachlage in völlig schiefem Lichte wiedergegeben wurde. Man glaubte allgemein — und zweifellos fiel auch Sir Herkules Robinson diesem Glauben zum Opfer —, daß thatsächlich eine starke Reaktion bestände, daß die große Masse der Ansiedler in Kapland ihre Ansichten vom Jahre 1881 geändert habe, und daß das Bestreben, die Reichs-Oberhoheit in ganz Süd-Afrika im Allgemeinen und in Transvaal insbesondere auf's Neue geltend zu machen, in dem bedeutendsten südafrikanischen Gemeinwesen, nämlich in der Kapkolonie, des Beifalls der Bevölkerung sicher sein würde.

Noch andere Ereignisse trugen dazu bei, dieser Auffassung Geltung zu verschaffen. Seit dem Abschlusse des Vertrages von Pretoria im Jahre 1881 war man in Ungewißheit über die genaue Lage der Westgrenze der südafrikanischen Republik. Diese Ungewißheit war durch Ansprüche entstanden, die eingeborene Häuptlinge auf Ländereien längs der Grenze erhoben hatten. Die Grenzlinie, die durch den Vertrag von Pretoria festgesetzt worden war, lief gerade mitten durch das Gebiet eines unter dem glänzenden Namen David Massouw Riet Taaibosch bekannten Häuptlings, sodaß sich der eine Theil davon innerhalb, der andere außerhalb der Republik befand. Gegen diese Theilung erhob der Häuptling, der sich unter der Regierung von Transvaal sehr wohl befand, Einspruch. Die auf diese Weise entstandene Verwicklung wurde der Gegenstand umfangreicher Berichte und eines Depeschenwechsels, der heute nicht das geringste Interesse mehr bietet. Während die Verhandlungen im vollen Gange waren, wurde Massouw von einem anderen Häuptling Namens Mankoroane angegriffen, dessen Gebiet unmittelbar westlich lag, und der schon seit langer Zeit mit Massouw verfeindet war. Massouw erbat sich, wie einstmals die Zulu-

häuptlinge, den Beistand europäischer Freiwilliger, indem er ihnen Landabtretungen anbot, in der Art, wie sie zehn Jahre später die Charter-Gesellschaft mit so großem Erfolge anwandte, als sie den Einfall in Matabeleland in's Werk setzte. Mankoroane wurde geschlagen und Massouw's europäische Verbündeten forderten nun die versprochenen Ländereien in Bechuanaland jenseits der Grenze von Transvaal. Wie die Landwirthe, die um dieselbe Zeit die Zulus unterstützten, setzten sie in einem Städtchen, dem sie den Namen Vryburg gaben, eine eigene Regierung ein, gerade wie im nördlichen Zululand eine Hauptstadt unter dem Namen Vryheid gegründet worden war. Niemand sonst litt unter diesen Veränderungen als der Häuptling Mankoroane, der sein Schicksal selbst heraufbeschworen hatte, indem er sich in einen Eroberungskrieg eingelassen; im Gegentheil, Viele waren froh darüber, denn so manche Störungen, die den Frieden aller benachbarten Länder auf's Ernstlichste gefährdet hatten, wurden dadurch beseitigt.

Unglücklicherweise war der Häuptling Mankoroane ein besonderer Liebling und Schutzbefohlener des Predigers John Mackenzie, der in Bechuanaland als Missionar thätig war und der ihn und sein Volk zum Gegenstande begeisterter und — hoffentlich — aufrichtiger Lobeserhebungen gemacht hatte. Mackenzie, der übrigens den ganzen Eifer eines Evangelisten besaß, war nach dem Beispiele des berühmtesten aller südafrikanischen Missionäre, David Livingstone's, in bedeutendem Maße gegen alles holländische Wesen voreingenommen. Es ist hier nicht der Ort, die mittelbaren oder unmittelbaren Gründe dieses Vorurtheils zu erörtern; genug, es übte schon in den ersten Zeiten der britischen Herrschaft einen sehr verderblichen Einfluß auf die Geschichte von Süd-Afrika aus, und fand einen warmen Vertheidiger in Livingstone, obgleich dieser die Unglücksfälle, die ihn in's Innere trieben, viel mehr der feindlichen Haltung der britischen Regierung in Kapstadt zuzuschreiben hatte, als irgend einem Schritte holländischer Ansiedler in Transvaal.

Mackenzie's Fürsorge für seine farbige Heerde machte sich ebenso stark geltend, als seine Abneigung gegen alle Einflüsse aus Transvaal. Es ist wohl anzunehmen, daß er allein nicht viel ausrichten konnte, aber er besaß mächtige religiöse und politische Freunde in England. Seine einflußreichste Stütze war der verstorbene W. E. Forster, der Alles, was in seinen Kräften stand, daran gesetzt hatte, um Mißtrauen gegen die Bürger von Transvaal und ihre Regierung zu erregen, als über den Vertrag von Pretoria verhandelt wurde; mit unverminderter Heftigkeit setzte er seine Angriffe fort, als über die Abänderung jenes Vertrages berathen wurde. Forster's nahe Beziehungen zu der philanthropischen Partei einerseits und zu der großen Masse der englischen Nonconformisten andererseits ermöglichten es ihm ein gefährlicher Gegner der Gladstone'schen Regierung zu werden, die den Wunsch hegte, die Beziehungen zwischen Großbritannien und der südafrikanischen Republik freundschaftlicher zu gestalten. Durch sein Auftreten auf der Rednerbühne in den Missionsversammlungen, durch seine Angriffe im Unterhause auf die Regierung und durch seinen wiederholten öffentlichen Einspruch gegen jede Bethätigung amtlicher Gastfreundschaft für den Präsidenten Krüger, der damals gerade wieder in England weilte, gelang es ihm jedenfalls, dem Ministerium, das sich seinerzeit genöthigt gesehen hatte, seine irische Politik abzulehnen, ernstliche Verlegenheiten zu bereiten. Eine kurze Zeit schien es fast, als wären die Umstände seinen Absichten günstig; denn während der Anwesenheit des Präsidenten Krüger in England fiel es einem untergeordneten Beamten in Transvaal ein, an einem Punkte außerhalb der festgesetzten Grenze der Republik auf eigene Verantwortung die Flagge von Transvaal aufzuziehen. Ob dieser Schritt aus gutgemeinter Unwissenheit oder mit dem heimlichen Wunsche Unheil zu stiften, unternommen worden ist, hat nie ermittelt werden können. Genug, die Sache war geschehen, und sogleich zeigten sich die Folgen: die konservative Partei in England

sowohl, als auch die Philanthropisten, die Missionäre und die Reichsliga verlangten einstimmig, daß ein kaiserliches Heer nach Süd-Afrika geschickt werden solle, um die angeblichen Uebergriffe von Transvaal zu verhindern und die Zugehörigkeit des längs der Westgrenze der südafrikanischen Republik liegenden Gebietes festzustellen.

Derartig in die Enge getrieben, fühlte sich das Ministerium Gladstone verpflichtet, etwas zu thun, um die öffentliche Meinung und einen nicht unbeträchtlichen Theil seiner eigenen Anhänger zufrieden zu stellen. Sein Vorgehen wurde dadurch noch mehr erleichtert, weil die Berichte Sir Herkules Robinson's in Kapstadt, den das von der Reichsliga erregte Aufsehen offenbar irre geleitet hatte, dahin lauteten, die öffentliche Meinung in Kapstadt wäre zum größten Theile dafür, seine Kriegsmacht gegen Transvaal wenigstens zu zeigen. In aller Eile wurde eine militärische Expedition ausgerüstet, indem man die bereits in Kapstadt stehenden Truppen durch weitere Abtheilungen aus England verstärkte. Sir Charles Warren erhielt den Oberbefehl, da er das Land, gegen das die Expedition gerichtet war, am besten kannte, und gleichsam als Beweis der Machtstellung, die sich Forster durch seine Doppelunterstützung von Seiten der Philanthropisten und der Nonconformisten zu verschaffen gewußt hatte, wurde Mackenzie als eine Art Statthalter von Bechuanaland eingesetzt. Mittlerweile war das im Jahre 1881 in Kapstadt gebildete Ministerium, das zuerst unter dem Vorsitz Sir John Molteno's, später unter Sir Thomas Scanlen gestanden hatte, gestürzt worden. Die angeblichen Gründe dieser Niederlage bestanden in der Vernachlässigung gewisser Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung und Weiterverbreitung der Phylloxera; der wahre Grund aber war das Mißtrauen der holländischen Partei einem Ministerium gegenüber, das sich zur Wiedereinführung unmittelbarer kaiserlicher Oberhoheit in Basutoland hatte mißbrauchen lassen und das im Verdachte stand, mit einer Erneuerung der Zwangspolitik

gegen Transvaal zu sympathisiren. Ein neues Ministerium wurde gebildet, in dem Sir Thomas Upington und Sir Gordon Sprigg die leitende Stimme erhielten. Der erstere war in den Jahren 1878 bis 1881 Kronanwalt, der letztere Premierminister gewesen. Die Gleichgültigkeit gegen die Wünsche der holländischen Partei, welche die Handlungsweise dieser beiden Minister im Jahre 1880 gekennzeichnet hatte, war jetzt dem eifrigen Wunsche, den Interessen dieser Partei zu dienen, gewichen. Während der Vorbereitungen zu dem Zuge nach Bechuanaland boten sie Alles auf, was in ihren Kräften stand, um eine friedliche Beilegung der entstandenen Schwierigkeiten herbeizuführen, und begaben sich zu diesem Zwecke sogar persönlich nach dem in damaliger Zeit verhältnißmäßig noch wenig bekannten Bechuanaland. In diesen Bestrebungen wurden sie von Sir Herkules Robinson in keiner Weise unterstützt, weil dieser noch unter dem Eindrucke stand, daß die militärische Expedition von der großen Masse der Ansiedler gutgeheißen würde.

Das Hauptquartier der Armee kam vorschriftsmäßig in Kapstadt an, obgleich Niemand genau wußte, gegen wen eigentlich vorgegangen werden sollte. Es wird erzählt — ob die Geschichte wahr ist oder nicht, bleibt dahingestellt —, daß ein Kamerad von Sir Charles Warren, der ihn bei seiner Ankunft in Kapstadt begrüßte, eine Reihe von Erkundigungen mit der Frage geschlossen habe: „Haben Sie denn den Feind mitgebracht?“ Wenn die Armee nicht dazu bestimmt war, gegen Transvaal vorzugehen, so war anscheinend überhaupt kein Feind vorhanden, dessen Stärke diese gewaltigen Vorbereitungen gerechtfertigt hätte. Die Offiziere und der strengbritische Theil der Kapkolonisten waren ja allerdings davon überzeugt, daß das Heer gegen Transvaal vorgehen sollte; aber die verständigere Mehrheit hielt es für unglaublich, daß die Reichsregierung daran denke, einen allgemeinen Krieg zwischen Holländern und Engländern in Süd-Afrika heraufzubeschwören lediglich im Interesse einiger eingeborenen Häuptlinge, die doch eine ganz

unbedeutende Stellung einnahmen. Trotzdem erweckte die Berufung eines Mannes von so übertriebenen Anschauungen, wie Mackenzie, zu einer amtlichen Stellung nicht geringe Befürchtungen und trug ohne Zweifel dazu bei, dem Ergebniß der allgemeinen Wahl, die gerade während dieses kritischen Zeitpunktes in der Kapkolonie stattfand, größere Bedeutung zu verleihen. Das Ergebniß der Wahl zeigte, daß, während die Anhänger der Reichsliga nur eine ganz verschwindend kleine Anzahl bildeten, die große Mehrheit der Ansiedler in der Kapkolonie der Politik feindlich gegenüberstand, die sich in der Berufung Mackenzie's zu einem öffentlichen Amte und in der Ausrüstung der Warren'schen Expedition geäußert hatte, und daß die weitere Verfolgung derselben Politik leicht eine Bewegung in der Kapkolonie selbst hervorrufen könnte, die für die fernere Herrschaft der britischen Flagge in Süd-Afrika die ernstlichste Gefahr bedeutet hätte.

Sir Herkules Robinson befand sich infolge dieser plötzlichen Kundgebung der öffentlichen Meinung in einer schwierigen Lage. Infolge einer falschen Auffassung der Dinge hatte er die Entsendung der Warren'schen Expedition begünstigt und sich somit in gewissem Sinne als Anhänger der Politik bekannt, die sie angeregt hatte. Zu gleicher Zeit wurde es ihm aber auch klar, daß die ganze Expedition ein Fehler war, und daß die Erlaubniß, auf dem bereits beschrittenen Wege weiter zu gehen, viel größere Mißstände herbeiführen würde, als die, welche man vermeintlich zu unterdrücken beabsichtigte. Das Vorgehen Sir Charles Warren's und Mackenzie's bei ihrer Ankunft in Bechuanaland war in keiner Weise geeignet, die Befürchtungen des Statthalters zu verringern. Ohne auch nur die geringste Rücksicht auf genügende Schuldbeweise und sonstige Rechtsfragen hielten sie sich anscheinend für berechtigt, die Ansiedler, die von den ihnen zugesicherten Ländereien Besitz ergriffen hatten, ohne weiteres zu verurtheilen und wenn nöthig auch zu bestrafen, weil sie zur Aufrechterhaltung der Ordnung eine Regierung

eingesetzt hatten. Van Niekerk, das Oberhaupt der provisorischen Regierung, wurde des Mordes angeklagt und in's Gefängniß geworfen, und es war mehr als wahrscheinlich, daß er bei den militärischen Begriffen Sir Charles Warren's und bei den Vorurtheilen Mackenzie's ernstlich Gefahr lief, zuerst gehängt und danach erst verhört zu werden. Eine Berufung, die bei den Gerichtsbehörden in Kapstadt eingelegt wurde, zerstörte diese Einbildungen, und Sir Herkules Robinson, der jetzt erst die wirkliche Lage der Dinge erkannte, benützte seinen Einfluß, um das Vorgehen Mackenzie's und Sir Charles Warren's zu verhindern und abzuschwächen. Der Letztere hatte eine Zusammenkunft mit dem inzwischen von England zurückgekehrten Präsidenten Krüger, über die niemals Näheres in die Oeffentlichkeit gedrungen ist; dabei blieb es. Die Armee wurde nach wenigen Wochen aus Bechuanaland zurückgezogen, und man entdeckte plötzlich, daß die vielgeschmähten Ansiedler in Stellaland, wie sie ihre Republik benannt hatten, doch eigentlich ganz achtungswerthe Leute waren. Der Kaiserliche Staatssekretär, Sir Graham Bower, der von Kapstadt abgesandt wurde, um über die Sachlage Bericht zu erstatten, erwähnte in einer amtlichen Depesche sogar die Anzahl der Klaviere, deren Klänge er in der neuerbauten Stadt Vryburg gehört hatte. Mackenzie legte sein Amt nieder, während Sir Charles Warren nach England zurückkehrte und diejenigen, die ihn in Süd-Afrika auf's Wärmste unterstützt hatten, als Polizeidirektor durch offenkundige Beweise seiner Zügellosigkeiten in Erstaunen setzte. Einen Vortheil aber hatte diese ganze Bewegung doch: Die Kapregierung, die kurz vorher nur mit großen Schwierigkeiten eine kleine Anleihe zu fünf Prozent hatte aufnehmen können, benutzte die günstige Gelegenheit und bewog die Reichsregierung, ihr zu niedrigem Zinsfuße die Summe vorzustrecken, deren sie bedurfte, um eine Eisenbahnlinie von etwa achtzig Meilen Länge vom Oranjefluß nach Kimberley zu vollenden, das noch immer das Schmerzenskind der Kapkolonie war.

Welche Ursachen hatten diese Veränderung in der ganzen Lage der Dinge herbeigeführt? Lediglich die verfassungsmäßige Opposition der holländischen Bündler= oder Afrikanderpartei in der Kapkolonie. Eine Reichspolitik konnte diesem Widerstande gegenüber nicht aufkommen, und der einzige Erfolg, den die durch die Reichsliga hervorgerufene Bewegung gehabt hatte, bestand darin, daß sie gerade die Macht befestigt und gestärkt hatte, gegen die sie hatte zu Felde ziehen wollen. Dies ist eine an sich höchst wichtige Thatsache; noch wichtiger ist aber, Angesichts der nachfolgenden Begebenheiten, im Auge zu behalten, daß dieselbe Partei, die das kaiserliche Vorgehen in dieser Weise zu hemmen vermochte, auch die Macht hatte, es zu ermuthigen. Man ahnte in damaliger Zeit noch nichts von einer derartigen Gefahr, die sich aber später zeigen sollte. Was einstweilen unumstößlich feststand, war die Thatsache, daß, was man auch von der „obersten Lehnsherrschaft" sagen mochte, die holländische Bevölkerung die leitende Stelle in Süd=Afrika inne hatte. Bei ruhiger Ueberlegung hatte ja auch im Ganzen Niemand etwas dagegen einzuwenden. Es stand nicht länger zu befürchten, daß der Versuch gemacht werden würde, Süd=Afrika in eine einzige große Republik zu verwandeln. Es hatte sich ja herausgestellt, daß die eifrigsten Bündler der Kapkolonie der britischen Krone durchaus treu gesinnt waren, wenn sie auch gegen die unmittelbare Ausübung der Reichsmacht Einspruch erhoben. Das Gefühl nationaler Einheit verbreitete sich von einer Hauptstadt Süd=Afrikas zur anderen und gewann eine immer größere Ausdehnung, je mehr die neu entstandenen Eisenbahnverbindungen dazu beitrugen, die entfernt von einander lebenden Völkerschaften in engere gegenseitige Beziehungen zu bringen. Auch fing die Handelskrisis, die im Jahre 1885 ihren Höhepunkt erreicht hatte, allmählich an zu weichen. Die Goldfelder von de Kaap schufen einen neuen Einfuhrhandel, und die Ueberschüsse der Eisenbahnen und die Zolleinkünfte mehrten sich. Die Wogen des Sturmes, der durch die Einverleibung von Transvaal erregt

worden war, schienen sich endlich gelegt zu haben, und die beiden Rassen der europäischen Bevölkerung, die Holländer sowohl, als auch die Engländer verstanden sich zu einem Zusammenwirken, das damals wie auch heute noch gleich segensreich für beide Theile war. Als Sir Herkules Robinson ein oder zwei Jahre später bei einer Abschiedsrede in Kapstadt erklärte, daß der „Reichs-Gedanke" keine Stätte mehr in Süd-Afrika habe, wurde dieser Ausspruch überall mit Beifall begrüßt, denn er bewies den damaligen Umschwung in der Lage der Dinge, die nunmehr durchaus geeignet war, das Gedeihen von Süd-Afrika zu fördern, während sie dem berechtigten Einflusse Großbritanniens auf dem südafrikanischen Festlande in keiner Weise Abbruch that.

Wie lange aber sollte dieser befriedigende Zustand andauern? Und welche Einflüsse störten ihn?

X.

Gold in Transvaal.

Mit dem Jahre 1887, also zehn Jahre nach der Einverleibung von Transvaal, beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte von Süd-Afrika. Die mannigfachen Erregungen und Unruhen, die dieser unselige Schritt hervorgerufen hatte, waren nach und nach erloschen. Man nahm allgemein an, daß die Zeit kaiserlicher Einmischungen ein für allemal vorüber sei. Man glaubte, daß ohne jede Schädigung der berechtigten Interessen Großbritanniens in Süd-Afrika und ohne irgendwelche Veränderung des Verhältnisses zwischen der britischen Regierung und den verschiedenen südafrikanischen Kolonien und Staaten, diese Staaten und Kolonien künftighin die Freiheit genießen würden, sich ihre eigenen Gesetze selbst zu geben, ihre gegenseitigen Beziehungen selbst zu ordnen und eine gemeinsame Politik in Bezug auf die Dinge zu befolgen, an denen sie alle in gleichem Maße betheiligt waren. Es gab zu jener Zeit in Süd-Afrika wohl kaum mehr als etwa ein Dutzend Leute, die diese Aussicht nicht mit Befriedigung betrachtet hätten. Wen es aber Wunder nehmen sollte, daß dieses Gefühl der Befriedigung so ganz unvermittelt auf die starke Meinungsverschiedenheit folgte, die nur wenige Jahre vorher bestanden hatte, der darf nicht vergessen, daß Süd-Afrika ein Land ist, in dem das Gras außerordentlich schnell wächst; — Streit-

fragen gerathen schnell in Vergessenheit, sobald erst einmal die Ursachen beseitigt sind, durch die sie hervorgerufen wurden. So lange die Ansiedler englischer Abkunft an die Möglichkeit eines erneuten, thätigen Eingreifens der Reichsregierung in die südafrikanischen Angelegenheiten glaubten, waren sie bereit, der britischen Flagge zu dienen und ihren Vortheil in dem Abschluß von Lieferungsverträgen für die kaiserlichen Truppen zu suchen. Als sie aber erst die Ueberzeug gewonnen hatten, daß der kaiserliche Einfluß zu Ende sei, machten sie mit ihren holländischen Nachbarn gemeinsame Sache und bemühten sich, die Hülfsquellen des Landes ihrem Vortheil dienstbar zu machen. An dieser Stelle mag eine Bemerkung über die natürlichen Beziehungen zwischen den holländischen und englischen Elementen in Süd-Afrika Platz finden. Zeitungen und Männer von öffentlichem Einfluß betonen fortwährend, daß die Deutschen und Holländer in Süd-Afrika lernen müßten, in Frieden mit einander zu leben, und haben sich in Lobeserhebungen für Rhodes ergangen, weil er sie dazu ermahnt habe. Wie steht aber die Sache in Wirklichkeit? Erstens haben die Holländer und Engländer früher niemals Streit mit einander gehabt, und hätten ihn auch später sicherlich nicht bekommen, wenn sie nicht durch den Einfluß schlecht unterrichteter und daher unheilstiftender britischer Staatsmänner und britischer Regierungen dazu aufgereizt worden wären. Zweitens verdient Rhodes keineswegs irgendwelche Anerkennung für seine angeblichen Bemühungen um das gute Einvernehmen zwischen Engländern und Holländern, denn Niemand hat seinen Einfluß direkt und indirekt in beabsichtigter und unbeabsichtigter Weise mehr mißbraucht, um Engländer und Holländer gegen einander zu verhetzen, als gerade er. Dies wird sich, soweit Rhodes dabei in Betracht kommt, mit der Zeit immer deutlicher herausstellen. Man darf im Uebrigen nicht vergessen, daß zehn Jahre früher — um nicht noch weiter zurückzugreifen — vor der Verschmelzung der Bergwerke von Kimberley und ehe noch Rhodes öffentlich als

Politiker aufgetreten war, die Holländer und Engländer in Süd-Afrika friedlich neben einander lebten und in vollstem Wohlwollen für einander von den gleichen Hoffnungen beseelt, denselben Zielen zustrebten; man hätte sich rasch dem Zeitpunkte genähert, wo die Erkenntniß der gemeinsamen Interessen zur Errichtung irgend einer Art von Bundesrath führen mußte. Lord Carnarvon hatte, um es kurz zu sagen, in dem Bestreben einen Staatenbund zwangsweise in's Leben zu rufen, die europäischen Rassen von Süd-Afrika auseinander getrieben. Sobald diese Rassen aber sich selbst überlassen blieben, sobald sie einsahen und daran glaubten, daß man sie in Ruhe lassen werde, vereinigten sie sich auf's Neue, von dem Wunsche beseelt, ihrer vollständigen Einigkeit einen deutlicheren Ausdruck zu verleihen.

Im Jahre 1886 war die Handelskrisis vorüber; finanzielle Schwierigkeiten, welche dieser Niedergang von Handel und Wandel zur Folge gehabt hatte, wurden sowohl in der Kapkolonie als auch in Natal mit Erfolg bekämpft, und zur Hebung der wirthschaftlichen Lage trug in nicht geringem Maaße die allgemeine Aufmerksamkeit bei, die sich auf koloniale Werthpapiere, als für Kapitalanlagen geeignet, zu richten begann. Wie lange dieser Aufschwung gedauert hätte, wenn nur die Goldfelder von De Kaap im Hintergrunde gestanden hätten, ist schwer zu sagen. Allein die Hoffnung, welche die Eröffnung der Goldfelder von De Kaap erweckt hatte, wurde durch die großartigen Entdeckungen in Witwatersrand glänzend erfüllt. Diese Entdeckungen, die schon im Jahre 1886 gemacht waren, zogen erst im folgenden Jahre die allgemeinere Aufmerksamkeit auf sich. Nach einem jener sonderbaren Widersprüche, wie sie sich so häufig in der menschlichen Natur finden, wurden die Felder von De Kaap, die sich bald als ein Mißerfolg entpuppten, mit Begeisterung begrüßt, während die Entdeckung der Goldadern in Witwatersrand mit kühlem Zweifel aufgenommen wurde. Die Sache schien anfänglich zu gut, um wirklich wahr zu sein. Als sich aber die Nachricht von der Entdeckung weiter

verbreitete, stellte sich heraus, daß an dem Orte, der bereits unter dem Namen Johannesburg bekannt war, eine Industrie begründet werden konnte, die alle vergangene Herrlichkeit der Diamantindustrie von Kimberley in den Schatten stellen, die eine neue Zeit des Wohlstandes für das südafrikanische Festland herbeiführen würde, und die all seinen Interessen, namentlich denen der beiden Kolonien außerordentlich zu Gute kommen mußte. Es lag um so mehr Grund vor, die Entdeckung mit Freuden zu begrüßen, weil die Diamantindustrie zweifellos im Niedergange begriffen war. Es wurden allerdings noch eben so viele Diamanten gefunden wie früher, aber die wachsenden Schwierigkeiten im Betriebe der Bergwerke hatten die Thätigkeit der Industrie in hohem Maaße verringert und infolgedessen ebenso die Freigebigkeit des Gemeinwesens zur Bewilligung von Geldmitteln beeinträchtigt. Der Handel begann zu stocken, und mit dieser Stockung verminderten sich die Beträge, die in der Gestalt von Zöllen und Eisenbahnüberschüssen den Schatzämtern der Kolonien zugeflossen waren. Der neu aufblühende Handel mit Johannesburg schien nicht nur geeignet die Fehlbeträge derjenigen zu decken, die ihre Einnahmen aus Kimberley bezogen, sondern versprach auch das ganze Land auf einen Gipfel des Wohlstandes zu bringen, wie er nie vorher erreicht worden war. Keine Wolke schien am Himmel zu stehen. Aber gerade in Süd-Afrika sollte dieser Wohlstand seine eigenen Gefahren mit sich bringen, wie sich erst einige Jahre später zeigte. Er erregte in England dasselbe Bedauern, das die alten Egypter nach dem Auszuge der Israeliten empfinden mochten. Warum hatte man sich so viel Reichthum entgehen lassen? Warum sollte man nicht versuchen, ihn wiederzugewinnen? Dieser Wohlstand brachte aber auch die Gefahr mit sich, die gewöhnlich einzutreten pflegt, wenn an gewissenlose Kapitalisten die Versuchung herantritt, sich unbeschränkte Reichthümer zu erwerben. Und noch eine dritte Gefahr entstand, wie erst später offenbar wurde, durch den Ehrgeiz der Kapkolonisten, welche die

Verwaltung eines so reichen und verheißungsvollen Landes unter ihre eigene, unmittelbare Oberherrschaft bringen wollten. Wir werden im Folgenden auf den Einfluß zurückkommen, den diese verschiedenen Faktoren ausübten.

Der Strom der Einwanderung nach Johannesburg unterschied sich ganz wesentlich von der Einwanderung früherer Jahre nach den kalifornischen und australischen Goldfeldern. Da kein Alluvialgold vorhanden war, so stellte sich bald heraus, daß der einzelne Arbeiter mit seiner persönlichen Arbeit keinen befriedigenden Gewinn zu erzielen vermochte. Die Art und Weise der Ausbeutung eignete sich viel mehr für Aktiengesellschaften als für vereinzelte Goldgräber. Allein die Leiter und Direktoren der verschiedenen Aktiengesellschaften schienen bisweilen zu glauben, daß sie mehr für das Wachsen und Gedeihen ihrer Gesellschaft als für die Goldgewinnung zu sorgen hätten. Die Bergwerke wurden nach einem System angelegt, das wahrscheinlich in der ganzen Geschichte des Bergbaues nicht seines Gleichen aufzuweisen hat. Schächte wurden, gleichviel ob in der wirklichen oder in einer nur angenommenen Richtung der Hauptader abgeteuft, und das daraus gewonnene Material in einer ganz unsachgemäßen Weise und mit nicht geringem Kostenaufwand gesichtet. Mittlerweile ging die Aktiengründung fröhlich weiter, die Gesellschaften schossen wie die Pilze aus der Erde hervor, und um die den Markt überschwemmenden Antheilscheine rissen sich die beutegierigen Spekulanten. In jeder südafrikanischen Stadt wurde an der Börse gespielt, genau so wie in London. Leute, die früher nicht eine Fünfpfund-Note besessen hatten, befanden sich je nach dem Marktpreis der Papiere plötzlich im Besitze von Tausenden. Alles hing vom glücklichen Zufall ab. Auf tausend Fälle kam kaum ein einziger, wo plötzlich reichgewordene Leute ihren Erfolg der eigenen Klugheit und Ueberlegung zu danken gehabt hätten. Sie besaßen zufälligerweise Aktien, die ebenso zufälligerweise von anderen Leuten zu hohen Preisen gekauft wurden. Wer

auf diese Weise reich wurde, glaubte natürlich, daß er ein bedeutendes Spekulationstalent besäße und seinen Erfolg lediglich der eigenen Urtheilskraft zu verdanken habe, und baute darauf, daß seine Urtheilskraft ihm auch noch zu weiteren Erfolgen verhelfen würde. Die Folge davon war, daß die Leute ihre Verbindlichkeiten immer noch vergrößerten, anstatt ihre Werthpapiere loszuschlagen, sobald sie ihnen genügenden Vortheil gebracht hatten. Das Ergebniß dieses Verfahrens lag klar auf der Hand, obgleich es ihrem gerühmten Scharfblicke stets entgangen war. Das Steigen der Preise hörte plötzlich auf. Die Banken wurden vorsichtig und ließen einen kalten Wasserstrahl auf die fieberhaft in die Höhe getriebenen Werthe der Besitzungen von Johannesburg ergehen. Die Werthe fielen plötzlich ganz bedeutend. Der scheinbare Reichthum löste sich in Nichts auf. Vergeblich versuchten alle diejenigen, deren Interessen auf dem Spiele standen, mit großer Hartnäckigkeit eine neue Werthsteigerung herbeizuführen; doch vergeblich — die Preise fielen andauernd mit gleicher Hartnäckigkeit. Anstatt neuer Gründungen wurden Zahlungseinstellungen erklärt, spurloses Verschwinden einstiger Größen und Selbstmord waren an der Tagesordnung. Wenn man binnen Jahresfrist nach dem gewaltigen Aufschwunge vom Jahre 1888 eine Untersuchung über die Lage aller derer angestellt hätte, die diesen Aufschwung mitgemacht hatten, so würde sich wahrscheinlich herausgestellt haben, daß man die Zahl der Leute, die Geld verdient und ihren Reichthum auch wirklich behalten hatten, an den fünf Fingern einer Hand herzählen konnte.

Dieser Zusammenbruch aber, so bedenklich er auch war, rettete die Goldindustrie. In den Goldbergwerken steckten so ungeheure Summen, daß es nothwendig wurde, festzustellen, was noch aus dem allgemeinen Schiffbruch gerettet werden konnte. In den zuchtlosen Tagen der wilden Preistreiberei war alles gründliche Arbeiten in hohem Maße vernachlässigt worden. Es brachte mehr Geld ein, ein Stück Land zu erwischen und

auf eine mehr oder weniger betrügerische Ankündigung hin eine neue Gesellschaft zu gründen, als sich auf sorgfältigen bergmännischen Arbeitsbetrieb einzulassen. Aber trotz alledem war das Gold doch zweifellos vorhanden, und der einzige Ausweg aus der allgemeinen Nothlage bestand daher darin, daß man die Gewinnung des Goldes sicherstellen mußte. Bald lehrte die Erfahrung, daß sich auch aus einem viel geringeren Goldgehalt, als man anfänglich angenommen hatte, noch ein guter Gewinn erzielen ließ. In den Tagen des Haussesschwindels hätte man kein Grundstück unter „zwei Unzen Goldwerth“ angerührt. Es kam jetzt bald soweit, daß die Anpreisung eines Gewinnes von zwei Unzen Gold auf die Tonne mit Unglauben aufgenommen oder sogar als Betrug verdächtigt wurde. Eine einzige Unze Gold auf die Tonne brachte noch guten Gewinn, ja sogar ein Goldgehalt von fünfzehn, zwölf, zehn oder selbst acht Gewichtspfennigen machte sich noch bezahlt, wenn sparsam zu Werke gegangen und das geeignete Gewinnungsverfahren dabei angewendet wurde. Je eingehender aber sich die öffentliche Meinung noch weiter mit der Sache beschäftigte, desto klarer trat die ungeheuere Ausdehnung und Ertragsfähigkeit der Goldadern von Witwatersrand zu Tage. Man faßte neues Vertrauen, das noch durch die Erfolge derjenigen befestigt wurde, denen genügende Geldmittel zur Verfügung standen, um die nöthigen Maschinen und sonstigen Einrichtungen zu beschaffen. Gesellschaften, die bei dem allgemeinen Zusammenbruche vollständig verkracht waren, wurden wieder eröffnet und neu organisirt. Die monatliche Ausbeute an Gold begann stetig zu steigen, und je höher sie stieg, desto mehr befestigte sich die Grundlage der Industrie. Allerdings ging die Entwicklung nur langsam vor sich. Das öffentliche Zutrauen zu den Bergwerken von Witwatersrand war schwer erschüttert worden und nicht in einem Tage wieder zu gewinnen. Allmählich aber machte sich das Gewicht der vollendeten Thatsachen geltend; der Beweis für die gesunde Grundlage der Industrie war geliefert und

Johannesburg als einer der wichtigsten Mittelpunkte für die Goldgewinnung anerkannt.

Ehe man aber noch den Werth der Goldfelder von Witwatersrand vollständig erkannt hatte, waren als mittelbare oder unmittelbare Folge der Entdeckung dieser Goldfelder Ereignisse eingetreten, die näher erörtert und in ihrem Zusammenhange klargestellt werden müssen. Das erste dieser Ereignisse, das noch vor der Zeit des Aufschwunges vom Jahre 1888 in den Vordergrund trat, war die Zollvereinsfrage. Der eigentliche Ursprung dieser Frage reicht bis in die Zeit zurück, wo die Unabhängigkeit der beiden Republiken von Süd-Afrika seitens der britischen Regierung anerkannt wurde. Dem Oranje-Freistaat wenigstens, wenn auch nicht der südafrikanischen Republik, wurde von der damaligen britischen Regierung ausdrücklich das Recht zugestanden, seinen Antheil an den in den Kolonialhäfen erhobenen Zöllen für Waaren, die nach dem Freistaat eingeführt wurden, beanspruchen zu dürfen. Dieses Versprechen war indessen unerfüllt geblieben. Die in den Kolonialhäfen der Kapkolonie oder von Natal erhobenen Zölle flossen dem Schatzamt der Kolonien zu, und der Freistaat war niemals in die Lage gekommen oder hatte nicht daran gedacht, den früheren Zusicherungen entsprechend auf eine Aenderung zu dringen. Es gereicht den Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers von Natal zu hoher Ehre, daß sie die ersten waren, die diese Frage auf gerechte und annehmbare Weise zu lösen versuchten. Schon im Jahre 1882 hatte der gesetzgebende Körper von Natal den Beschluß gefaßt, die Regierungen der beiden Republiken zur Theilnahme an einer Versammlung einzuladen, in der über die Gründung eines Zollvereins berathen werden sollte. Dieser Vorschlag ging nicht von der Regierung aus, die damals dem Staatssekretär unterstellt war, sondern von den gewählten Mitgliedern der Volksvertretung. Wahrscheinlich aus diesem Grunde zog sich die Entscheidung in die Länge. Der Antrag mußte erst noch die Bestätigung des Statthalters in

Kapstadt und des Staatssekretärs in London erhalten, und der Statthalter beeilte sich natürlich nicht mit der Erledigung einer Angelegenheit, der seine eigenen politischen Rathgeber in Kapstadt durchaus keine Sympathie entgegenbrachten. In Kapstadt erklärte man sogar das Vorgehen des gesetzgebenden Körpers von Natal für anmaßend und ungehörig. Die Regierung von Transvaal lehnte die Einladung ab, zweifellos mit Rücksicht auf den sehr vortheilhaften Vertrag mit Portugal — übrigens eine der wenigen praktischen Maßnahmen der Regierung des Präsidenten Burgers —, den sie wegen des künftigen Baues einer Eisenbahn von der Delagoabai nach Pretoria abgeschlossen hatte. Die Regierung des Freistaats dagegen folgte der Einladung, und so fand im Jahre 1884 in Harriswith, einer kleinen Stadt des Freistaats in der Nähe der Grenze von Natal, eine Berathung zwischen den Abgesandten von Natal und des Freistaats statt. Diese Berathung führte zwar nicht zu einem Uebereinkommen wegen der praktischen Maßnahmen zur Bildung eines Zollvereins, aber es wurden daselbst zwei Beschlüsse gefaßt, durch welche die Grundsätze und Bedingungen eines derartigen Vereins festgelegt wurden. Diese Beschlüsse, durch welche man die gegenseitigen Rechtsbeziehungen eines Binnen- und eines Seestaates näher zu erläutern versuchte, verdienen noch heute Beachtung, da sie möglicher Weise dermaleinst die Grundlage eines zukünftigen allgemeinen südafrikanischen Zollvereins bilden können. Sie lauten folgendermaßen:

„Ein Seestaat hat nicht das Recht, eine benachbarte, befreundete Macht mit einem willkürlichen Zolltarif zu belasten.“

„Ein Binnenstaat hat nicht das Recht, die Ein- und Ausfuhr seiner Produkte und Waaren von und nach den Häfen eines Seestaates zu beanspruchen, ohne eine entsprechende Summe zu den Verwaltungskosten des Seestaates beizusteuern.“

Die Kapregierung schenkte der Zusammenkunft von Harriswith und ihrem Ergebniß keine Beachtung, wenigstens nicht in dem Sinne, daß sie die bei der Zusammenkunft angestrebten Ziele

begünstigt hätte. Die einzige zu Tage tretende Maßregel ihrerseits bestand in der Errichtung einer Zollstation auf der Grenze zwischen Kimberley und dem Freistaat, wodurch es ihr ermöglicht wurde, alle Landeserzeugnisse, die auf dem Landwege von Natal nach Kimberley gesandt, sowie alle Waaren, die von auswärts über Natal nach Kimberley eingeführt wurden, zu besteuern. Diese Frage trat einige Jahre lang in den Hintergrund, als der Wettbewerb um den Binnenhandel von Süd-Afrika zwischen Natal, das niedrige, und zwischen Kapland, das hohe Zollsätze hatte, sich immer mehr geltend machte. Als aber die Entdeckung der Goldfelder von Witwatersrand dem Einfuhrhandel des ganzen Landes einen erneuten Aufschwung verlieh, tauchte die Frage eines Zollvereins abermals auf, und zwar diesmal auf Anregung der Kapregierung. Der Grund dieses Vorgehens seitens der Kapregierung lag sehr nahe. Dank seiner geographischen Lage eignete sich Durban, der Hafen von Natal, viel mehr für den neuen Handelszweig mit Johannesburg als irgend ein Hafen der Kapkolonie. In einem Lande, wo die Verkehrsmittel langsam und die Frachten hoch sind, kommt jede Meile Landweg in Betracht, und der Weg über Natal nach Johannesburg bot den Vortheil, daß er etwa 200 Meilen kürzer war als der Weg über den nächstgelegenen Hafen der Kapkolonie. Zu diesem Vortheil der kürzeren Entfernung gesellte sich noch der weitere Vortheil, daß der Zoll in Natal weit niedriger war als in der Kapkolonie, so daß die Wahrscheinlichkeit vorlag, der gesammte Handelsverkehr von Johannesburg — dessen ungeheuere Bedeutung man schon damals erkannte — würde den Weg über Natal nehmen. Um dies soweit irgend möglich zu verhindern, schlug die Kapregierung gegen Ende des Jahres 1887 vor, eine Zusammenkunft in Kapstadt zu veranstalten, in der über die Vorschläge zu einem allgemeinen südafrikanischen Zollverein berathen werden sollte. Transvaal, der Freistaat und Natal wurden eingeladen, Abgeordnete zu dieser Zusammenkunft zu senden. Transvaal lehnte

die Aufforderung abermals ab, aber der Freistaat und Natal leisteten Folge. Die Regierung des Freistaats hoffte offenbar bei diesem Anlaß Gelegenheit zu finden, sich, wenn irgend möglich, die praktische Anerkennung der Rechte zu verschaffen, die ihr vor 35 Jahren zugesichert worden waren, als die Unabhängigkeit des Freistaats anerkannt wurde.

Die Gründe, welche die Kapregierung bewogen, diesen Schritt zu thun, verdienen hauptsächlich um deßwillen nähere Beachtung, weil die Geschichte der nächstfolgenden Jahre zeigt, daß dieselben Gründe sich bei verschiedenen Gelegenheiten geltend machen. Es kann nur auf's Neue betont werden, wie bedauernswerth es ist, daß die Kapkolonie, obgleich sie sowohl in geschichtlicher, als auch in sonstiger Hinsicht die führende Stelle unter den südafrikanischen Gemeinwesen einnimmt, es nur selten vermocht hat, sich mit den Angelegenheiten von Süd-Afrika anders als in habgieriger und selbstsüchtiger Weise zu befassen. Zweifellos hat es auch in der Kapkolonie einzelne Persönlichkeiten gegeben, die einen weiten Blick hatten und selbstlose Ziele verfolgten; unter diesen sind der verstorbene Saul Solomon und der jetzige Anführer der Oppositionspartei am Kap, Rose-Innes, zu nennen. Saul Solomon war es, der den gerechten und verfassungsmäßigen Widerstand gegen Lord Carnarvon's tollen Plan eines Staatenbundes in's Leben rief. Aber es entspricht der Wahrheit nicht, wenn Molteno und seinen Amtsgenossen im Jahre 1877 eine aufrichtige Anerkennung der Beweggründe zugeschrieben wird, von denen Saul Solomon sich leiten ließ. Die Haltung Molteno's und seiner Genossen wurde damals zum großen Theile von der Furcht beherrscht, der Plan zur Bildung eines Staatenbundes könne das politische Uebergewicht bedrohen, das sich Kapstadt dadurch verschafft hatte, daß es sich mit dem Bau einer überflüssigen Eisenbahn die Unterstützung durch die Stimmen der Grenzgebiete sicherte. Daß der moralischen Unterstützung, welche die Westprovinz der Kapkolonie bei dem Aufstand von Transvaal geleistet hatte,

ein gutes Theil Berechnung inne wohnte, ist bereits angedeutet worden, und die thatsächlichen Beweise von dieser Berechnung ergeben sich deutlich aus den nachfolgenden Ereignissen. Daß die Kapregierung unmittelbar nach dem Kriege mit Transvaal Natal am liebsten zu einem Bündniß gezwungen hätte, ist kaum zu bezweifeln. Als Sir Herkules Robinson einen Stellvertreter ernannte, um die Angelegenheiten Natals zu überwachen, hatte er diesen Zweck im Auge. Die großen Ausgaben, die der Kapkolonie aus dem Basutokriege erwachsen waren, hatten ernstliche finanzielle Verlegenheiten herbeigeführt, und in Folge dieser Verlegenheiten betrachteten die Staatsmänner der Kapkolonie die Zähigkeit, mit der Natal an seinen niedrigen Zollsätzen festhielt, mit großer Mißbilligung. Schon in der Zeit vom Jahre 1887 bis 1888 war der Zolltarif von Natal dem Ministerium in Kapstadt beständig ein Dorn im Auge gewesen, und dieses hatte sogar das Kap-Parlament bewogen, ihm die Vollmacht zu ertheilen, nöthigenfalls eine Zollermäßigung für solche Waaren eintreten zu lassen, die in das Innere des Landes gingen, so daß auf diese Weise die Zollsätze der Kapkolonie und von Natal thatsächlich fast auf gleiche Stufe gebracht waren. Als die Entdeckung der Goldadern in Witwatersrand zeigte, welch' bedeutender Umsatz für den Handel von Transvaal zu erwarten war, wurde die Kapregierung mehr und mehr von der Nothwendigkeit durchdrungen, den Handel Natals zu beschränken, indem sie diese Kolonie veranlaßte, ihre niedrigen Zölle abzuschaffen und unter den Bedingungen eines Zollvereins beträchtlich höhere Sätze einzuführen. In diesem Falle mußte natürlich auch dem Freistaat sein Recht zugestanden werden, das ihm einen beträchtlichen Theil der Steuern zusicherte, die auf den für den Freistaat selbst bestimmten Waaren lagen; aber selbst dieses Zugeständniß wurde gerne zum Opfer gebracht, um dem Einfuhrhandel von Natal, dessen geographische Lage zu Transvaal ihm schon ohnedies einen ungeheueren Vortheil bot, einen fiskalischen Hemmschuh anzulegen.

Es geschah also lediglich aus eigennützigen Beweggründen, daß das Kapministerium gegen Ende des Jahres 1887 sich erbot, die Frage der Bildung eines Zollvereins in die Hand zu nehmen. Dieser Vorschlag wurde auf's Wärmste von der Bündlerpartei unterstützt, die dabei aber ihre eigenen Zwecke verfolgte. Einer dieser Zwecke bestand darin, stärkeren Schutz für die landwirthschaftliche Industrie der Kapkolonie innerhalb eines viel ausgedehnteren Gebietes von Süd-Afrika zu erlangen. Ein fernerer Zweck war, die zollfreie Einfuhr von Kapwein in Transvaal zu erreichen, indem diese auch eine der vorgeschlagenen und sehr wesentlichen Bedingungen des Zollvereins bildete, der den zollfreien Austausch südafrikanischer Erzeugnisse anstrebte. Transvaal lehnte es ab, sich an den Verhandlungen zu betheiligen, was ihm, wenn auch für den Augenblick nur ganz im Stillen, von der Bündlerpartei der Kapkololonie in hohem Maaße verdacht wurde. Die Versammlung trat denn auch Anfangs 1888 in Kapstadt zusammen. Die Kapregierung hoffte Angesichts der thatsächlichen Verhältnisse für ihre Politik einen leichten Sieg davonzutragen. Die Abgesandten des Freistaats, die sich der Vortheile wohl bewußt waren, die ihnen ans der Anerkennung ihrer längstbestehenden Ansprüche erwuchsen, waren zu scharfer Kritik nicht geneigt und ließen es zu, daß der Zolltarif zu Gunsten der Erzeugnisse der Kapkolonie festgesetzt wurde. Auch die Abgesandten von Natal schienen zur Nachgiebigkeit geneigt, und so kam schließlich ein vorläufiger Vertrag zu Stande, der noch der Bestätigung durch die gesetzgebende Körperschaft der drei Staaten, die in der Versammlung vertreten waren, bedurfte.

Es wurde von vorne herein als feststehend angenommen, daß die Volksvertretung von Kapland den Vertrag anerkennen würde, denn er war derartig abgefaßt, daß der Kapkolonie lauter Vortheile erwuchsen und sie nichts dabei verlieren konnte. Der Volksraad des Freistaats, der verschiedene Einzelheiten des Uebereinkommens eigentlich nicht ganz billigte, wollte sich

doch die günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen, endlich die förmliche Anerkennung lange bestrittener Ansprüche zu erlangen. Allein in Natal sah man die Sache in ganz anderem Lichte an. Der Gedanke einer südafrikanischen Einheit, die der Vertrag anstrebte, war ja an und für sich sehr schön, aber die Ansiedler von Natal mußten sich doch zwei Mal überlegen, ob sie der Idee einer südafrikanischen Einheit zu Liebe einen Vertrag anerkennen sollten, der ihnen großen Nachtheil, dagegen wenig oder gar keinen Vortheil brachte. Die Frage war schwer zu entscheiden. Wenn Natal sich dem vorgeschlagenen Zollverein anschloß, so hätte es dadurch das Recht des freien Handels innerhalb des Freistaates und der Kapkolonie für einige seiner Erzeugnisse gewonnen — nicht einmal für alle, denn der Zucker war ausgenommen. Andererseits hätte es wiederum die mittelbaren und unmittelbaren Vortheile von nicht geringer Bedeutung eingebüßt, die sich bei der Aufrechterhaltung des niedrigen Zolltarifs ergaben. Wenn Natal ablehnte dem Zollverein beizutreten, so würde es alle Vorzüge eines niedrigen Zolltarifes und außerdem noch alle die Vortheile genießen, die der steigende Handelsumsatz mit Transvaal schon deutlich in Aussicht stellte. Es bestand aber auch in diesem Falle wiederum die Gewißheit, daß die Erzeugnisse von Natal in der Kapkolonie und dem Freistaat weiter besteuert werden würden, während man für den allgemeinen Handel zwischen dem Freistaat und Natal von fiskalischer Seite eine Zollschranke errichtete. Der gesetzgebende Körper von Natal beschloß mit einem Muthe, der die Anerkennung aller Anhänger des Freihandels verdient, bei seinem niedrigen Zolltarife zu bleiben, ihn sogar, wenn möglich noch herabzusetzen, und dem Zollverein fernzubleiben.

So trat als eine der ersten Folgen der Goldentdeckung in Witwatersrand ein südafrikanischer Zollverein in's Leben: das heißt, der Name südafrikanischer Zollverein existirt, aber er stellt thatsächlich durchaus nicht das dar, was man eigentlich unter diesem Namen versteht. Er ist weiter nichts als eine

einseitige Abmachung zwischen zwei südafrikanischen Staaten, auf die der eine — nämlich die Kapkolonie — eingegangen ist, weil sie zu seinem eigenen Vortheile getroffen wurde, während der andere — der Freistaat — daran festhält, weil er, wenn auch ungerechtfertigter Weise, ein Prinzip der Gegenseitigkeit anerkennt. Es ist eine Vereinigung, der kein anderer selbstständiger Staat Süd-Afrikas je beitreten wird, und der der Bildung jedes anderen vortheilhafteren Zollvereins hindernd im Wege steht. Um überhaupt je einen südafrikanischen Zollverein gründen zu können, der diesen Namen mit Recht verdient, müßte vor allen Dingen die jetzt bestehende Vereinigung aufgelöst werden. Und doch scheint aus mannigfachen mündlichen und schriftlichen Aeußerungen hervorzugehen, daß dieser einseitige und hemmende Zollverein Leuten zur Genugthuung gereicht, die vorgeben, daß sie an dem Gedeihen und dem Fortschritt von Süd-Afrika Antheil nehmen!

XI.

Das Auftreten der Millionäre.

Die Entdeckung und Entwicklung der Diamantfelder von Kimberley gehört zu den romantischen Episoden der Geschichte des Bergbaues. Vor etwas mehr als 25 Jahren war die Kapkolonie ein nur Ackerbau treibendes Gemeinwesen; sein Handel war unbedeutend, seine Verkehrsmittel standen auf der niedrigsten Stufe und seine verschlafenen Städte bildeten traumvergessene Mittelpunkte für den Austausch landwirthschaftlicher und sonstiger heimischer Erzeugnisse des Hirtenlebens. Damals, wie noch heute, lag ein großer Theil des zur Kolonie gehörigen Gebietes brach und bildete eine hügelige Wildniß, hier und da von steilen, steinigen Abhängen unterbrochen und mit dunkelgrünem Strauchwerk bedeckt, das nie höher als etwa einen Fuß hoch wuchs und „Karoobesen" genannt wurde. Im Winter vor Frost starrend, im Sommer von der Sonne ausgedörrt und nur spärlich von Wasserläufen durchzogen, die bis auf einige Lachen stehenden Wassers austrocknen, ist diese Wüste eines der ödesten Gebiete auf der ganzen Erde. Mit der Eisenbahn hindurchzufahren, ist schon eine Strafe; es auf eine andere Art zu durchreisen, muß geradezu ein Vorgeschmack der Hölle gewesen sein.

Auf einem verödeten Bauernhofe inmitten dieser trostlosen Wildniß begab es sich, daß Jemand eines Tages zufällig einen

Kieselstein aufhob, der etwas anders aussah als die übrigen Steine. Auf welche Weise dieser Kieselstein an die Oberfläche gelangt sein mag, bleibt für Jeden ein Räthsel, der die geologische Bildung in Betracht zieht, der er angehört. Nicht das geringste Anzeichen des Bodens läßt auf das Vorhandensein von Diamanten in Süd-Afrika schließen. In einem und demselben Bezirk sind möglicher Weise noch heute unentdeckte Gruben vorhanden, die an Reichthum den aufgefundenen gleichstehen, die aber selbst von dem sorgfältigsten Schatzgräber noch nicht entdeckt worden sind und vielleicht überhaupt niemals aufgefunden werden. Sechs Zoll hoch durch die verschiedenen auf einander folgenden Sommerregengüsse über der Oberfläche angehäufter Alluvialboden genügen, um Schätze — nach den landläufigen Begriffen — von unermeßlichem Werthe zu verbergen. Unter dieser dünnen Decke angeschwemmten Bodens liegt vielleicht einer jener ungeheueren Schächte oder Krater, die sich zwischen festen, senkrechten Wänden bis zu unbegrenzter Tiefe erstrecken und bis zum Rande mit vulkanischen Ueberresten angefüllt sind; zwischen diesen liegen, gleichsam wie die versteinerten Blasen eines fabelhaften chemischen Prozesses, die Diamanten des heutigen Handels eingebettet. In welchem Zustande befand sich die Erde, als sich die Vorgänge abspielten, die zur Entstehung der Diamanten führten? Welch furchtbare Explosionen und Erdbeben müssen die Erdrinde zerrissen haben? Der gelehrteste Geologe bleibt die Antwort auf diese Fragen schuldig. Wir wissen nur, daß vor etwa 25 Jahren irgend Jemand über die Oberfläche einer jener ungeheueren Behälter schlenderte, in denen die Natur ihre unbeachteten Ueberreste aufgespeichert hat, und dabei an einen Kieselstein stieß, der sich als ein Diamant entpuppte.

Und was geschah nun? Es begann natürlich eine wahre Völkerwanderung. Ein so verheißungsvoller Kadaver mußte ja die Geier anlocken. Die Geschichte der Menschheit hat nichts Aehnliches aufzuweisen. Kalifornien und Australien hatten ja

seiner Zeit eine große Anziehungskraft, und Leute, die vorher kaum einen Groschen besessen hatten, sind dort reich geworden. Gold war schon verlockend, aber Diamanten waren unwiderstehlich. Wagemuth und Muskelkraft waren das einzige Anlagekapital, dessen man bedurfte; dazu noch ein Eimer und eine Picke! Wer nicht zu Wagen reisen konnte, benützte einen Ochsenkarren, wer keinen Ochsenkarren hatte, ging zu Fuß. Die Anstrengungen und Entbehrungen derer, die zu Anfang in die südafrikanischen Diamantfelder gingen, sei es zu Wagen oder auf einem Ochsenkarren, müssen unbeschreiblich gewesen sein. Erst zehn Jahre nach der Entdeckung der Felder gab es endlich eine Eisenbahn, wenigstens für die Hälfte des Weges von 600 bis 700 Meilen von dem Ausschiffungshafen bis zu dem abenteuerlichen Ziele der Sehnsucht. Wie entsetzlich muß das Elend der Frauen und Kinder gewesen sein, die in den überfüllten Wagen zusammengepfercht durch die öde Landwüste reisten, bald erstickend in den Sandwehen der Wirbelstürme, bald steckend bleibend in den Morästen, die sich in Folge der Wolkenbrüche gebildet hatten! Und wie hart und rauh war erst das Leben, das ihrer wartete, wenn sie endlich die Felder erreichten! Wie froh und dankbar wurde der geringste Unterschlupf begrüßt, wenn er auch nur aus einem Leinwandzelte oder einer hölzernen Baracke bestand, die keinen Schutz vor der Hitze gewährte und von jedem Regenschauer durchnäßt wurde! Die moralischen und sozialen Seiten dieses Lebens waren so, wie man erwarten konnte. Eine gewisse rauhe Biederkeit unter den Männern und eine Art fürsorgender Freundlichkeit der Frauen — andere Tugenden gab es nicht. Es genügte, daß für Jedermann die Möglichkeit reich zu werden vorhanden war. Tag für Tag rollten beim Diamantensuchen die Würfel aus dem Becher des großen Glücksspiels, und diese Würfel gaben an Unparteilichkeit der blinden Göttin der Gerechtigkeit nichts nach.

Mit der Zeit trat eine bessere Ordnung der Dinge ein. Es bestanden drei Hauptbergwerke, und die Straße, die von

einem zum anderen führte, bildete zugleich die Umgrenzung einer Stadt, deren Seitenstraßen in der Richtung der Gänge liefen, die ursprünglich von einem Zelt oder einem Holzhaus zum anderen geführt hatten. Das Leben war wenigstens einfach, wenn auch beschwerlich. Wer ein Stück Land erworben hatte, steckte es ab, und nun stand es dem Eigenthümer frei, auf diesem Gebiete so lange zu arbeiten, als er stehen oder sehen konnte, und die mit Erde gefüllten Eimer, von denen jeder möglicher Weise den Werth eines kleinen Vermögens enthalten konnte, von seinen Genossen heraufziehen zu lassen. Mit dem Fortschritte der Arbeiten in die Tiefe erwuchsen natürlich neue Schwierigkeiten. Die Abbaumassen von einem höher gelegenen Gebiete fielen herunter und hinderten den Fortgang der Arbeiten in einem tiefergelegenen Gebiete; oder der Boden unter den Füßen stürzte plötzlich ein und verschüttete eines Anderen Grube. Auch kam einstmals der Tag, wo ein gewaltiger Schrecken von einem Ende zum anderen durch das ganze Bergwerk ging. Die Arbeiter, die am tiefsten vorgedrungen waren — vielleicht einige 60 Fuß tief — entdeckten plötzlich, daß die gelbe Erde, in der sie die Diamanten gefunden hatten, zu Ende war. Sie hörte vollständig auf, und an ihrer Stelle fand sich ein mattblauer Sand, der das Ende aller Hoffnungen zu bedeuten schien; thatsächlich war es aber erst der eigentliche Anfang, denn es stellte sich heraus, daß die blaue Erde das eigentliche Lager der Diamanten war. Der allgemeine Schrecken war aber nachhaltig, und viele ängstliche Gemüther traten ihre Ansprüche an muthigere Genossen ab. Immer tiefer arbeitete man sich in die blaue Erde hinein, die Nothwendigkeit, mechanische Einrichtungen anzuwenden, wurde von Tag zu Tage dringender, und täglich ergaben sich neue Schwierigkeiten aus den Streitigkeiten zwischen den Besitzern der verschiedenen Gebiete. Dennoch wurde stetig weitergegraben und dabei eine furchtbare Kontrole über die zahlreichen Diebe und den listigen Wettbewerb der Händler ausgeübt, deren kleine, hölzerne Ge-

schäftshäuser eng aneinander gedrängt am Rande des sich immer mehr vertiefenden Abgrundes standen. Eine gewisse Ordnung und gewisse Gesetze herrschten hier im Verein mit Unabhängigkeitsbestrebungen, die zwar jeder Art Bureaukratie abhold waren, vermöge deren man aber doch die britischen Truppen, die ausgeschickt waren, um einen wohlberechtigten Aufstand zu unterdrücken, jubelnd empfing und mit Erfrischungen stärkte.

Die Arbeit nahm stetig ihren Fortgang, und der Abgrund vertiefte sich mehr und mehr. Den früheren Schwierigkeiten, die beim Einsturze benachbarter Abbaugruben auf einander entstanden waren, folgte eine neue und weit verhängnißvollere Gefahr ähnlicher Art. Die Wände des Bergwerks, die „Riffe", wie sie nicht gerade sehr bezeichnend genannt wurden — begannen einzustürzen und das ganze Grubengebiet zu verschütten. Um Streitigkeiten und Störungen aller Art zu vermeiden, waren schon früher verschiedene Gerechtsame zu einer gemeinschaftlichen vereinigt und diese wieder zu Gesellschaften verschmolzen worden. Diese Abhülfe hatte ja eine Zeit lang ausgereicht, aber sie konnte nichts mehr nützen, wenn ein großer Einsturz das Arbeitsfeld von zwei oder drei Gesellschaften zugleich vernichtete. In diesem Falle wäre es Sache der Regierung gewesen, einzugreifen; denn die Regierung lebte zum großen Theile von der Diamantindustrie, ihre Einnahmen hatten sich durch die Zölle, die auf den zum Verbrauch in den Goldfeldern eingeführten Waaren lasteten, ganz bedeutend vermehrt. Die Regierung beschäftigte sich denn auch wirklich bis zu einem gewissen Grade mit allerlei Plänen und Vorschlägen, welche die Henne mit den goldenen Eiern zum Weiterlegen veranlassen sollten. Die meisten dieser Pläne waren höchst abenteuerlich. Einer von ihnen, der noch lange nicht zu den tollsten gehörte, bestand darin, daß die Kolonie eine Anleihe von mehreren Millionen aufnehmen sollte, um mit diesem Gelde eine Abböschung der sämmtlichen Wände des Bergwerks bis zu einer gewissen Tiefe und auf eine gewisse Entfernung herzustellen. Während

man noch über diese verschiedenen Vorschläge berieth, wurde eine künstliche Hausse — ein „Boom" — in Scene gesetzt. Gründungen von Gesellschaften traten an Stelle des Diamantsuchens, genau wie einige Jahre später in Johannesburg die Gründung von Gesellschaften an die Stelle der Goldgräberei trat. Die künstliche Hochfluth wurde mit den üblichen Kunstgriffen veranstaltet. Geldleute traten ein und verschwanden wieder, wenn sie ihr Schäfchen in's Trockene gebracht hatten, indem sie es den Zaghaften und Unbemittelten überließen, die Zeche zu bezahlen. Als die Periode des Krachs vorüber war, wurde es den Gesellschaften, deren Aktien wie die Raketen in die Höhe gegangen und dann ebenso jäh wieder gefallen waren, recht schwer, ihren Aktionären etwas für ihr Geld zu bieten. Manchen gelang es, anderen auch nicht, und man schwebte fortwährend zwischen Hoffnung und der Furcht, daß der Bankerott unmittelbar bevorstände. Es gab natürlich noch Diamanten genug, aber die gesteigerten Kosten der Gewinnung verschlangen den Verdienst, den sie an einem so wechselvollen Markte allenfalls noch einbrachten. So ging die Industrie immer mehr zurück und Kimberley begann zu sinken, bis es schließlich so weit kam, daß ein Kolonialministerium mit etwas Muth und weitem Blick die Diamantfelder fast ganz nach eigenem Ermessen zu einer Nationalindustrie hätte umgestalten können.

Allein die verschiedenen Kapministerien haben leider niemals besonderen Scharfblick bewiesen. Es genügte schon, wenn die Einnahmen einigermaßen den Ausgaben entsprachen und wenn die jeweiligen Beamten sich genügende Unterstützung sichern konnten, um ihre Stellung zu halten. Es leuchtete den verschiedensten Leuten wohl ein, daß die Diamantindustrie, unter eine einheitliche Kontrole gestellt, verhältnißmäßig viel größeren Ertrag bringen mußte, als sie unter dem System verschiedener getrennter Gesellschaften jemals gebracht hatte. Nach und nach theilten sich, mit diesem Endzwecke im Auge, die Eigenthümer der Bergwerke in zwei große Gruppen. Einerseits bildete sich

die Gruppe unter Barnato, die das Bergwerk von Kimberley besaß, während andererseits eine Gruppe mit Cecil Rhodes an der Spitze das De Beers'sche Bergwerk inne hatte. Eine Zeit lang schien es zweifelhaft, welche von beiden Gruppen die andere verschlingen würde. Schließlich wurden einige Mitglieder der Barnatogruppe unruhig und fingen an zu verkaufen. Die unter Rhodes Führung stehende Gruppe benützte diese augenblickliche Schwäche und kaufte mit Rothschild's Hülfe die Barnatogruppe auf. Noch heutigen Tages wird in Kimberley als photographische Denkwürdigkeit das Facsimile jenes Wechsels über mehr als fünf und eine halbe Million verkauft, welche die De Beers'sche Gesellschaft als Kaufpreis für den Verzicht der Hauptbesitzer des Bergwerks von Kimberley der Zentralgesellschaft auf ihre Ansprüche bezahlte. Infolge der besonderen Umstände, unter denen dieser Kauf abgeschlossen wurde, traten verschiedene persönliche Abmachungen bezüglich der Oberleitung der Vereinigten De Beers Gruben zu Tage. Barnato bewilligte man die Stellung als lebenslänglicher oberster Direktor, und einem Vertreter der Rothschild's wurde eine einflußreiche Stellung in der Direktion zugestanden.

Diese Verschmelzung der südafrikanischen Diamantgruben kann von zwei verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet werden, nämlich von einem kommerziellen und einem politischen. Man hat öfter behauptet, daß in kommerzieller Hinsicht diese Verschmelzung die Diamantindustrie und Kimberley selbst zu Grunde gerichtet habe, aber eine sorgfältige Prüfung aller dabei in Betracht kommenden Umstände zeigt, daß diese Anklage unbegründet ist. Die Gewinnung der Diamanten ist heutzutage Angesichts des äußerst unsicheren Marktes ein kostspieliges und schwieriges Gewerbe, denn der Umsatz von Diamanten ist ein durchaus beschränkter. Zu Preisen, welche die Gewinnungskosten decken, wird jährlich nur eine ganz bestimmte Anzahl verkauft: sobald der Versuch gemacht wird, Diamanten in größeren Mengen auf den Markt zu bringen, sinken die

Preise sofort derartig, daß jeder Verdienst aufhört. Daher war es bei den Erzeugnissen der Bergwerke von Kimberley ganz besonders gerechtfertigt, die Ausbeute einzuschränken, wenn man irgend welchen Gewinn erzielen wollte. In der ersten Zeit, als das Graben in den Diamantfeldern noch leicht war und keine besonderen Kosten verursachte, hatte die Ungleichheit der Preise nicht so viel zu bedeuten. Aber je schwieriger und kostspieliger sich die Gewinnung der Diamanten gestaltete, von desto größerer Bedeutung wurden diese Preisschwankungen. Je mehr sich die offenen Gruben vertieften, desto schwieriger und gefährlicher wurde der Arbeitsbetrieb im offenen Tagebau. Ausgedehnte Grubengebiete wurden zeitweise durch Einstürze verschüttet und konnten nicht eher wieder bearbeitet werden, als bis die herabgestürzten Trümmer beseitigt waren. Die einzige Möglichkeit eines vortheilhaften Betriebes der Bergwerke bestand darin, daß man sie unterirdisch betrieb und Schächte und Stollen anlegte. Diese Art des Betriebes bedingte aber bedeutende Unkosten, ganz abgesehen von der Gefahr, die darin lag, daß hierbei in der Regel zwei oder noch mehr verschiedene Geschäfts- und Aufsichtsbezirke in Frage kommen. Auch würde außerdem der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Gesellschaften den Diamantenmarkt unfehlbar sehr ungünstig beeinflußt und zu einer Unsicherheit der Preise geführt haben, unter der alle betheiligten Gesellschaften in gleichem Maaße hätten leiden müssen. Wäre die Verschmelzung nicht erfolgt, so hätten die verschiedenen, die Industrie weiterführenden Gesellschaften höchst wahrscheinlich liquidiren müssen, und die Verhältnisse in Kimberley würden heutzutage sicherlich weit schlechter sein, als sie es thatsächlich sind. Die Verschmelzung hat die Industrie am Leben erhalten. Sie hat es ermöglicht, daß auf wissenschaftlicher Grundlage weiter gearbeitet wird, was zwar im Anfang große Kosten verursacht, aber sich auf die Dauer als viel billiger und namentlich als viel betriebssicherer erweist. Vom kommerziellen und wissenschaftlichen Standpunkte aus, gehört der Betrieb der

Diamantbergwerke von Kimberley zu den besten der Welt, während durch die Ueberwachung der jährlichen Ausbeute lebhafteren Schwankungen des Marktwerthes oder einer zu großen Preisentwerthung vorgebeugt wird.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Die Diamantgruben von Kimberley wurden als eine Art Nationalbesitz betrachtet, weil ihre Entdeckung nicht nur dem Handel und der Industrie der Kapkolonie, sondern dem gesammten Süd-Afrika einen neuen Aufschwung verliehen hatte. Als Nationaleigenthum nun war ihr Bestehen noch mit einer großen Anzahl anderer Interessen verflochten, die alle auf Berücksichtigung Anspruch erhoben. Wenn die Kapregierung mehr Urtheilskraft und einen weiteren Blick besessen hätte, so hätte sie die Diamantgruben für das Land angekauft, hätte die Art und Weise ihres Betriebes nach wohlerwogenen Bestimmungen geregelt und Angesichts der Möglichkeit einer dereinstigen Erschöpfung der Reichthümer die erzielten Ueberschüsse dazu verwendet, die Schulden der Kolonie zu tilgen. Nachdem die Kapregierung die Gelegenheit dieses Ankaufes zu billigen Bedingungen hatte vorübergehen lassen, überließ sie dieses nationale Besitzthum — denn ein Besitz, von dem der Handel eines Landes zur Hälfte abhängt, muß als Nationaleigenthum angesehen werden — einer beschränkten Anzahl von Privatpersonen, ohne auch nur einen Augenblick die geringste Aufsicht auszuüben oder ihnen irgend welche Bedingungen aufzuerlegen. Die Industrie, wie sie heutigen Tages betrieben wird, ist vollständig unbesteuert. Sie bereichert den Staatsschatz auch nicht um einen Pfennig, und die Bergwerke zahlen nicht einmal an die Stadt Kimberley irgend welche Abgaben. Was folgt hieraus? Daß die Vereinigung der Diamantbergwerke von Kimberley einen Reichthum, der weit über das durchschnittliche Besitzthum im Lande hinausgeht, in die Hände einer ganz kleinen Gruppe von Persönlichkeiten gebracht hat, denen auf diese Weise die höchst gefährliche Macht einer politischen Oberherrschaft zu Theil ge-

worden ist. Süd-Afrika ist kein reiches Land. Es giebt sehr Wenige, die mehr haben, als nur gerade ihr Auskommen, und es giebt sehr Viele, die zwar eine gesellschaftlich oder politisch leitende Stellung einnehmen, aber trotzdem gezwungen sind einen fortwährenden Kampf um's Dasein zu führen. In den Vereinigten Staaten kommt es auf einen oder zwei Millionäre mehr oder weniger nicht viel an. In Süd-Afrika giebt schon der bloße Vergleich mit Anderen dem Millionär eine Bedeutung und ein Ansehen, die geradezu demoralisirend wirken. Diese Gefahr würde noch fortbestehen, auch wenn der Millionär sich selbst genügen und mit Kleinigkeiten, wie etwa mit einer prachtvollen Dampfyacht oder einem glänzend ausgestatteten Hause in Park Lane zufrieden sein würde. Indeß der typische Millionär in Süd-Afrika ist leider mit solchen persönlichen Vergnügungen allein durchaus nicht zufrieden. Er nimmt jeden nur möglichen Vortheil wahr, den ihm seine Stellung bietet, und er setzt Alles daran, seinen Einfluß in jedem Winkel des gesellschaftlichen und politischen Gebäudes fühlbar zu machen. Er glaubt — und leider hat man ihm nur allzuviel Veranlassung zu diesem Glauben gegeben —, daß das Geld der Endzweck jedes menschlichen Daseins sei, und daß es keinerlei Moral gebe, die sich nicht gegen Zahlung eines entsprechenden Preises umstoßen lasse. Mit dieser cynischen Ansicht von der Moral und den Grundsätzen derer, die ihm gleichstehen, vereinigt der typische Millionär von Süd-Afrika eine vollständige Gleichgültigkeit für die Interessen und Empfindungen seiner Untergebenen. Wer von ihm seinen Lohn empfängt, der darf keinen eigenen Willen mehr haben; der Arbeiter muß jedes Gefühl moralischer oder politischer Unabhängigkeit unterdrücken, wenn er nicht Gefahr laufen will, ohne jeden Grund und ohne Kündigung entlassen zu werden. Daß unter diesen Umständen derjenige an Ansehen gewinnt, der sich dazu hergiebt, die Rolle des Spions unter seinen Genossen zu spielen, ist die ganz natürliche Folge. Und so ist es allmählich gekommen, daß sich Kimberley, wo

schon in früheren Zeiten ein wüßtes und liederliches Treiben geherrscht hatte, seit der berühmten Vereinigung der Diamantgruben zu einem Orte entwickelt hat, wo moralische Grundsätze und persönliche Freiheit nichts gelten und wo das größte Verbrechen für einen Tagelöhner darin besteht, daß er glaubt, er könne als britischer Unterthan, der in einer britischen Kolonie lebt, seine politischen Rechte geltend machen.

Dieses Eindringen der im Millionär lebendig verkörperten Geldherrschaft in die südafrikanische Politik ist ein Faktor, dessen Wichtigkeit gar nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Es bedeutet das stete Beharren auf dem brennenden und hartnäckigen Wunsche, ungeheuere Reichthümer mit allen nur möglichen Mitteln rein selbstsüchtigen Zwecken dienstbar zu machen, ohne jede Rücksicht auf moralische Grundsätze, die dadurch verletzt, und auf die Existenzen, die durch die Weiterverfolgung dieses Wunsches vernichtet werden. Diese lebendige Verkörperung des Mammonismus scheut keinerlei Intrigue, um ihr Ziel zu erreichen: die Tugenden sowohl als auch die Laster der Menschheit werden zu diesem Zwecke ausgenützt. Wenn der Geist der Vaterlandsliebe im Stande ist, die goldenen Segel zu schwellen, so wird auch er vorgespannt und angerufen; wenn die Unterstützung religiösen Empfindens und religiöser Begeisterung zur Erreichung des Ziels verhelfen kann, so werden auch diese Gefühle auf das schamloseste mißbraucht. Gerechtigkeit gehört in's Reich der Fabel; Wahrheit und Betrug sind gleichwerthige Mächte; Bestechung ist das natürlichste Mittel zur Erreichung kleinerer Ziele. Es kommt in der Geschichte der Menschheit nur selten vor, daß das schärfste Verdammungs-Urtheil und die größte Verachtung, die der Mensch überhaupt empfinden kann, ihre vollständige Berechtigung haben. Allein unter gewissen Umständen wird diese Empfindung und der Ausdruck einer derartigen Verurtheilung und Verachtung geradezu zur Pflicht, und Nachsicht und Schweigen würden in solchem Falle fast einem Verbrechen gleichkommen.

XII.

Der Freibrief und der Randbezirk.

Durch die Vereinigung der Bergwerke von Kimberley, die das Eindringen der Millionäre zur Folge hatte, erlangten diese eine Machtstellung von ganz ungewöhnlicher Bedeutung, denn ihr Auftreten beschränkte sich nicht nur auf Süd-Afrika. Einer Persönlichkeit, welche die Spitzen der europäischen Finanzwelt veranlassen kann, sich mit ihren Angelegenheiten zu beschäftigen, stehen alle Mittel und Wege zu Gebote, um auch die obersten Reichsbehörden und die glänzendsten Sterne am gesellschaftlichen Firmament zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Eine Persönlichkeit, welche die Auserkorenen der Finanzwelt auf ihrer Seite hat, vermag Leuten, die nichts weiter besitzen als ihren Titel und das von den „Times" verbriefte Vertrauen kaiserlicher Behörden, die Gelegenheit zu verschaffen, sich zu bereichern. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde daher die Vereinigung der Bergwerke von Kimberley, durch die ein großes Nationaleigenthum in den Besitz und unter die Aufsicht einer nur sehr beschränkten Anzahl von Privatpersonen gelangt war, infolge maßlosen Ehrgeizes auf der einen und freundschaftlicher Gesinnung auf der anderen Seite, das Vorspiel zu weiteren abenteuerlichen Begebenheiten ähnlicher Art.

Dies stand nicht nur aus finanziellen Gründen zu erwarten. Lord Kimberley hatte sich einige Jahre vorher gegen

Sir Herkules Robinson darüber beklagt, daß Süd-Afrika dem Kolonialamt von jeher viel Kopfzerbrechen gemacht habe. Während der sechs oder sieben Jahre, die der Unterzeichnung des Vertrages von Pretoria folgten, war ja allerdings theilweise eine Aufklärung eingetreten. Man fing an einzusehen, daß Süd-Afrika, auch ohne die fortwährenden Reibereien in Downing Street, sich selbst beschützen könne, und daß „das Verschwinden des Reichs-Gedankens", das sich etwa gegen das Ende des Jahres 1887 bemerkbar machte, möglicher Weise ein verborgener Segen gewesen war. Natürlicher Weise wurde gleichsam das Bedauern der alten Egypter empfunden, als es sich im folgenden Jahre herausstellte, daß sich für Transvaal eine Laufbahn glänzender finanzieller Fortschritte und Erfolge eröffnete. Aber es blieb nutzlos sich die Wiederherstellung britischer Oberherrschaft auf's Neue herbeizuwünschen. Die Wiederabtretung des Landes hatte stattgefunden, war gutgeheißen und eine abgemachte Sache. Mit dem Jammern über zerbrochene Töpfe war nichts mehr auszurichten. Die Kolonialminister mochten sich grämen und die Anführer der Tories wüthen, die Sache blieb wie sie war: man hatte sich die südafrikanische Republik entgehen lassen, und die Erinnerung an die Wirren, die der unmittelbare Eingriff der kaiserlichen Gewalt bei der Einverleibung hervorgerufen hatte, war nicht dazu angethan, zu erneuten Versuchen in derselben Richtung zu ermuthigen.

Als der vom König Ahab beabsichtigte Ankauf von Naboths Weinberg gescheitert war, mag der König sich wohl in einer ähnlichen Gemüthsverfassung befunden haben. Sein Aerger über das Geschehene machte ihn um so bereitwilliger, irgend einen anderen Weg zur Erreichung des gewünschten Zieles einzuschlagen, wenn es nur ohne Aufhebens geschehen konnte. Die Sache war ja zu machen, nur mußte man nicht nach den Mitteln fragen, die zur Anwendung kamen. Wahrscheinlich spielte sich eine ähnliche Komödie, nur in größerem Maßstabe, in der Nachbarschaft von Whitehall ab, als Rhodes, der

soeben unmittelbar nach der Vereinigung der Bergwerke von Kimberley zurückgekommen war, den Vorschlag machte, einer Aktiengesellschaft, die zum Zwecke der Verwerthung einer von Lo Bengula, dem Könige von Matabeleland, ertheilten Konzession gegründet war, einen Freibrief zu gewähren. Was man auch damals gedacht haben, und in welchem Maße auch ein unbestimmtes Mißtrauen gegen die wahren Beweggründe der Rhodes'schen Vorschläge vorhanden gewesen sein mag, für Jedermann liegt es heute klar vor Augen, daß den damals vielgebrauchten Redewendungen wie „kaiserliche Engländer" und „die Landkarte Süd-Afrikas muß roth angestrichen werden" eine ganz bestimmte Absicht zu Grunde lag. Es lagen ganz bestimmte Anschläge gegen die Unabhängkeit der holländischen Republiken in Süd-Afrika vor, namentlich gegen Transvaal, weil es am reichsten war; ebenso bestand die Absicht, Süd-Afrika dem kaiserlichen Einflusse in der Weise zu unterwerfen, wie es schon Lord Carnarvon mit seinem Plan eines Staatenbundes angestrebt hatte, der aber schließlich an dem hartnäckigen Widerstande der Völker gescheitert war, auf deren Kosten er zu Stande kommen sollte. Diesmal sollte indessen keineswegs ein direktes kaiserliches Eingreifen stattfinden. Der „Reichs-Gedanke" war aus dem Spiel gelassen, und Jedermann war froh darüber. Man hatte einen neuen Ausdruck erfunden, der schon seit geraumer Zeit durch seine Anwendung von amtlicher Seite sanktionirt war. Das Losungswort für den erneuten Kreuzzug gegen Naboth's Weinberg, der jetzt noch unendlich werthvoller und verlockender erschien als früher, hieß „Kaiserthum im Kolonialthum". Es ist nicht anzunehmen, daß das angestrebte Endziel in diesen Worten ausgesprochen worden wäre. Aber wenn man die späteren Ereignisse in Betracht zieht, so steht es außer Zweifel, daß Rhodes, als er um den Freibrief für die von ihm beabsichtigte britisch-südafrikanische Gesellschaft einkam, als einen der Hauptgründe für die Gewährung seines Antrages in Aussicht stellte, er werde mit der erforderlichen Zeit und

Hülfe die südafrikanische Republik abermals unter kaiserliche Macht bringen. Noch mehr kam ihm dabei der Umstand zu Statten, daß er sich mit seiner Bitte an eine Toryregierung wandte, der selbstverständlich nicht wenig daran lag, den Grund und Boden wiederzugewinnen, den sie in Süd-Afrika verloren zu haben glaubte. Hätte er sein Anliegen bei einer liberalen Regierung vorgebracht, so wäre er möglicherweise abschlägig beschieden worden, obgleich es auch Zeiten gegeben hat, in denen selbst liberale Regierungen abenteuerlichen Unternehmungen durch die Verleihung eines Freibriefes Vorschub leisteten.

Die Verleihung des Freibriefes an die britisch-südafrikanische Gesellschaft kann mit vollem Rechte als der außerordentlichste, widerrechtliche Machteingriff betrachtet werden, der jemals verübt worden ist, seit der Zeit, wo die Pfaffen die Peruaner in die Hände Pizarro's auslieferten. Auf Grund einer ganz allgemein gehaltenen Verständigung mit anderen europäischen Mächten über die Grenzen der verschiedenen „Wirkungskreise“ innerhalb des afrikanischen Festlandes trat die Reichsregierung thatsächlich das ganze südafrikanische „Hinterland“ zu unumschränktem Besitz an sieben Personen ab, von denen die Meisten niemals auch nur einen Fuß in das Land gesetzt hatten und von denen einer nicht einmal ein britischer Unterthan war. Die britische Regierung hat niemals im Geringsten irgend welche Hoheitsrechte oder irgend einen Einfluß in dem ungeheueren Gebiet ausgeübt, das sie Rhodes und seinen Freunden auf diese Weise gewissermaßen zum Geschenk machte, und hat niemals auch nur irgend welche Ansprüche auf Macht oder Einfluß erhoben. Diese Handlung stand im Gegensatz zu den natürlichen Rechten aller südafrikanischen Regierungen und Völker, durch deren Fleiß, Unternehmungsgeist und finanzielle Verantwortung allein das Hinterland seinen kommerziellen und politischen Werth erlangt hatte. Wenn Großbritannien in der Mitte des vorigen Jahrhunderts das ganze amerikanische Festland westlich vom Mississippi und

Missouri einem halben Dutzend Privatleuten zum Geschenk gemacht hätte, so wäre das ein Gegenstück zu der eben erwähnten Handlungsweise gewesen. Ein derartiges Vorgehen, davon darf man überzeugt sein, würde den Kampf, aus dem die Unabhängigkeit Amerikas hervorging, jedenfalls um mehrere Jahre früher hervorgerufen haben, und zwar mit vollem Recht. Man fragt sich unwillkürlich, warum dieser Schritt auf keinerlei Widerstand oder Einspruch in Süd-Afrika stieß. Hierauf ist zu antworten, daß die Nachricht von jenem Schritte in den Republiken und unter der großen, schweigsamen Masse der holländischen Ansiedler in den britischen Kolonien sowohl Entrüstung, als auch Widerspruch hervorrief. Aber was jedesmal eintrat, wenn die Gefühle der holländischen Bevölkerung von Süd-Afrika mit Füßen getreten worden waren, zeigte sich auch in diesem Falle: die Bevölkerung konnte ihre Ansichten nur langsam und schwer zum Ausdruck bringen, und auf diese Weise entgingen sie der Aufmerksamkeit derer, welche das öffentliche Urtheil zu beeinflussen pflegen. Was dagegen die öffentliche Meinung in den beiden britischen Kolonien anbelangt, so stand diese zu der Zeit gerade unter gewissen Einflüssen, die sie gegen Verfassungsfragen gleichgültig stimmten. Seit der Entdeckung der Goldfelder von Johannesburg dachte Jeder nur daran, möglichst schnell reich zu werden. Alle hofften, sie würden sich bald in guten Verhältnissen befinden; warum sollte man sich über eine so abstrakte Frage den Kopf zerbrechen, ob die Reichsregierung das Recht habe, sieben Leuten das „Hinterland“ von Süd-Afrika zum Geschenk zu machen? Es mochte ja unrecht sein, indessen was lag daran! Man muß noch berücksichtigen, daß jeder verfassungsmäßige Widerspruch, der sich etwa in der Kapkolonie und besonders in den politischen Kreisen von Kapstadt erhoben hätte, wo das Eigennützigkeitsprinzip in der Politik obenan steht, zum Schweigen gebracht wurde theils durch die Erwägung, die Kolonie könnte dabei möglicherweise irgend einen Vortheil auf Kosten der übrigen südafrikanischen

Gemeinwesen erlangen, theils durch eine geheime Befriedigung darüber, daß Transvaal in Unannehmlichkeiten gerieth, das in so unhöflicher Weise abgelehnt hatte, dem vorgeschlagenen Zollverein beizutreten. Aber es war noch ein weiterer Grund, warum man sich in der Kapkolonie über die Ertheilung des Freibriefes nicht weiter aufhielt. Saul Solomon, dessen Wachsamkeit, Erfahrung und öffentliches Ansehen den Widerstand gegen Lord Carnarvon's Plan eines Staatenbundes in's Leben gerufen hatte, hatte sich seiner angegriffenen Gesundheit wegen aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen und in der Kapkolonie zweifellos eine große Anzahl Politiker, aber nicht einen einzigen Staatsmann hinterlassen.

Der Freibrief wurde also bewilligt; er verlieh drei Mitgliedern der britischen Aristokratie, von denen das eine erst nach Ablauf mehrerer Jahre sich herabließ, das seiner Obhut anvertraute Land zu besuchen, thatsächlich sämmtliche Hoheitsrechte über ein Gebiet von 750 000 englischen Quadratmeilen. Was diese Besitzübertragung noch eigenthümlicher erscheinen ließ, war, daß sie auf eine Konzession von Seiten des Matabelekönigs gegründet war, der über einen großen Theil des in Frage kommenden Gebietes gar keine Herrschermacht besaß. In späterer Zeit hat man behauptet, der Freibrief sei nur ausgestellt worden, um die Deutschen auszuschließen, die geneigt schienen die Grenzen des „Einflusses“ zu überschreiten, der ihnen in anderen Theilen des afrikanischen Festlands zugestanden wurde. Es genügt wohl anzuführen, daß zu der Zeit, als der Freibrief ausgestellt wurde, von den Deutschen überhaupt keine Rede war, und es wird wohl mehr als genügend sein, darauf hinzuweisen, daß, wenn man wirklich deutschen Einfluß fürchtete, nichts gefährlicher sein konnte, als einen deutschen Unterthanen unter die ursprünglichen sieben Gewährsmänner aufzunehmen. Auf die Furcht vor deutscher Einmischung ist man erst nachträglich gekommen. Aber angenommen, man hätte thatsächlich das Eindringen deutschen Einflusses in das südlich vom Zambesi

gelegene Gebiet gefürchtet, was hätte dann natürlicher, richtiger und verfassungsmäßiger Weise geschehen müssen? Man hätte sich — was übrigens ein Leichtes gewesen wäre — an die verschiedenen Regierungen, die ein Interesse an dem südafrikanischen Hinterland hatten, wenden und sie dazu bewegen müssen, im Interesse der Ausschließung deutschen Einflusses gemeinsam vorzugehen. Ein solches Vorgehen hätte allerdings eine gewisse Staatsweisheit vorausgesetzt, aber Süd-Afrika ist unglücklicherweise ein Land, bei dem man jede Staatsweisheit für entbehrlich erachtet.

Der eigentliche, wenn auch geheime Endzweck bei der Ertheilung des Freibriefes an die britisch-südafrikanische Gesellschaft war die Wiedergewinnung Transvaals und dieser Zweck wurde zweifellos für wichtig genug gehalten, um allerlei Unregelmäßigkeiten und Ungerechtigkeiten, die begangen wurden, gut zu heißen. Mit Rücksicht auf diesen Zweck wurde Rhodes, der das leitende und bewegende Element der Gesellschaft war, „freie Hand" gelassen, so wie einstmals der Gemahlin des Ahab freie Hand gelassen wurde in Bezug auf die Wahl der Mittel und Wege, welche die Besitzergreifung von Naboth's Weinberg ermöglichen sollten. Der in vielen Theatern übliche Brauch, vor dem ernsten Hauptstück des Abends eine lustige Posse zu spielen, wurde auch in diesem Falle angewendet. Zur Belustigung und Verwunderung von ganz Süd-Afrika wurde eine Anzahl Soldaten von der Leibgarde nach dem Kap geschickt, um dem Könige von Matabeleland vorgestellt zu werden, wahrscheinlich als Probe von der Kriegsmacht, die er zu bekämpfen haben würde, falls er es sich einfallen ließe, irgendwie Schwierigkeiten zu machen. Die Sachlage wurde aber ernster, als die Nothwendigkeit eintrat, für Sir Herkules Robinson einen Nachfolger in den vereinten Aemtern eines Gouverneurs des Kap der guten Hoffnung und eines Statthalters von Süd-Afrika zu finden. Die Ernennung ließ sehr lange auf sich warten und diese Verzögerung gab zu den verschiedenartigsten Auslegungen

Anlaß. Die am meisten verbreitete Erklärung lautete dahin, daß Sir Herkules Robinson, als er Kapstadt verließ, sich bei seiner Abschiedsrede in einer für die Ansichten des Tory-Ministeriums zu offenherzigen Weise über die „Beseitigung des Reichsgedankens“ ausgesprochen habe. Es steht fest, daß er mit dieser Rede die volle Sympathie und den Beifall fast der ganzen europäischen Bevölkerung von Süd-Afrika fand. Wäre er, wie eine Zeit lang zu erwarten stand, wieder ernannt worden, so hätte die Reichsregierung damit eine Uebereinstimmung mit seinen Ansichten bekundet, die ihrem Empfinden thatsächlich völlig fern lag. Sir Herkules Robinson kam also nicht in Frage, und die lange Zwischenpause, die entstand, deutete anscheinend darauf hin, daß die Wahl seines Nachfolgers beträchtliche Schwierigkeiten verursachte. Endlich verbreitete sich die Nachricht, daß Sir Henry Loch ernannt worden war, der sich beinahe zwanzig Jahre hindurch des stillen Zaubers der Insel Man erfreut hatte und fünf Jahre lang Gouverneur von Viktoria gewesen war. Anfangs schien es ganz unklar, was Sir Henry Loch's Ernennung zu der wichtigsten Stellung im britischen Süd-Afrika zu bedeuten hatte: diese Unklarheit sollte bald verschwinden.

Mittlerweile hatte sich während des Verlaufes dieser Ereignisse die Goldbergwerks-Industrie in Transvaal rasch weiterentwickelt. Obgleich die monatliche Ausbeute aus den Bergwerken noch immer keine sehr bedeutende war, hatte man sich doch überzeugt, daß die Industrie von Dauer und einer fast unbeschränkten Ausdehnung fähig sein würde. Was Anfangs nur ein Goldgräberlager in Witwatersrand war, hatte sich in einem fast unglaublich kurzen Zeitraume in eine starkbevölkerte und lebhafte Stadt verwandelt. Obgleich sie noch keinerlei Eisenbahnverbindung mit irgend einem anderen Theile Süd-Afrikas besaß, war sie doch der Mittelpunkt eines stetig wachsenden Personenverkehrs geworden; mehrere Omnibuslinien füllten die Lücken aus, die noch zwischen der Stadt der goldenen Ver-

heißung und den Endpunkten der kolonialen Eisenbahnen lagen. Der Weg über Kimberley war der bevorzugteste, aber noch auf zwei anderen Wegen über Natal wurde ein lebhafter Handel betrieben. Der eine Weg führte über den historischen Boden von Laing's Nek, der andere über die Felswände von Drakensberg und durch den Freistaat, so daß Natal, Dank den Vorzügen seiner geographischen Lage, der Löwenantheil des Güterverkehrs zufiel. Die Reise zu Wagen von den Endpunkten der Eisenbahnen aus war ja noch beschwerlich genug, obgleich nicht im entferntesten so ermüdend wie die früheren Reisen zu Wagen nach Kimberley. Auch die Zufuhr der Lebensmittel, mit denen Europa den neu entstandenen Mittelpunkt der Industrie versorgte, erlitt öfters Aufschub, da sich die angeschwollenen Flüsse im Sommer und Futtermangel im Winter als ungeheuere Hindernisse erwiesen. Aber die Gemeinde der Fremden in Johannesburg war und blieb aller dieser Mißstände ungeachtet immer hoffnungsfreudig. Wenn erst die Eisenbahn zu ihnen bis vor die Thür kommen würde, mußte sich ja das Leben, so hoffte man, wohlfeiler und bequemer gestalten; bei dem fortgesetzten, sorgfältigen Bergwerksbetriebe mußte sich die monatliche Ausbeute bald beträchtlich erhöhen. Die Gasthäuser waren stets überfüllt; die Schänken und Kantinen hatten reißenden Absatz. Unter der neuen Bevölkerung, die der neuen Stadt haufenweise zuströmte, befanden sich natürlich auch zu einem großen Theile Männer und Frauen, die man gern entbehrt hätte; das war nicht zu vermeiden. Aber die ganze Bevölkerung glich nicht mehr den früheren Bergarbeitern von Kimberley. Die Goldfelder von Witwatersrand hatten nichts Verlockendes für die Unternehmungslust des einzelnen Goldgräbers. Von Anfang an gab es im Felsboden nur Bergwerksbetrieb; der typische Goldgräber suchte vergebens nach dem Alluvialboden, in den er seine Hacke einschlagen konnte, um wenigstens so viel zu gewinnen, als nothwendig war, um den täglichen Lebensunterhalt zu bestreiten. Gelernte Bergarbeiter, zum

großen Theil aus Cornwallis stammend, nahmen Dienste bei den verschiedenen Gesellschaften, während Leute von niedrigerer Stufe sich auf eigene Faust durchschlugen und die Kantinen bereicherten. Die Arbeiter waren mit ihrer Stellung durchaus zufrieden. Sie hatten gute Einnahmen, lebten billig und konnten noch Ersparnisse machen. Die Regierung kümmerte sich ebensowenig um sie, als sie sich um die Regierung kümmerten. Die Sorte von Menschen und die Umstände, die in anderen Bergbau treibenden Ländern — zum Beispiel in Australien oder auch in den Diamantfeldern von Kimberley — Aufstände und Empörungen hervorgerufen hatten, fehlten hier gänzlich. Auch die wohlhabenderen Klassen des neuen Gemeinwesens hatten über nichts zu klagen. Die allgemeinen Bestimmungen des Bergwerksgesetzes im Lande waren von Anfang an durchaus liberal und die Regierung zeigte sich nicht abgeneigt, das Gesetz zu verbessern, soweit es dessen bedurfte. Man konnte der Regierung durchaus nicht den Vorwurf machen, daß sie die Fürsorge für das Wohlergehen der neuangekommenen Bevölkerung hintansetze, denn während des ungewöhnlich trockenen Jahres 1889 hatte sie ganz bedeutende Anstrengungen gemacht, um die beschleunigte Zufuhr der Lebensmittel zu fördern und die erschöpften Waarenvorräthe wieder zu ersetzen. Wenn irgend ein Angehöriger der Fremdenansiedelung damals wirklich zu leiden hatte, so geschah es sicherlich nicht in Folge eines Versehens oder einer Vernachlässigung von Seiten der Regierung, sondern in Folge des Vorgehens von gewissen Kaufleuten, die, obwohl selbst fremd am Ort, eine Preissteigerung gewaltsam herbeiführen wollten. Wenn überhaupt irgend eine Gefahr der Störung oder Unordnung vorlag, so kam sie aus den niederen Schichten der fremden Bevölkerung — einer Menschenklasse, die weder vor dem Gesetze noch vor irgend welcher Ordnung Achtung empfindet und gerade deshalb bei passender Gelegenheit ihr Bedürfniß nach etwas Aufregung zu befriedigen sucht, indem sie sich mit ihrer ausländischen Nationalität brüstet und

dabei natürlich die vollste Verachtung gegen die Landesregierung zur Schau trägt, unter deren Schutze sie lebt.

Der Anfang des Jahres 1890 bot die Gelegenheit zu einer derartigen Kundgebung. Der Präsident Krüger leistete einer Einladung mehrerer hochangesehener Einwohner nach Johannesburg Folge und übernachtete dort auf seiner Reise von Pretoria nach einem Orte in der Nähe der Grenze der Kapkolonie, der den Namen Vierzehnströme führte, woselbst er eine Zusammenkunft mit dem vor Kurzem angekommenen Statthalter Sir Henry Loch halten wollte. Der äußerst herzliche Empfang, der Krüger zu Theil wurde, erfolgte ohne Zweifel in der besten Absicht, mußte aber doch einigermaßen befremdend auf Jemand wirken, der trotz seiner natürlichen Neigung Alles zum Besten auszulegen, nicht an die rauhe Art und Weise eines englischen Volkshaufens gewöhnt war und überdies die Sprache nicht verstand, deren sich dieser bediente. Es fiel ihm selbstverständlich etwas schwer zu begreifen, daß die Menge, welche ja die Nationalhymne der südafrikanischen Republik nicht kannte und an deren Stelle ihr „God save the Queen“ sang, thatsächlich die Absicht hatte, ihm damit eine besondere Huldigung darzubringen. Dieser Vorfall lief indessen noch ziemlich glatt ab, und als Krüger eine Ansprache an das Volk hielt, erntete er laute Beifallsbezeugungen von Leuten, die zum größten Theil nicht ein Wort von seiner Rede verstanden hatten. Später am Tage aber gerieth ein Theil der Menge, wahrscheinlich in Folge des zu reichlichen Genusses von geistigen Getränken, in eine etwas rauflustige Stimmung, und als es dämmerte, verbreitete sich das Gerücht, daß die vor dem Magistratsgebäude wehende Flagge von Transvaal herabgerissen worden sei. Ob sie von aufrührerischen Händen aus der Menge heruntergeholt, ob sie abgeschnitten, oder von der Polizei aus Furcht vor Ausschreitungen eingezogen worden war, ist nie völlig aufgeklärt worden. Jedenfalls war sie vom Maste verschwunden und wurde von der Volksmenge zerrissen, welche die einzelnen Ueberbleibsel als

Erinnerungszeichen an das aufbewahrte, was Viele jedenfalls als „einen guten Spaß“ ansahen. Der Vorfall hatte aber seine sehr ernste Seite. Als sich die Nachricht von dem Vorgefallenen in den Landbezirken verbreitete, war die Entrüstung der Bürger von Transvaal sehr groß. Schon längst hatten sie den Fremdenzufluß mit großer Besorgniß angesehen, und dieser Vorfall schien geradezu einen wohlgeplanten Angriff auf die Unabhängigkeit ihres Landes zu bedeuten. Zorniger Einspruch erhob sich und Vorstellungen stürmten von allen Seiten auf Krüger ein, dem es die größte Mühe kostete, den Bürgern klar zu machen, daß sie um deswillen noch nicht nach Johannesburg zu marschiren brauchten. Die angesehenen Klassen der Bevölkerung von Johannesburg verdammten das Geschehene und die Anstifter, wer es auch immer gewesen sein mochte, in der schärfsten Weise, und dieses Verhalten trug viel dazu bei, die eingetretene Spannung zu mildern. Krügers energische Bemühungen die Bedeutung des Vorgefallenen möglichst abzuschwächen, erwiesen sich als erfolgreich. Als er einige Wochen darauf nach Pretoria zurückkehrte, schob er das Geschehene dem Einflusse des „großen Durstes“ zu, den die Einwohner von Johannesburg in der ausgiebigsten Weise zu stillen pflegten, eine Erklärung, die übrigens ohne Zweifel zum größten Theile der Wahrheit entsprach.

Es war nothwendig, dieses Vorkommniß besonders zu erwähnen, nicht nur, weil es die Art und Weise kennzeichnete, wie sich die Regierung von Transvaal zu der leicht erregbaren fremden Bevölkerung stellte, sondern auch weil die Großmuth, mit der man das Geschehene verzieh, ganz besonders schlecht belohnt wurde. Der Beschluß des Volksraads, der kurz darauf zusammentrat, bestätigte und wiederholte das Verfahren des Präsidenten. Die Gesetzvorlage, die der Präsident beim Volksraad einbrachte, enthielt drei verschiedene höchst wichtige Maßnahmen, die für die fremde Bevölkerung von besonderer Bedeutung waren. Diese Maßnahmen bestanden erstens in Ver-

Unter diesem Eindrucke trat der Volksraad zusammen und begann über die verschiedenen Vorlagen, die ihm unterbreitet wurden, in vorurtheilsloser und eingehender Weise zu berathen. Daher geriethen die Einwohner der Hauptstadt von Transvaal in nicht geringes Erstaunen, als ihnen das Gerücht zu Ohren kam, daß eine ernste Meinungsverschiedenheit zwischen der durch den Statthalter vertretenen britischen Regierung und der Regierung von Transvaal entstanden war, und daß an die letztere Anforderungen gestellt worden waren in einem Tone, der beinahe dem eines Ultimatums gleichkam. Die Ueberraschung wuchs noch, als man begriff, daß diese Forderungen von Vorschlägen zur Beilegung der Swazieland-Frage begleitet waren, welch' letztere man längst als endgültig abgethan betrachtet hatte.

Um die Sachlage ganz zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, welche Vorgänge sich soeben in Kapstadt abgespielt hatten. Als sich der Präsident Krüger im März des Jahres 1890 nach Vierzehnströme begab, um dort mit dem Statthalter zusammen zu treffen, wurde dieser, wie sich zeigte, von Rhodes begleitet, der damals noch keine amtliche Stellung in der Kapkolonie inne hatte. Unbetheiligte Zuschauer konnten nicht recht begreifen, zu welchem Zwecke Rhodes, der, wie man wußte, der leitende Direktor der Chartergesellschaft war, den Statthalter bei seiner Zusammenkunft mit dem Präsidenten Krüger hätte begleiten sollen. Keinerlei die gedachte Gesellschaft betreffenden Angelegenheiten sollten zur Verhandlung kommen und auch nach Krüger's Rückkehr nach Pretoria war keine Rede von derartigen Fragen. Als aber das Kap-Parlament zur gewöhnlichen Zeit zusammentrat, stellte es sich heraus, daß Vereinbarungen im Gange waren, durch die es Rhodes ermöglicht wurde, seinen Einfluß ganz bedeutend zu steigern. Sein Unternehmungsgeist bei der Organisation seiner Gesellschaft war von dem damaligem Kapministerium auf's Wärmste begrüßt worden, wahrscheinlich, weil hierdurch der Kapkolonie große Handelsvortheile in Aussicht gestellt wurden, oder wenigstens gestellt

Regierung nicht angegriffen und war noch im Jahre 1890 in Wirkung. Krüger beabsichtigte im Jahre 1890 den zum Erwerb des Heimathrechts erforderlichen Zeitabschnitt wieder abzukürzen. Mit diesem Vorschlage stieß er aber bei der sehr starken konservativen Partei des Volksraads auf Widerstand und sah sich, um die von ihm beabsichtigte Reform durchführen zu können, genöthigt, ihren Vorurtheilen Zugeständnisse zu machen. Ursprünglich bestand der Volksraad aus 48 Mitgliedern, die eine einzige Kammer bildeten. Krüger's Vorschlag ging dahin, den Volksraad in zwei Kammern von je 24 Mitgliedern zu theilen; der Erste Volksraad sollte alle seine Hoheitsrechte behalten, während der Zweite Volksraad für neue Gesetzesvorschläge zuständig sein sollte, in Dingen, die das Interesse der neuen Industriebevölkerung näher berührten; hierbei sollte aber der Erste Volksraad stets ein Einspruchsrecht haben. Um zur Wahl in den Zweiten Volksraad zugelassen zu werden, sollten zwei im Lande zugebrachte Jahre genügen, natürlich außer den sonst üblichen Vorbedingungen für den Erwerb der Staatsangehörigkeit. Gegen diesen Vorschlag ließen sich Einwendungen machen; man könnte ihn vielleicht etwas plump finden. Aber bei aller Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse und die Absichten der Regierung, gab er den ehrlichen und aufrichtigen Wunsch kund, die Interessen der neuen Industriebevölkerung näher kennen zu lernen und ihr das Recht zuzugestehen, thätigen Antheil an der Gesetzgebung des Landes zu nehmen. Krüger's Ansichten darüber waren sehr klar, und es ist wohl der Mühe werth, ihn selbst zu hören. „Ich möchte“, sagte er, „daß dieser Zweite Volksraad eine Brücke bildet. Ich wünsche, meine Bürger lernen einsehen, daß wir die neue Bevölkerung ruhig an der Regierung des Landes Theil nehmen lassen können. Sobald sie dieses eingesehen und sich überzeugt haben, daß nichts Böses daraus entsteht, können die beiden Volksraade wieder zu einem einzigen verschmolzen werden und der Unterschied zwischen der alten und der neuen Bevölkerung kann dann wieder verschwinden.“

Es ist geradezu ein Ding der Unmöglichkeit, die Aufrichtigkeit, Hochherzigkeit und den Scharfsinn dieser Ansichten zu bezweifeln. Infolge von Krüger's Erklärungen und infolge seiner Ueberredungsgabe nahm denn auch der Volksraad diese Maßnahme an, wenn auch nicht ohne einigen Widerspruch, indem die konservativeren Mitglieder den Vorfall mit der Flagge als Rechtfertigung für den Verdacht anführten, mit dem man die Absichten der neuen Bevölkerung verfolgte. Dieser Einwand wurde aber vom Präsidenten entschieden bekämpft, indem er dagegen geltend machte, daß die zahlreichen gutgesinnten Elemente von Johannesburg doch nicht für die Ausschreitungen einiger Vagabunden büßen dürften. Die Verfassungsänderung wurde angenommen und im Verein mit den Beschlüssen wegen der Eisenbahnbauten und der Aenderung des Goldgesetzes als der Ausdruck des aufrichtigen Bestrebens der alten Bevölkerung der Republik angesehen, dem neuen Element Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; man glaubte allgemein, daß hieraus dem Lande für die Zukunft Glück und Fortschritt erwachsen würde.

Aber was war der Lohn?

---

wurde zum Statthalter ernannt, weil er bereit war auf die Erreichung dieses Zieles hinzuarbeiten*). Diese Bedingungen trugen viel dazu bei den Einfluß noch zu erhöhen, den Rhodes auf die Angelegenheiten von Süd-Afrika auszuüben vermochte. Als er aber Premierminister der Kapkolonie wurde, gestaltete sich sein Einfluß zu einem fast völlig unumschränkten. Der Statthalter in Kapstadt, der zugleich das Amt eines Gouverneurs der Kapkolonie in seiner Person vereinigt, muß naturgemäß auch in Bezug auf Angelegenheiten, die außerhalb der Kolonie liegen, auf die Ansichten seiner verantwortlichen Minister Rücksicht nehmen. Er darf sich nicht mit sich selbst in Widerspruch setzen und in seiner Eigenschaft als Gouverneur andere Wege einschlagen, wie in seiner Eigenschaft als Statthalter. Diese Einrichtung ist, wie man zugeben muß, unter gewöhnlichen Verhältnissen eine recht nützliche, denn sie bedingt, daß der Statthalter stets unter dem verfassungsmäßigen Zwange steht, die in der Kolonie herrschende öffentliche Meinung zu berücksichtigen. Die Sache gestaltet sich aber ganz anders, wenn der Premierminister eine bestimmte eigene politische Richtung verfolgt und seinen Einfluß als Premierminister dazu benutzt, vom Statthalter die kaiserliche Genehmigung zu einer derartigen Politik zu erlangen. Dieser Fall trat ein, als Rhodes sein Ministerium bildete. Schon vorher war die Reichsregierung und der neue Statthalter höchst geneigt, seine Pläne zu fördern. Als er aber Premierminister wurde, und, wie anzunehmen war, die öffentliche Meinung der Kapkolonie vertrat, war die Reichsregierung schon von vornherein gewissermaßen verpflichtet, seiner Führerschaft zu folgen. Denn ebenso, wie sich die Reichsregierung der in verfassungsmäßiger

*) In Süd-Afrika wird erzählt, allerdings ohne genügende unmittelbare Begründung für die Glaubwürdigkeit der Geschichte, Sir Henry Loch habe bei seiner Ernennung zur Bedingung gemacht, daß ihm das Recht zustehe, die Dienste einer gewissen Zahl von Ersatzregimentern aus England sofort nach kurzer Mittheilung in Anspruch zu nehmen.

Weise kundgegebenen öffentlichen Meinung der Kapkolonie gebeugt hatte, indem sie die Warren'sche Expedition zurückberief, ebenso wenig durfte sie es wagen, einer verfassungsmäßig ausgedrückten Meinung der Kapkolonie, wenn sie nach einer anderen Richtung ging, entgegenzutreten. Rhodes beherrschte die öffentliche Meinung der Kolonie vollständig und beabsichtigte, von dieser Herrschaft Gebrauch zu machen, während der in England weilende Staatssekretär für die Kolonien unmöglich voraussetzen konnte, daß ein Mann in der Stellung des Premierministers einer Kolonie, die eine verantwortliche Regierung hatte, thatsächlich nicht die Ansichten und Wünsche der Mehrheit zum Ausdruck brachte und verwirklichte.

Der erste Gebrauch, den Rhodes von der einflußreichen Stellung machte, zu der er sich emporgeschwungen, bestand darin, daß er der südafrikanischen Republik durch den Statthalter gewissermaßen ein Ultimatum stellen ließ. Dieses Ultimatum wurde in Form eines Schriftstückes überreicht, das höchst unzutreffender Weise den Namen Swazieland-Vertrag führte. Man muß dabei bedenken, daß es gemäß dem Berichte eines besonderen britischen Bevollmächtigten — Sir Francis de Winton —, der Swazieland kurz vor dem in Rede stehenden Vorfalle besucht hatte, das Beste und Folgerichtigste gewesen wäre, Swazieland unter die Schutzherrschaft von Transvaal zu stellen, was auch den Wünschen der dortigen Regierung entsprochen hätte. Jener Bericht ist seinerzeit nicht veröffentlicht worden, aber sein Inhalt war dem Kolonialamt zweifellos bekannt, als im Jahre 1890 diese Vorschläge gemacht wurden. Daher wäre es sowohl auf Grund der Sachlage selbst, als auch im Interesse des Friedens und der Ordnung in einem Eingeborenengebiet, in dem das Eindringen einer erwerbslustigen europäischen Bevölkerung erhebliche Verwirrung angerichtet hatte, gut und gerecht gewesen, die Swaziefrage in dem von der Regierung von Transvaal gewünschten Sinne beizulegen. Diese Ansicht theilte indessen der Statthalter nicht, der zwar die Reichsregierung zu vertreten

hatte, dabei aber ganz unter dem Einflusse von Rhodes stand. Der nach Pretoria übersandte Vertrag, der von der Regierung und dem Volksraad von Transvaal angenommen und sofort bestätigt werden sollte, verlangte zwar von der Republik ganz beträchtliche Zugeständnisse, bot aber nicht die geringste Gegenleistung, es sei denn die Bürgschaft für eine unbestimmte Verlängerung des Streites um Swazieland. Erstens wurde verlangt, daß Transvaal auf die im Londoner Vertrage zugestandene offene Nordgrenze vollständig verzichten solle. Jener Vertrag, welcher der Regierung von Transvaal verbot, ohne die Zustimmung der britischen Regierung irgend welche Uebereinkünfte mit eingeborenen Häuptlingen im Osten und Westen der Republik abzuschließen, hatte ihr den Norden offen gelassen, zur weiteren Ausdehnung ihres Einflusses, falls die Republik den Wunsch danach haben sollte. Nichts war geschehen, um das jetzt plötzlich gestellte Ansinnen auch nur in irgend einer Weise zu rechtfertigen. Nichts hatte bis dahin die aufrichtigen und herzlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Transvaal gestört. Nein, das Ansuchen wurde gestellt, theils um der Chartergesellschaft eine erhöhte Sicherheit in Mashonaland zu gewähren, auf das sich die von dem Matabelehäuptling erlangte Konzession in gesetzlicher Weise nicht wohl anwenden ließ, und theils in der frommen Absicht, eine Art Bretterzaun rings um die holländischen Republiken von Süd-Afrika herum aufzuführen. Die zweite Forderung des Ultimatums verlangte von Transvaal, daß es dem zwischen der Kapkolonie und dem Freistaat bereits bestehenden Zollvereine beitreten sollte. Sollte der Vertrag binnen nur weniger Wochen bis zu einem bestimmten Tage nicht unterzeichnet und bestätigt sein, so würden die Ansprüche von Transvaal auf irgend welche Anerkennung seiner Rechte in Swazieland für null und nichtig erklärt werden und eine britische Heeresabtheilung, mit deren Zusammenziehung in Natal man sich schon jetzt beschäftigte, würde in das Land einrücken, um es zu besetzen.



Es ist leicht zu begreifen, daß diese Forderungen in der Hauptstadt von Transvaal mit Erstaunen und Entrüstung aufgenommen wurden. Die Beziehungen zwischen der Republik und der britischen Regierung waren bis dahin durchaus freundschaftliche gewesen, und die Regierung und der Volksraad hatten soeben die denkbar aufrichtigsten Beweise geliefert, daß sie den Wunsch hegten, den Interessen und Empfindungen der neuen Bevölkerung gerecht zu werden. Man muß der Exekutivgewalt von Transvaal die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie dieses unfreundliche und gewaltsame Vorgehen nicht dem unmittelbaren Einflusse oder Wunsche der britischen Reichsregierung zuschrieb. Wie um sie in dieser Ansicht zu bestärken, wurde ihr etwa um dieselbe Zeit die Genugthuung zu Theil, daß der Vizepräsident der Republik, der einer der obersten Heerführer im Unabhängigkeitskriege gewesen war, in Natal von allen Gesellschaftsklassen, ja selbst von den Offizieren der Garnison auf's herzlichste aufgenommen wurde. Es war klar, daß ein ganz neuer Einfluß sich geltend machte, und man darf annehmen, daß man in Rhodes von diesem Augenblicke an den Intriganten und unversöhnlichen Feind der südafrikanischen Republik erkannte. Ganz besondere Erbitterung erregte die Verquickung der Angelegenheiten der Reichspolitik mit der rein örtlichen Frage des Zollvereins. Diese Frage war offenbar in zweifacher Absicht mit in den Vertrag hineingezogen worden. Einerseits hoffte man Transvaal zu zwingen, daß es die zollfreie Einfuhr von Kapwein und Branntwein zuließ, auf der anderen Seite wollte man dem in Wettbewerb tretenden Handel von Natal einen Schlag versetzen, indem man den Handel dieser Kolonie mit Transvaal zu lähmen versuchte. Die Forderungen des Vertrages, die sich darauf bezogen, daß Transvaal jede Hoffnung aufgeben sollte, seinen Einfluß weiter nach Norden auszudehnen, beruhten auf der Absicht, den an dem Gewinne der Chartergesellschaft Betheiligten Genüge zu leisten. Die Maßnahmen dagegen, die sich auf den Zollverein bezogen, fußten auf der Absicht, die

Anhänger von Rhodes in der Kapkolonie zufrieden zu stellen. In beiden Fällen waren die Forderungen ungerecht und bedrückend und in der That weit entfernt von dem Vorgehen, wie es einem ausgesprochen freundschaftlich gesinnten Staate der südafrikanischen Republik gegenüber entsprochen hätte.

Die Entrüstung über die Bedingungen des vorgeschlagenen Vertrages war sehr groß, und es war nach jeder Richtung mehr als wahrscheinlich, daß er, gleichviel um welchen Preis, abgelehnt werden würde. Es wurde der Vorschlag gemacht, daß der General Joubert, der gerade im Begriff stand nach Europa abzureisen, bevollmächtigt werden sollte, die Angelegenheit mit dem Staatssekretär in London zu besprechen. Dieser Vorschlag wurde aber auf das entschiedenste abgelehnt, so daß der Regierung von Transvaal in dem grausamen Dilemma nur die Wahl blieb, entweder unter dem Zwange der Verhältnisse den ungerechten Vertrag zu vollziehen, oder die Gefahr eines Krieges mit Großbritannien auf sich zu nehmen. Mitten in die herrschende Aufregung und Unentschiedenheit gelangte die Nachricht, daß Hofmeyr auf dem Wege von Kapstadt nach Pretoria sei, um durch seinen Einfluß den Volksraad zur Anerkennung des Vertrages zu bewegen, in der Hoffnung, dadurch einen thatsächlichen Freundschaftsbruch zwischen dem Statthalter und der britischen Regierung zu verhindern. Die wirklichen Gründe von Hofmeyr's plötzlichem Auftauchen und von seiner Einmischung bei diesem Anlasse sind niemals völlig aufgeklärt worden. Diejenigen, die da behaupten, daß ihn der aufrichtige Wunsch dazu bewogen habe, seine holländischen Landsleute in Pretoria aus einem peinlichen Dilemma zu befreien, scheinen ganz zu vergessen, daß ihm als dem Führer der holländischen Partei im Kap-Parlament stets die wirksamsten Mittel und Wege zu Gebote standen, um das Ministerium Rhodes zu zwingen, den Gefühlen und Wünschen der Bürger von Transvaal so viel als möglich Rechnung zu tragen. Rhodes hätte sich als Premierminister genöthigt gesehen, den Wünschen des

Afrikanderbundes Gehör zu schenken, sobald sich nur überhaupt eine Gelegenheit gefunden hätte, diese Wünsche zum Ausdruck zu bringen, und der Statthalter wäre verpflichtet gewesen, den Vorstellungen von Rhodes zu entsprechen. Da es Hofmeyr trotz seines großen Einflusses nicht eingefallen war, Rhodes' transvaalfeindlicher Politik mit Hülfe des Kap-Parlaments entgegenzutreten, so erscheint auch sein Auftreten in Pretoria als Vermittler zwischen dem Statthalter, der Bevölkerung von Transvaal und dem Volksraad keineswegs als der Ausfluß eines wirklich ehrlich gemeinten Bestrebens, in dem Interesse der beiden letzteren zu wirken. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Hofmeyr thatsächlich den Auftrag hatte, genau festzustellen, wie weit die Regierung von Transvaal und der Volksraad zum Nachgeben geneigt sein würden, so daß man die für die Empfindungen der Bürger von Transvaal völlig unannehmbaren Theile des Vertrages streichen oder unentschieden lassen konnte. Diese Annahme findet in dem Umstande ihre Bestätigung, daß, als der Vertrag nach wiederholten Berathungen des Raads endlich angenommen wurde, diejenigen Abschnitte, welche den Beitritt Transvaals zum Zollverein betrafen, einstweilen in der Schwebe gelassen wurden. Es liegt in der That kein besonderer Grund für die Annahme vor, daß Hofmeyr wirkliche Sympathien für Transvaal empfand. Einmal hatte Transvaal die Weinbauer des Kaplandes durch seine Weigerung dem Zollverein beizutreten schwer beleidigt, und dann hatte es weiteres Aergerniß erregt, weil es den Kapkolonisten das Recht absprach, die besten Stellen in der Beamtenlaufbahn von Transvaal für sich in Anspruch zu nehmen. Dieses Recht gründete sich auf den Beistand — der allerdings höchstens ein negativer gewesen war —, den Kapstadt den Bürgern von Transvaal geleistet haben wollte, als sie für ihre Unabhängigkeit kämpften. Der Anspruch war unberechtigt und wäre wohl auch nicht erhoben worden, wenn es sich nicht herausgestellt hätte, daß unter den neugeschaffenen Verhältnissen die Stellen der Beamten-

laufbahn in Transvaal ein recht begehrenswerther Besitz waren. Daß die Regierung von Transvaal keinerlei Uebelwollen gegen die Kapkolonie empfand, geht daraus hervor, daß eine ganze Anzahl Kapkolonisten amtliche Stellungen in der südafrikanischen Republik bekleidete, so wie dies noch heute der Fall ist. Das ist aber doch noch etwas Anderes, als ruhig mitanzusehen, wie die höchsten Regierungsstellen von Kapstadt aus beeinflußt werden. Es steht fest, daß die Bewohner der Kapkolonie die Transvaal-Bürger in ihrem Kampfe durch sympathische Kundgebungen und vielleicht gelegentlich noch etwas mehr unterstützt haben. Ihre Unterstützung aber war nicht im entferntesten etwa so eifrig und thatkräftig gewesen, wie seitens der Bürger des Freistaats, die, mit höherem Verständniß für die ganze Sachlage, weder Anstellungen von der Regierung von Transvaal verlangten noch diejenigen beneideten, die im Besitze solcher waren.

Unter der Voraussetzung, daß die Artikel, die sich auf den Beitritt Transvaals zum Zollverein bezogen, vorläufig wegfallen sollten, wurde der Vertrag wegen Swazieland vollzogen und bestätigt. Er löste die Swazielandfrage in keiner Weise und erfüllte auch die Versprechungen nicht, die dem Präsidenten Krüger seinerzeit bei der Zusammenkunft in Vierzehnströme wegen Lösung dieser Frage gemacht worden waren. Aber es wurde hierdurch wenigstens der Anspruch der südafrikanischen Republik, für den Fall einer dereinstigen Beilegung dieses Streites berücksichtigt zu werden, aufrecht erhalten und eine Krisis verhindert, die leicht zu einem allgemeinen Blutbade in ganz Süd-Afrika hätte führen können. Es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß Krüger, indem er den Volksraad zur Annahme des Vertrages drängte, in hohem Grade von der Ansicht beeinflußt wurde, daß nach Ablauf der drei Jahre, während derer der Vertrag gültig war, wahrscheinlich wieder ein liberales Ministerium in England am Ruder sein würde, mit dem auf einer weit günstigeren Grundlage nochmals über die ganze An-

gelegenheit verhandelt werden könnte. So wurde der Vertrag denn auch schließlich angenommen, aber seine Bedingungen und die Verhältnisse, unter denen er Transvaal aufgezwungen worden war, machten einen nachdrücklichen und bleibenden Eindruck, um so mehr, weil jeder einzelne Bürger von Transvaal fest davon überzeugt war, daß es nicht die britische Reichsregierung, sondern Rhodes war, der in dieser Weise vorging, nachdem es ihm auf irgend eine Weise gelungen war, die Regierung zu bestimmen, ihm das Steuerruder des Staatsschiffes von Süd-Afrika zu überlassen. Wenn auch die britische Regierung vielleicht nicht ganz so herzlich gegen die südafrikanische Republik war, als sie hätte sein können, so war sie doch keinenfalls ihr Feind. Daß aber Rhodes ein Feind der Republik war, stand fest, und seit diesem Tage zeigte es sich klar, daß alle, die mit der Führung der öffentlichen Angelegenheiten in Pretoria betraut waren, es für ihre heilige Pflicht hielten, die Handlungsweise Rhodes' auf das sorgfältigste zu überwachen.

Die letzten Monate des Jahres 1890, das so hoffnungsvoll begonnen hatte, waren in Bezug auf Handel und Wandel ebenso unheilvoll, wie der Verlauf der politischen Ereignisse entmuthigend gewesen war. Die rücksichtslosen Spekulationen in Goldbergwerksaktien hatten die Sicherheit des allgemeinen kaufmännischen Verkehrs derartig untergraben, daß zwei südafrikanische Banken — die Bank vom Kap der guten Hoffnung und die Unionsbank in Kapstadt — ihre Zahlungen einstellen mußten. Durch den Zusammenbruch der letzteren wurde namentlich Kapstadt sehr schwer betroffen, wo die reichsten Aktionäre plötzlich zu Bettlern wurden, weil sie trotz aller Anstrengungen den Anforderungen nicht zu entsprechen vermochten, die der Grundsatz der unbeschränkten Haftbarkeit, auf den die letztgenannte Bank gegründet worden war, ihnen auferlegte. Der Bankerott der Bank vom Kap der guten Hoffnung dagegen, die über ganz Süd-Afrika verzweigt war, machte sich in weiteren Kreisen fühlbar und erregte, wenigstens eine Zeit lang, eine

fast an Panik grenzende Bestürzung. Unter diesen Umständen zeugte es von höchst lobenswerthem Gemeinsinn, daß die Regierung von Natal der dortigen Bank, die in Transvaal große Geschäfte machte und wichtige Abzweigungen hatte, ihre Unterstützung gewährte. Die Panik hörte infolgedessen auf, aber die Entmuthigung, die diese finanzielle Störung hervorgerufen hatte, machte sich in den weitesten Kreisen fühlbar und beeinträchtigte eine Zeit lang die Aussichten der Goldindustrie in der bedenklichsten Weise. Alles war im Niedergange begriffen. Der Mangel an Geld hinderte die energische Fortführung der Bergwerksarbeiten, und dieser Umstand beeinflußte wiederum die monatliche Goldausbeute und die Marktpreise. Die in Aussicht gestellte Hausse wollte nicht kommen, und nicht Wenige behaupteten, Johannesburg sei bereits auf der absteigenden Linie angekommen.

Indessen machte die Chartergesellschaft in Mashonaland keine besonders ersprießlichen Fortschritte. Von Seiten der Eingeborenen zeigte sich kein Widerstand, und man erwartete einen solchen auch nicht, denn das Unternehmen der Gesellschaft befand sich noch ganz außerhalb der Grenzen des eigentlichen Matabelelandes. Befestigte Stellungen wurden angelegt und es war nach Goldadern gesucht worden, aber noch konnte man nicht behaupten, daß sich in dem Lande der Verheißung bis jetzt nach irgend welcher Richtung hin etwas erfüllt hätte. Mittlerweile fing man in allen Theilen Süd-Afrikas an, sehr ernstlich zu bezweifeln, ob die Gesellschaft wirklich das Recht besäße, das ganze „Hinterland“ Süd-Afrikas für sich allein in Anspruch zu nehmen und sich zuzueignen. Während der ersten Monate des Jahres 1891 verbreitete sich das Gerücht, daß eine große Anzahl Bauern und anderer Bewohner Transvaals, des Freistaats und der Kapkolonie die Absicht hätten, beim Beginn der trockenen Jahreszeit einen „Trek“ über den Limpopofluß, der die nördliche Grenze von Transvaal bildete, zu unternehmen, ohne Rücksicht auf die Rechte der Gesellschaft, die sich

auf die Konzession von Lo Bengula gründeten. Diesem „Trek“ lag eine Konzession zu Grunde, die ein gewisser Adendorff von einem unabhängigen Häuptlinge aus Mashonaland erhalten hatte, der den Anspruch erhob, völlig unabhängig von Lo Bengula zu sein. Es wurde behauptet, daß die Gesellschaft durch ihre Besitzergreifung von Mashonaland die Grenzen der Konzession, auf die der Freibrief gegründet war, vollständig überschritten habe, und daß sie kein größeres Anrecht an dieses Land besäße, als irgend eine andere Gesellschaft, die sich in das Land begeben würde, und jedenfalls weit geringere Rechte als die Inhaber der Adendorff'schen Konzession. Als der Sommer sich dem Ende zuneigte, brach eine große Anzahl Familien aus allen Theilen von Süd-Afrika mit ihren Wagen auf und begab sich durch Transvaal auf die Reise nach der Hauptfurth über den Limpopofluß. Ohne Frage wurden sie von der wärmsten Sympathie der gesammten holländischen Bevölkerung Süd-Afrikas begleitet, den Afrikanderbund in der Kapkolonie einbegriffen, dem damals die Verpflichtung oblag, Rhodes im Amte zu erhalten. Es war ein sehr kritischer Zeitpunkt für Rhodes und seine Gesellschaft. Wenn der „Trek“ wirklich zu Stande kam, so wurden die vortheilhaften Unternehmungen, die mit der Besitzergreifung von Mashonaland bezweckt waren, vereitelt, und wenn der Afrikanderbund in der Kapkolonie dem „Trek“ Beifall zollte, so war es um Rhodes' eigene Machtstellung und seinen Einfluß als Premierminister geschehen. Die Reichsregierung hätte es wohl nicht gewagt ein Unternehmen zu unterstützen, das die Mehrheit des Kap-Parlaments thatsächlich verdammte. In dieser Verlegenheit griff Rhodes zu dem Hülfsmittel, Spaltungen innerhalb der Bündlerpartei selbst hervorzurufen. Durch allerlei Scheingründe, die beweisen sollten, daß die ackerbautreibende Bevölkerung der Kapkolonie durch das Unternehmen der Chartergesellschaft ungeheuere Vortheile gewinnen würde, brachte er einem großen Theile des Bundes die Ueberzeugung bei, daß der beabsichtigte „Trek“ nach



Mashonaland unter allen Umständen verhindert werden müsse. Sobald sich Rhodes auf diese Weise eine Mehrheit im Kap-Parlament gesichert hatte, war es ihm ein Leichtes, den Einfluß des Statthalters als des Vertreters der britischen Reichsregierung für seine Zwecke zu benutzen, um dem „Trek“ ein Ende zu machen. Obgleich sich der „Trek“ aus Theilnehmern von allen Theilen Süd-Afrikas, ja aus der Kapkolonie selbst rekrutiren sollte, wurde der Regierung von Transvaal die Mittheilung gemacht, daß sie für jeden Versuch, den Limpopo zu überschreiten, zur Verantwortung gezogen werden würde, und diese Warnung wurde durch nicht mißzuverstehende Drohungen unterstützt. Um den Frieden aufrecht zu erhalten, erließ die Regierung von Transvaal eine Bekanntmachung, die Jedermann davor warnte, den Limpopo zu überschreiten und Mashonaland zu betreten. Der damals gebräuchliche Ausdruck lautete: Krüger „dämpfte den Trek“. Die Ueberzeugung der „Trekkers“ änderte sich aber dadurch in keiner Weise und ihr Groll gegen den rechtswidrigen Eingriff der Chartergesellschaft — denn so sahen sie die Sache an — verminderte sich nicht im geringsten. Nichtsdestoweniger aber gaben sie, mit Rücksicht auf die schwierige Lage, in der sich die Regierung von Transvaal befand, ihre Absicht auf. Eine kleine Anzahl, hauptsächlich aus Einwohnern des Freistaates bestehend, drang bis zur Limpopofurth vor, in der Absicht zu sehen, was daraus würde. Sie machten keinen Versuch zur Ueberschreitung der Furth, da sie merkten, daß jeder derartige Versuch auf bewaffneten Widerstand stoßen würde, und kehrten in ihre Heimath zurück. Das einzige Abenteuer, das vorkam, hatte ein gewisser Van Soelen aus Ladybrand im Freistaat zu bestehen: er badete im Flusse und entging dabei mit genauer Noth der Gefahr, durch die zufällige Entladung eines Maximgeschützes von der Polizei der Chartergesellschaft getödtet zu werden*). Der ganze Verlauf

*) Es hieß damals, daß dieser Zug der „Trekkers“ unter der Anführung eines gewissen Obersten Ferreira gestanden hätte, dessen Name erst

der Sache rief aber eine gewisse Erbitterung zwischen Pretoria und der Kapstadt hervor, und der Afrikanderbund in der Kolonialmetropole wurde beschuldigt, seine holländischen Landsleute in Transvaal den Händen der Chartergesellschaft und der britischen Regierung ausgeliefert zu haben. Rhodes' Plan, die Engländer und Holländer miteinander zu verbinden, war in der That vollständig gescheitert, dagegen waren sogar die Holländer im höchsten Maaße gegen die Engländer aufgebracht und selbst unter einander aufsässig geworden.

Das Jahr 1891 war noch durch ein anderes Ereigniß bemerkenswerth, das deutlich die Bemühungen der Chartergesellschaft kennzeichnete, die Grenzen ihres Einflusses im Inneren des Landes zu erweitern. Ihr Streit mit den portugiesischen Behörden, der zu dem Gefecht bei Massi-Kessi führte, gehört eigentlich nicht in den Rahmen einer geschichtlichen Skizze der Ereignisse in Süd-Afrika. Allein in engstem Zusammenhange mit diesem Streit fand ein Ereigniß statt, an dem Süd-Afrika lebhaftes Interesse nahm. Ein bedeutender Eingeborenen-Häuptling, Namens Gungunhana, herrscht über ein ausgedehntes Gebiet in der Nähe der Delagoabai und übt zugleich eine Art Schutzherrschaft über verschiedene andere kleinere Häuptlinge desselben Bezirks aus. Wenn man Gungunhana, der unter portugiesischer Oberhoheit stand, dazu aufreizen konnte, sich gegen die portugiesische Regierung aufzulehnen, so mußte dieser Vorgang die allgemeine Aufmerksamkeit von der Chartergesellschaft ablenken, die dann um so ungestörter im Trüben fischen konnte. Ein der Gesellschaft gehöriger kleiner Dampfer*), die „Gräfin von

kürzlich in Verbindung mit Versuchen, die Bergwerksaktien in Johannesburg in die Höhe zu treiben, genannt worden ist. Dies ist indessen ein Irrthum. Ferreira besaß in keiner Hinsicht das besondere Vertrauen der „Trekkers", und spätere Ereignisse lassen vielmehr die Vermuthung aufkommen, daß er für seine Dienste heimlich von der Chartergesellschaft bezahlt wurde. Siehe auch die Mittheilungen in Major Lennard's Buch: „Wie wir Rhodesia gründeten".

*) Die beim Verkauf dieses Dampfers erzielte Summe erscheint in dem Rechenschafts-Bericht der Gesellschaft für das Jahr 1894.

Carnarvon", verließ Port Elisabeth in geheimnißvoller und ungesetzlicher Weise ohne Zollschein. Der Ort seiner Bestimmung und der Zweck seiner Entsendung erregten natürlich allgemeine Neugierde. Die erste Nachricht, die über sein Verbleiben einlief, lautete dahin, daß er unmittelbar an der Mündung des Limpopoflusses, eine kurze Strecke nördlich von der Delagoabai, von einem portugiesischen Kanonenboot weggekapert worden sei. Die Beschlagnahme hatte stattgefunden, während er aus der Mündung des Limpopoflusses auslief; dort war er gewesen, um mit Gungunhana zu verhandeln und ihn, wie damals allgemein angenommen wurde, mit Feuerwaffen zu versorgen. Die Entrüstung von ganz Süd-Afrika über diesen Vorfall war um so größer, weil es schien, als ob die Kapkolonie sich an einem gesetzwidrigen, geradezu piratenhaften Unternehmen zum Schaden einer fremden Regierung betheiligt hatte. Es steht außer Zweifel, daß mehrere dem Premierminister Rhodes unterstellte Beamte der Kapkolonie in diese Angelegenheit verwickelt waren; die Art und Weise, wie das ganze Vorgehen beurtheilt wurde, geht zur Genüge aus einer Redewendung in der bedeutendsten holländischen Zeitung von Kapstadt hervor, die den frommen Wunsch ausdrückte, eine portugiesische Kanonenkugel möchte doch den Kapitän des verrätherischen Schiffes um einen Kopf kürzer machen. Nur das Kap-Parlament machte sich keine Sorge um den Vorfall. Es begnügte sich damit zu glauben, daß Alles, was die Chartergesellschaft that, wohlgethan sei. Allerdings bemühte man sich, dem eigentlichen Grunde auf die Spur zu kommen, weßhalb ein gewisser Denis Doyle, der die „Gräfin von Carnarvon" bisher befehligt hatte, plötzlich gegen alle Vorschrift eine Stellung in der Zivil-Verwaltung der Kapkolonie erhielt, um die er gar nicht nachgesucht hatte und in der er ein bedeutend höheres Gehalt bezog, als bei der öffentlichen Ausschreibung der Stelle angegeben war. Allein das Mitglied des Kap-Parlaments, das die Aufklärung der Sache in die Hand genommen hatte, erreichte damit bei der Regierung nichts

weiter als das Versprechen, alle auf den Gegenstand bezüglichen Schriftstücke vorzulegen. Daß der betreffende Abgeordnete auf irgend eine Weise zu einer milderen Auffassung der Sache bekehrt wurde, scheint aus seinem Auftreten bei einer öffentlichen Versammlung in Kapstadt im Dezember 1896 hervorzugehen, wo er beantragte, Rhodes sollte aufgefordert werden, das Amt eines Premierministers auf's Neue anzunehmen. Süd-Afrika ist eben ein Land sowohl der Bekehrungen als auch der Ueberraschungen.

XIV.

Die Eisenbahnen.

Obgleich der leitende Grundsatz der Rhodes'schen Politik gegen Transvaal in Unterdrückung und Feindschaft bestand, so gab es nichtsdestoweniger einzelne Punkte, bei denen das Einschlagen einer freundschaftlicheren Politik geradezu eine unbedingte Nothwendigkeit für die Handelsinteressen der Kapkolonie war. Die beiden südafrikanischen Kolonien und insbesondere die Kapkolonie hatten mittlerweile eingesehen, daß sie von der Goldindustrie in Johannesburg leben mußten, wie sie einst von der Diamantindustrie in Kimberley gelebt hatten. Johannesburg war gerade zur rechten Zeit aufgetaucht, als sich die glänzenden Aussichten Kimberley's zu verdüstern begannen. Der Kapkolonie mußte vielleicht noch mehr daran liegen als Natal. Natal hatte damals durch sein Fernbleiben vom Zollverein große Gewinne erzielt, und es lag auf der Hand, daß die geographische Lage der kleineren und jüngeren Kolonie ihr ein ganz bedeutendes Uebergewicht über die ältere verlieh. Die Kapkolonie lieferte noch immer ihre Waaren nach Johannesburg auf dem Wege über Kimberley oder Vryburg, das der Verwaltungssitz in Bechuanaland geworden war. Dieser Weg bedingte eine Eisenbahnfahrt von über 480 Meilen Länge bis nach Kimberley, oder von mehr als 600 Meilen von dem nächsten Kaphafen (Port Elisabeth) mit einer anschließenden Wagenfahrt von noch reichlich

200 Meilen über die letzte Station hinaus. In Natal betrug die Entfernung vom Hafen bis nach Newcastle, der damaligen Endstation der Eisenbahn, nur 270 Meilen und noch etwa 170 Meilen Wagenfahrt bis Johannesburg. So lange also die beiden Kolonien in gleicher Weise von einer unfertigen Eisenbahnlinie und einer an der letzten Station anschließenden Wagenfahrt abhängig waren, konnte Natal sicher sein, den Löwenantheil an dem Handel mit Johannesburg davonzutragen, und zwar auch selbst für den Fall, daß beide Wege ganz und gar mit Eisenbahnen versehen würden. Während es aber Natal noch nicht gelungen war, die Zustimmung der Regierung von Transvaal zu einer Verlängerung der Eisenbahn von der Grenze von Natal bis nach Johannesburg zu erlangen, hatte die Kapkolonie Vereinbarungen mit dem Freistaat angebahnt, um Eisenbahnen in diesem Staate zu bauen, die der Kapregierung die Möglichkeit versprachen, Johannesburg auf kürzerem Wege als über Kimberley oder Vryburg zu erreichen.

Die Zustimmung des Volksraads von Transvaal zu neuen Eisenbahnbauten im Jahre 1890 war nur eine ganz bedingte. Außer der Eisenbahn, die Pretoria mit der Delagoabai verbinden sollte, die damals wegen der Bodenschwierigkeiten nur langsame Fortschritte machte, genehmigte der Raad erstens eine Eisenbahn zwischen Pretoria und Johannesburg und zweitens eine solche von Johannesburg oder einem in der Nähe gelegenen Punkte nach der südlichen Grenze der Republik am Vaalflusse; man durfte annehmen, daß sie sich dort späterhin mit der von der Kapkolonie geplanten, durch den Freistaat führenden Erweiterungslinie vereinigen würde. Es lag im Interesse der Kapkolonie, diesen Anschluß so bald als möglich zu verwirklichen, um auf diese Weise den Hauptantheil des Handels mit Johannesburg von dem Wege über Natal abzulenken. Zu diesem Zwecke bedurfte es einer Verständigung mit der Regierung von Transvaal. Nach den Vorfällen im Zusammenhange mit dem Swazieland-Vertrage im Jahre 1890 und mit dem „Trek“ im

Jahre 1891 war wohl eigentlich anzunehmen, daß sich die Kapregierung nur schwer dazu entschließen würde, irgend welche Handelsvergünstigungen von Transvaal zu fordern, und daß die Regierung von Transvaal ebenso wenig bereit sein würde, solche zu gewähren. Man war indessen in Kapstadt der Meinung, daß die Exekutivgewalt von Transvaal zwar gegen Rhodes nicht sehr freundschaftliche Gesinnungen hegte, sich aber den Vorstellungen eines anderen beliebteren Mitgliedes des Kapministeriums nicht unzugänglich erweisen würde. Man beschloß daher, Sir James Sivewright, der damals in Rhodes' Ministerium dem Ressort der öffentlichen Arbeiten vorstand, nach Pretoria zu entsenden, in der Hoffnung, daß es ihm gelingen würde, ein vortheilhaftes Abkommen zu treffen. Es sprach zu Sir James Sivewright's Gunsten, daß er persönlich mit dem Präsidenten Krüger bereits auf gutem Fuße stand und mit ihm in seiner eigenen Landessprache verkehren konnte, während er noch obendrein als geborener Schotte, wie alle seine Landsleute, eine ganz besondere Geschicklichkeit besaß, zu der Klasse von Holländern, die Krüger vertrat, in herzliche Beziehungen zu treten. Sir James Sivewright traf Ende November des Jahres 1891 in Pretoria ein, und es gelang ihm, seine Aufgabe in so hervorragender Weise zu lösen, daß er schon nach wenigen Tagen mit einem Vertrage in der Tasche nach Kapstadt zurückkehren konnte; in dem Abkommen einigten sich die Kapregierung und die Eisenbahnbehörden von Transvaal — d. h. die Direktoren der Niederländisch-Südafrikanischen Eisenbahn-Gesellschaft — dahin, sich gegenseitig zu unterstützen, um die Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen Johannesburg und der bereits bestehenden Kapeisenbahn in möglichst kurzer Zeit zu bewirken. Die Abmachung sollte auf den beschränkten Zeitraum von drei Jahren Gültigkeit haben, wobei die Kapregierung die Verpflichtung übernahm, das nöthige Kapital aufzubringen.

Nachdem die Wege soweit geebnet waren, lag es im Interesse der Kapregierung und war sogar gewissermaßen ihre Pflicht,

die gebotene Gelegenheit so gut als möglich auszunutzen. Auch hierbei erhielt Sir James Sivewright, der das Uebereinkommen zu Stande gebracht hatte, den Auftrag dafür zu sorgen, daß es in der richtigen Weise ausgeführt wurde, und zweifellos gereicht die ganze Art und Weise, in der die Angelegenheit von Sir James Sivewright behandelt wurde, sowohl ihm als auch dem Ministerium, dem er angehörte, zu hoher Ehre. Sivewright hatte in früheren Jahren das Amt eines Telegraphendirektors bei der Kapregierung bekleidet und in dieser Eigenschaft beim Bau von Telegraphenlinien in Süd-Afrika großartiges geleistet; er eignete sich daher ganz besonders dazu, die neuen Eisenbahnbauten zu fördern. Die Kapeisenbahn reichte bereits bis Bloemfontein, der Hauptstadt des Freistaats; es handelte sich nun darum, sie so schnell als möglich über die Strecke von zweihundert und etlichen Meilen zwischen Bloemfontein und der Grenze von Transvaal auszuführen. Auf Grund einer Abmachung zwischen der Kapkolonie und dem Freistaat fiel die Vollendung dieses Unternehmens der Kapregierung zu, die es unter Sivewright's Leitung mit dem größten Eifer betrieb. Das zu durchschneidende Land bot im Ganzen keine besonderen Schwierigkeiten. Ein großer Theil des Freistaats besteht aus einem ziemlich flachen Tafellande, das allerdings eine beträchtlich wellige Oberfläche hat und hier und da von Flüssen durchschnitten wird, die sehr steile Ufer haben und im Sommer heftige Ueberschwemmungen verursachen. Ueber diese Flüsse wurden Nothbrücken hergestellt, die für die wenigen Monate ausreichten, während der die eigentlichen Brücken gebaut wurden, und nach der kurzen Zeit von acht Monaten wurde eine Strecke dem Betriebe übergeben, die völlig geeignet war, den durchgehenden Verkehr nach Johannesburg zu bewältigen, während der Bau der Eisenbahnstrecke in Transvaal jenseits des Vaalflusses, die sich mit jener vereinigen sollte, so viel als möglich beschleunigt wurde; die Vollendung der Linie zwischen Johannesburg und Pretoria schritt beinahe ebenso rasch vorwärts. Der Erfolg dieser

gewaltigen Anstrengungen bestand darin, daß zwischen den bedeutendsten Städten von Transvaal und der Kapkolonie eine durchgehende Eisenbahnverbindung thatsächlich binnen wenig mehr als zwei Jahren bereits im Betriebe war, für deren Herstellung man im Jahre 1890, als der Volksraad von Transvaal die Eisenbahnbauten beschloß, etwa vier bis fünf Jahre als erforderlich angesehen hatte. Der von der Kapregierung entwickelte Unternehmungsgeist war Dank Sir James Sivewright ganz bewundernswürdig, und die Kapkolonie zog, ebenso wie die Goldindustrie, ihren Vortheil daraus. Was man geleistet hatte, war das Ergebniß ehrlicher und tüchtiger Arbeit, und selbst diejenigen, deren Interessen darunter litten — die Ansiedler von Natal —, konnten nicht das Mindeste dagegen haben. In welchem Maße der Kapkolonie Vortheil und Natal Schaden erwuchs, geht aus der Thatsache hervor, daß, während im Jahre 1891 der Werth der Einfuhr in Natal vier Millionen erreicht hatte, er im Jahre 1893 auf zwei Millionen gesunken war; der Verlust von fünfzig Prozent hatte die Einfuhr in den Häfen der Kapkolonie um den gleichen Betrag erhöht. Der anständig und kräftige Unternehmungsgeist der Kapkolonie bei diesem Eisenbahnbau verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, weil er ein Beispiel des Erfolges liefert, der nichts mit jener erniedrigenden Intrigenpolitik gemein hat, wie sie unglücklicherweise die Handlungen des Kapministeriums in den meisten seiner Bestrebungen kennzeichnet, es den südafrikanischen Nachbarn zuvor zu thun.

Es bietet sich hier vielleicht Gelegenheit, einiges über die Beziehungen zwischen den verschiedenen südafrikanischen Eisenbahnen einzuschalten, um so mehr als verschiedene, erst in allerneuester Zeit entstandene Streitfragen — die außerhalb Süd-Afrikas fast gar kein Verständniß finden — lediglich auf Eisenbahnfragen beruhen. Der Hauptgesichtspunkt, den man niemals außer Acht lassen darf, ist der, daß alle südafrikanischen Eisenbahnen, die Kaplinie, die Bahnen von Natal und die

Eisenbahnen in Transvaal ursprünglich in der Absicht gebaut worden sind, den Bedürfnissen der Goldindustrie in Johannesburg zu entsprechen, und daß sie alle davon leben. In der Kapkolonie und in Natal, ganz besonders aber in der Kapkolonie, bestehen die hauptsächlichsten Einnahmequellen einmal aus den Zöllen auf den Waaren im Durchgangsverkehr nach Johannesburg und sodann aus der Eisenbahnfracht der nach Johannesburg gehenden Güter. In Erwartung der aus diesen Quellen fließenden Einnahmen haben die beiden Kolonien die mit dem Bau großer Stammbahnen verbundenen schweren finanziellen Verbindlichkeiten auf sich genommen, und die aus diesen Eisenbahnstammlinien sich ergebenden Ueberschüsse bilden thatsächlich die wichtigste finanzielle Grundlage für den Kredit der beiden Kolonien. Wenn man von dem Verkehr nach Johannesburg absieht, so würde keine Eisenbahn in Süd-Afrika mehr als ihre Betriebskosten aufbringen; das Erträgniß jenes Verkehrs aber wiegt reichlich den fehlenden Ueberschuß derjenigen Linien auf, welche nur die Entwicklung der Landwirthschaft fördern sollen. Mehr als einmal sind gerade hierüber in Johannesburg Klagen laut geworden, wo die Verbraucher nicht einsehen wollen, weshalb ihre Waaren mit unnöthig hohen Tarifen von den Kaphäfen aus belastet werden, damit die Erzeugnisse der Weinberge in der Nähe von Kapstadt auf der Eisenbahn beinahe kostenfrei befördert werden können. Es ist selbstverständlich der Durchgangsverkehr auf weite Entfernungen, der die meisten Einnahmen bringt, und wie glänzend diese sind, kann man aus den Betriebsergebnissen der im Freistaat liegenden Strecke der Bahn von den Kaphäfen nach dem Randbezirk entnehmen. Die Herstellung dieser Linie war bei der Bodenbeschaffenheit des Landes, das sie zu durchschneiden hatte, nicht kostspielig; die 300 und etliche Meilen lange Strecke zwischen dem Oranje- und dem Vaalfluß erforderte ein Kapital von nur zwei und einer viertel Million Pfund Sterling. Auf Grund eines Uebereinkommens mit dem Freistaate wurde diese Strecke von

der Kapregierung gebaut und noch bis vor Kurzem als ein Theil ihres eigenen Netzes betrieben; jedoch hatte sich der Freistaat das Recht vorbehalten, sie zum ursprünglichen Kostenpreise wieder zu übernehmen. Nach den Bedingungen des erwähnten Ueber-einkommens sollten von den Einnahmen vier Prozent Zinsen des Anlagekapitals der Kapregierung zufallen, der Rest der Einnahmen zu gleichen Theilen zwischen den Regierungen der Kapkolonie und des Freistaats getheilt werden. Im Jahre 1894 brachte diese Linie einen Reingewinn von 18 Prozent, so daß die Kapregierung ihre zwei und eine viertel Million mit 11 Prozent verzinste, während der Freistaat 7 Prozent erhielt.

Die späteren Begebenheiten machen es nöthig, immer wieder auf diese Angelegenheit zurückzukommen, so daß es sich empfiehlt, von vorne herein die Eisenbahnbeziehungen zwischen dem Freistaat und der Kapkolonie klar zu legen. Man darf nicht vergessen, daß dieser ganze, große Gewinn aus den Goldfeldern von Johannesburg stammt, und daß also mit einem Worte die Kapregierung von der Johannesburger Goldindustrie lebt. Die Kolonie Natal befindet sich genau in der gleichen Lage, obgleich die niedrigeren Zollsätze in Natal wesentlich dazu beitragen, einen etwaigen Vorwurf der Ungerechtigkeit unbegründet erscheinen zu lassen. Wenn man dies in Betracht zieht, so stellt sich heraus, daß die Anschuldigung gegen die Regierung von Transvaal, sie lebe von der Goldindustrie, gänzlich unbegründet ist. Ganz Süd-Afrika lebt davon, und es wäre in der That höchst thöricht zu verlangen, daß die Regierung von Transvaal die einzige Regierung in Süd-Afrika sein sollte, die keinen Vortheil aus einer in ihrem eigenen Gebiet belegenen Industrie ziehen dürfe. Die Regierung von Transvaal ist genau in derselben Lage wie die anderen südafrikanischen Regierungen. Ihre gesammten unmittelbaren Einnahmen, die sie von der Goldindustrie zieht, bestehen thatsächlich in Abgaben für Bergwerksgerechtsame oder Erlaubnißscheine zu Muthungen,

deren Höhe lächerlich gering ist im Vergleich zu dem Gewinn, welchen die Bergwerke unter einer nur einigermaßen verständigen Leitung erzielen. Abgesehen von dieser Einnahmequelle, bezieht die Regierung von Transvaal noch die Einnahmen eines äußerst niedrigen Zollsatzes und die Ueberschüsse ihrer eigenen Eisenbahnstrecken, die von der Niederländisch-Südafrikanischen Eisenbahngesellschaft gebaut worden sind und von ihr betrieben werden. Diese Eisenbahngesellschaft ist öfters in der unglaublichsten Weise verleumdet worden; man hat behauptet, daß sie von der Goldindustrie ungeheuere Summen erpresse, um damit ihre Antheileigner in Amsterdam und Berlin zu bereichern. Thatsächlich fallen aber nach den Konzessionsbedingungen 85 Prozent des Ueberschusses der Transvaalregierung zu, die im Jahre 1895 aus dem Betriebe der Bahn einen Ertrag von mehr als 320000 £ erzielte. Man könnte darauf erwidern, die Größe der in dieser Weise geleisteten Zahlung liefere den Beweis, daß die Tarifsätze auf den Strecken der Niederländischen Eisenbahngesellschaft zu hoch sind. Möglicherweise würden sie ja eine Herabsetzung vertragen, aber diejenigen, die eine solche verlangen, dürfen auch die großen Einnahmen nicht außer Acht lassen, die der Kapkolonie und Natal aus der Goldindustrie von Johannesburg erwachsen.

Es wird zum besseren Verständniß verschiedener, später zu erörternder Fragen beitragen, wenn wir hier noch etwas näher auf den allgemeinen Charakter und den Einfluß der Eisenbahnen von Transvaal eingehen, die der Gegenstand so vieler Klagen geworden sind, allerdings hauptsächlich von solchen Leuten, die überhaupt keine Ahnung vom Eisenbahnwesen haben. Mit den übrigen Kolonialbahnen in Süd-Afrika verglichen, sind die Eisenbahnstrecken der Transvaal-Eisenbahngesellschaft in keiner Weise minderwerthig, in gewissem Sinne stehen sie sogar höher als die übrigen, indem sie von dem anerkannt tüchtigsten und gewandtesten Eisenbahn-Fachmann in Süd-Afrika beaufsichtigt und verwaltet werden. Aus den verschiedenen Eisenbahnkonferenzen,

die während der letzten zwei oder drei Jahre stattgefunden haben, geht deutlich hervor, daß ganz Süd-Afrika keinen zweiten Eisenbahnbeamten aufzuweisen hat, der dem Betriebsdirektor der Eisenbahnen von Transvaal, Namens Middelberg, sei es in seiner Eigenschaft als Fachmann, oder als klugem und geschickten Geschäftsmanne gleich käme. Was die Beschaffenheit der Linien betrifft, die er zu verwalten hat, so muß erwähnt werden, daß Sachverständige im Bau von Kolonialeisenbahnen, die sie zum ersten Male in Augenschein genommen haben, über ihre gute technische Ausführung und ihren Eindruck geradezu erstaunt waren. Die Linie von Pretoria nach der portugiesischen Grenze in der Nähe der Delagoabai ist ein Meisterstück der Ingenieurwissenschaft, bei der die neuesten Grundsätze des Eisenbahnbaues zur Anwendung gebracht sind, um eine Eisenbahnanlage ersten Ranges durch eine höchst malerische und häufig große Schwierigkeiten bietende Gegend zu führen. Die Lokomotiven sind äußerst leistungsfähig, das Betriebsmaterial durchaus entsprechend. Was aber bei Persönlichkeiten von beschränkter Erfahrung wahrscheinlich viel dazu beigetragen hat, Vorurtheile hervorzurufen, ist der Umstand, daß man beim Bau in mancher Hinsicht nicht englischen, sondern festländischen Ueberlieferungen gefolgt ist. Was die Geschwindigkeit anbelangt, so ist zu berücksichtigen, daß wegen der schmalen Spur — sie beträgt nur 3½ Fuß englisch — und wegen des welligen Geländes bei den südafrikanischen Eisenbahnen überhaupt nirgends von einer hohen Geschwindigkeit die Rede sein kann. Der Postzug der Kaplinie, der einmal wöchentlich zwischen Kapstadt und Johannesburg verkehrt, hat eine Durchschnittsgeschwindigkeit von etwas über zwanzig und eine halbe Meile in der Stunde, während die gewöhnlichen Züge des täglichen Verkehrs zwischen denselben Punkten nur eine Durchschnittsgeschwindigkeit von weniger als 18 Meilen in der Stunde haben. Bei den Eisenbahnen von Natal, wo an mehreren Stellen die Steigung 1:30 beträgt, haben die schnellsten Züge eine Durchschnittsgeschwindigkeit von

kaum 18 Meilen in der Stunde, während sich die gewöhnlichen Züge mit 14 Meilen begnügen müssen. In dem Eisenbahnnetz von Transvaal wird die Entfernung von 46 Meilen zwischen Johannesburg und Pretoria von den gewöhnlichen Zügen pünktlich in zwei Stunden und 40 Minuten zurückgelegt, was eine Durchschnittsgeschwindigkeit von über 17 Meilen in der Stunde ergiebt, die wahrscheinlich noch beschleunigt werden wird. Der Vergleich zwischen den Kolonialeisenbahnen und den Eisenbahnen von Transvaal fällt also in dieser Beziehung keineswegs zu Ungunsten der letzteren aus. Andererseits steht es aber außer Frage, daß die Eisenbahnverwaltungen der Kapkolonie und von Natal in durchaus löblicher Weise mit einander wetteifern, die Reisenden höflich und entgegenkommend zu behandeln. Es ist möglich, daß in einzelnen Fällen Eisenbahnbeamte in Transvaal nicht ganz dem musterhaften Verhalten der Beamten der Kolonialbahnen entsprochen haben. Die einzige Stelle, wo die Eisenbahngesellschaft von Transvaal ihre Beamten her beziehen kann, ist Holland, während die Kapkolonie ihre Beamten im weitesten Umfange aus Wales, und Natal die seinigen hauptsächlich aus Schottland entnimmt. Daher mag es möglicherweise vorgekommen sein, daß in einzelnen Fällen die mangelhafte englische Sprachkenntniß eines Beamten zu Mißverständnissen geführt hat; diese werden natürlich sofort von Zeitungen und Leuten übertrieben, die ein Interesse daran haben, Alles für mangelhaft zu erklären, was in irgend einer Weise mit der Regierung von Transvaal zusammenhängt. Aber ehrlich betrachtet ist sowohl der Bau, als auch der Betrieb der Eisenbahnen in der südafrikanischen Republik, der der Niederländisch-Südafrikanischen Eisenbahngesellschaft konzessionirt ist, durchaus gut und einträglich und verdient in keiner Hinsicht die neidischer Weise dagegen verbreiteten Klagen und Verleumdungen.

Man wird vielleicht einwenden, daß dies Alles nur Kleinigkeiten seien. Es ist aber nöthig, sich darüber klar zu werden,

weil sonst möglicherweise die Schwierigkeit eintritt, daß die wirkliche Natur und Tragweite späterer Ereignisse nicht richtig beurtheilt wird. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Kapregierung sich selbst und Süd-Afrika einen großen Dienst geleistet hat, indem sie ihre Eisenbahn durch den Freistaat weiterführte. Es war ein ehrliches und anerkennenswerthes Unternehmen, das viel dazu beitrug, den Unternehmungsgeist nach anderen Richtungen neu zu beleben. Mit dem Bau der Theilstrecke, die durch den Freistaat nach Johannesburg führt, schuf sich die Kapregierung die Möglichkeit, alle Linien, die ursprünglich nach Kimberley führen sollten, für den neuen Verkehr mit Johannesburg nutzbar zu machen. Für den Augenblick sicherte sich die Kapkolonie damit fast den ganzen Verkehr von Johannesburg für ihre Eisenbahnen; denn die Eisenbahnlinie von Natal hatte noch kaum die Grenze von Transvaal erreicht, während die Fortführung der Linie nach der Delagoabai vorläufig noch mit baulichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, die sich zwischen der portugiesischen Grenze und der östlichen Abdachung des großen Tafellandes der Republik darboten. Die Aussicht, daß die Eisenbahn von Natal nach Transvaal verlängert werden würde, schien damals in der That ziemlich unsicher. Seit der Einverleibung vom Jahre 1877 hatte Transvaal von jeher gegen Natal eine Art Vorurtheil, und alle Schritte, die Natal bisher unternommen hatte, um zur Theilnahme an dem Handel mit Johannesburg zugelassen zu werden, waren vergeblich gewesen. Der Grund, warum sich die Wagschale schließlich zu Gunsten der kommerziellen Hoffnungen und Pläne von Natal neigte, war der, daß die Kapregierung heimlich bestrebt war, den Bau der Delagoa-Eisenbahn zu hintertreiben. Die Regierung von Transvaal fing an zu begreifen, daß wenn der Bau der Delagoabailinie nicht zu Stande käme, die Kapregierung thatsächlich in den Besitz eines Eisenbahnmonopols gelangen und dieses zum Schaden der Republik und für ihren eigenen Vortheil ausnützen würde. Um diese Gefahr zu

vermeiden, wurde es nothwendig, die Weiterführung der Eisenbahnlinie von der Grenze von Natal nach Johannesburg ins Werk zu setzen. Der Vertrag über das Unternehmen wurde im Anfange des Jahres 1894 abgeschlossen und noch nicht zwei Jahre später war die Strecke thatsächlich bereits fertig zur Betriebseröffnung. Auch die Delagoabailinie hatte mittlerweile große Fortschritte gemacht und wurde in der ersten Woche des Jahres 1895 von Pretoria bis zur portugiesischen Grenze eröffnet.

Durch die Erwähnung dieser Thatsachen wird dem späteren Verlaufe der Ereignisse etwas vorgegriffen. Dieses Vorgreifen ist aber zum Theil nothwendig, weil es einen Ueberblick gewährt, welche verschiedenartigen Rollen von den verschiedenen Kapministerien zu verschiedenen Zeiten gespielt worden sind. Die rasche Durchführung der Kapeisenbahnlinie nach Johannesburg im Jahre 1892 war ein anständiges und lobenswerthes Unternehmen, das dem ganzen Lande zu Gute kam. Allein das Kapministerium, das dieses Unternehmen plante und ausführte, wurde wegen innerer Mißhelligkeiten und Reibungen Ende 1892 aufgelöst und unter dem Vorsitz von Rhodes ein neues Ministerium gebildet, aus dem alle unter dem früheren Ministerium Rhodes thätigen Verwaltungskräfte ausschieden. Das Kapministerium verließ den geraden Weg der ehrlichen Unternehmungen und nahm seine Zuflucht zur Intrigue, indem es seine kommerziellen Mitbewerber um den Handel von Johannesburg zu lähmen und auf diese Weise für sich selbst Vortheil zu ziehen suchte. Der geographischen Lage nach gehört der Handel von Johannesburg zur Delagoabai und nach Natal. Allein es gelang der Kapkolonie, sich für einige Zeit ausschließlich dieses Handels zu bemächtigen, weil sie im Besitze der durchgehenden Eisenbahnverbindung war, und es ist ihr auch weiterhin gelungen sich einen bedeutenden Antheil an diesem Handel zu erhalten, Dank der in ihren Häfen gebotenen Erleichterungen und in Folge des Umstandes, daß der Handel,

der einmal den Weg durch die Kapkolonie genommen hatte, nicht so leicht wieder auf andere Bahnen abzulenken war. Gestützt auf diese Vortheile und wahrscheinlich auch auf die Bereitwilligkeit zu einer Unterstützung von Seiten der Reichsregierung rechnend, erhob die Kapregierung im Jahre 1894 den ungeheuerlichen Anspruch auf 50 Prozent der gesammten Eisenbahneinkünfte aus dem Handel mit Johannesburg. Dieser Anspruch wurde von der Regierung von Transvaal und von der Transvaal-Eisenbahngesellschaft auf das entschiedenste und mit vollem Rechte zurückgewiesen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde dieser Anspruch gegen die Ansichten und Rathschläge der für die Verwaltung der Kapeisenbahnen verantwortlichen Beamten erhoben. Es steht indessen außer Zweifel, daß die Zurückweisung dieses Verlangens den Groll noch erhöhte, den die Kapregierung gegen die südafrikanische Republik hegte; ganz und gar von der Politik und den Wünschen Rhodes' beeinflußt, sann sie jetzt um so mehr auf Mittel und Wege, um die Eisenbahnangelegenheiten zu ihren Gunsten zu beeinflussen, selbst auf die Gefahr hin, den Beistand der britischen Reichsregierung dabei anrufen zu müssen.

XV.

Der Matabele-Krieg.

Trotz des Erfolges, mit dem die Chartergesellschaft, unterstützt von der kaiserlichen Regierung, unabhängige Ansiedler aus Mashonaland fern hielt, machte die Besiedelung und Entwicklung des Mashonalandes bis zum Schlusse des Jahres 1892 keine großen Fortschritte. Der Sitz der Verwaltung, Fort Salisbury, hatte sich soweit entwickelt, daß die Errichtung einer Art Munizipalbehörde nothwendig wurde, die den Namen Gesundheitsamt erhielt, und daß man regelmäßig einmal in der Woche eine Zeitung unter dem Namen des „Rhodesia Herald" erscheinen ließ. Es wäre aber thöricht, behaupten zu wollen, daß das Land nach irgend welcher Richtung hin die Hoffnungen erfüllt hätte, die man darauf gesetzt hatte. Allerdings waren noch keine Unruhen unter den Eingeborenen ausgebrochen; aber andererseits waren auch noch nirgends irgendwie bemerkenswerthe Goldadern entdeckt worden. Was das Ausbleiben der Unruhen von Seiten der Eingeborenen betrifft, so hatte dies seinen Grund zweifellos darin, daß die Mashonas, wenn sie auch in dem Rufe der Falschheit standen, durchaus keine Neigung hatten der Macht zu widerstehen, die plötzlich unter ihnen aufgetaucht war. Sie wurden allerdings durchaus nicht gerade mit sehr peinlicher Gerechtigkeit behandelt; sie waren der willkürlichen Ausübung der Gerechtigkeit von Seiten der

Gesellschaftsbeamten preisgegeben und mußten sich manchem Spruche ihrer Gerichte unterwerfen, der mit dem über Europäer gefällten Urtheile in schroffstem Widerspruche stand. Während z. B. ein Europäer gegen Erlegung einer Strafe von 50 £ freigelassen wurde, wenn er einen Eingeborenen erschlagen hatte, erhielt dagegen der Eingeborene meist schon Prügelstrafe, wenn er nur einen kleinen Diebstahl begangen hatte. Ferner durfte ein Beamter, der sich entschieden im Unrecht befand, mit Erfolg Berufung einlegen, wenn er zur Strafe für den Widerstand, auf den er bei einer unberechtigten Handlung gestoßen war, die Hütten der Eingeborenen niedergebrannt hatte. Was die Bergwerksunternehmungen anbelangt, so steht fest, daß sie durch die sogenannte „50 Prozent Klausel" vollständig lahm gelegt wurden, eine Vertragsbedingung, wonach von jeder durch persönliche Bemühung entdeckten oder einträglich gewordenen Besitzung 50 Prozent des Werthes in die Kasse der Gesellschaft flossen.

In dieser Hinsicht, wie auch in anderen Beziehungen befand sich die Gesellschaft zweifellos in einer recht schwierigen Lage. Wenn auch Spekulanten und andere bevorzugte Leute in Folge des künstlichen Hinaufschraubens der Werthe der ursprünglichen Antheilscheine zu einer eingebildeten Höhe, in die Lage gekommen waren reich zu werden, so war doch für die wirklichen Bedürfnisse des Landes sehr wenig Geld vorhanden. Die Politik der Chartergesellschaft bestand eingestandener Maßen darin, durch unsichere Nebengesellschaften Geld nach Mashonaland bringen zu lassen, und die Zinsen, die das Land selbst offenbar nicht aufzubringen im Stande war, aus den Taschen leichtsinniger Aktionäre zu bezahlen. Aus diesem Grunde war es nothwendig, das Recht der Gesellschaft auf die Erhebung einer Abgabe von 50 Prozent aufrecht zu erhalten, das Dr. Jameson Anfangs Dezember des Jahres 1892 mit der Begründung rechtfertigte, ohne dieses Recht könne man kein Kapital aufbringen. Auf der anderen Seite gingen aber die für eigene Rechnung arbeitenden Goldsucher Angesichts

der über sie verhängten 50 Prozent-Klausel nur langsam an die Arbeit und nahmen jede Gelegenheit wahr, auf Abschaffung der Klausel zu dringen. Auch trat ein Zwiespalt der Interessen ein in Bezug auf die natürliche Straße von Fort Salisbury nach dem Meere. Vom geographischen Standpunkte aus mußte die eigentliche Straße von Fort Salisbury nach dem Meere fraglos in östlicher Richtung durch die portugiesische Ansiedlung in Beira führen. Andererseits aber war diese durchaus einleuchtende Schlußfolgerung geeignet, in politischen Kreisen der Kapkolonie große Unzufriedenheit hervorzurufen, besonders in der Umgebung von Kapstadt, wo Rhodes hauptsächlich die Unterstützung gefunden hatte, die es ihm ermöglichte, dem Adendorffer „Trek" ein Ende zu machen. Es war ganz offenbar, daß Fort Salisbury ebenso wie die angrenzenden Ländereien gänzlich außerhalb der Möglichkeit einer direkten Verbindung mit Kapstadt lagen. Wenn aber die Kapkolonie und namentlich Kapstadt nicht überzeugt werden konnten, daß die fortschreitende Entwickelung der Chartergesellschaft mit ihrem eigenen Wohlstande auf's engste verknüpft sei, so wäre Rhodes möglicher Weise der politische Beistand entzogen worden, auf den er rechnen mußte, und ohne den er in eine sehr unvortheilhafte Stellung der Reichsregierung gegenüber gerathen wäre. Wenn andererseits das allmählich unter dem Namen Rhodesia immer bekannter werdende Land in Bezug auf seinen Handel mit der Kapkolonie verbunden werden konnte, so wäre die Unterstützung, deren Rhodes zur Aufrechterhaltung seiner Stellung als Diktator von Süd-Afrika bedurfte, gesichert gewesen. Es mußte Jedermann einleuchten, daß die Kapkolonie kommerziell kalt gestellt wurde, sobald Fort Salisbury die Hauptstadt des neuen Gebietes wurde. Fort Salisbury war von Beira oder von der Delagoabai aus — durch Transvaal — so leicht zu erreichen, daß jeder Hinweis auf Kapstadt, als auf den Handelsmittelpunkt Rhodesia's thöricht erschien.

In politischer Hinsicht war es demnach ein großer Nachtheil,

daß die Gesellschaft ihre Thätigkeit auf Mashonaland beschränken sollte. Auch vom kommerziellen Standpunkte aus war es ebenso wenig wünschenswerth. Die öffentliche Meinung über den Werth von Mashonaland ergab sich aus dem Marktpreise der Antheilscheine der Chartergesellschaft, die auf etwas über pari gesunken waren. Neues Kapital wurde dringend gebraucht, nicht nur für Verwaltungszwecke, sondern auch um Diejenigen zufrieden zu stellen, deren Interesse an der Gesellschaft hauptsächlich auf Spekulationen beruhte. Es wäre aber schwierig, wenn nicht unmöglich gewesen, neues Kapital für das Unternehmen, wie es damals stand, flüssig zu machen. Eine Gebietserweiterung, die Einverleibung von Ländereien, in denen man Goldadern vermuthete, die aller Wahrscheinlichkeit nach reichen Gewinn versprachen, würden dem Unternehmen zweifellos einen werthvollen Aufschwung verleihen und den Unternehmern die Möglichkeit gewähren, sich mit der Forderung einer bedeutenden Kapitalserhöhung vertrauensvoll an die Oeffentlichkeit zu wenden. Leider war man sich nicht recht klar darüber, wo man das neue Gebiet hernehmen sollte. Die Hauptstadt von Matabeleland, Buluwayo, das fast 300 Meilen westlich von Fort Salisbury lag, würde in geographischer Hinsicht ein viel anziehenderer Mittelpunkt für die Anhänger von Rhodes in Kapstadt gewesen sein. Es war indessen nur schwierig, eine Berechtigung oder einen Vorwand zur Besitzergreifung von Matabeleland zu finden. Als die Gesellschaft Mashonaland in Besitz genommen hatte, war es ihr Bestreben gewesen, die Möglichkeit eines Angriffs von Seiten der Eingeborenen auf's äußerste zu beschränken. Ende 1892 wurde Selous als Autorität in Bezug auf die friedlichen Absichten des Matabele-Häuptlings Lo Bengula angeführt. Nach Selous' Meinung war, so lange Lo Bengula lebte, kein Krieg zwischen Rhodesia und den Matabele zu erwarten, wenn diese nicht besonders dazu aufgereizt würden. „Ein wohlgeplanter Angriff auf die Weißen war ausgeschlossen, so lange Lo Bengula an der Spitze der

Regierung stand," so lautete ein auf Selous' Zeugniß sich stützender Ausspruch. Um dieselbe Zeit liefen Nachrichten aus Viktoria ein des Inhalts, daß alle Fragen in Betreff der eingeborenen Stämme geordnet wären, und der „Rhodesia Herald", die in Fort Salisbury erscheinende Zeitung, fügte diesem Berichte die Bemerkung hinzu, es ergebe sich daraus, daß Lo Bengula seine Unterthanen „gut im Zügel hielte". Ende 1892 wurde überdies noch der Kapitän Lendy, dessen Name späterhin eine gewisse Bedeutung erlangte, auf Lo Bengula's Antrag in einer diplomatischen Sendung nach Buluwayo geschickt, um die Persönlichkeit etlicher Eingeborenen, die sich an Straßenräubereien betheiligt hatten, festzustellen. Außerdem lautete auch das ganz unparteiische Zeugniß von Handelsleuten, die Anfang 1893 Buluwayo besuchten, dahin, daß die Matabele sehr ruhig und friedlich gesinnt und durchaus bereit wären, mit den Weißen Handel zu treiben. Auch war das große Tanzfest in Buluwayo, das alljährlich zur Feier der Ernte veranstaltet wird, mit großem Pomp gefeiert worden und hatte viel weniger zu Ausschreitungen Anlaß gegeben als in früheren Zeiten.

Während aber Ende 1892 und Anfang 1893 diese beruhigenden Nachrichten aus Buluwayo einliefen, machten sich zu gleicher Zeit immer deutlichere Anzeichen bemerklich, daß die Gesellschaft die Grenzen ihrer Thätigkeit zu erweitern wünschte. Briefen zufolge, die Anfang Januar des Jahres 1893 von Viktoria aus geschrieben waren, erregten die angenommenen Grenzen von Mashonaland die Unzufriedenheit der Gründer. Es hieß, daß sich etwa 25 Meilen weiter westlich jenseits des Shashiflusses Makalakakraale befänden, deren Bewohner in keiner Weise mit den Matabele in Beziehungen ständen, sondern diese vielmehr als ihre Feinde betrachteten. Die Makalakas behaupteten, daß man von ihrem letzten Kraal noch zwei Tagereisen oder etwa 40 Meilen weit gehen könne, ehe man auf die Matabele treffe.

Es hieß, die Gesellschaft schiene sich über die Grenzen ihres Gebietes in diesem Theile des Landes nicht ganz klar zu sein, und es hieß ferner, daß sowohl den Goldgräbern als auch den Gründern jeder nur mögliche Beistand gewährt werden sollte, um „diese neue Erweiterung des Bezirkes von Viktoria" herbeizuführen. Einige Monate darauf — im Mai des Jahres 1893 — liefen abermals Beschwerden in Bezug auf die Westgrenze des Mashonalandes ein. Der Shashifluß, hieß es damals, ist die Grenze zwischen Mashonaland und Matabeleland. Jenseits des Flußes waren angeblich Goldadern entdeckt worden, und die Goldsucher konnten es kaum erwarten den Fluß zu überschreiten und die Ausgrabungen in Angriff zu nehmen. „Aus begreiflichen Gründen" wurde hinzugefügt, „werden sie sich noch einige Zeit gedulden müssen." Es ist bemerkenswerth, daß man trotz dieser deutlichen Hinweise auf die Nothwendigkeit, die Grenzen des Gesellschaftsgebietes nach Westen zu erweitern, nicht den geringsten Zweifel über die friedlichen Absichten der Matabele hegte, sondern noch Mitte Mai des Jahres 1893 in Viktoria die Ansicht hatte, daß die Furcht vor den Matabele ein längst überwundener Standpunkt war. Mittlerweile hatten die Ansiedler nichts mehr zu thun und fröhnten infolgedessen sammt und sonders dem Spiele, so daß das Farospiel zu den allnächtlichen Vergnügungen in Viktoria gehörte. Der Handel lag vollständig darnieder und man war in ernstlicher Sorge, was aus den ungeheueren Vorräthen, namentlich an Getränken, die sich allmählich aufgesammelt hatten, werden sollte.

Im Juni 1893 verbreitete sich das Gerücht, daß Unruhen ausgebrochen seien. Dr. Jameson stattete in seiner Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsraths einen Besuch in Viktoria ab, in dessen Umgebung einige Eingeborene bestraft werden mußten, weil sie Telegraphendrähte beschädigt hatten. Einige Zeit darauf hieß es, der Kapitän Lendy habe einzelne Matabele bestraft, die einen feindlichen Einfall in die Kraale der Makalaka zwölf Meilen westlich von Viktoria unternommen hatten.

Es scheint aber, daß jene Makalakas den Matabele Vieh gestohlen und sich dann zu den Europäern nach Mashonaland geflüchtet hatten. Mitte Juli richtete Lo Bengula an den Kapitän Lendy ein Schreiben, in dem er die Auslieferung der räuberischen Makalakas verlangte, und damit war das „Schreckgespenst von Viktoria" auf's neue erschienen. Die Erfüllung dieser Forderung wurde abgeschlagen, aber zu gleicher Zeit das Anerbieten gemacht, die Uebelthäter der Makalakas in Viktoria gerichtlich zu vernehmen und sie zu bestrafen, falls sich ihre Schuld erweisen lasse. Ob dieses Anerbieten in ehrlicher Absicht gestellt wurde oder nicht, bleibt unentschieden; daß es aber Lo Bengula ehrlich meinte, geht aus dem Umstande hervor, daß er durch einen Europäer in Buluwayo dem Magistrat in Viktoria telegraphisch melden ließ, er beabsichtigte, eine bewaffnete Macht gegen die Makalakas abzuschicken und diese zu bestrafen; die Weißen würden indessen dabei in keiner Weise belästigt werden. Was Lo Bengula zu dem ihm gleichzeitig gemachten Anerbieten sagte, ist überhaupt niemals auch nur zur Erörterung gekommen. Man war offenbar fest entschlossen, mit Lo Bengula Streit anzufangen. Die von Lo Bengula abgeschickte Kriegsmacht hielt sich ganz friedlich in einiger Entfernung von Viktoria auf, ohne Jemand zu belästigen; allein man bot sofort Alles auf, um eine Art Kriegsfieber künstlich hervor zu rufen. Dieselben Leute, die noch vor sechs Monaten die friedliche Haltung der Matabele gerühmt hatten, konnten jetzt kaum Worte genug finden, um die „Drohungen der Matabele" zu übertreiben, und riethen auf's dringendste, von der Vertheidigung zum Angriffe überzugehen. Die Behörden zeigten sich viel gewaltthätiger, als die Ansiedler. Kapitän Lendy rückte mit achtunddreißig Mann von Viktoria aus vor und unternahm ohne jeden Anlaß einen Angriff auf die Matabele, die ruhig auf weitere Verhaltungsmaßregeln warteten. Nach den damaligen Zeitungsberichten „traf er zufällig" auf dreihundert Matabele und „folgte" ihnen neun Meilen weit, wobei dreißig Matabele, darunter zwei Induna's getödtet wurden.

Die Politik der Gewaltthätigkeit und des Blutvergießens, welche die Beamten der Chartergesellschaft ohne jede Veranlassung eingeschlagen hatten, erschien natürlicherweise den Ansiedlern im Lande sehr einleuchtend. Bei einer öffentlichen Versammlung in Fort Salisbury wurden heftige Reden zur Befürwortung eines Eroberungskrieges gegen die Matabele gehalten, wobei der Hauptredner, ein gewisser E. A. Maund — dessen Name in Verbindung mit Gesellschaftsgründungen öfters genannt wurde — darauf hinwies, daß gerade jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen sei, die Macht der Matabele zu brechen, weil man annehmen durfte, daß sich ein Theil des Matabeleheeres in Barotseland jenseits des Zambesi befände. Auch die Kirche stimmte in den Kriegsruf mit ein, indem das Oberhaupt der Wesleyanischen Mission hierbei von den Vertretern der Kirche von England unterstützt wurde. Die Zeitungen, die noch wenige Monate vorher Lo Bengula als Friedenshäuptling gepriesen hatten, änderten jetzt plötzlich ihren Ton. „Schneidige Angriffsmaßregeln“ wurden warm empfohlen und man war der Meinung, daß es möglich wäre, schnell und ohne besondere Kosten eine Armee zusammenzubringen, die von Bechuanaland aus vorgehen und Buluwayo so lange besetzt halten sollte, bis die weiteren Maßregeln zur vollständigen Unterwerfung des Landes getroffen wären. Inzwischen hatte Lo Bengula eine von den Zeitungen als „äußerst demüthig“ bezeichnete Entschuldigung eingesandt. Jeder unparteiische Mensch wird sich wahrscheinlich verwundern und nicht recht verstehen, wofür sich Lo Bengula noch zu entschuldigen hatte, nachdem ihm kurz vorher einige dreißig seiner Unterthanen ohne jede Herausforderung ihrerseits niedergeschossen worden waren. Allein der Verwaltungsrath theilte selbst in einem amtlichen Berichte mit, daß die Regierung die größte Vorsicht beobachten würde und bemüht sei, die Reichsregierung von dem ernsten Charakter der Drohung zu überzeugen.

Es wurde indessen der Kriegspartei trotz aller Bemühungen

recht schwer, die allgemeine Erregung aufrecht zu erhalten. Eine Patrouille, die zehn Meilen weit über die Grenze von Matabeleland vorgedrungen war, brachte die Nachricht zurück, daß die Matabele nach Buluwayo zurückgegangen waren. Indessen jeder Stock war gut genug, damit nach dem Hunde zu schlagen; — da durchaus ein Kriegsvorwand gefunden werden mußte, so wurde die Thatsache, daß die Matabele nach Buluwayo zurückgegangen waren, sofort als Beweis dafür ausgelegt, daß sie Ersatztruppen heranziehen und neue Verhaltungsmaßregeln abwarten wollten. Die Macht der Matabele sollte aber um jeden Preis vollständig gebrochen werden, eine bloße Polizeimacht an der Grenze wurde als ungenügend angesehen. Mittlerweile fing aber die Sache an etwas langweilig zu werden und der „Rhodesia Herald“ fühlte sich verpflichtet einzugestehen, daß „sie ihm keinen rechten Stoff mehr biete.“ Die Straßen gewährten, wie gemeldet wurde, nach allen Richtungen hin vollste Sicherheit, und die Europäer in Buluwayo waren noch in keiner Weise angegriffen oder belästigt worden. Das Eigenthümlichste bei den damaligen Zuständen war die zur Schau getragene tödtliche Furcht vor den Matabele und daneben gleichzeitig allerhand gesellschaftliche Vergnügungen. Dieselben Leute, denen die Geistlichkeit und die Presse einredete, daß ein Krieg durchaus nöthig sei, und daß die Matabele schon „so gut wie fest erklärt hatten, daß sie gesonnen seien, die Weißen aus Mashonaland auszurotten“, vergnügten sich gleichzeitig auf öffentlichen Bällen und verstanden es, den Genüssen einer reich besetzten Abendtafel alle Ehre anzuthun. Man fing auch nachgerade an einzusehen, daß die Reichsregierung, ungeachtet der im Lande verbreiteten beunruhigenden Nachrichten, noch keineswegs gewillt war, einen Eroberungskrieg gutzuheißen. In feierlicher, würdevoller Weise beklagte man es, daß die britische Regierung durch ihre „völlig unverständliche Haltung“ das tapfere, mühsam zusammengebrachte Heer zur Unthätigkeit verdamme und zwinge, obgleich es im Stande wäre, sich selbst

den Kriegsschauplatz auszuwählen, „feige den Angriff der Matabele abzuwarten“. Die englische Regierung, so hieß es weiter, war „der Stein des Anstoßes“ gewesen für die, deren heißester Wunsch die Einverleibung von Matabeleland war. Daß die englische Regierung ihre eigenen Ansichten über die Sache hatte, geht aus den Verhandlungen des Unterhauses hervor; hier wies Sydney Buxton, der damalige Unterstaatssekretär für die Kolonien, die Versuche zurück, den Kapitän Lendy weiß zu waschen, der sich seiner Meinung nach der sträflichsten Mißachtung von Menschenleben schuldig gemacht hatte.

Der brennende Wunsch nach einem Kriege mit den Matabele — ein Wunsch, der zu jener Zeit durch finanzielle Verlegenheiten hervorgerufen wurde — stand in eigenthümlichem Gegensatze zu dem Verhalten der Matabele, die auch den leisesten Anlaß dazu ängstlich zu vermeiden wußten. Der „kommende Krieg“ war ein fortwährender Gesprächsgegenstand, aber der Krieg selbst wollte durchaus nicht kommen. Die Rechtfertigung für die kriegerische Gesinnung ergab sich aus mancherlei kleinen höchst eigenthümlichen Zügen. So konnten zum Beispiel die Pferdeeigenthümer Geld verdienen. In einem Falle kaufte die Gesellschaft wirklich vierzig Pferde für militärische Zwecke zu Preisen zwischen 40 £ und 100 Guineen, wobei die Tageszeitungen darauf hinwiesen, wie sehr es für den Geist der Bevölkerung spreche, daß sie ihre Reit- und Wagenpferde ohne Murren opferte. In diesem Falle brachte der Patriotismus allerdings entschieden etwas ein. Ebenso vortheilhaft war er für die staatlich konzessionirten Speisewirthe, die unter dem Vorwande, daß der durch den drohenden Matabelekrieg hervorgerufene „Niedergang der Industrie“ ihr Geschäft stark geschädigt habe, von der Regierung eine Unterstützung erbaten, die ihnen auch in der Form einer wesentlichen Herabsetzung ihrer Konzessionsgebühren bewilligt wurde. Diese Begründungen für die Nothwendigkeit eines Angriffs auf die Matabele waren aber noch anständig im Vergleich zu denen,

die der Feldprediger A. D. Sylvester vorbrachte; dieser begründete in einem im „Rhodesia Herald“ veröffentlichten Briefe die Nothwendigkeit des Krieges gegen die Matabele mit dem Bekenntniß: „Wir sind entschlossen, der Verbreitung des heiligen Evangeliums unseres Herrn und Heilandes Jesu Christi einen Weg zu bahnen“. Indessen der Krieg wollte noch immer nicht zum Ausbruch kommen trotz aller Kapläne und Schankwirthe, die ihn so sehnsüchtig herbeiwünschten. Inzwischen ermahnten die Londoner „Times“ die Ansiedler in Mashonaland zur „Selbstzucht“ und riethen ihnen, nicht zu vergessen, daß in England eine feindliche Gegenströmung herrsche. Dieser Rath mag ja wohl ehrlich gemeint gewesen sein und gründete sich jedenfalls auf die beunruhigenden Berichte, die fleißig von Kapstadt nach England gekabelt wurden. Merkwürdigerweise aber gingen diese Berichte nicht von den Ansiedlern in Mashonaland aus. Es scheint sogar, als ob man sie den Ansiedlern nicht einmal mitgetheilt hätte, denn am 6. Oktober beklagte sich der „Rhodesia Herald“ darüber, daß die „Colenbranderschen Berichte“, die den Zeitungen in Kapstadt von der Chartergesellschaft zugestellt waren, den Zeitungen in Salisbury vorenthalten würden. Colenbrander, der sich zehn Jahre vorher den Beamten in Zululand*) sehr nützlich erwiesen hatte, lebte damals, dank Lo Bengula's Bemühungen für das Leben und die Interessen der Europäer, in Buluwayo und sandte von hier aus der Chartergesellschaft in Kapstadt die beunruhigenden Berichte, welche die Reichsregierung veranlassen sollten, ihre Genehmigung zum Matabelekrieg zu ertheilen. Unter diesen Berichten lautete einer dahin, daß die Heeresabtheilung der Matabele, die bisher in Barotseland gestanden hatte, zurückgekehrt sei, daß zwei weitere Abtheilungen nach Süden mar-

*) In Miß Frances Colenso's Buch, „der Untergang von Zululand“ (Band 1, Seite 143) wird auf Colenbrander als „einen der Europäer“ angespielt, „die mit vollem Recht der böse Genius von Zululand genannt werden können“.

schirten, und daß Viktoria der Angriffspunkt sein solle. Durch diese und ähnliche Berichte wurde die Unruhe und Aufregung in England lebendig erhalten, während die Ansiedler in Mashonaland sich mit nichts Wichtigerem zu beschäftigen hatten, als mit Cricketspielen und Hochzeitmachen. Sie lebten indeß noch immer der Hoffnung und hatten die feste Ueberzeugung, daß es auf irgend eine Weise doch noch zum Kriege kommen würde. Die Aussichten, die sich jedem Einzelnen damit boten, waren geradezu glänzend. Wer sich als Freiwilliger anwerben ließ, erhielt 1. ein Anrecht auf alle in Mashonaland gelegenen Goldgebiete, gültig während des Krieges und für noch weitere 6 Monate nach seiner Beendigung; 2. ein Anrecht auf 6000 Acker Landes (3000 Morgen) in Matabeleland; 3. zwanzig Grundstücke in diesem Lande und 4. die Aussicht auf einen Antheil an der Ausbeute, von der die Hälfte der Gesellschaft gehören sollte, die an ihrem ursprünglichen Grundsatze von 50 Prozent festhielt, während der Rest zu gleichen Theilen unter die Offiziere und Mannschaften getheilt werden sollte.

Anfangs Oktober des Jahres 1893 trat ein Ereigniß ein, das den Lauf der Dinge wesentlich beeinflußte: Rhodes erschien plötzlich in Salisbury. Zweifel und Ungewißheit machten sofort einer lebhaften Thätigkeit Platz. Am Tage nach seiner Ankunft verbrachte er mehrere Stunden im Telegraphenamte und unterhielt sich telegraphisch mit dem Statthalter. Ohne Genehmigung des Statthalters als des Vertreters der Reichsregierung durfte keine feindliche Bewegung gegen die Matabele unternommen werden. Der Statthalter befand sich zwischen zwei Feuern. Mit Rücksicht auf die Stimmung des Kolonialamts in London, die ihm genau bekannt war, mußte er Alles aufbieten, um den Krieg zu verhindern. Auf der anderen Seite machte es ihm der persönliche Einfluß, den Rhodes über ihn gewonnen hatte, sehr schwer, ja geradezu unmöglich, die gewünschte Genehmigung zu verweigern. Während der Statthalter in dieser Weise von der einen Seite bearbeitet wurde,

suchte man die öffentliche Meinung in England von der anderen Seite aus zu beeinflussen. Die „Times“ waren nach verschiedenen am 14. Oktober in Salisbury veröffentlichten Kabeltelegrammen zu der Ueberzeugung gelangt, daß durch die Berichte des Dr. Jameson, — die jedenfalls der beflissene Colenbrander von Buluwayo nach Kapstadt geschickt hatte, — jeder Zweifel an den feindlichen Absichten der Matabele beseitigt sei. Einige Tage später stellte sich heraus, daß sich schließlich auch das Kolonialamt zu den Ansichten der Kriegspartei bekehrt hatte, denn die das Ministerium vertretenden „Daily News“ nahmen Lo Bengula gegenüber eine drohende Haltung an. Zu dieser Zeit lag Lo Bengula vor allen Dingen daran, in unmittelbare Fühlung mit dem Statthalter zu gelangen. Zu diesem Zwecke schickte er mit der ausdrücklichen Genehmigung des Statthalters Abgesandte südwärts, die allen Kriegsregeln zum Trotz als Gefangene behandelt und unter dem Vorwande erschossen wurden, daß sie Fluchtversuche gemacht hätten. Wenn aber diese Abgesandten auch wirklich den Statthalter erreicht hätten, so wäre ihre Mission doch vergeblich gewesen, denn der Statthalter hatte die Genehmigung, die man zur Rechtfertigung des Krieges nöthig hatte, thatsächlich bereits ertheilt. Anfangs Oktober hatte er Lo Bengula eine Mittheilung gemacht, worin er ihn warnte, einzelne Truppenabtheilungen, — die den Namen „Impis“ führten — umherschweifen zulassen, da er, wenn dies gemeldet würde, es nicht verhindern könne, daß Dr. Jameson die Schritte unternähme, die ihm zur Sicherstellung der weißen Bevölkerung nothwendig schienen. Mehr bedurfte es nicht für die Chartergesellschaft. Man kann vernünftigerweise nur annehmen, daß Rhodes den Inhalt dieser Mittheilung kannte, als er am 9. Oktober in Salisbury ankam. Konnte es daher ein günstigeres Spiel des Zufalls — oder der Vorsehung — geben, als daß einen oder zwei Tage später jenseits der Grenze in Mashonaland die Anwesenheit „eines großen Matabeleheeres“ gemeldet wurde? Dieser Bericht bildete den Schlußstein des

Gebäudes und genügte vollständig, um dem längstgeplanten Einfalle in Matabeleland den Anschein vollster Berechtigung zu verleihen. Er lieferte Rhodes werthvolles Material zu der Rede, die er an diesem kritischen Zeitpunkte gelegentlich der Eröffnung der Batterie von Salisbury hielt — eine Rede, die bezeichnenderweise Jeden verdammte, der die Chartergesellschaft oder ihn selbst ungünstig beurtheilte, die aber in der Tagespresse von seinen Lobrednern als eine „Dampfhammer-Rede“ bezeichnet wurde, mit der er alle seine Gegner, darunter auch Labouchère, völlig zermalmt habe.

Das erste Scharmützel — und dieser Umstand ist bemerkenswerth — fand nicht in Mashonaland, sondern jenseits der Grenze von Matabeleland statt; schon diese eine Thatsache zeigt, daß die Truppen der Gesellschaft und nicht die Matabele die Angreifer waren. Die Berichte über dieses Scharmützel, das mit der üblichen Wegnahme von Vieh endete, kamen höchst gelegen, denn man dürstete nach Blutvergießen, wie die dürre Saat nach Regen. Unter der Ueberschrift „Die Erregung des Marktes“ beschrieb der „Rhodesia Herald“ vom 27. Oktober, wie ein besonderes, an den „Star“ von Johannesburg — eines der Preßorgane von Rhodes — gerichtetes Telegramm am 20. Oktober an der Börse von Johannesburg verlesen worden sei und daraufhin alle Papiere gestiegen, die Aktien der Chartergesellschaft um 23 Schilling in die Höhe gegangen seien, und es fast nur noch Käufer, aber keine Verkäufer mehr gebe. Einen oder zwei Tage später antwortete das Echo aus London auf die guten Nachrichten vom Steigen der Antheilscheine der Gesellschaft, und fast zu gleicher Zeit hörte man, daß eine besondere Versammlung der Aktionäre der Gesellschaft zu dem Zwecke einberufen war, um ihr Kapital durch Ausgabe neuer Antheilscheine zum Nennwerth von einer Million Pfund Sterling zu verdoppeln. Die von Mashonaland aus vorrückenden Angriffstruppen trafen auf keinen ernstlichen Widerstand — ein Umstand, der in Verbindung mit früheren That-

sachen den Beweis liefert, wie wenig sich die Matabele auf einen Krieg gerüstet hatten — und marschirten daher weiter nach Buluwayo. Diese Nachricht versetzte alle, die aus dem Kriege Vortheil zu ziehen hofften, in einen wahren Freudentaumel. „Die gestern Morgen hier eingetroffene Nachricht“, so berichtete der „Rhodesia Herald“ vom 10. November über die gemeldete Besetzung von Buluwayo, „hat Himmel und Erde verändert!“ Der Rechtsbeistand der Gesellschaft hielt in einer öffentlichen Versammlung in Bristol eine Rede, in der er behauptete, die Gesellschaft habe sich den Anspruch auf die Dankbarkeit von ganz England erworben. Dieser so wohlfeil errungene Erfolg bekehrte denn schließlich die Mitglieder der Gladstone'schen Regierung und sogar Gladstone selbst. Die frohe Laune war so allgemein, daß man sogar zugestand, Lo Bengula habe eine gute Behandlung von Seiten der Ansiedler von Mashonaland verdient, und daß ihm wohl Niemand „eine anständige Pension und einen angenehmen Aufenthaltsort“ mißgönnen wollte. Die einzige kleine Wolke, die den Horizont verdüsterte, war der Umstand, daß die Gesellschaft fest entschlossen schien, an allen ihren früheren Forderungen festzuhalten, einschließlich des Anspruches auf 50 Prozent aller Bergwerkseinnahmen. „Wir brauchen eine ordentliche Ausbeute!“ so lautete die allgemeine Klage; aber wer sollte sich der mühseligen Bergwerksarbeit unterziehen, wo alle gesetzlichen Bestimmungen „durch Abwesenheit glänzten“, und wo die Gesellschaft Jedem auflauerte, um die Hälfte seines gesammten Gewinnes für sich in Anspruch zu nehmen?

Allein ein dunkler Schatten fiel in das Lichtmeer der allgemeinen Wonne. Zu derselben Zeit, als der Herzog von Fife die Londoner Aktionäre zu der glänzenden Lösung der schwierigen Matabelefrage beglückwünschte, ward ein Häuflein tapferer Männer, das man ohne genügende Unterstützung leichtfertiger Weise in ein unbekanntes Land hinausgesandt hatte, in der Wildniß erschlagen, getödtet bis auf den letzten Mann im Ver-

zweiflungskampfe mit dem erbitterten Feinde. Man wird vielleicht den Vergleich nicht zutreffend finden zwischen dem Schicksale dieser Soldaten und dem der Freiwilligen von Natal, die an dem verhängnißvollen Tage von Isandhlwana bei dem Versuche ihren Tod fanden, den Angriff der Zulus auf Lord Chelmsford's Lager aufzuhalten. Allein auch sie starben den Heldentod — als das kostbarste Opfer eines gänzlich unberechtigten Krieges, der mit den verwerflichsten Mitteln gewaltsam vom Zaune gebrochen war, nur um einer im Niedergange begriffenen Aktiengesellschaft neues Leben einzuflößen. Es wäre vielleicht nicht zu verwundern, wenn Rhodes die Absicht haben sollte, den Gefallenen ein Mausoleum zu errichten, obgleich die Welt, der er angehört, — die Welt des Geldes und der Spekulationen — nur die Religion des Erfolges kennt und keine andere Furcht als die vor dem bleichen Gespenste des Bankerotts. Aber diese Welt der Spekulation und des Mammons umfaßt keineswegs die ganze, ja nicht einmal mehr als einen nur beschränkten Theil der Menschheit. Und wenn die Menschheit erst Zeit finden wird sich zu besinnen, so wird sie nur Worte des Abscheus und der Verwünschung für die Männer haben, die, gleichviel welchem Range oder welchen gesellschaftlichen Kreisen sie angehörten, die Stützen jenes Unternehmens bildeten, durch welches das Vertrauen eines großen Volkes getäuscht worden, und das auf Wegen besudelt mit Betrug und mit Blut getränkt, zu finanziellen Erfolgen emporgekommen ist.

Noch eine andere Betrachtung zwingt sich uns hierbei von selbst auf. Im Jahre 1814 fand ein berüchtigter Prozeß in London statt. Lord Cochrane und verschiedene andere Personen waren der Verschwörung angeklagt. Die Verschwörung bestand in einem wohlorganisirten Versuche, den Preis der Staatspapiere durch ein in London mit allen Einzelheiten ausgesprengtes Gerücht von der Abdankung oder dem Tode Napoleon's zu beeinflussen. Die Angeklagten wurden sämmtlich schuldig befunden und zu verschiedenen Strafen verurtheilt, darunter

schwere Geld- und Gefängnißstrafen. Allerdings gelang es Lord Cochrane nachträglich seine Unschuld zu beweisen. Dies ist aber für den Augenblick ohne Bedeutung. Man kann nicht umhin, einen Vergleich zu ziehen zwischen dem Falle von Lord Cochrane und seinen Genossen und dem Falle der Chartergesellschaft, indem beide falsche Darstellungen in Umlauf setzten, lediglich um dadurch zu gewissen Börsenzwecken einen Krieg heraufzubeschwören. Aus welchem Grunde wird dieselbe Behandlung, die Lord Cochrane und seinen Genossen widerfuhr, nicht auch denen zu Theil, die im Jahre 1893 in die Matabele-Angelegenheit verwickelt waren? Ist das Gesetz ein anderes oder die öffentliche Moral eine laxere geworden? Oder sollte etwa einer von denen, die hauptsächlich dabei betheiligt waren, zu hoch stehen, um gefaßt werden zu können?

XVI.

Eine neue Verschwörung.

Die Lösung der Schwierigkeiten in Bezug auf Matabeleland hatte der Chartergesellschaft weit größere Zahlungsfähigkeit und eine Stellung von bedeutenderem Einflusse verschafft, als sie je vorher besessen hatte. Die Leichtigkeit, mit der ein Kriegsvolk wie die Matabele unterworfen wurde, die Ausdehnung des Gebiets, das dem britischen Reiche neu hinzugefügt war, und die glänzenden Aussichten, die eine Kapitalanlage in den Werthen der siegreichen Gesellschaft eröffnete —, alles dies, von der Gruppe von Zeitungen, die sich für Rhodes' Pläne interessirten, noch in der nöthigen Weise verherrlicht, brachte einen Eindruck hervor, der nur mit den größten Schwierigkeiten zu bekämpfen war. Der innere Zusammenhang der Verschwörung gegen Matabeleland war ja allerdings einer ganzen Anzahl in Süd-Afrika lebender Persönlichkeiten klar geworden. Allein die dadurch im Ganzen erzielten Ergebnisse, wie sie von der befreundeten Presse dargestellt wurden, waren so verlockend, daß die öffentliche Meinung in Großbritannien wenig geneigt war, den anscheinend unerheblichen Einwänden der anderen Partei Gehör zu schenken.

Nichtsdestoweniger wäre es durchaus irrthümlich anzunehmen, daß in Folge des Matabelefeldzuges vollständige Zufriedenheit in allen Gebieten der Gesellschaft gewaltet habe.

In Buluwayo herrschte allerdings großer Jubel, denn Buluwayo war aus schon früher angeführten Gründen die von der Gesellschaft am meisten begünstigte Stadt. Der dort herrschende prahlerische und flegelhafte Ton kennzeichnet sich in äußerst treffender Weise aus Briefen, die zu Anfang des Jahres 1894 von dort aus an den „Rhodesia Herald“ gerichtet sind. „Eine Reichsregierung“ — so heißt es in einer dieser Zuschriften, „brauchen wir hier nicht, man hat hier eine entschiedene Abneigung dagegen, und so lange die Chartergesellschaft Exeter Hall von Matabeleland ferne hält, so lange wird sie“ — die Gesellschaft — „alle Unterstützung, deren sie bedarf, von der Bevölkerung erhalten“. Der Fortschritt von Buluwayo wurde dem von Salisbury sehr zu Ungunsten der letztgenannten Stadt gegenübergestellt. „Volle zwölf Monate“ — so hieß es — „vergingen, ehe dort eine Schankwirthschaft eröffnet wurde; hier gab es deren schon fünf in noch nicht drei Monaten!“ — Es wird Niemand Wunder nehmen, daß die Leute, die den Fortschritt nach der Zahl der errichteten Schnapsläden bemessen, den höchsten Genuß des Daseins darin erblickten, „zu leben wie die Kampfhähne.“ Allein von anderer Seite wurden gegen die Verwaltung der Gesellschaft Anschuldigungen sehr ernster Natur erhoben. Die 50 Prozent Klausel wurde noch immer so lebhaft wie jemals als eine wirksame Schranke für die Kapitalisten verurtheilt, während man das Anerbieten der Gesellschaft, ihren Anspruch in einzelnen besonderen Fällen zu ermäßigen, mit der Begründung zurückwies, daß dies unvermeidlich zu einer Günstlingswirthschaft führen würde. Die lange Verzögerung in dem Erlassen eines Bergwerksgesetzes wurde als eine Aussaat angesehen, die eine „höchst nützliche Ernte von Unruhen und Zwistigkeiten“ zur Folge haben würde. Sowohl die Verwaltung als auch die Bergwerksgesellschaften wurden für die „Scheinarbeit, die das Land herunterbringt,“ verantwortlich gemacht. Man beklagte sich, daß an der Weiterentwickelung des goldreichen Mashonalandes neun Monate im Jahr „ernst-

haft mit Kabel und Telegraph" gearbeitet würde. Man behauptete, daß es tüchtigen Leuten nicht mehr einfallen würde, die geordneteren Gegenden Süd-Afrikas zu verlassen, um sich „von London aus mit einem guten Theil büreaukratischer Einmischung" in Kapstadt regieren zu lassen. Das Land, so hieß es, würde mit ungenügendem Kapital bewirthschaftet, und in Salisbury machte es viel böses Blut, daß der Sekretär der Chartergesellschaft in Kapstadt dem Statthalter eine an ihn gerichtete Adresse vorenthielt. Kurz, man machte die schlechte Verwaltung der Gesellschaft, die auch wegen ihrer Ausgaben in Kapstadt streng getadelt wurde, für „den vollständigen Niedergang von Viktoria" und für den „zunehmenden Stillstand von Salisbury" verantwortlich. Im Jahre 1894 wurde Anfangs April in Salisbury eine wichtige öffentliche Versammlung abgehalten, in der das Vorgehen der Gesellschaft in Bezug auf die Eisenbahn von Beira auf's Schärfste verurtheilt wurde. Es wurde darauf hingewiesen, daß, wenn Rhodes Geld für seine überseeischen Telegraphenverbindungen aufbringen könne, er es ebenso gut für die Beira-Eisenbahn hätte aufbringen können, und es wurde ihm der Vorwurf gemacht, daß er seine Rolle in der Kapkolonie nur auf Kosten von Mashonaland spiele. Die Empfindungen, welche die angeseheneren und gewissenhafteren Elemente unter den Ansiedlern beherrschten, werden in sehr treffender Weise durch einen Artikel wiedergegeben, der am 6. April 1894 im „Rhodesia Herald" erschien. In diesem Artikel wurde das allgemeine Ergebniß der Erfahrungen der letzten drei Jahre folgendermaßen zusammengefaßt:

„Obgleich dieser (unbefriedigende) Stand der Dinge klar zu Tage tritt, ist es unglücklicherweise unmöglich, irgend eine bestimmte Gruppe von Leuten dafür zur Verantwortung zu ziehen. Daß überall das fieberhafte Bestreben herrscht, von ungeheueren Strecken Landes Besitz zu ergreifen, um sie in einzelnen kleinen Theilen mit fabelhaftem Gewinn an andere wieder zu verkaufen, anstatt zu versuchen, durch wirkliche Goldgewinnung auf ehrliche Weise sein Geld zu verdienen, und daß das gegenwärtige Bergwerksgesetz diese verwerflichen Unternehmungen thatsächlich noch begünstigt, daran zweifelt

wohl kein denkender Mensch in diesem Theile der südafrikanischen Welt .... Das Interesse der Ansiedler verdient sowohl in juristischer, als auch in politischer Hinsicht dieselbe Beachtung wie das Marktinteresse der Finanzleute, mögen diese auch noch so hoch stehen und selbst von Ihrer Majestät der Königin Viktoria mit Macht und Ansehen bekleidet worden sein."

Diese Aeußerungen waren unzweifelhaft bis zu einem gewissen Grade ein Ausfluß der Eifersucht, die zwischen Salisbury und Buluwayo herrschte, weil Salisbury der angestammte Sitz der Verwaltung war, während Buluwayo desto mehr vom Handel begünstigt wurde. In einer Hinsicht aber stimmten die beiden rivalisirenden Städte überein: beide hielten den Zeitpunkt für gekommen, Börsen in's Leben zu rufen, die sich zu wahren Spielhöllen entwickelten, in denen sich die Besitzer eingebildeter Goldadern gegenseitig das Fell über die Ohren ziehen konnten, solange sie nicht gerade damit beschäftigt waren, es den britischen Kapitalisten über die Ohren zu ziehen.

Zu dieser Zeit aber hörte das Schicksal und der Fortschritt von Rhodesia auf, die Aufmerksamkeit der Gründer und Führer der Chartergesellschaft ernstlich in Anspruch zu nehmen. Es wurde Zeit, die nächste Verschwörung in's Werk zu setzen, deren Erfolg die Besitzergreifung der Goldfelder von Witwatersrand sein sollte; hier sollte dann in derselben Weise eine autokratische Herrschaft und Ueberwachung eingerichtet werden, wie es in den Diamantbergwerken von Kimberley geschehen war. Zur Erreichung dieses Zweckes waren drei Dinge erforderlich: 1. die allmähliche Verschmelzung der verschiedenen Bergwerksbesitzungen von Johannesburg in zwei oder drei Hauptgruppen; 2. die Ueberzeugung der Regierung und der Bevölkerung von Großbritannien, daß Rhodes ein gewaltiger Anhänger des Kaiserthums und ein großer Patriot sei; 3. eine derartige Anschwärzung der Regierung der südafrikanischen Republik, daß die britische Regierung sich für berechtigt hielt, zu Gunsten der fremden Bevölkerung von Transvaal einzugreifen. Wer die Geschichte der Verschmelzung der Diamantbergwerke von Kimberley kennt und weiß, in welcher Art und Weise diese jetzt zur Er-

reichung finanzieller und politischer Gewalt ausgenützt werden, der wird sich auch über die Zwecke klar sein, welche die Helden der Verschmelzung von Kimberley in Johannesburg verfolgten. Eine Vereinigung der Bergwerke von Johannesburg in derselben Weise wie die Verschmelzung von Kimberley mußte unfehlbar zu Stande kommen, wenn nur die politische Verwaltung in genügend machtvoller Weise mitwirkte, um die Anführer bei diesem Vorgehen zu unumschränkten Herrschern über die Goldindustrie zu machen, und Leib und Seele aller derer, die in irgend einer Weise von ihr abhingen, in ihre Gewalt gab. Auf diese Art konnte man den Werth der Aktien ebenso leicht herauf- und heruntersetzen, wie einen hydraulischen Aufzug durch die Bewegung eines Hebels. Nicht nur die Angestellten jedes Ranges und Standes würden, wie in Kimberley, gezwungen sein, den Plänen und Interessen der herrschenden Kapitalisten ihre politische Unterstützung zu gewähren, sondern diese Kapitalisten würden zugleich jedes andere kaufmännische Geschäft entweder beeinflussen oder völlig an sich reißen. Dies ist die einzig richtige Antwort auf jede Frage wegen der Beweggründe, die Rhodes veranlaßten, eine Verschwörung gegen Transvaal anzuzetteln und sich an ihre Spitze zu stellen. Für Rhodes und Beit und die Finanzgrößen, die ihnen mit der Zustimmung der „Times“ in London den Rücken deckten, bedeutete der Erfolg dieser Verschwörung Millionen, während die hochgeborenen Antheilhaber, die der britischen Nation für ihre Achtbarkeit garantirten, dabei viel größere Leckerbissen sammeln konnten, als jemals vom Tische des reichen Mannes in Lazarus' Schooß gefallen sind.

Mit dem Jahre 1894 waren zwei der nothwendigen Vorbedingungen erfüllt oder wenigstens im Begriffe erfüllt zu werden. Es war Rhodes gelungen, seinen Ruf als ein gewaltiger und erfolgreicher kaiserlicher Anhänger und großer Patriot genügend zu befestigen. Das war Nummer Eins. Ferner hatte die Verschmelzung der Bergwerke von Johannesburg schon in aus-

gedehntestem Maße stattgefunden. Durch klug berechnete Kapitalanlagen und die Ernennung von Direktoren, die für ihr Privatinteresse arbeiteten, hatten die leitenden Handelshäuser die große Masse der Bergwerkswerthe zu zwei oder drei Hauptgruppen vereinigt, — genau solche Gruppen, wie sie auch vor der endgültigen Verschmelzung der Diamantgruben von Kimberley bestanden. Die Barnatogruppe, die Rhodesgruppe, die Ecksteingruppe und die Robinsongruppe — sie alle waren schon im Jahre 1894 genau zu unterscheiden und wohlbekannt. Unter diesen verschiedenen Gruppen hielt sich die Robinsongruppe bis dahin ziemlich allein und abseits von den anderen, während die Gruppen Rhodes und Eckstein, die unter dem besonderen Einflusse von Rhodes und Beit standen — sozusagen dem Kastor und Pollux am Bergwerksfirmamente —, sich hinsichtlich aller ihrer Ziele und Absichten bereits zu einer einzigen vereinigt hatten. Noch eine kleine Verschmelzung mehr, in der Art etwa wie sie sich in Kimberley vollzog, als Barnato und die Aktionäre der Kimberleygruben von Rhodes und den Aktionären der De Beers-Grube verschlungen wurden, und die Interessen der Goldbergwerke von Witwatersrand waren vollständig in einer Hand vereinigt mit alleiniger Ausnahme der Robinsongruppe, die je nachdem entweder auch noch aufgekauft werden mußte oder vielleicht auch nicht.

Zwei Hauptbedingungen waren also entweder erfüllt oder doch auf dem besten Wege erfüllt zu werden. Was noch fehlte, war die Erregung einer derartigen politischen Unzufriedenheit, oder wenigstens des Anscheines einer solchen, — ob scheinbar oder wirklich, darauf kam es den Intriganten, die die Kanäle zu der öffentlichen Meinung so trefflich in ihrer Gewalt hatten, nicht an, — daß die britische Regierung schließlich genöthigt wurde, mit ihrer Macht eine Bewegung zu unterstützen, die wie ein allgemeiner Volksaufstand gegen die Regierung von Transvaal aussah. Die Schritte, die zur Erreichung dieses Zweckes unternommen wurden, sind von besonderem Interesse. Ehe wir aber

auf diese Schritte näher eingehen, müssen wir unsere Aufmerksamkeit noch zwei anderen Punkten zulenken, nämlich der Politik der Regierung von Transvaal und der Stellung der fremden Bevölkerung.

Um die Politik der Regierung von Transvaal zu verstehen und zu billigen, müssen wir auf den kritischen Zeitpunkt des Jahres 1890 zurückgreifen, als sich die Regierung zum Lohne für ihr Entgegenkommen der ausländischen Bevölkerung gegenüber durch die Drohungen eines britischen Ultimatums gezwungen sah auf die Rechte zu verzichten, die ihr in der Londoner Konvention vom Jahre 1884 ausdrücklich zugestanden worden waren. Als der Volksraad von Transvaal im Jahre 1890 tagte, hatte er auf Veranlassung des Präsidenten Krüger und Angesichts des starken und leicht begreiflichen Vorurtheils, das die unbedachte Beschimpfung der Flagge von Transvaal in Johannesburg hervorgerufen hatte, ein Programm fortschrittlicher Gesetzgebung aufgestellt, in der wohlberechneten Absicht, dadurch den Anforderungen der neuen Verhältnisse zu entsprechen und dem Theile der fremden Bevölkerung, der die Republik zu seiner Heimath machen wollte, politische Rechte zu verleihen. Die Abänderung des Goldgesetzes, die Genehmigung der Eisenbahnbauten und die Einsetzung einer zweiten gesetzgebenden Kammer, die sich auf eine viel weitergehende Volksvertretung gründen und alle Angelegenheiten in Betracht ziehen sollte, von denen man voraussetzen konnte, daß sie ein wesentliches Interesse der neuen Bevölkerung berührten — alle diese wohlüberlegten und freisinnigen Maßnahmen waren im Geiste ehrlichen Wohlwollens vorgeschlagen und angenommen und von der ausländischen Bevölkerung als wesentliche, liberale Zugeständnisse begrüßt worden. Zum Lohn für diese Zugeständnisse, gewissermaßen zum Zeichen der Werthschätzung seitens der britischen Regierung gegenüber der Bethätigung dieser großmüthigen Fortschrittspolitik wurde die Regierung von Transvaal in der denkbar unfreundlichsten Weise aufgefordert, auf die Rechte

die ihr erst vor sechs Jahren zugestanden worden waren, wieder zu verzichten und ihre finanzielle Bewegungsfreiheit aufzugeben, um gezwungen und lediglich zu Gunsten einer britischen Kolonie einem Zollvereine beizutreten. Diese letztere Forderung wurde allerdings thatsächlich wieder zurückgezogen; sie aufrecht zu erhalten, wäre zu schamlos gewesen. Die andere Forderung aber blieb bestehen und wurde der Regierung von Transvaal und dem Volksraad unter dem Druck jener „force majeure“ zugestellt, welche ein unmöglicher Begriff ist bei allen Verträgen oder Vereinbarungen, die zur Gründung und Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen dienen sollen. Allein die Regierung von Transvaal und der Volksraad sahen die britische Regierung selbst niemals als den für diese Forderungen verantwortlichen Theil an, obgleich sie von den höchsten Vertretern der britischen Regierung in Süd-Afrika gestellt wurden. Man sah wohl ein, daß diese Forderungen von dem Spekulanten Rhodes ausgingen, der auf der einen Seite seine Stellung in den Gebieten befestigen wollte, zu deren Ausbeutung er die Berechtigung erlangt hatte, und der auf der anderen Seite seine Dankbarkeit für die vor Kurzem erfolgte Ernennung zum Premierminister — eine Stellung, die ihm persönlich ungeheueren Vortheil verschaffte — dadurch zum Ausdruck zu bringen wünschte, daß er die Bevölkerung von Transvaal zum Verzehr von Kapbranntwein zu nöthigen suchte. Von diesem Augenblicke an war Rhodes in Pretoria als der entschiedenste und gefährlichste Gegner der südafrikanischen Republik klar erkannt worden — gefährlich deshalb, weil er in seiner Stellung als Premierminister der Kapkolonie und durch den Einfluß, den er in dieser Stellung auf den Statthalter ausüben konnte, im Stande war, seine persönlichen Ansichten bei der britischen Reichsregierung zur Geltung zu bringen. Von dem Augenblicke an, wo er Premierminister von Kapland wurde — Mitte 1890 — bis zum Augenblicke seines Rücktrittes — Anfang 1896, also fünf und ein halbes Jahr, hat er zwischen der südafrikanischen

Republik und der britischen Regierung gestanden; er hat die freundlichen Beziehungen zwischen beiden gestört, hat auf der einen Seite seine selbstsüchtigen Ziele verfolgt und andererseits die politischen Handlungen der Regierung von Transvaal in falschem Lichte dargestellt. Während dieser ganzen Zeit ist es der Wunsch und das Bestreben der Regierung von Transvaal gewesen, frei und offen von Angesicht zu Angesicht mit der britischen Regierung zu verhandeln. Hätte man es dazu kommen lassen, so wären die Aufregungen der letzten fünf Jahre nicht entstanden, und es steht fest, daß so lange eine liberale Verwaltung am Ruder war, die Regierung von Transvaal, auch trotz Rhodes Gegenbemühungen, zu einer vollständigen und freundschaftlichen Verständigung mit der britischen Regierung in Bezug auf Swazieland gelangt ist. Trotzdem bleibt aber die Thatsache bestehen, daß Dank dem Einflusse von Rhodes auf Lord Loch, der den Statthalterposten bekleidete, alle Verhältnisse in Süd-Afrika während der letzten fünf bis sechs Jahre der britischen Regierung und dem britischen Volke genau so dargestellt worden sind, wie es am besten den Zielen Rhodes' und seiner Genossen entsprach, die ihre große Verschwörung im Jahre 1894 rasch dem Ausbruche zutrieben.

Es ist von der größten Wichtigkeit, sich diese Thatsachen zu vergegenwärtigen, denn sie enthalten den Schlüssel zu dem Verständniß der ganzen Sachlage, besonders vom Jahre 1894 an, wo Rhodes, nachdem sich die Chartergesellschaft mit dem Blute der Matabele auf's Neue gekräftigt hatte, seine Aufmerksamkeit ernstlich auf die Besitzergreifung der südafrikanischen Republik zu richten begann. Man hat oft gefragt: „Warum verfolgte die Regierung von Transvaal und der Volksraad nicht energischer die im Jahre 1890 begonnene Fortschritts- und Aufklärungs-Politik? Warum schien ihr vielmehr daran gelegen, mit fremden Mächten in engere Beziehungen zu treten?“ Die Antwort auf beide Fragen ist dieselbe —, nämlich, daß die Stellung, die Rhodes behauptete, und die Politik, die er

verfolgte, die Regierung von Transvaal zur größten Vorsicht in der Verleihung erweiterter politischer Rechte an Ausländer zwang, und sie veranlaßte, den Versuch zu machen, ihre Stellung durch die moralische Unterstützung befreundeter Mächte zu befestigen. Alle, die in Johannesburg am eifrigsten politische Agitation betrieben, standen offen und eingestandenermaßen mit den großen Bankhäusern im Bunde, die ihre Anweisungen von Rhodes erhielten. Das erste Erscheinen deutscher Kriegsschiffe in der Delagoabai, gegen Ende des Jahres 1894, war augenscheinlich eine Folge der wiederholten Nachrichten, die alle beharrlich dahin lauteten, daß die Chartergesellschaft die Absicht habe, von diesem Hafen Besitz zu ergreifen, während die weitere Folge dieses Schrittes von Seiten Deutschlands im Interesse von Transvaal der Abschluß einer Verständigung zwischen Großbritannien und Deutschland war, welche auf die Erhaltung des Status quo in der Delagoabai abzielte. Wenn man fragt: „Was hatte Transvaal mit Deutschland oder Deutschland mit Transvaal zu schaffen?" so ist die Antwort darauf sehr einfach und lautet dahin: Als man in Kapstadt alle erdenklichen Mittel finanzieller Intriguen angewendet hatte, um Transvaal zu verhindern, eine Anleihe zur Vollendung des Baues der Eisenbahn von der Delagoabai nach Johannesburg aufzunehmen, griffen Berliner Finanzleute helfend ein. Daher kommt es auch, — Dank der von Rhodes befolgten prahlerischen und anmaßenden Politik, der unglücklicher Weise, wenn auch in Folge mangelnder Erkenntniß, von der britischen Regierung Vorschub geleistet wurde —, daß das deutsche Kapital in Süd-Afrika festen Fuß fassen konnte, was ihm andernfalls wahrscheinlich niemals gelungen wäre, und weil sich das deutsche Kapital diese feste Stellung errungen, hat die deutsche Regierung einen »locus standi« erlangt, von dem sicherlich noch keine Rede war, als Rhodes zum ersten Male Premierminister in der Kapkolonie wurde.

Alles dieses muß man im Auge behalten. Ferner muß

daran erinnert werden, daß die Regierung von Transvaal und der Volksraad den gewöhnlichen fremden Einwanderern auch nicht einen Augenblick mit feindseligen Gesinnungen oder Unterdrückungsversuchen entgegengetreten sind, und daß sie niemals, selbst dann nicht, als sie sich die moralische Unterstützung einer befreundeten europäischen Macht zu verschaffen suchten, irgend welche Anschläge gegen Großbritannien oder gegen den gesetzmäßigen britischen Einfluß — den Einfluß, der sich aus den Thatsachen ergiebt — in Süd-Afrika unternommen haben. Das Vorgehen der Regierung von Transvaal hat sich lediglich auf die Vertheidigung beschränkt, und zwar in beiden Fällen auf die Vertheidigung derselben Sache, d. h. es richtete sich gegen die Angriffe, die durch Rhodes geplant und in's Werk gesetzt von innen und von außen gegen ihre Unabhängigkeit zielten. War diese Vertheidigung eine berechtigte? Sie erwies sich als mehr denn gerechtfertigt. Die Angriffe auf die Unabhängigkeit der Republik gegen Ende des Jahres 1895 — Angriffe, die von Rhodes organisirt waren, — übertrafen selbst das Schlimmste, was die Regierung von Pretoria befürchtet hatte.

Soviel über die Politik der Regierung von Transvaal. Wie stand es nun um die ausländische Bevölkerung, als im Jahre 1894 mit der Verschwörung gegen die Unabhängigkeit von Transvaal Ernst gemacht wurde?

Wer die Versicherungen und Beweisgründe liest, die so oft in englischen Zeitungen angeführt werden, könnte möglicher Weise glauben, der in Transvaal lebende Ausländer sei ein verfolgtes Geschöpf, das mit drückenden Steuern belastet, von den unwissenden Buren verachtet, die Verfeinerungen der Civilisation entbehren müsse. So ungefähr war das Bild, das die National-Vereinigung von Transvaal in dem berühmten Manifest entworfen hatte; dieses Manifest, das man zur Zeit des fehlgeschlagenen Aufstandes veröffentlichte, hielt Chamberlain, über den wahren Zusammenhang der Dinge nur mangelhaft unterrichtet, für den Ausdruck des berechtigten und verfassungsmäßigen

Verlangens nach Reformen! Die Vorstellung von der Verfolgung und Unterdrückung der Uitlander hatte sich — Dank den Bemühungen derer, die einen Aufruhr vorzubereiten und zu rechtfertigen suchten — dermaßen in den Köpfen der Engländer festgesetzt, daß selbst die einfachste und klarste Darstellung der Thatsachen anscheinend außer Stande war, sie wieder zu beseitigen. Niemand hat behauptet und wird behaupten, daß die Regierung der südafrikanischen Republik vollkommen sei. Wenn man die ungeheueren Veränderungen in Betracht zieht, die während der letzten zehn Jahre im Lande vorgegangen sind, so erscheint es geradezu wie ein Wunder, daß die Regierung nicht noch viel unvollkommener ist. Man hat die Lage, in der sich die Exekutivgewalt von Transvaal heutzutage befindet, nicht unzutreffend mit der Lage der Bemannung eines Kohlenschiffes verglichen, die sich plötzlich zur Führung eines Postdampfers erster Klasse berufen sieht. So eifrig sie auch bestrebt sein mag, ihr Bestes zu thun, so konnte sie es doch kaum vermeiden, einige Fehler zu machen. Wenn die ausländische Bevölkerung noch mehr Grund zu Klagen gehabt hätte, als es thatsächlich der Fall war, so hätte man weder erstaunt noch entrüstet darüber sein dürfen. Und worüber hat sie sich eigentlich zu beklagen? Das Leben des Ausländers in Johannesburg bietet im Allgemeinen thatsächlich die denkbar größte Freiheit. Er kann seinem Geschäft oder seinem Beruf, gleichviel welcher Art, nachgehen, ohne von der Regierung in irgend welcher Weise danach gefragt oder darin gehindert zu werden. Seine Stellung als Uitlander verbietet es ihm durchaus nicht, sein Vermögen in Grundbesitz anzulegen oder als Rechtsanwalt beim Gericht thätig zu sein, kurz, er kann jedem gesetzlich erlaubten Beruf oder Zeitvertreib mit derselben Freiheit nachgehen, wie es ihm in seinem eigenen Lande gestattet sein würde. Wenn er für sein Haus eine hohe Miethe zahlen muß, so ist das nicht die Schuld der Regierung, sondern die Schuld der Grundstück-Spekulanten, die alle Bauplätze aufgekauft haben.

Wenn die Wasserversorgung einiges zu wünschen übrig läßt, so sind die großen ausländischen Kapitalisten dafür verantwortlich zu machen, die mehr an die Dividenden denken, die in ihre eigenen Taschen fließen, als an das Wasser, das die anderen Leute trinken müssen. Die Regierung, die von dem Wohlwollen einer durchaus sabbathstrengen Bevölkerung abhängt, gestattet dem Uitlander seine Sonntage zu verleben, wie es ihm beliebt. Er darf Lawntennis spielen, wenn es ihm Vergnügen macht — und meistens thut er das auch; er kann auch Cricket spielen und sogenannten geistlichen Konzerten beiwohnen, deren musikalische Aufführungen den Singspielhallen oder der komischen Oper entnommen sind. Wenn er leichtsinnig ist, so kann er sich an den Sonntag Abenden Aufführungen „Lebender Bilder“ ansehen, wie man sie im „Royal Aquarium“ sicherlich nicht dulden würde. Kurzum, wenn man die kleinen Nachtheile abrechnet, die das Klima und der kostspielige Lebensunterhalt mit sich bringen, so kann der Uitlander in Johannesburg oder Pretoria mehr seinen Wünschen entsprechend leben als in irgend einer anderen Stadt der Welt.

Aber er muß Steuern zahlen.

Und wie ist er besteuert? In ganz Transvaal findet sich wahrscheinlich Niemand, ob Reich oder Arm, dessen persönliche Steuern sich auf mehr als 5 Pfund Sterling im Jahre belaufen. Wer sich darüber beklagt, daß er wegen seiner Betheiligung an der Goldindustrie zu hoch besteuert ist, kann sich durch die veröffentlichten Zahlennachweise eines Besseren belehren lassen. Im Jahre 1895 erzielte die Goldbergwerks-Gesellschaft „Kronenader“ eine Goldausbeute von über 420000 £ und vertheilte eine Summe von fast 97000 £ als Reingewinn. Ihre Zahlungen an die Regierung für Zinsen, Konzessionen und alle übrigen Rechte und Privilegien beliefen sich auf 1191 £ 9 sh. 10 d. Die „New Chimes“ Gesellschaft erzielte 93000 £ Goldausbeute, vertheilte 32000 £ Reingewinn und zahlte für Zinsen und Konzessionen zusammen mit den Versicherungs-

prämien 664 £ 16 sh. 5 d. Die vereinigten Kohlenwerke von Transvaal lieferten 266945 Tonnen Kohlen und zahlten dafür der Regierung 53 £ 15 sh., während die Konsolidirte Land- und Forschungsgesellschaft, deren bedeutendste Aktionäre die Ecksteins sind, und die über 250 Landgüter von je 3000 Morgen besitzt, an die Regierung in der Form von Steuern, die Heimathsteuer einbegriffen, nicht mehr als 722 £ 2 sh. 6 d. entrichtete.

Diese Zahlen sprechen genügend für sich selbst. Sie reden eine noch deutlichere Sprache, wenn man sie mit der Abgabe von 50 Prozent vergleicht, welche die Chartergesellschaft von allen Goldbergwerksunternehmungen in Rhodesia erhebt.

Aber wie steht es mit den indirekten Steuern? Die Thatsachen stellen sich folgendermaßen:

Alle Maschinen für bergmännische Zwecke sind einem Einfuhrzoll von nur 1½ Prozent unterworfen; allein die Regierung hat, um der Bergwerksindustrie entgegenzukommen, den Begriff der Maschinen derartig ausgedehnt, daß sogar Bleiplatten, Cyanid und dergl. darunter fallen. Alle übrigen, nicht besonders tarifirten Gegenstände zahlen eine Werthsteuer von 7½ Prozent, während in der Kapkolonie eine Werthsteuer von 12 Prozent erhoben wird. Nach einem besonderen Tarife besteuerte Artikel, die für die weißen Bergarbeiter hauptsächlich in Betracht kommen, wie Thee, Kaffee, Butter, Reis, Seife, Zucker, sind in den meisten Fällen niedriger und nur in einem einzigen Falle höher besteuert, als in der Kapkolonie.

Nachstehend folgt eine Tabelle zum Vergleich:

	Kapkolonie	Transvaal
Butter	— sh. 3 d. das Pfd.	5 sh. — d. für 100 Pfd.
Käse	— " 3 " " "	5 " — " " 100 "
Kaffee	12 " 6 " für 100 Pfd.	2 " 6 " " 100 "
Reis	3 " 6 " " 100 "	1 " 6 " " 100 "
Seife	4 " 2 " " 100 "	5 " — " " 100 "
Zucker	6 " 3 " " 100 "	3 " 6 " " 100 "
Thee	— " 8 " das Pfd.	2 " 6 " " 100 "
Gewehre	1 £ für 1 Barrel	10 " — " für 1 Barrel.

Der Mais, der die Hauptnahrung der Kaffern bildet, wird in der Kapkolonie auf 100 Pfund mit 2 sh. und in Transvaal mit 2 sh. 6 d. besteuert. Zeitweise steigen in Folge von Trockenheit, Heuschrecken oder anderen Ursachen die Preise für dieses Nahrungsmittel reißend schnell, oftmals von 10 sh. 6 d. auf 26 sh. 6 d. für den Sack, Preisveränderungen denen gegenüber der Einfuhrzoll sehr wenig zu bedeuten hat. Trotzdem hat die Regierung bei jeder außergewöhnlichen Preissteigerung noch eine Zollermäßigung für die betreffende Zeit eintreten lassen.

Angesichts dieser Thatsachen kann man schwerlich noch behaupten, daß der Uitlander in Transvaal in irgend einer Weise hinsichtlich seiner täglichen Bedürfnisse zu leiden habe. Zeitweise sind Klagen laut geworden über die Bestechlichkeit der Beamten, über die Ertheilung von Konzessionen und Monopolen und über die Mißwirthschaft in der Verwaltung im Allgemeinen. Was die Bestechlichkeit anbelangt, so ist es wohl möglich, daß in einzelnen Fällen Beamte die ihnen von reichen Uitlandern angebotenen Summen angenommen haben, aber die Anklage einer allgemeinen Korruption der Beamten ist durchaus unbegründet. Was Monopole und Konzessionen betrifft, so wird das Dynamit-Monopol häufig als Beispiel für die Art und Weise angeführt, in der Monopole zum Schaden der Bergbauinteressen ertheilt werden. Man hat sich darüber beklagt, daß die Regierung das Recht beansprucht, 90 sh. für eine Kiste Dynamit zu fordern, die für 30 sh. hergestellt werden kann. Diese Zahlen sind indeß nach beiden Richtungen übertrieben. Die Forderung der Regierung ist 85 sh. für eine Kiste, und da der Preis des von De Beers in Kimberley verwendeten Dynamits daselbst mehr als 60 sh. für die Kiste beträgt, so kann man nicht wohl behaupten, daß 85 sh. für Johannesburg zu hoch sei, indem man die viel größere Entfernung von Johannesburg bis an die See in Betracht ziehen muß. In dieser Angelegenheit der Dynamit-Konzession kommt

überdies noch dazu, daß die Wahl zwischen einem ausländischen und einem einheimischen Monopole vorlag, denn aus den Berichten der Bergwerksgesellschaften, in denen die Kosten für Explosivstoffe besonders nachgewiesen werden, geht hervor, daß sich die gesammten Betriebsausgaben auf mehr als 30 sh. für die Tonne belaufen, während die Kosten der Explosivstoffe höchstens 1 sh. 3 d. für die Tonne betragen. Was die Eisenbahnkonzession anbelangt, so liegt die Sache in Wahrheit so: Die Eisenbahngesellschaft von Transvaal, d. h. die Niederländisch-Südafrikanische Eisenbahngesellschaft hält dadurch, daß sie mittelst der von Natal und der Delagoabai nach Johannesburg führenden Linien für Wettbewerb sorgt, das Monopol in Schach, das andernfalls die Kapkolonie in höchstem Maße zu ihrem Vortheile ausbeuten würde, wenn etwa die einzige Eisenbahn nach Johannesburg von den Kaphäfen ausginge.

Außer den vorstehend erwähnten Klagen über materielle Uebelstände wurden nun noch andere laut, die man als Klagen über politische Mißstände bezeichnen könnte, nämlich 1. daß das Land angeblich von einer kleinen Gruppe von Holländern regiert wird, 2. die Klage über die Sprachschwierigkeit, 3. der Mißstand in Betreff der Erziehung und der Schulen und 4. die Klagen wegen des Wahlrechts.

Was die ersterwähnte anbelangt, so würde ein ehrlicher und unparteiischer Mensch vergebens nach Beweisen für die vorgebrachte Behauptung suchen. Sämmtliche Mitglieder der Exekutivgewalt sind mit einer einzigen Ausnahme in Süd-Afrika geboren, ebenso die Mehrzahl der an der Spitze der einzelnen Bezirke stehenden Ober- und Unterbeamten. Man hat festgestellt, daß im Allgemeinen 83 Prozent von denen, die dem Beamtenstande angehören, in Süd-Afrika geboren und nicht Wenige darunter englischer Abstammung sind. Von fünf Richtern sind zwei in Süd-Afrika geboren und Mitglieder des englischen Gerichtshofes, zwei sind Holländer und einer ist ein Schotte. Der Bergwerksminister, der Oberschatzmeister, der

Generalauditeur, der Oberpostmeister und der Generaldirektor des Vermessungswesens sind sämmtlich in Süd-Afrika geboren. Der einzige Holländer, der eine hervorragende Stellung bei der Regierung einnimmt, ist der Staatssekretär Dr. Leyds, ein Mann von außergewöhnlicher Begabung und unantastbarem Charakter, der trotz der ihm in den Weg gelegten außerordentlichen Schwierigkeiten und der Angriffe, denen er fortwährend ausgesetzt ist, sich das Vertrauen sowohl des Präsidenten als auch des Volksraads zu erwerben und zu erhalten verstanden hat. Wenn wir ihn für den fähigsten und gebildetsten Beamten von Süd-Afrika erklären, so entspricht diese Behauptung nur der einfachen Wahrheit, und daß seine seltene Befähigung Neid und Mißgunst erregt hat, war nach dem allgemeinen Charakter der menschlichen Natur nicht anders zu erwarten.

Was nun die Sprach- und Erziehungsfrage betrifft, so muß selbstverständlich die im Lande am häufigsten gesprochene Sprache am meisten berücksichtigt werden. In dieser Beziehung herrschen vielfach durchaus irrthümliche Anschauungen in Folge des falschen Bildes, das man sich von dem Stärkenverhältniß zwischen der holländischen und der ausländischen Bevölkerung zu machen pflegt. Man hört gewohnheitsmäßig sagen, daß die fremde Bevölkerung den Bürgern an Anzahl weitaus überlegen sei. Indessen, gerade das Gegentheil ist der Fall. Die Volkszählung, die im Jahre 1896 in Johannesburg von dem dortigen Gesundheitsausschusse vorgenommen wurde, ergab, daß man die Einwohnerzahl der Stadt bedeutend überschätzt hatte, denn die männliche europäische Bevölkerung aller Lebensalter erreichte nur die Zahl von 31000 Köpfen. Da in den Militärlisten der Republik 25000 Bürger verzeichnet sind, so ist man wohl berechtigt anzunehmen, daß die Bürgerbevölkerung mindestens 150000 Köpfe zählt, während die fremde Bevölkerung wahrscheinlich nicht mehr als halb so stark ist. Von den 150000 Bürgern und ihren Familien verstehen volle zwei Drittel kein

Englisch. Ist es also eine unvernünftige Forderung, danach zu verlangen, daß die amtliche Sprache, d. h. die Sprache, in der die amtlichen Schriftstücke abgefaßt sind, die Sprache sein soll, die von zwei Dritteln der Bevölkerung gesprochen wird? Oder zählen die Frauen und Kinder nicht mit? Aber wenn auch die amtliche Sprache den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend holländisch ist, so giebt es doch keine einzige Behörde bei der Regierung, wo nicht mit denen Englisch oder Deutsch gesprochen wird, die kein Holländisch verstehen. In den obersten Gerichtshöfen drücken die Richter häufig ein Auge zu, wenn auf den Zeugenbänken Englisch gesprochen wird, und bei den gewöhnlichen Gerichtsverhandlungen bedienen sich die streitenden Parteien englischer Abstammung beständig der englischen Sprache. Was die Schulfrage anbelangt, so ist es z. Zeit nicht mehr nöthig, diese Frage zu erörtern. Während der Sitzungen des Jahres 1896 erließ der Volksraad ein Gesetz, das die Grundsätze des Gesetzes vom Jahre 1892 noch erweiterte, und infolge der jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind in den Goldbergwerksbezirken staatliche Schulen eingerichtet worden, in denen englisch sprechende Kinder in englischer Sprache unterrichtet werden und die unter der Oberaufsicht der Staatsschulbehörden stehen.

Auch die Wahlrechtfrage ist Gegenstand besonderer Beschwerden gewesen. Hier liegen aber in der That mehrfache Schwierigkeiten vor. Erstens liegt der Mehrzahl der fremden Bevölkerung garnichts daran, das Wahlrecht zu erlangen, weil sie mit ihrer augenblicklichen Stellung ganz zufrieden ist und gar nicht den Wunsch hegt, das Bürgerrecht in der südafrikanischen Republik zu erwerben, was nothwendig wäre, wenn sie das Wahlrecht ausüben wollte. Gerade die vielen Erörterungen und Streitigkeiten über diese Frage haben die Schwierigkeiten noch vermehrt, denn je näher die Möglichkeit eines ernstlichen Zwiespaltes zwischen Transvaal und Großbritannien rückt, desto weniger sind die britischen Unterthanen geneigt, sich in eine

Lage zu begeben, die sie möglicherweise zum Kampfe gegen ihre eigenen Landsleute zwingen könnte. Inzwischen sind aber die Regierung und der Volksraad zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Kampf um das Wahlrecht nur künstlich hervorgerufen wurde, daß man ihm Vorschub geleistet hat nicht in der Absicht, wirkliche Zugeständnisse zu erlangen, sondern nur um einen Grund zur Beschwerde zu schaffen. Sie haben auch eingesehen, daß wenn den fremden Einwohnern von Johannesburg umfassende politische Vorrechte gewährt würden — vorausgesetzt selbst diese fremden Einwohner wären gewillt, sich naturalisiren zu lassen —, dadurch die Interessen aller unabhängigen Berufsklassen — der Kaufleute, der Bergleute und der Handwerker — in weitestem Umfange den Händen einer kleinen Anzahl von Kapitalisten preisgegeben würden, die ihren Einfluß hier wie überall nur dazu benutzen würden, die politische Atmosphäre zu verderben und sich die Interessen jedes Einzelnen dienstbar zu machen. Die politische Zwangsherrschaft, die in Kimberley besteht, wo alle Angestellten von De Beers bei Strafe der Entlassung genöthigt sind nach Vorschrift zu stimmen, zeigt mit genügender Deutlichkeit, welche Zustände in Johannesburg eintreten würden, wenn die finanziellen Verschwörer auch noch politischen Einfluß gewinnen sollten. Einen weiteren sehr sprechenden Beweis liefert ein bekannter Vorfall, der sich im Zusammenhange mit der aufrührerischen Bewegung in Johannesburg zutrug, als die Bergleute, die unter dem Einflusse der Häupter der Verschwörung standen, den Befehl erhielten, bei Strafe des Verlustes ihres Lohnes die Waffen zu ergreifen. Daß sie in der großen Mehrzahl den Verlust ihres Lohnes vorzogen, beweist am Deutlichsten die innere Hohlheit der ganzen revolutionären Bewegung. In allen bekannten Fällen von Empörungen, die wirklich aus der Unzufriedenheit der bergbautreibenden Bevölkerung entsprangen, sind es die Bergleute gewesen, die die Führung übernommen und die Anderen mit hineingezogen haben. In diesem Falle wurde den

Bergleuten, denen es nicht im Traume einfiel unzufrieden zu sein, befohlen zu den Waffen zu greifen, aber sie weigerten sich zu gehorchen.

Nach den in Johannesburg und an den anderen Mittelpunkten der Goldgewinnung thatsächlich bestehenden Zuständen war es für jeden anständigen Menschen schlechterdings unmöglich, eine ernst gemeinte Beschwerde zu Stande zu bringen, geschweige denn eine solche, die nach irgend einer Richtung hin gerechten Anlaß zu einer Empörung hätte bieten können, in der Absicht Abhülfe zu schaffen. Die auswärtigen Einwohner von Transvaal sind keineswegs mit Ungerechtigkeit oder Härte behandelt worden, sondern hatten sich im Gegentheil der größten Rücksichtnahme zu erfreuen. Die Interessen der Goldindustrie sind stets in jeder nur möglichen Weise wahrgenommen worden. Wenn die Regierung in einzelnen Fällen nicht im Stande gewesen ist, allen ihren Wünschen entsprechend zu handeln, so ist der Grund dafür in der ablehnenden Haltung eines Theiles der Presse und in dem herrschsüchtigen und anmaßenden Gebahren der aufwieglerischen Kapitalisten zu suchen, die das Mißtrauen und den Verdruß des Volksraads erregt haben. Allein trotz dieser Lage der Dinge mußte ein Grund zur Anklage gegen die Regierung von Transvaal gefunden werden, um eine revolutionäre Bewegung im Interesse einer kleinen Kapitalistengruppe zu rechtfertigen, die fest entschlossen war, die Herrschaft über die Goldindustrie von Johannesburg in derselben Weise an sich zu reißen, wie sie diese bereits über die Diamantindustrie von Kimberley ausübte.

XVII.

Der Ausbruch der Verschwörung.

Das Uhrwerk für die Verschwörung gegen Transvaal rückte nur langsam vorwärts, bis die Chartergesellschaft gegen Ende des Jahres 1894 angefangen hatte, Matabeleland zu verdauen. Nunmehr wurde das Tempo, ähnlich wie bei den Schlußtakten einer Ouvertüre, beschleunigt, gleichsam als Vorbereitung auf das Getöse, mit dem der Vorhang plötzlich in die Höhe gehen sollte, um den ersten Akt der neuen Verschmelzung von Süd-Afrika zu Gunsten der unantastbaren Millionäre einzuleiten.

Die verschiedenen Züge in dem damals sich abspielenden Schachturnier sind von höchstem Interesse. Einige brachten die Sache dem angestrebten Ziele näher, andere blieben fruchtlos. Unter die mißlungenen Züge kann man rechnen: die Bedrohungen der Delagoabai, den Versuch, zwischen London und Pretoria mittelst der Währungsfrage Streit hervorzurufen, und endlich den Versuch, Schwierigkeiten zu erregen wegen Einziehung der Uitlander zum Kriege gegen Malaboch.

Der durch die Drohungen gegen die Delagoabai angestrebte Zweck lag klar und deutlich vor Augen. Wenn es der Chartergesellschaft irgendwie gelang, sich in den Besitz der Delagoabai zu setzen oder wenigstens dort festen Fuß zu fassen, so war möglicher Weise die Kapregierung — d. h. Rhodes — im

Stande, den Betrieb der Transvaal-Eisenbahn von der portugiesischen Grenze nach Pretoria derartig zu stören, daß sich die Regierung von Transvaal gezwungen sah, gewisse von der Kapkolonie zu Unrecht gestellte Forderungen in Bezug auf die allgemeine Theilung der Eisenbahn-Einkünfte aus dem Verkehr mit Johannesburg und ebenso andere Wünsche in Bezug auf die Errichtung eines allgemeinen Zollvereins zu erfüllen, bei dem der Kapkolonie der Hauptgewinn zufallen sollte. Diese Drohungen gegen die Delagoabai spielten eine ständige Rolle in den Berichten nach jener Zusammenkunft zwischen dem Präsidenten Krüger und Rhodes, bei der sie — nach dem Berichte des Letzteren — beide ihre Selbstbeherrschung verloren. Rhodes verlangte in jener Zusammenkunft — seiner eigenen Aussage zufolge —, daß die südafrikanische Republik dem zwischen der Kapkolonie und dem Freistaate bereits bestehenden einseitigen Zollvereine beitreten sollte. Aus welchem Grunde stellte Rhodes diese Forderung? Weil die Regierung von Transvaal soeben ihre Zustimmung zu der Weiterführung der Eisenbahn von der Grenze von Natal nach Johannesburg gegeben hatte, und es Natal dadurch ermöglicht wurde, sich in kurzer Zeit wieder des Handels zu bemächtigen, der sich im Jahre 1892, als die Eisenbahnstrecke vom Kap nach dem Randbezirk eröffnet worden war, der Kaplinie zugewendet hatte. Wenn man aber Transvaal dazu bewegen könnte, diesem Zollvereine beizutreten, so würde dadurch der Handel von Natal, der sowohl den Vorzug niedriger Tarife als auch der kürzeren Entfernung von Johannesburg für sich hatte, schwer geschädigt werden; denn wenn Natal unter dem Druck der Verhältnisse seine Freihandelspolitik nicht aufgab und seine Tarife auf die Höhe der innerhalb des Zollvereins herrschenden erhöhte, so mußte sein Handel daran zu Grunde gehen, daß auf seiner eigenen Grenze der volle Zollvereinstarif noch zu seinem eigenen Tarife hinzugeschlagen wurde. Rhodes befand sich, kurz gesagt, in der Stellung eines Feindes der Goldbergwerksindustrie

und suchte den Wettbewerb des Handels, der dieser Industrie besonders zum Vortheil gereichte, zu vernichten. Krüger, der die Interessen der Goldindustrie vertheidigte, verwarf den Rhodes'schen Vorschlag.

Nicht lange nach diesen Vorgängen und nachdem die Regierung von Transvaal die Forderung energisch zurückgewiesen hatte, daß 50 Prozent der gesammten südafrikanischen Eisenbahneinnahmen aus dem Verkehr mit Johannesburg der Kapregierung zuerkannt werden sollten — das Anrecht auf 50 Prozent von allen Dingen scheint bei den südafrikanischen Millionären zur fixen Idee geworden —, fing man an, von der Besitzergreifung der Delagoabai zu sprechen. Die Chartergesellschaft hatte bereits ihr Möglichstes gethan, um in dieser Richtung Unheil zu stiften. Der Versuch vom Jahre 1891, der zur Zeit des Zwischenfalles mit der „Gräfin von Carnarvon" unternommen wurde, den Häuptling Gungunhana zum Aufstande gegen die Portugiesen anzureizen, hatte noch andere ähnliche kleine Manöver zur Folge gehabt. Es ist eine amtlich festgestellte Thatsache, daß man in Gungunhana's Kraal, als er schließlich von den portugiesischen Behörden zur Rechenschaft gezogen wurde, eine Summe von 2000 £ in englischem Golde fand, das in Säcken von der Chartergesellschaft enthalten war. Ebenso steht fest, daß unter Anderem ein silberner Becher, von einem Goldschmidt in Kapstadt angefertigt, gefunden wurde, dessen Inschrift besagte, daß er ein Geschenk der Königin Viktoria an Gungunhana sei; der Becher war ihm durch Abgesandte überreicht worden, von denen mindestens einer im Dienste der Chartergesellschaft stand. Es war also Material genug vorhanden, wenn man Verlangen danach trug, Verwicklungen an der Delagoabai zu schaffen. Allein alle derartigen Pläne wurden durch die Einmischung der deutschen Regierung zu nichte gemacht, die im Interesse der deutschen Aktionäre der Transvaal-Eisenbahn zwei Kriegsschiffe nach der Delagoabai sandte und mit der britischen Regierung ein Abkommen über die Aufrechterhaltung des status quo in

diesem Hafen traf. Daß Rhodes wegen dieser Einmischung einen gewaltigen Groll gegen die beiden Regierungen von Transvaal und Deutschland hegt, ist wohl zu begreifen.

Die Währungsfrage entstand folgendermaßen: Die Regierung von Transvaal beschloß — ob kluger oder unklugerweise bleibt dahingestellt, jedenfalls aber mit vollem Recht, — eine eigene Währung einzuführen und eine eigene Nationalbank zu gründen. Allen Schmähungen und Verspottungen zum Trotz führte die Regierung von Transvaal ihre Absicht aus. Die neue Währung war über jede Verdächtigung erhaben, und die neue Bank hatte bald einen beträchtlichen Geschäftsumsatz. Von dem vielleicht nicht unnatürlichen Verlangen beseelt, ihrem Rivalen ein Bein zu stellen, ließ sich die Standard-Bank von Süd-Afrika, deren Leiter damals Lord Rosmead war, englische Silbermünze*) in großen Mengen aus der Münze von London kommen, schickte sie nach Süd-Afrika und verlangte dafür plötzlich Gold von der Nationalbank von Transvaal. Die Regierung von Transvaal, die eine Einrichtung, an der sie selbst betheiligt war, nicht durch einen Handelsrivalen geschädigt zu sehen wünschte, machte diesem Verfahren ein Ende, indem sie jede Masseneinfuhr fremder Münzen verbot. Sofort erscholl der Ruf, daß dieses Verbot ein Bruch der Londoner Konvention sei. Allein die britische Regierung schenkte dieser Angelegenheit weiter keine Beachtung, und so mißlang dieser Schachzug vollständig.

Dann kam die Einziehungsfrage an die Reihe. Es erhob sich ein gewaltiges Geschrei, weil eine beträchtliche Anzahl britischer Unterthanen, die in Transvaal lebten, zum Kriegsdienst gegen einen gewissen Malaboch, einen widerspenstigen, eingeborenen Häuptling, herangezogen worden waren. Die gegen

*) Es hieß, daß die Münze dieses Silbergeld zum Metallwerth geliefert habe. Möglicherweise war dies nicht geschehen; andern Falles war es klar, daß die Standard-Bank bei einem derartigen Geschäft einen ungeheueren Vortheil erzielte.

die Regierung von Transvaal Feindlichgesinnten erklärten abermals, daß eine Verletzung der Londoner Konvention vorläge. Es stellte sich aber heraus, daß Großbritannien dem Beispiele anderer fremder Mächte nicht gefolgt war, sondern einen Vertrag geschlossen hatte, der seine britischen Unterthanen nicht vom Kriegsdienste ausschloß, so daß also die Regierung von Transvaal vollständig in ihrem Rechte war. Die ganze Beschwerde machte sogar einen geradezu lächerlichen Eindruck, als bekannt wurde, daß fünf britische Unterthanen verhaftet und als eifrige Patrioten sogar photographirt worden waren, weil sie sich geweigert hatten, dem Befehl der Regierung Folge zu leisten, während über hundert mit größter Bereitwilligkeit sich gestellt hatten, die Freuden des Kriegslebens genossen und den Lohn für ihre Dienstleistungen empfangen hatten und infolgedessen den Anspruch auf alle Rechte als Bürger der Republik besaßen, den sie geltend machen konnten, sobald es ihnen beliebte. Mittlerweile wurde künftigen Mißverständnissen durch das Zustandekommen eines besonderen Vertrages zwischen Großbritannien und der Regierung von Transvaal vorgebeugt. Der Zwischenfall war jedoch insofern beachtenswerth, weil er dem Statthalter Lord Loch Gelegenheit bot, Pretoria zu besuchen und weil sich während seiner Anwesenheit in Pretoria zwei besondere Vorfälle ereigneten. Einmal machten sich gewisse unruhige und unverantwortliche Persönlichkeiten in Pretoria seine Anwesenheit zu Nutze, um den Präsidenten Krüger zu beschimpfen; ferner hatte er eine Unterredung mit einem gewissen Lionel Phillips, dem Mitgliede eines der ersten Bankhäuser in Johannesburg; hierbei wurde auf den Vortheil hingewiesen, den eine stehende kaiserliche Truppenmacht an der Westgrenze von Transvaal bieten würde, um etwaigen aufrührerischen Bewegungen in den Goldfeldern sofort entgegentreten zu können.

Dies waren einige der erfolglosen und verfehlten Züge des Spiels. Ein besserer Zug wurde gemacht, als die zur Verschwörung gehörenden Kapitalisten die unter dem Namen der

National-Union von Transvaal bekannte Vereinigung unter ihre Obhut brachten. Bis dahin war die National-Union von Transvaal eigentlich nur die Zielscheibe des allgemeinen Spottes gewesen, die anscheinend dazu da war, um bei der Bevölkerung von Johannesburg und bei der Regierung von Transvaal den Glauben zu erwecken, als übten die an ihrer Spitze stehenden Persönlichkeiten einen politischen Einfluß aus. Sie besaß weder Geld noch Einfluß. Ihre einzige Bethätigung in öffentlichen Versammlungen ging von einem halben Dutzend Leuten aus, die sonst nicht viel zu thun hatten und sich einbildeten, eine große Rednergabe zu besitzen, während ihr Präsident, — ein gewisser Tudhope, der ehemals Mitglied des Kapministeriums gewesen war — es mit seinen Pflichten für vereinbar hielt, einmal einen Vortrag über die Bedeutung der holländischen Rasse in Süd-Afrika zu halten, und das andere Mal am Schlusse des Abendgottesdienstes in der Presbyterianerkirche als politische Kundgebung gegen die Regierung von Transvaal die englische Nationalhymne anzustimmen. Das Publikum, das den Versammlungen der National-Union beiwohnte, ging lediglich hin, um sich hier zu vergnügen und die Zeit todtzuschlagen, etwa so wie man in einen Cirkus geht. Allein im Jahre 1894 änderte sich die Sache. Die National-Union ging in andere Hände über. Tudhope legte den Vorsitz nieder und sein Nachfolger wurde Charles Leonard, ein Mann, der in viel höherem Grade die Befähigung besaß, die Pläne der Finanzgrößen, die die Herren der Situation waren, zur Ausführung zu bringen. Der Verein befand sich mit einem Male im Besitze von Geld. Zuerst war der Vorschlag gemacht worden, daß die Goldbergwerksgesellschaften zu einem politischen Grundstock zusammenschießen sollten, der von der Union verwaltet werden sollte. Allein diesem Vorschlage widersetzten sich die Aktionäre, indem sie drohten, sich an das oberste Gericht zu wenden, um ein Verbot gegen eine derartige ungesetzliche Verwendung ihres Geldes zu erwirken. Dessen ungeachtet wurde aber das nöthige

Geld doch auf irgend welche Weise zusammengebracht und die erste Verwendung, die man dafür hatte, erstreckte sich auf die Anzettlung einer Masseneingabe an den Volksraad, an der sich angeblich ganz Johannesburg betheiligte und in der man um politische Rechte bat oder diese vielmehr forderte. Es hieß, diese Eingabe sei mit 38000 Unterschriften bedeckt gewesen, und es mögen ja auch wirklich 38000 Namen darunter gestanden haben. In Süd-Afrika kann man sich aber ebenso leicht Unterschriften für eine Eingabe verschaffen, wie in England im Frühling Gänseblumen pflücken, und die Leute, die für je hundert Unterschriften, die sie an den Straßenecken von Johannesburg einsammelten, vier Schilling erhielten, werden schon nicht faul gewesen sein, auf diese Weise Geld zu verdienen. Die Mitglieder des Volksraads wußten sehr gut, auf welche Weise man zu den Unterschriften gelangt war, und nahmen die Eingabe hohnlächelnd entgegen. Bei der demnächstigen Prüfung ergab sich, daß zahlreiche Unterschriften offenbar gefälscht und andere mehrmals wiederholt waren, während einige zweifellos überhaupt nicht von Europäern herrührten. Es konnte nicht überraschen, daß diese Unregelmäßigkeiten entdeckt wurden, denn in einem Gemeinwesen, das erst zwei Jahre später nur 31000 männliche Europäer aller Altersstufen aufzuweisen hatte, war es zahlenmäßig unmöglich, 38000 Unterschriften auf ehrliche Weise zusammenzubringen. Allein der Volksraad beging einen Fehler sowohl, indem er die Eingabe einestheils verlachte, als auch indem er sie anderntheils ernst nahm, denn sie war gar nicht für ihn bestimmt: sie war für das Ausland bestimmt. Sie sollte in England den Eindruck erwecken, als ob die Regierung von Transvaal und der Volksraad in hartnäckiger Verblendung den fremden Einwohnern politische Rechte verweigere. Zu diesem Zwecke war sie in's Leben gerufen und diesen Zweck erreichte sie auch. In Folge dieser Eingabe gelangte die große Masse der britischen Bevölkerung damals für den Augenblick zu der Ueberzeugung, daß erstens die fremden Einwohner die

Mehrheit in der Bevölkerung von Transvaal bildeten und daß zweitens die in der Minderzahl vorhandenen Bürger fest entschlossen wären, ihnen keine Stimme bei der Regierung des Landes zuzugestehen.

Im Anfange des Jahres 1895 stellte sich bei allen, die dem Fortgange der Ereignisse mit Aufmerksamkeit gefolgt waren, ein Gefühl der Beunruhigung ein. Diese Beunruhigung wurde so groß, daß die Zeitungen, die der republikanischen Sache treu waren, die Chartergesellschaft sowohl als auch die Kapregierung — beide durch Rhodes vertreten und geleitet — öffentlich der Verschwörung gegen Transvaal anklagten. Diese Anklage wurde von Kapstadt aus durch Zeitungen, die, wie man wußte, im Dienste Rhodes' standen, mit Entrüstung zurückgewiesen. Aber die Befürchtungen wollten nicht schwinden, und eine oder zwei kleine Begebenheiten dienten noch dazu, sie zu vermehren. Eine davon war der Austritt Hofmeyr's aus dem Parlament. Sein Austritt wurde mit verschiedenen Ursachen begründet, aber Leute, die in nahen Beziehungen zu ihm standen, sprachen es klar und deutlich aus, daß sein Rücktritt auf dem Wunsche beruhte, sich von Rhodes loszusagen, dessen Politik sich in einer Richtung bewegte, mit der Hofmeyr nicht übereinstimmen konnte. Die andere Begebenheit war der Uebergang der „Kap Times", einer der beiden Hauptzeitungen von Kapstadt, in den Besitz der Rhodes'schen Partei. Der „Kap Argus", einstmals das Eigenthum Saul Solomons und geleitet von seinem staatsmännischen Geiste und Gemeinsinne, hatte sich einige Jahre hindurch thatsächlich zum Rhodes'schen Organ hergegeben, während die „Kap Times" sich wenn auch reichstreu, so doch ziemlich unabhängig gehalten hatten. Daß nun die „Kap Times" plötzlich in dasselbe Fahrwasser einlenkten wie der „Kap Argus", war ein bedeutsames Zeichen von der Thätigkeit im Rhodes'schen Lager. Die Bedeutung dieses Schrittes wurde noch offenkundiger, als Edmund Garrett, den Rhodes eigens zu dem Zwecke von England mitgebracht hatte, um die

„Kap Times“ herauszugeben, in der ersten Woche des Juni 1895 in Bloemfontein erklärte, daß seine Anwesenheit in Süd-Afrika mit dem Entschlusse Rhodes’ und seiner Genossen zusammenhinge, „das Tempo zu beschleunigen“. „Das Tempo beschleunigen“ sollte heißen, daß Rhodes, dessen Gesundheit etwas schwankend geworden war, sich entschlossen hatte, seine letzten Pläne ohne weiteres Zögern zur Ausführung zu bringen. Garrett offenbarte sich, wie noch hinzugefügt werden muß, in seiner Rolle, die er zu spielen hatte, damit, daß er von dem ersten Augenblicke seiner Ankunft in Süd-Afrika bis zur schließlichen Katastrophe des Jameson’schen Einfalles von Kapstadt aus auf’s eifrigste das Evangelium von der Erhebung in Johannesburg predigte. Daß die Reichsregierung mittlerweile dazu veranlaßt worden war, eine feindliche Haltung gegen Transvaal einzunehmen, zeigte sich in der plötzlichen Besitzergreifung der Gebiete der beiden Häuptlinge Umbegesa und Zambaan, die zwischen der Grenze von Transvaal und dem Meere lagen. Die Regierung von Transvaal wurde bei dieser plötzlichen Einverleibung nicht zu Rathe gezogen, ja sie wurde nicht einmal vorher davon verständigt. Das Unfreundliche dieses Schrittes kam dadurch noch mehr zum Ausdruck, daß in dem Schlußvertrage über die Ansiedelung von Swazieland Transvaal ein Wegerecht bis an das Meer quer durch das einverleibte Gebiet zugesichert worden war. „Die Sache ist schon an sich schlimm genug“, äußerte damals ein bekannter Politiker in Kapstadt, der nach Rhodes’ Rücktritt wieder in sein Amt eintrat, „aber die Art und Weise, wie sie in Scene gesetzt worden, ist noch viel schlimmer. Es ist das Schlimmste, was seit der Einverleibung vom Jahre 1877 vorgekommen ist.“

Dies waren die an der Oberfläche sichtbaren Anzeichen. Was aber ging inzwischen im Inneren vor? In dieser Beziehung sind später so mancherlei Nachrichten durchgesickert. Schon im Mai des Jahres 1895 wurde in Rhodesia eine Freischaar unter dem Befehl Sir John Willoughby’s zusammen-

gezogen, deren Aufstellung wegen der erforderlichen Pferde, Waffen und sonstigen Ausrüstung gewaltige Summen in Anspruch nahm. Nach den Mittheilungen, die Sir John Willoughby den eingezogenen Mannschaften etwa am 20. Mai machte, lag nicht die Absicht vor, sie auf eine Expedition nach Barotseland zu schicken. Es verlautete, Dr. Jameson wünschte nicht, daß sie über die Grenze von Rhodesia hinausgingen, weil er überzeugt war, daß sich dazu Freiwillige melden würden, sobald er sie brauchte, aber er hoffte einmal im Jahre Felddienstübungen abhalten zu können. Zu derselben Zeit waren auch die Verhandlungen im Gange, die der Chartergesellschaft die Schutzherrschaft über Bechuanaland übertragen sollten, damit die Gesellschaft einen genügenden Vorwand hätte, Dr. Jameson und die Polizeiabtheilung von Matabeleland in die Nähe der Grenze von Transvaal zu senden. Außerdem ist kaum zu bezweifeln, daß bereits Anordnungen getroffen waren, um Waffen und Munition nach Johannesburg einzuschmuggeln und in Kimberley, dem zweiten Mittelpunkte der Rhodesischen Thätigkeit, durch die De Beersgesellschaft aufstapeln zu lassen. Und inmitten aller dieser heimlichen Vorbereitungen zur Vernichtung der Unabhängigkeit von Transvaal wurde der Präsident Krüger bei Gelegenheit der amtlichen Eröffnung der Eisenbahn von Pretoria nach der Delagoabai von der britischen Regierung in Ausdrücken beglückwünscht, wie sie sonst nur mit dem Bestehen der allerfreundschaftlichsten Beziehungen Hand in Hand zu gehen pflegen. Man braucht nicht an der Aufrichtigkeit dieser Glückwünsche zu zweifeln. Ihre Absendung diente nur dazu, bei der Regierung von Transvaal in erhöhtem Maße die Ueberzeugung zu befestigen, daß, wie häufig auch Rhodes die Gelegenheit benutzte, um sich die kaiserliche Autorität zur Verfolgung seiner eigenen Zwecke dienstbar zur machen, seine Politik doch in keiner Weise der Politik der britischen Regierung entsprach.

Einige Monate darauf führte die Macht falscher Darstellungen eine ernstliche Meinungsverschiedenheit zwischen London

und Pretoria herbei. Dieser Streit entstand aus der sogenannten „Furthfrage“, eine Angelegenheit, die in England gänzlich mißverstanden und reichlich ausgebeutet worden ist, um den Vorwurf der Wortbrüchigkeit gegen die Regierung von Transvaal zu erheben. Die ganze Sache entstand aus einem örtlichen Streite zwischen der Transvaal-Eisenbahngesellschaft und den Eisenbahnen der Kapregierung wegen eines Eisenbahntarifes für den durchgehenden Verkehr. In der Absicht, auf die Verwaltung der Transvaaleisenbahn einen Zwang auszuüben, hatte die Kapeisenbahnabtheilung die Einrichtung getroffen, daß die Güterwagen auf der Südseite des Vaalflusses — auf dem Gebiete des Freistaats — ausgeladen und die Ladungen vermittelst Ochsenkarren durch die „Furth“ über den Fluß und von da die noch übrigen fünfzig Meilen bis Johannesburg weiter befördert wurden. Von dieser Einrichtung hatte Niemand in Johannesburg einen Vortheil, denn wenn auch in Folge der bedeutenden Verkehrszunahme öfters Verzögerungen in der Ablieferung der Güter auf dem Eisenbahnwege nach Johannesburg eintraten, so machte sich die gleiche Verzögerung und außerdem noch eine viel größere Unsicherheit geltend, wenn die Transporte mit Ochsenkarren über den Fluß nach Johannesburg geschafft wurden. Die Regierung von Transvaal, die selbstverständlich das Eisenbahnunternehmen, an dem sie selbst betheiligt war, vor Schaden schützen wollte, erließ eine Verordnung, die den Verkehr durch die Furth untersagte. Wenn man nun auch nicht gerade behaupten kann, daß eine südafrikanische Regierung, die eine Brücke über einen Fluß baut, damit ein allgemein gültiges Recht erwirbt, den Verkehr durch die überbrückte Furth zu verbieten, so steht doch außer Frage, daß die Praxis, den Uebergang über eine Furth in Folge eines Brückenbaues zu verbieten, sehr oft befolgt worden ist. In mehr als einem Falle hat man in Natal, wo das Gesetz die Erhebung von Zöllen an Brückenübergängen gestattet, gleichzeitig die weitere Benutzung der Furth, die durch die Brücke ersetzt wird, unter Strafe ge-

stellt. Das Vorgehen der Regierung von Transvaal in Bezug auf die Vaalflußfurth war also durchaus kein ungewöhnliches oder absonderliches. Allein die Kapregierung, die sich fest vorgenommen hatte, die Unabhängigkeit des Eisenbahnnetzes von Transvaal soweit irgend möglich zu vernichten, hielt sich dadurch für beleidigt und wußte auf den Rath Schreiner's, des Kronanwalts im Ministerium Rhodes, das Kolonialamt dahin zu beeinflussen, daß es die Sperrung der Furth für einen Bruch der Londoner Konvention erklärte. Daraufhin wurde das Verbot zurückgezogen, aber eine kleinlichere und unbedeutendere Veranlassung ist noch nie der Gegenstand diplomatischen Eingreifens gewesen, und man darf wohl mit Sicherheit annehmen, daß die Kapkolonie heute bitter bereut, damals in so thörichter Weise die Hülfe der kaiserlichen Regierung in Anspruch genommen zu haben. Denn dieser Zwischenfall wegen der Furth im Zusammenhange mit dem Jameson'schen Einfalle war es, der den Freistaat bestimmte, nicht nur jede weitere Gemeinschaft mit der Kapkolonie in Eisenbahnangelegenheiten abzulehnen, — eine Gemeinschaft, die der Kapkolonie großen Vortheil brachte —, sondern auch Kraft des ihm zustehenden Rechtes den Abschnitt der Stammbahn zwischen der Kapkolonie und Johannesburg, der durch den Freistaat führte und die einträglichste Strecke der ganzen Linie war, zum Selbstkostenpreise zu übernehmen. Dieser Schritt hatte zur Folge, daß die Kapregierung, die bisher von einem Anlagekapital von etwa zwei und ein viertel Millionen über 11 Prozent Zinsen bezogen hatte, von demselben Kapital jetzt nur noch auf eine Einnahme von 4 Prozent rechnen kann. Der Verlust an Zinsen, welche die Kapkolonie eingebüßt hat, indem sie den Beistand der Reichsregierung wegen der Furthfrage in Anspruch nahm, muß kapitalisirt auf wenigstens drei Millionen geschätzt werden, während Niemand auch nur einen Pfennig dadurch gewonnen hat.

Indessen trug auch dieser Zwischenfall viel dazu bei, in

England ein starkes Vorurtheil gegen die Regierung von Transvaal hervorzurufen, und aus diesem Grunde betrachtete ihn das Ministerium, an dessen Spitze Rhodes stand, jedenfalls als ein gutes Geschäft, im Vergleich zu dem der der Kapkolonie zugefügte Schaden nicht in Betracht kommen konnte. Die Ereignisse fingen jetzt an sich zu überstürzen. Dr. Jameson und seine Polizeimacht waren in die Nähe der Grenze von Transvaal gesandt worden, unter dem Vorwande, daß er die Schutzherrschaft über Bechuanaland übernehmen sollte. In einer Sitzung der Johannesburger Bergwerkskammer am 20. November 1895 hielt Lionel Phillips, ein Mitglied der Firma Eckstein und Vorsitzender der Kammer, eine Rede, die den verschiedenen Parteien der Verschwörung gewissermaßen das Losungswort gab. „Das Kapital," so erklärte er mit bewundernswerther Kühnheit, — denn im August des vorhergehenden Jahres hatte er selbst die Bewaffnung der Goldbergwerksgesellschaften vorgeschlagen — „geht immer mit der Aufrechterhaltung der Ordnung Hand in Hand". Jede Duldsamkeit, fuhr er fort, habe ihre Grenzen, obgleich ihren Wünschen nichts ferner läge, als eine Umwälzung, die aller Wahrscheinlichkeit nach mit Blutvergießen enden würde. Der Inhalt dieser Rede zog natürlich die Aufmerksamkeit von ganz Europa auf sich und bildete zwei oder drei Wochen später den Gegenstand eines höchst bemerkenswerthen Briefwechsels. Die beiden in brieflichen Verkehr tretenden Parteien waren ein in Transvaal sehr bekannter, in Hamburg lebender Herr, und ein Mitglied einer sehr angesehenen Bankfirma in London, das diese Firma bei dem Direktorate De Beers' vertrat*). Ein Brief vom 6. Dezember aus Hamburg fährt nach einer Anspielung darauf, daß Süd-Afrika „das Land der Ueberraschungen" sei, folgendermaßen fort:

*) Dieser Briefwechsel wurde Anfangs Januar 1896 in einer Hamburger Zeitung veröffentlicht, und sowohl seine Veröffentlichung, als auch sein Inhalt ist in England ziemlich bekannt.

„Die Rede dieses Herrn Lionel war sehr thöricht und wird wahrscheinlich viel Schaden und wenig Gutes stiften — falls er nicht den Auftrag hatte, Blutvergießen herbeizuführen —, und ich kann mir kaum denken, daß sein Auftrag dahin lautete, so lange die Hausse noch andauerte. Wenn es irgend etwas giebt, was Paul Krüger in Harnisch bringen kann, so sind es Drohungen, und wenn Cecil Rhodes nicht darauf vorbereitet ist, diese Drohungen durch seine Helden von Matabeleland verwirklichen zu lassen, so werden Sie es erleben, daß der Volksraad von 1896 in unzweideutiger Weise auf die Drohungen antworten wird, die fälschlich als „britische“ bezeichnet werden.“

Darauf lief am 10. Dezember folgende Antwort ein:

„Ihre Bemerkung bezüglich der Rhodesischen Helden von Matabeleland ist prophetischer, als Sie wahrscheinlich selber ahnen. Süd-Afrika ist, wie Sie sagten, das Land der Ueberraschungen.“

Nichts konnte deutlicher sein. Obgleich nach Lionel Phillips' Ausspruch „das Kapital immer Hand in Hand mit der öffentlichen Ordnung geht“, so lag es klar auf der Hand, daß die Londoner Finanzgrößen allerersten Ranges schon lange vorher ganz genau wußten, was man mit Dr. Jameson und seinen Truppen beabsichtigte. Finanzleute pflegen sich im Allgemeinen nicht an volksthümlichen Empörungen zu betheiligen oder sie zu unterstützen. Zu welchem Zwecke also ihr Interesse an der Rede von Lionel Phillips und an den Bewegungen der Jameson'schen Reiter? Es giebt nur eine einzig mögliche Antwort darauf, nämlich, daß die Verschmelzung der Bergwerke von Kimberley, bei der sie sich betheiligt hatten und die ihnen so ungeheueren Gewinn brachte, in Johannesburg wiederholt werden sollte.

Am Sonnabend den 14. Dezember war der vollständige Wortlaut von Lionel Phillips' Rede durch den Postdampfer nach England gelangt, und schon am Montag den 16. Dezember wurde ein zweites Alarmsignal losgelassen in Gestalt eines höchst bedeutungsvollen, drohenden Leitartikels gegen Transvaal in den „Times“. Die Dinge waren jetzt auf dem besten Wege zur Vollendung. Die Waffen für die Johannesburger Empörer waren in Kohlenwagen und Oelbehältern versteckt dort an-

gelangt, wobei sich die Vermittelung der De Beers-Gesellschaft in Kimberley als höchst nützlich erwiesen hatte. Schon berieth man über den Tag des „Stapellaufs", d. h. des Ausbruches der revolutionären Bewegung, und überlegte, in welcher Weise man die Vertreter der britischen Regierung dabei verwerthen sollte. Am 21. Dezember schickte der Oberst Rhodes, der seinen Bruder Cecil Rhodes in Johannesburg vertrat, ein Telegramm nach Kapstadt, in dem er darauf hinwies, wie dringend nothwendig es sei, das Eingreifen des Statthalters so viel als irgend möglich zu beschleunigen*). Es sei von höchster Wichtigkeit, so hieß es darin, daß Rhodes und der Statthalter am „Tage des Stapellaufs" — d. h. am Tage des Ausbruches der Revolution — von Kapstadt nach Johannesburg abreisten. Auf diese Zusicherung hin, führte der Oberst Rhodes aus, hätten viele „Unterzeichner Aktien genommen". In Wahrheit aber wollte die Reformpartei nicht Gefahr laufen, zu viel kämpfen zu müssen. Man hoffte auf genügenden Widerstand zu stoßen, um beunruhigende Telegramme absenden zu können, die den in Johannesburg tobenden Straßenkampf schildern sollten, aber man trug durchaus kein Verlangen danach, in ernstlichem Kampfe mit den Bürgern von Transvaal das Leben auf's Spiel zu setzen. Man wollte wohl das Freudenfeuer anzünden, aber zugleich auch die Sicherheit haben, daß die Feuerwehr in nächster Nähe wäre, um es sofort wieder zu löschen. Daß es im Falle eines Zusammenstoßes in den Straßen von Johannesburg das Interesse und die Pflicht des Statthalters erheischte, von Kapstadt in der Maske des Vermittlers herbeizueilen, war ja wohl mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, aber man wollte sicher gehen. Deßhalb schlug man ein Ver-

*) Das Wort „Vorsitzender" in diesem Telegramme glaubte man zuerst auf Dr. Jameson beziehen zu müssen. Der innere Zusammenhang, abgesehen von späteren Eingeständnissen der Johannesburger Reformer, lehrt, daß der Statthalter gemeint war. Er war „Vorsitzender" der Standard-Bank gewesen, ehe er in Kapland wieder ernannt worden war.

fahren ein, wie es zuweilen bei Versicherungsgesellschaften vorkommen soll: man bestand darauf, daß der Hauptbrandstifter und die amtliche Feuerspritze mit demselben Zuge nach der Brandstätte eilen sollte.

Währenddem begannen aber die Empörer in Johannesburg zu entdecken, daß sie untereinander nicht einig waren. Für wen oder für was sollten sie denn eigentlich kämpfen? Plötzlich tauchte der Argwohn auf, daß, falls die Regierung Krüger's gestürzt würde, die britische Flagge abermals über Transvaal wehen sollte. Dieser Argwohn gründete sich zweifellos auf die unbestimmten und geheimnißvollen Andeutungen über das Interesse der Reichsregierung an jener Bewegung, mit denen man widerwillige Rekruten anzuwerben hoffte, und die Aussicht, die sich hierbei eröffnete, bot aus verschiedenen Gründen wenig Verlockendes; den Hauptgesichtspunkt bildete möglicher Weise die Erwägung, daß in diesem Falle die Herrschaft des Kapitals über die Gesetzgebung des Landes eine beträchtliche Einschränkung erfahren würde. Gegen Weihnachten standen sich die gegnerischen Ansichten so schroff gegenüber, daß sich die große Mehrheit der Johannesburger Reformpartei entschloß, jedes weitere Vorgehen aufzuschieben, bis man über diesen Punkt Gewißheit erlangt haben würde. Charles Leonard, der Präsident der National-Union, begab sich in großer Eile nach Kapstadt, um Rhodes zu Rathe zu ziehen, und Dr. Jameson, der für ein sofortiges Vorgehen stimmte, wurde von mehr als einer Seite bedeutet, daß er unter keiner Bedingung irgend etwas unternehmen dürfe, ehe er nicht weitere Befehle erhalten habe. Die Sachlage war eine höchst eigenthümliche. Die Umsturzpartei in Johannesburg befand sich in einem unentschlossenen und aufgeregten Zustande. An der Grenze von Transvaal stand Dr. Jameson — der einzige, dessen Gedanken, so irrig sie auch sein mochten, anscheinend etwas weiter reichten als bis zu den Geldsäcken — und wüthete und zerrte vergebens an seinen Fesseln. In Kapstadt schwankte Rhodes hin und her,

ob er seinen ganzen Plan aufgeben oder den in Johannesburg dagegen erhobenen Einwendungen zum Trotz doch noch durchführen sollte.

Plötzlich, inmitten aller dieser Ungewißheit, machte sich Dr. Jameson in der Nacht des 29. Dezember auf den Weg. Man hat darüber gestritten, aus welchem Grunde er aufbrach. Er selbst hat ganz allein die volle Verantwortung für seine Handlungsweise auf sich genommen, während Rhodes sie abgelehnt hat. Wenn aber Jemand darauf brennt, zu handeln, so ist es immerhin leicht möglich, ihm einen Befehl in der Gestalt eines Verbotes zu übermitteln, und es scheinen Beweise dafür vorzuliegen, daß Dr. Jameson nur wenige Stunden vor seinem Aufbruche eine Art Botschaft oder Verhaltungsbefehl vom Hauptmann Heany erhielt. Es unterliegt aber trotzdem keinem Zweifel, daß sein Vorgehen kein Theil des ursprünglichen Planes war, wenn er auch mit seinem Heer an der Grenze stand, um bei der Revolution in Johannesburg einzugreifen. Es ist viel wahrscheinlicher, wenn nicht gewiß, daß seine Truppen vielmehr dazu bestimmt waren, den Statthalter zu unterstützen, und daß sie sich auf seinen Befehl nach Johannesburg begeben hätten, wenn Sir Herkules Robinson auf die Nachricht von dem erwarteten Zusammenstoß in den Straßen von Johannesburg herbeigeeilt wäre, um eine Vermittelung anzubahnen. Der in Johannesburg befürchtete Straßenkampf fand aber überhaupt nicht statt. Der Präsident Krüger, der die Pläne der Verschwörer klug durchschaute und entschlossen war, sie zu durchkreuzen, zog die gesammten Polizeimannschaften von Transvaal aus den Straßen zurück. Wie sehr auch die Umstürzler die Gelegenheit herbeisehnten, mit einer feindlichen Partei Schüsse zu wechseln, um so einen Anlaß zu finden, die britische Einmischung herbeizuführen — sie wurde ihnen nicht geboten.

Man kann sich kaum vorstellen, welche wahrhaft chaotischen Zustände in Johannesburg während der letzten Tage des

Jahres 1895 und der ersten Tage von 1896 herrschten. Die große Masse der Bevölkerung hatte durchaus keine Sympathie mit dem Thun und Treiben der sogenannten Reformer. Die Reformbestrebungen beschränkten sich lediglich auf die Räume innerhalb des Rand-Klubs, des Zufluchtsortes von Spekulanten, Finanzleuten, Börsenmaklern und einer gewissen Gruppe Gewerbetreibender. Was die europäische Bevölkerung im Allgemeinen gewahr wurde, war nur die Thatsache, daß auf unerklärliche Art und Weise, keiner wußte so recht wodurch, ein Zustand außerordentlicher Gefahr eingetreten war, äußerst bedrohlich für Leben und Eigenthum. Wie nicht anders zu erwarten, wurde dieser Zustand noch verschlimmert durch das Ausbleiben aller zuverlässigen Nachrichten und das Auftauchen unzähliger sich widersprechender Gerüchte. War es denn wahr, daß Jameson gegen Johannesburg vorrückte? War es wahr, daß die Stadt von Tausenden bewaffneter Bürger eingeschlossen werden sollte? War es wahr, daß in den Geschäftsräumen der „Vereinigten Goldfelder“ von Süd-Afrika wirklich eine neue Regierung ausgerufen worden war? Niemand wußte etwas Genaues. Man sah nur, daß die Polizei aus den Straßen entfernt worden war, und daß in den Geschäftshäusern der „Vereinigten Goldfelder“ Waffen an Leute vertheilt wurden, die zum größten Theile nicht die leiseste Ahnung hatten, welchen Gebrauch sie davon machen sollten. Ein Gefühl der Bestürzung und die schlimmsten Befürchtungen bemächtigten sich der gesammten Volksmasse und steigerten sich noch, als bekannt wurde, daß die Hauptführer der Umsturzbewegung ihre Familien in aller Stille im voraus außer Landes geschickt hatten. Es ist geradezu unmöglich, die Summe des Elends zu erfassen oder auch nur annähernd zu schätzen, das unschuldige und friedliche Leute — Frauen und Kinder, zu deren leiblichem Schutz Dr. Jameson ja herbeigerufen war — in jenen Tagen zu erdulden hatten. Die Auftritte auf dem Bahnhofe, wo Männer und Frauen sich um die Plätze in den abgehenden

Zügen schlugen, spotteten jeder Beschreibung. Unter den Männern befand sich eine große Anzahl Bergarbeiter, denen ihre reichen Brotherren befohlen hatten, die Waffen gegen die Regierung zu erheben, die aber lieber auf ihren Lohn Verzicht leisten als gehorchen wollten. Das Elend der Abreise dauerte fort während der langen Fahrt nach der Kapkolonie oder Natal und erreichte seinen Höhepunkt, als ein überfüllter Zug entgleiste und weitere 40 Menschenleben, zum größten Theile Frauen und Kinder, auf den Opferaltar der Rhodes'schen Spekulationen lieferte. Einige Wochen später äußerte man sein Mitgefühl mit den Verschwörern, die in den engen Mauern des Gefängnisses von Pretoria eingeschlossen waren; gewiß, sie fühlten sich jedenfalls höchst unbehaglich; wenn ihnen aber auch nur ein schwaches Empfinden für Gerechtigkeit und Moral geblieben war, so hätten sie die ihnen auferlegte Unbequemlichkeit als eine gelinde Buße für den Jammer ansehen müssen, den sie über hunderte von Familien gebracht hatten, und für die zahlreichen Menschenleben, die bei dem Eisenbahnunfall auf der Eisenbahn von Natal frevelhaft hingeopfert waren.

Unterdessen ging die Revolution in den Straßen planlos weiter, wie wenn ein ruderloses, leckgewordenes Boot ohne bestimmte Richtung einhertreibt. Es war kein Oberhaupt da, kein Berather, kein Plan vorhanden. Ein Theil der Empörer ging nach Pretoria in einer Gemüthsverfassung, die zwischen Bestürzung und Prahlerei hin- und herschwankte, um zu versuchen, einen Vergleich mit der Regierung anzubahnen. Das Durchschneiden der Telegraphendrähte, das auf Jameson's Befehl erfolgt war, hatte sowohl seinen Freunden als auch seinen Feinden jede genauere Verfolgung seiner Bewegungen unmöglich gemacht. Allein es verbreitete sich das Gerücht von seiner Ankunft. War seine Ankunft von Nutzen oder nicht? Die eine Hälfte der Umstürzler bejahte, die andere verneinte diese Frage. Ein halb militärisches Mitglied des Vorstandes der National-Union machte einen schwachen Versuch, mit etwa 100 Mann auszurücken und

sich mit dem Angreifer zu vereinigen; allein sie wurden alsbald angehalten und gefangen genommen, ehe sie noch einen Schuß abgegeben hatten. Wo aber war Jameson geblieben? Am Mittwoch den 1. Januar 1896 versuchte er, sich mit Gewalt einen Weg durch einige hundert Bürger zu bahnen, die in Eile ihr Haus verlassen hatten und eine Stellung etwas westlich von Krügersdorp einnahmen. Als er am nächsten Tage eine Umgehung nach Süden machen wollte, wurde er in der Nähe von Doornkop rettungslos umzingelt. Dort, innerhalb der Umzäunung eines Bauernhauses, schluckte er mit seinen Offizieren die bittere Pille der Uebergabe auf Gnade und Ungnade. Damit war die Revolution zu Ende.

XVIII.

Was nun?

Es ist kaum nothwendig, die Ereignisse, die der Uebergabe von Doornkop folgten, ausführlicher zu beschreiben. Die Umstände, die zu dieser Uebergabe führten, sind wichtiger als die darauf folgenden Thatsachen. Zur Zeit der Uebergabe stand die Sachlage bereits fest. Das Meiste von alledem, was seitdem geschehen oder gesagt worden ist, stellt nur eine Reihe von Bemühungen dar, die Sachlage entweder zu klären oder noch mehr zu verwirren. Unter diese Ereignisse sind zu rechnen: 1. das Telegramm des deutschen Kaisers an den Präsidenten Krüger; 2. Chamberlain's berühmte Depesche; 3. die vorläufige entschiedene Ablehnung des Präsidenten Krüger, einer Einladung nach England Folge zu leisten; 4. der Matabele-Aufstand; 5. der Prozeß mit den Umstürzlern von Johannesburg; 6. der Prozeß gegen Dr. Jameson und seine Offiziere und 7. die Bestrebungen Rhodes', die öffentliche Meinung in England zu seinen Gunsten zu beeinflussen und den Parlaments-Ausschuß einzuschüchtern.

Was das Telegramm des deutschen Kaisers betrifft, so mag dahingestellt bleiben, ob ein ehrlicher Mensch über seinen wirklichen Werth irgendwie im Zweifel sein kann: es war ein Glückwunsch, ohne jeden Hintergedanken, der, wenn auch viel-

leicht etwas zu beflissen, an das Oberhaupt eines Staates gerichtet war, in dem Deutschland fraglos wichtige Handelsinteressen besitzt. Die Behauptung, daß es irgendwie gegen Großbritannien gerichtet gewesen sei, kann in keiner Weise aufrecht erhalten werden, denn der Angriff auf die Unabhängigkeit von Transvaal, auf den das Telegramm hinweist, war bereits ausdrücklich von Großbritannien zurückgewiesen worden. Man muß aber trotzdem zugeben, daß, wenn der deutsche Kaiser der Regierung von Transvaal zu schaden und Rhodes einen Dienst zu erweisen wünschte, er nichts Besseres hätte thun können als dieses Telegramm zu senden. Es hat den Freunden von Rhodes und den Feinden der südafrikanischen Republik die günstigste Gelegenheit geboten, die sie sich nur wünschen konnten, die Aufmerksamkeit von dem wirklichen Ausgangspunkte der Dinge abzulenken und die öffentliche Meinung gegen die Regierung von Transvaal aufzuhetzen, indem sie diese des Wunsches bezichtigten, Deutschland den Platz eines Rivalen gegen England im südafrikanischen Festlande anzuweisen. Es giebt wahrscheinlich in ganz Großbritannien keinen verantwortlichen Staatsmann, der dies glaubt oder je geglaubt hat. Aber das Geschrei wegen Deutschland ist den Zwecken der Zeitungen nützlich gewesen und hat das Publikum verhindert, sich über die Lage der Dinge in Süd-Afrika mit dem dazu erforderlichen Aufwande von Unparteilichkeit zu unterrichten.

Man darf kühn behaupten, daß sich erstens die Regierung von Transvaal, in Folge der schon erörterten Lage der Dinge, bemüht hat, ihre Vertheidigungsstellung den Angriffen Rhodes' und der Chartergesellschaft gegenüber — nicht gegen die britische Regierung — zu befestigen, indem sie die moralische Unterstützung europäischer Mächte zu gewinnen suchte, mit denen es ihr vollständig freistand, Verträge zu schließen, vorausgesetzt daß die britische Regierung nicht innerhalb einer gewissen Zeit, wie es ihr zustand, Einspruch erhob. Dieser Fall wäre aber zweitens aller Wahrscheinlichkeit nach nicht eingetreten, wenn die

britischen Interessen während der letzten sechs Jahre in Pretoria in ebenso angemessener Weise vertreten gewesen wären, als dies jetzt der Fall ist. Es war ein grausamer Irrthum, dem früheren britischen Agenten Sir Jakobus de Wet besondere Sympathien für die Regierung von Transvaal zuzuschreiben. In den meisten Fällen stand er mit seinen Empfindungen gerade auf der entgegengesetzten Seite. Aber er war in der Diplomatie äußerst unbewandert und es mangelte ihm überdies jegliche Erfahrung, seine Angelegenheiten nach großen Gesichtspunkten zu erledigen; auch nahm er nicht jene Stellung einer Persona grata ein, die geradezu den ersten Buchstaben des diplomatischen Alphabets bedeutet. Dagegen war der deutsche Generalkonsul in Pretoria ein Mann, der sein Amt vollkommen ausfüllte. Wenn der neue Vertreter Großbritanniens in Pretoria die Erwartungen erfüllt, die auf ihn gesetzt worden sind, so kann kaum noch ein Zweifel bestehen, daß die britischen Interessen in Transvaal in einer Weise vertreten sein werden, die ihrer Bedeutung entspricht. Indessen muß es ausgesprochen werden — und zwar einmal für zwanzig Mal —, daß es keinen größeren Wahn giebt, als den, der mit dem Glauben an den herrschenden Einfluß der sogenannten „holländisch-deutschen“ Partei in Pretoria zusammenhängt. Der einzige Holländer von irgend welcher Bedeutung und irgend welchem Einflusse in Pretoria ist, wie schon früher erwähnt, der Staatssekretär Dr. Leyds. Er ist eins der sechs Mitglieder der Exekutivgewalt; die übrigen fünf sind geborene Süd-Afrikaner und würden sich nimmermehr blindlings der Leitung des jüngsten Mitgliedes ihrer Körperschaft überlassen. Der einzige Umstand, der aber thatsächlich mehr als irgend etwas gegen die Aussicht auf eine Wiederwahl des Dr. Leyds zu seinem Amte sprechen würde, wäre der Verdacht, daß er bemüht sei, die Republik unter irgend eine Art Schutzherrschaft zu bringen, sei sie deutsch, britisch oder irgend eine andere. Ein großer Theil der Klagen über den Einfluß der Holländer in Pretoria geht von Kapstadt aus, wo man aus irgend einem

nicht leicht verständlichen Grunde alle wichtigen öffentlichen Aemter in Transvaal als die rechtmäßige Beute der Kap-Politiker ansieht, und zwar angesichts der Thatsache, daß die Kapkolonie selbst, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, ihre eigenen Beamten aus Schottland, Holland oder woher es ihr sonst gerade paßt, herbeiruft.

Was Chamberlain's Depesche vom 4. Februar 1896 anbelangt, die Vorschläge für die künftige Regierung von Johannesburg enthielt, so ist sie zurückgezogen worden, weil sie von der fremden Bevölkerung mit Mißfallen aufgenommen wurde, obgleich sie zweifellos in der ehrlichen Absicht verfaßt war, gerade dieser zu gute zu kommen. Warum erregte sie Mißfallen? Weil die Ausführung des Planes, den sie anempfahl, alle Interessen in Johannesburg vollständig in die Gewalt derselben Gruppe von Kapitalisten gebracht hätte, die vermittelst eines wohlangelegten Systems der Einschüchterung und der Bestechung die politische Freiheit und das politische Leben in Kimberley zerstört haben. Unter der Regierung des Präsidenten Krüger genießt die fremde Bevölkerung von Johannesburg, abgesehen von dem Wahlrecht, das sie nicht auf Kosten ihrer Nationalität auszuüben wünscht, so viel Freiheit, als sie irgend haben will. Unter der Herrschaft der Kapitalisten würde ihr überhaupt keine Freiheit mehr zu Theil werden. Das Verfahren der Kapitalisten gegen die Bergleute, die man zum Aufstande zu zwingen versuchte, sollte wohl einen genügenden Beweis hierfür darbieten.

Was ferner den vorgeschlagenen Besuch des Präsidenten Krüger in England anbelangt, so wird es heute wohl nur noch sehr Wenige geben, die nicht davon überzeugt sind, daß wenn er Anfangs 1896 England wirklich besucht hätte, wenig Gutes, aber möglicherweise recht viel Schlimmes dabei heraus gekommen wäre. Man durfte die Sache nicht überstürzen. In Bezug auf den unseligen Aufstand in Matabeleland herrscht wohl kaum ein Zweifel, daß er die Folge der Abberufung der

Polizeimacht, die einem spekulativen Einfall in Transvaal zu Liebe erfolgte, ferner der Einführung eines Zwangssystems für die Eingeborenenarbeit und des unter den Eingeborenen herrschenden Glaubens war — und dies ist ein nicht zu unterschätzender Umstand —, die europäische Bevölkerung von Süd-Afrika sei unter einander entzweit. Die Prozesse gegen die Umstürzler von Johannesburg und die über sie gefällten Urtheilssprüche sind die Veranlassung zu vielfach feindseliger Beurtheilung der Regierung von Transvaal und des Richters gewesen, der bei den Verhandlungen den Vorsitz führte. Man hat dabei nicht genügend in Betracht gezogen, daß der Richter Gregorowski, der früher den Posten eines Staatsanwaltes im Oranje Freistaat bekleidete, Mitglied des englischen Gerichtshofes und eine Persönlichkeit von größter Rechtschaffenheit und Einsicht ist, der absichtlich auf den Richtersitz von Transvaal berufen wurde, um jeden Schein einer Ungerechtigkeit zu vermeiden. Was die Todesurtheile anbelangt, die für den Augenblick die Gefühle der Engländer verletzten, so waren sie nicht zu umgehen in einem Falle, in dem sich die Angeklagten selbst des ihnen zur Last gelegten Hauptverbrechens für schuldig erklärten, während der Aufschub in der Vollziehung eine Folge des Widerstandes eines Mitgliedes der Exekutivgewalt war, auf den — und es ist wichtig dies zu beachten — die Fortschrittspartei in Transvaal ihre Hoffnungen gesetzt hat. Daß sie keinen Stachel hinterlassen haben, wird durch die Thatsache bewiesen, daß einer der vier zum Tode Verurtheilten, George Farrar, späterhin auf freundschaftlichem Fuße mit dem Präsidenten Krüger gestanden hat und von der Regierung von Transvaal zum Mitgliede des Schulamtes für die Verwaltung der vom Staate unterstützten Schulen in Johannesburg zur Erziehung der Kinder von ausländischen Einwohnern ernannt worden ist.

Ueber den Prozeß Jameson ist nicht viel zu sagen. Allein die vielfachen Versuche von Rhodes, sich die Gunst des Landes wieder zu erwerben oder wenigstens den Eindruck hervorzurufen,

als ob er in Süd-Afrika eine zu große Machtstellung einnähme, um ohne Weiteres abgethan zu sein, sind weit wichtiger und führen geradeswegs zu der Frage: Was soll, nachdem der Angriff auf die Unabhängigkeit der südafrikanischen Republik zurückgeschlagen ist, nun werden?

Eines könnte geschehen. Die Nation, irregeleitet durch die theatralischen Kundgebungen*), die zu Gunsten Rhodes' in einem oder zwei Mittelpunkten der Kapkolonie stattfanden, und eingeschüchtert durch den Einfluß der Aristokratenpartei, der seine abenteuerlichen Unternehmungen viel Geld eingebracht hatten, könnte Rhodes gestatten, seine Stellung als südafrikanischer Diktator wieder einzunehmen, und ihn abermals nach Süd-Afrika entsenden als den einzigen Mann, auf den sie die Hoffnung setzt, daß er im Stande sein würde, eine verwickelte Aufgabe in einem wenig bekannten Lande zu lösen. Dies wäre ja möglich, und es fehlt nicht an Leuten, die aus dieser Möglichkeit gerne eine Wahrscheinlichkeit machen möchten. Und was dann? Man könnte vernünftigerweise einwenden, daß es Wahnsinn wäre, wenn ein Gemeinwesen die Hoffnung auf die Lösung einer verwickelten Frage in einem wenig bekannten Lande auf einen Mann von schwankender Gesundheit setzen wollte, selbst wenn sich dieser Mann im Besitze sämmtlicher menschlicher Tugenden befände. Man kann aber vernünftigerweise auch einwenden, daß ein derartiges Vorgehen ein Verbrechen bedeuten würde, wenn der betreffende Mann von drei Viertheilen der

*) Es scheint, daß diese Kundgebungen wenigstens in Kapstadt in Szene gesetzt worden waren durch die „Südafrikanische Liga", eine anerkannt hollandfeindliche Vereinigung, die nur einen oder zwei Monate vorher von den Zeitungen der Kapkolonie auf Rhodes' Veranlassung in schärfster Weise verurtheilt worden war. Die „Südafrikanische Liga", in der die mißglückte „Reichsliga" vom Jahre 1894 wieder aufgelebt zu sein scheint, steht in nahem Zusammenhang mit der „Südafrikanischen Vereinigung" in England, — einem Verein, der sich damit beschäftigt, in diesem Lande das langsam verschwindende Vorurtheil gegen die holländische Rasse in Süd-Afrika lebendig zu erhalten.

europäischen Bevölkerung des Landes, darunter eine große Anzahl treuer britischer Unterthanen, als ein unbestrafter Verschwörer gegen den Frieden von Süd-Afrika angesehen wird.

Es ist möglich, daß dieses Verbrechen begangen werden mag. Eintretenden Falles wird das daraus erwachsende Unheil ein furchtbares sein. Der ganze Frieden Süd-Afrikas wird an einem seidenen Faden hängen. Aufregung und Verdacht werden jeden Winkel verpesten. Rassenfeindschaften werden erweckt werden, die nur dem Barbarenthum in die Hände arbeiten und früher oder später unfehlbar zu einem der schrecklichsten und vernichtendsten Kriege der Neuzeit führen werden. Die Männer, die man „Buren“ nennt und um ihrer oberflächlichen Mißerfolge willen verspottet, sind keine Männer, die sich leichten Kampfes ihrer Freiheit berauben lassen. Sie haben ohne Zweifel auch ihre Fehler; aber man bringe sie in die Lage, um ihre Unabhängigkeit kämpfen zu müssen, und sie werden die Ausdauer und den Muth derer entfalten, die ihre Vorfahren sind — der Hugenotten, die ihr Alles der Gedanken- und Religionsfreiheit opferten, und der Niederländer, die den Truppen der größten europäischen Macht des 16. Jahrhunderts erfolgreich Trotz boten. In Transvaal, im Freistaat, in der Kapkolonie und in Natal findet mau diese Männer, welche die herrschende Macht in Süd-Afrika bilden, verbunden durch jene unsichtbaren Bande des Blutes und der Nationalität, die stärker sind als fortgesetzte Unterdrückungen und die Flucht der Jahre. Die Sache des Einzelnen wird, wenn es zum Äußersten kommt, die Sache Aller, und wenn sie sehen, wie die britische Regierung thatsächlich den Mann unterstützt, den sie für einen unbestraften Missethäter halten, so werden sie sich der britischen Regierung in trotzigem Haß oder in offener Herausforderung entgegenstellen. Es ist wohl möglich, daß dieser Fall eintritt, und wenn es geschieht, so stürzt damit entweder das ganze Gebäude der Civilisation in Süd-Afrika zusammen oder Süd-Afrika hört

in jeder Beziehung auf, einen Theil des britischen Kaiserreiches zu bilden.

Es giebt aber noch einen anderen — einfacheren Weg.

Man vergegenwärtige sich den Stand der Dinge vom Jahre 1887, wo man nach verschiedenem Hin- und Herschwanken schließlich zu der Ueberzeugung kam, daß es das Beste wäre, Süd-Afrika sich selbst und seinen eigenen natürlichen Hülfskräften zu überlassen — der Gesinnungstreue der Kolonien, dem guten Willen der Republiken, dem Unternehmungsgeist der Briten, der Ausdauer der Buren, — um auf natürlichem Wege von selbst zum Ziele zu gelangen. Man ziehe in Betracht, daß diese Leute, die Nachkommen der Hugenotten und der Holländer, von Natur unsere nächsten Freunde und von wohlwollenden Empfindungen gegen Großbritannien beseelt sind*), daß sie die Bedeutung des britischen Elements im Lande anerkennen, daß sie, weit entfernt davon, das Eindringen anderer europäischen Mächte in Süd-Afrika zu unterstützen, im Gegentheile bei gerechter Behandlung England nöthigenfalls beistehen werden, um die übrigen europäischen Mächte von Süd-Afrika fern zu halten. Darin liegt nicht die geringste Schwierigkeit. Es handelt sich nur darum, sich von den Täuschungen freizumachen, die erst in den letzten paar Jahren entstanden sind, und sich der Thatsachen bewußt zu werden, die seither von dem Rauche verdunkelt wurden, der aus den Braukesseln der Spekulanten aufstieg. Man widme sich dem Studium der südafrikanischen Angelegenheiten mit derselben Geduld und demselben Verständniß,

---

*) Man hat zuweilen behauptet, daß die Bürger von Transvaal sich dem falschen Glauben hingeben, sie hätten ihre Unabhängigkeit Großbritannien bloß durch Gewalt abgetrotzt. Dieser Ansicht widerspricht folgende Stelle eines Volksliedes aus Transvaal:

„Kennst Du das jugendliche Land
In stolzer Herrscherreiche Mitten?
Auf das, als es „Zur Freiheit!“ rief,
Mild lächelnd sah die Macht der Briten?“

das man anderen politischen Fragen entgegenbringt, und es wird sich ein überraschendes Resultat ergeben. Aber man darf freilich auch nichts Unmögliches verlangen.

Es ist z. B. unmöglich ein verbündetes Süd-Afrika unter britischer Flagge zu vereinigen. Das wird niemals von selbst geschehen, und wenn man den Versuch machen wollte, es mit Gewalt zu erzwingen, so würde dieser Versuch mit Strömen von Blutvergießen unterdrückt werden. Auch darf man sich ebensowenig dem Gedanken hingeben, daß jemals irgend eine Art von Bundesregierung in Kapstadt tagen könnte. Sowohl aus geographischen als auch aus politischen Gründen ist das ein Ding der Unmöglichkeit. Nichtsdestoweniger kann aber doch viel geschehen, um Süd-Afrika einiger zu machen, und die Hauptsache dabei ist, man überlasse es sich selbst. So lange man weiß, daß die Reichsregierung bereit ist, jeden Augenblick einzugreifen, so lange wird es in Süd-Afrika große und kleine Projektenmacher geben, die nach Gelegenheit für derartige Eingriffe suchen werden. Selbst das geringste Stückchen Menschheit darf es wagen, den Löwen am Schwanze zu zupfen.

Aber man thue noch etwas mehr. Man lerne erst die Männer von Süd-Afrika kennen — die Männer, die zum Lande gehören, zu denen die Bevölkerung des Landes um ihrer selbst willen — nicht um ihres Geldes willen — mit Vertrauen emporsieht, und in denen die beste Zukunft des Landes verkörpert ist. Man ladet sich unbedeutende eingeborene Häuptlinge ein und bewirthet sie wie Prinzen; man drängt sich um die gewaltigen, an dem „Giftbaum“ der Börse wie die Pilze in die Höhe geschossenen Finanzgrößen und verehrt sie wie Götter, während man an den wahren Männern des Landes vorbeigeht, als wären sie überhaupt nicht vorhanden. Hier nur ein Beispiel, das typisch ist. Vor einiger Zeit stattete Reitz, damals der Präsident des Oranje Freistaates, Europa einen Besuch ab. Er bekleidete amtlich die Stellung des Oberhauptes eines souveränen Staates; persönlich ist er ein Mann, der

jedem civilisirten Staate der Welt zur höchsten Zierde gereichen würde. Als er Holland besuchte, empfing ihn die Königin wie ihresgleichen. Als er nach Belgien kam, wurde er vom König wie seinesgleichen empfangen. In Frankreich empfing ihn der Präsident in derselben Weise. In England hätte er in einer Droschke durch ganz London fahren können, ohne daß irgend Jemand eine Ahnung davon gehabt hätte. Wenn es aber irgend ein Land der Welt giebt, dessen Interesse es erfordert, die Männer zu kennen und zu würdigen, die in Süd-Afrika geschätzt sind, so ist es Großbritannien.

Die Aufgabe, Großbritannien mit dem Einverständniß und dem Beifall jedes Einzelnen in Süd-Afrika zur Schutzherrschaft in diesem großen Lande zu machen, hat keine besonderen Schwierigkeiten. Es ist ebenso leicht wie sich im Jordan zu waschen. Die nach der Vorherrschaft strebende Macht möge sich, ohne irgend welche anderen Interessen zu vernachlässigen — dazu liegt ja kein Bedürfniß vor —, mit dem herrschenden Hauptfaktor im Lande befreunden. Dann wird es sich auch der Mühe lohnen, in den Besitz dieser Vorherrschaft zu gelangen.

Druck von E. Buchbinder in Neu-Ruppin.